

Haller für den Frieden 1870–1914. Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Friedensbewegung im Württemberg der Kaiserzeit

VON PHILIPPE ALEXANDRE

*Der Friede, der Weltfriede ist eine so zarte Blüte,
daß sie nur im Garten des Rechts gedeihen kann.*

*Warum soll ein deutscher Patriotismus nicht ein
europäischer Patriotismus sein können?*

Professor Leonhard Hoffmann,
Abgeordneter von Hall-Öhringen im Reichstag
am 4. Februar 1903.

Einleitung*

Spricht man heute von der Friedensbewegung, so denkt man gleich an die politische Massenbewegung, die Anfang der 80er Jahre in der Bevölkerung westlicher Staaten entstand und die angesichts der weltweiten nuklearen Aufrüstung die Regierungen zur Friedenssicherung drängte. Unter dem Eindruck der schlagartigen Verschlechterung der weltpolitischen Lage wurden damals Rüstungsstopp, Rüstungskontrolle und Abrüstung verlangt. Die westdeutschen Pazifisten reagierten entschieden auf den Nato-Doppelbeschluß, der Ende 1979 verabschiedet worden war und die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen – überwiegend in der Bundesrepublik – vorsah¹.

Das individuelle oder kollektive Eintreten für den Frieden ist aber keine spezifische Erscheinung der Zeit des „Kalten Krieges“ und des nuklearen Wettrüstens.

* Ich möchte hier all denjenigen meinen Dank aussprechen, ohne deren tatkräftige Hilfe und Ratschläge die vorliegende Arbeit nie entstanden wäre, und zwar Dr. Andreas Maisch, Herta Beutter und Daniel Stihler vom Stadt- und Hospitalarchiv Schwäbisch Hall, Dr. Hans Peter Müller vom dortigen Kreisarchiv, Peter Wunderlich von der Haller Stadtverwaltung, Dr. Hendrikje Kilian von der Landesbibliothek Stuttgart, A. Wehmeyer, Leiterin der Abteilung „Historische Drucke“ der Staatsbibliothek zu Berlin, der Universitätsbibliothek Tübingen, außerdem Bärbel und Hermann Kunz sowie Renate und Helmut Brandt für die kritische Durchsicht des Manuskriptes.

1 Karl Holl: Pazifismus in Deutschland (Neue Historische Bibliothek NF 533), Frankfurt a. Main 1988, S. 232–237.

Schon in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) und später, während des Siebenjährigen Krieges (1756–1763), schilderten deutsche Dichter die Not der leidenden Bevölkerung und wünschten in deren Namen den Frieden herbei.

Beispiele sind etwa Martin Opitz' „Trostgedichte in Widerwärtigkeit des Krieges“ (1633), Andreas Gryphius' berühmte „Tränen des Vaterlandes“ (1636) oder das „Friede wünschende Teutschland“ Johann Rists (1647). Logaus Epigramme und Grimmelshausens „Simplicissimus“ schildern das Wüten des Krieges und die Auswüchse des Soldatenlebens. Bemerkenswert sind ebenfalls in der frühen Geschichte der Friedensdichtung die Oden, in denen Johann Peter Uz (1720–1796) und Karl Wilhelm Ramler (1725–1798) gegen Ende des Siebenjährigen Krieges das Elend der Bevölkerung schilderten und den Frieden herbeiwünschten. Damals war Lessing derjenige, der den überspannten Patriotismus seines Freundes J. W. L. Gleim am lautesten mißbilligte. In seinem Stück „Minna von Barnhelm“, das unter dem Eindruck des Siebenjährigen Krieges geschrieben wurde, zeigte er in der Figur des Majors von Tellheim ein anderes Ideal als das des kriegerischen Heldentums, nämlich das Ideal eines friedlichen Lebens, das auf die Liebe und das Glück gegründet ist². Der schwäbische Publizist und Musiker Daniel Schubart (1739–1791), in Obersontheim geboren, zählt zu den bürgerlichen Intellektuellen, die sich in der Zeit der Aufklärung klar und deutlich gegen den Krieg aussprachen. In seiner kritischen Zeitschrift, der „Teutschen Chronik“, geißelte er zum Beispiel 1776 die „Zeitungsschreiber“, denen er vorwarf, in der öffentlichen Meinung Europas eine sinnlose und verderbliche Stimmung zugunsten des Krieges hervorzurufen³. Während der Revolutions- und Napoleonischen Kriege (1792–1815), unter denen ganz Europa zu leiden hatte, widmeten bedeutende deutsche Denker und Schriftsteller wie Herder, Goethe und Schiller dem Frieden manche Überlegungen. Immanuel Kant machte 1795 in seinem philosophischen Entwurf „Zum Ewigen Frieden“ konkrete Vorschläge, die einen wirklichen Frieden herbeiführen sollten⁴. Diese Schrift übte durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch einen tiefgreifenden Einfluß aus, namentlich in der Zeit, in der Nationalismus und Imperialismus einen Höhepunkt erreichten. Damals beriefen sich heilsichtige Geister, die ahnten, wohin Europa trieb, immer wieder auf Kant. Was der Philosoph für möglich hielt, weil er an die Vernunft und an die Gesittung glaubte, wurde aber nicht Wirklichkeit. In einem wohlbekannten Gedicht schrieb Schiller um 1800 pessimistisch:

2 *Philippe Alexandre*: La guerre de Sept Ans dans la poésie préclassique allemande (1756–1763) ou l'affirmation d'un patriotisme prussien, in: La Guerre. Approches philosophiques et littéraires. Colloque international organisé par Jean-Marie Paul. 11–13 mai 1995. Université de Nancy II.

3 *Christian Friedrich Daniel Schubart*: Die Sturmglöcke, in: Vaterlandschronik, 97. Stück, 2. 12. 1776; ders.: Europa an Mars (Gedicht), in: Vaterlandschronik, 77. Stück, 1788; auch enthalten in: ders.: Schubarts Werke in einem Band. Ausgewählt und eingeleitet von Ursula Wertheim und Hans Böhm. Berlin/Leipzig 1988, S. 105.

4 *Immanuel Kant*: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf [1795]. Hrsg. von Theodor Valentiner, Stuttgart 1972.

„Edler Freund! Wo öffnet sich dem Frieden,
 Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?
 Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,
 Und das neue öffnet sich mit Mord.

Und die Grenzen aller Länder wanken,
 Und die alten Formen stürzen ein,
 Nicht das Weltmeer setzt der Kriegswut Schranken,
 Nicht der Nilgott und der alte Rhein...

Ach umsonst auf allen Ländercharten
 Spähst du nach dem seligen Gebiet,
 Wo der Freiheit ewig grüner Garten,
 Wo der Menschheit schöne Jugend blüht...

In des Herzens heilig stille Räume
 Mußt du fliehen aus des Lebens Drang,
 Freiheit ist nur in dem Reich der Träume,
 Und das Schöne blüht nur im Gesang“⁵.

Wer die Bände alter Zeitungen durchblättert, kann schnell feststellen, was dem Bürger in den Schreckensjahren der Revolutionszeit und der Napoleonischen Herrschaft am Herzen lag: die Wiederkehr des Friedens. Das „Hallische Wochenblatt“, das seit 1788 in Schwäbisch Hall erschien, liefert uns manche Beispiele dafür. Kriegsmüdigkeit und Sehnsucht nach einer segensreichen Friedenszeit sind die Gefühle, die in den Neujahrswünschen der damaligen Herausgeber des Blattes zum Ausdruck kommen⁶. Im 19. Jahrhundert sollte das Entstehen der Nationalstaaten und dessen verhängnisvolle Begleiterscheinungen die öffentliche Meinung der europäischen Staaten beschäftigen. Die Pazifisten, die an eine friedliche oder wenigstens friedlichere Weltordnung glauben wollten, predigten tauben Ohren. Die deutsche Presse – und das ist am Beispiel des „Haller Tagblatts“ eindeutig festzustellen – spiegelt die Tragik der damaligen Stimmungslage in Europa wider. Man wünschte zwar den Frieden, man war von dessen segensreichen Folgen überzeugt; in der Zeit des Imperialismus waren aber die Völker Europas von einem derartig überspannten Nationalgefühl durchdrungen, daß sie sich unabwendbar zum Krieg hinreißen ließen.

Die Idee des Friedens war oft mit derjenigen der internationalen Organisation eng verbunden, wie Jacob Ter Meulen in seinem beeindruckenden dreibändigen Werk

5 Zit. nach: *Franz Hebel* (Hrsg.): *Friedensgesinnungen. Deutsche Literatur gegen den Krieg. Arbeits-
 texte für den Unterricht*, Stuttgart 1993, S. 33f.

6 Neujahrswünsche (Gedicht), in: *Hallisches Wochenblatt* Nr. 1, 1. 1. 1800; Neujahrswünsche (Gedicht), in: *Hallisches Wochenblatt* Nr. 1, 1. 1. 1804.

(1917–1929–1940) gezeigt hat⁷. Am häufigsten werden in den Untersuchungen zur Idee der internationalen bzw. der europäischen Organisation der in den Memoiren des Herzogs von Sully erwähnte „Grand Dessein“ des französischen Königs Heinrich IV.⁸, der Völkerbundplan des Quäkers William Penn⁹ und der Friedensplan des Abbé de Saint-Pierre¹⁰ erwähnt. Zu den Utopisten des 19. Jahrhunderts, die das Zustandekommen eines Menschheitsbundes herbeiwünschten und auch Pläne zu diesem Zweck ausarbeiteten, gehört der deutsche Philosoph Karl Christian Friedrich Krause. Er veröffentlichte 1814 eine Schrift, die unter dem Titel „Entwurf eines europäischen Staatenbundes“ die Organisation des Friedens behandelt. Wie im Titel angegeben, verstand der Autor den von ihm vorgeschlagenen Plan „als Basis des allgemeinen Friedens und als rechtliches Mittel gegen jeden Angriff wider die innere und äußere Freiheit Europas“¹¹. Nach der Erfahrung der napoleonischen Zeit sollte Europa nicht nur gegen die Eroberungssucht Frankreichs geschützt werden; den siegenden Mächten, denen es nun oblag, die politischen Verhältnisse in Europa zu regeln, wurde der Rat gegeben, jenen Bund herzurichten, der allein imstande sein sollte, den Frieden dauerhaft zu festigen.

Im Rahmen dieser Studie kann natürlich nicht auf die zahlreichen Schriften und Pläne eingegangen werden, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts veröffentlicht wurden und die der beginnenden Friedensbewegung ihre theoretischen Grundlagen gaben. Die ersten Ansätze dieser Bewegung zeigten sich erst in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, als unter dem Einfluß amerikanischer und englischer Pazifisten in europäischen Großstädten regelmäßig Friedenskongresse abgehalten wurden¹². In Anlehnung an diese Kongresse wurde 1867 in Genf eine Internationale Friedens- und Freiheitsliga gegründet, in der sich süddeutsche Demokraten und Sozialdemokraten neben Persönlichkeiten wie dem französischen Dichter Victor Hugo oder dem italienischen Freiheitskämpfer Giuseppe Garibaldi betätigten¹³. In der Bismarckzeit vermehrten sich die Organisationen, die es sich zur Auf-

7 *Jacob Ter Meulen*: Der Gedanke der Internationalen Organisation in seiner Entwicklung, Band 1: 1300–1789, Den Haag 1917; Band 2: 1789–1889, 1. Stück: 1789–1870, Den Haag 1929; Bd. 2, 2. Stück: 1867–1889, Den Haag 1940.

8 *Ter Meulen* (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 160–168.

9 *Ebd.*, S. 171–176; *Margarete Rothbarth*: William Penns Völkerbundplan, in: *Monographien zum Völkerbund* 9, Berlin 1920, S. 3–31.

10 *Ter Meulen* (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 180–221.

11 *Karl Christian Friedrich Krause*: Entwurf eines europäischen Staatenbundes [...] Neu herausgegeben und eingeleitet von *Hans Reichel*, Leipzig 1920; *Ter Meulen* (wie Anm. 7), Bd. 2, S. 133–142.

12 *Dorothea Stiewe*: Die bürgerliche deutsche Friedensbewegung als soziale Bewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Diss., Freiburg i. Br. 1972; *Alwin Schmidt*: Republikanisch-demokratischer Internationalismus im 19. Jahrhundert, Husum 1977, hier v.a. S. 83–100; Die Internationale Friedens- und Freiheitsliga; *Miklos Molnar*: La Ligue de la Paix et de la Liberté: ses origines et ses premières orientations, in: *Jacques Bariéty et Antoine Fleury* (Hrsgg.): *Mouvements et initiatives de Paix dans la Politique internationale* [...] 1867–1928, Berne 1987, S. 17–36; *Holl* (wie Anm. 1), S. 20 ff.; *Dieter Riesenberger*: *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985, S. 24–36.

13 *Holl* (wie Anm. 1), S. 34 f.

gabe machten, auf den Frieden und die Annäherung zwischen den Völkern hinzu-
arbeiten¹⁴.

Die Friedensbewegung nimmt bis heute in der herkömmlichen Geschichtsschreibung einen geringen Platz ein, und zwar vor allem deshalb, weil sie eine minoritäre Strömung geblieben ist, die nicht imstande war, einen entscheidenden Einfluß auf das internationale Kräftespiel zu gewinnen und in den Gang der Geschichte einzugreifen. Von den nationalistisch gesinnten Historikern, die lange Zeit die Richtung der Geschichtsschreibung bestimmten, konnte sie nicht berücksichtigt werden, da die Argumente der Friedensfreunde nicht in die Ideologie des verherrlichten Machtstaates paßten. Man denke etwa an die Versuche der Friedensfreunde, und dies bis ins 20. Jahrhundert hinein, an der Autorität eines Treitschke zu rütteln, da der Historiker zu denen gehörte, die die Idee der Notwendigkeit des Krieges verbreiteten. Man erinnert sich an die Polemik, die Moltkes Antwort auf die 1881 von Bluntschli veröffentlichte Schrift „Gesetze für den Krieg zu Lande“ auslöste. Der Feldmarschall hatte in dieser Antwort unter anderem geschrieben: *Der ewige Friede ist ein Traum, und zwar nicht einmal ein schöner Traum*. Damals fühlte sich der Württemberger Ludwig Pfau (1821–1894) verpflichtet, noch einmal in die Schranken zu treten, um die Thesen des *preußischen Militarismus* als eine *Negation der Humanität* zu widerlegen und im Gegensatz zu ihnen den Codex einer sittlicheren Weltordnung vorzuschlagen¹⁵.

Wer – in Deutschland wie in Frankreich – für den Frieden, die Versöhnung mit dem Feind von gestern und den Gedanken einer supranationalen Organisation als Garantie für den Frieden eintrat, wurde als „vaterlandsloser Geselle“ abgestempelt, öfters auch verfolgt.

Trotz dieser ungünstigen Konjunktur gelang es aber den deutschen Friedensfreunden, sich zu organisieren. Unter dem Einfluß der internationalen pazifistischen Zusammenarbeit wurde 1892 eine Deutsche Friedensgesellschaft ins Leben gerufen. Die Württemberger sollten sich in dieser Gesellschaft so aktiv zeigen, daß der Sitz dieser Friedensgesellschaft 1900 von Berlin nach Stuttgart verlegt wurde. Württemberg wurde also vor dem Ersten Weltkrieg zum Kerngebiet der Friedensbewegung in Deutschland, vornehmlich durch die unermüdliche Tätigkeit des Stuttgarter Stadtpfarrers Otto Umfrid (1857–1920), auf dessen Anregung die meisten württembergischen Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft entstanden¹⁶. Als Kind dieser regionalen Bewegung bildete sich 1895 in Schwäbisch Hall ein Friedensverein.

Mit der vorliegenden Arbeit soll versucht werden, die Problematik der sich organisierenden Friedensbewegung und der Debatte um die Friedensfrage im Deutsch-

14 Ebd., S. 32–41; *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 37–78.

15 Vgl. weiter unten.

16 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 66 ff.; *Manfred Schmid*: Pazifistische Strömungen in Württemberg zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, in: ZWL 49 (1990), S. 321–342; *Christof Mauch, Tobias Brenner*: Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung. Geleitwort von *Walter Jens*, Schönaich 1987.

land der Kaiserzeit auf regionaler und lokaler Ebene, nämlich von einer südwestdeutschen Kleinstadt aus, zu studieren. Schwäbisch Hall stellt einen nicht uninteressanten, aber auch typischen Fall dar. Wer weiß heute, daß hier vor dem Ersten Weltkrieg ein Friedensverein als Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft existiert hat? Wer weiß, daß sich zwei Abgeordnete von Hall, Karl Gustav Friedrich von Bühler (1817–1892) und Leonhard Hoffmann (1845–1921) entschieden für Abrüstung und Frieden eingesetzt haben? Wer weiß noch, daß die „Haller Zeitung“, die von 1894 bis 1903 als Organ der Deutschen Volkspartei erschien, eine beachtenswerte Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zugunsten der Friedensidee leistete? Wer heute die Spalten des „Haller Tagblatts“ durchliest, kann feststellen, welche Bedeutung die Debatte um die Friedensfrage in der Bevölkerung einer Kleinstadt in der Kaiserzeit erhielt, obwohl der gesamte Kontext – in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern widersprüchlicherweise von einem überspannten Nationalismus und von der Furcht vor einem neuen Krieg geprägt – für das Zustandekommen einer friedlichen Weltordnung immer ungünstiger wurde.

Das Engagement von Haller Bürgern, von zwei Haller Abgeordneten und vom Redakteur der „Haller Zeitung“, Paul Kienle, wäre kaum zu verstehen, wenn wir nicht zunächst die Stellung Württembergs in der deutschen Friedensbewegung erwähnten. Hervorzuheben ist namentlich die Rolle, die die württembergischen Linksliberalen, d. h. die Demokraten der Deutschen Volkspartei (1868–1910), und ihr Organ, der „Stuttgarter Beobachter“, in der Förderung der Friedensidee gespielt haben. Sie haben namentlich versucht, als Vermittler durch eine publizistische Aufklärungsarbeit auf eine Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen hinzuarbeiten. Ebenso undenkbar wäre die Tätigkeit Otto Umfrids und des Landesverbandes württembergischer Friedensvereine, der neben den aktiven Vereinen von Frankfurt am Main und Königsberg das Gros der deutschen Pazifisten in der Kaiserzeit darstellte, nicht mit in Betracht zu ziehen.

Recherchen über einen Friedensverein führen unvermeidlich dazu, sich mit dem politischen Leben auf lokaler Ebene zu beschäftigen. Dabei stellt sich ziemlich bald heraus, daß dieses Feld des geistigen Lebens der Kaiserzeit und des 19. Jahrhunderts überhaupt noch ungenügend erforscht bleibt. Die Lokalpresse bleibt außerdem oft die einzige Quelle, allerdings eine ergiebige, die dem Historiker zur Verfügung steht. Die Männer, die in der wilhelminischen Ära diese Friedensvereine gegründet und sich für die Friedenssache eingesetzt haben, sind heute in Vergessenheit geraten. Wenn nicht, muß man doch feststellen, daß ihre Tätigkeit als Pazifisten in den verfügbaren Quellen völlig unerwähnt bleibt. Dies ist aber nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß sie ja in einer Zeit starben, in der die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Entwicklung der internationalen Lage zu einer Radikalisierung des politischen Denkens und zu einer Steigerung des Nationalismus führten. Bei Forschungen über die Friedensbewegung auf lokaler Ebene vermißt man noch oft Studien über das politische Vereinsleben oder die Tätigkeit auch der Reichstags- und Landtagsabgeordneten. Kurzum, die Erforschung der lokalen Öffentlichkeit bleibt in manchen Städten eine dringende Aufgabe des Histo-

rikers. Was Schwäbisch Hall betrifft, stellen die Veröffentlichungen von Kreisarchivar Hans Peter Müller kostbare Quellen dar, denn sie schildern ausführlich das politische Leben der Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese sehr informativen Milieuschilderungen erlauben, den Haller Friedensverein in seinem Kontext besser zu situieren¹⁷.

Über das Geschichtliche und Organisatorische hinaus soll hier aber auch versucht werden, den Fragen nachzugehen, mit denen sich die Überlegungen und Initiativen der Friedensfreunde der Kaiserzeit befaßten. Der Gegensatz zwischen den Pazifisten und denjenigen, die damals den militärischen Machtstaat, ja den Krieg befürworteten, beruhte auf Verschiedenheiten in der Auffassung der Geschichte und des Staates. Träger der Friedensidee war in der Hauptsache die bürgerliche Linke, die namentlich auf eine Annäherung und eine Versöhnung mit Frankreich als Grundlage für eine neue friedliche Ordnung in Europa hinarbeiten wollte, später auch die Sozialdemokratie. Einige Geistliche, evangelische und katholische, traten aktiv für die Friedenssache ein. Ein weltbürgerlicher Rationalismus Kantscher Prägung und ein Moralismus christlicher Färbung waren neben dem Internationalismus der Sozialdemokratie die stärksten Triebfedern der damaligen Friedensbewegung.

Die Debatte über das Friedensproblem kreiste um drei Hauptfragen: Welches sind die Ursachen des Krieges? Muß die Institution des Krieges als Mittel der Beilegung individueller und kollektiver Streitigkeiten abgeschafft oder beibehalten werden? Wenn ja, mit welchen Mitteln kann ein dauernder Frieden herbeigeführt und erhalten werden? Eine sehr nützliche theoretische Grundlage bietet uns Carl Friedrich von Weizsäcker¹⁸ mit seinem 1975 erschienen Aufsatz „Das Friedensproblem“¹⁹. Dem Physiker und Philosophen ging es darum, die Elemente einer konkreten Friedenspolitik zusammenzustellen. Die Fragestellung des Philosophen soll hier dem Historiker zu Hilfe kommen, der seinem Leser einen Überblick über die Fülle der Ideen zu verschaffen versucht, die die Debatte um das Friedensproblem vor 1914 hervorbrachte. Carl Friedrich von Weizsäcker ging von der Feststellung aus,

17 Siehe *Hans-Peter Müller*: Johann Haigold aus Schwäbisch Hall-Tüngental (1917–1903). Schult-Heiß, Förderer der Landwirtschaft, Landtagsabgeordneter, in: *WFr* 73 (1989), S. 179–201; *ders.*: Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901). Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei, in: *WFr* 75 (1991), S. 265–286; *ders.*: Parteien und Politik in Hall 1860–1900, in: *Elisabeth Schraut, Harald Siebenmorgen, Manfred Akermann* (Hrsgg.): Hall im 19. Jahrhundert: Eine württembergische Oberamtsstadt zwischen Vormärz und Jahrhundertwende (Kataloge des Hällisch-Fränkischen Museums Schwäbisch Hall 3), Sigmaringen 1991, S. 27–35; *ders.*: Ludwig August Oesterlen (1819–1893), Landtagsabgeordneter für Hall, in: *Hohenloher Freilandmuseum Mitteilungen* 15 (1994), S. 65–69.

18 Carl Friedrich v. Weizsäcker beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Verantwortung der Wissenschaft für die Entwicklung der Gesellschaft und des Weltfriedens. Er organisierte die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ (1957), einen Protest von Wissenschaftlern gegen eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

19 *Carl Friedrich v. Weizsäcker*: Das Friedensproblem, in: *Forschung für den Frieden*. Festschrift zum fünfjährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Boppard 1975. Wieder aufgenommen in: *Carl Friedrich v. Weizsäcker*: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien ²1977, S. 35–46.

daß das Friedensproblem vier Bereiche des menschlichen Verhaltens berührt: das Militär, die Außenpolitik, die Gesellschaftsstrukturen und die seelischen Vorgänge im Individuum, und er zeigt thesenhaft, daß die Aufgabe der Friedenssicherung sich in keinem dieser Bereiche als zuverlässig lösbar erweist.

Das Militär war eine zentrale Frage, in der die Meinungen auseinandergingen. 1975 schrieb Carl Friedrich von Weizsäcker warnend, der „Friede“ in Europa sei keine Garantie für die Zukunft und das Problem der Kriegsverhütung sei nicht gelöst. „Daß Militär den Frieden nicht permanent bewahrt, ist eine alte Wahrheit“, fügte er hinzu. Dies war auch der Standpunkt der Pazifisten der wilhelminischen Zeit. „Si vis pacem, para bellum“ war eine Klugheitsregel in einer Welt, in der der Krieg eine selbstverständliche Institution blieb. Diejenigen, die den „Idealismus“ der Friedensfreunde verwarfen, stützten sich auf diese alte Regel sowie – bis 1914 – auf die Überzeugung, seine militärische Macht mache aus Deutschland ein „Bollwerk des Friedens“. Einige der damaligen Pazifisten wiesen auf die Schwäche dieses Denkens hin: den Frieden mit dem Militär garantieren zu wollen, führt zu einem Wettüben, das nur die Kriegsgefahr steigert.

Die klassische Außenpolitik allein schien auch keine wirkliche Garantie zu bieten. Diese beruhte auf dem „Interessenausgleich“ souveräner Mächte. Carl Friedrich von Weizsäcker betont, daß Diplomatie und Völkerrecht, obwohl sie Mittel zur friedlichen Lösung außerpolitischer Konflikte entwickelt haben, bisher nie die Institution des Krieges überwinden konnten. Das „Konzert der Mächte“ in Europa sollte vor 1914 den Frieden garantieren. Der Erste Weltkrieg zeigte aber, daß ein solches System souveräner Mächte „nicht einfach durch einen Akt des Willens“ in einen dauernden Friedenszustand übergehen kann²⁰. Diese Unmöglichkeit hat ihre Wurzeln in der Struktur der Macht, in der Überzeugung, den zuverlässigsten Schutz biete die eigene Macht. Die Pazifisten der wilhelminischen Zeit setzten, wie wir sehen werden, große Hoffnungen auf die wachsende Zahl der „neutralen“ Staaten und dachten, daß sich diese „Neutralität“ verallgemeinern würde. In einem System souveräner Mächte, wie das Europa der Jahrzehnte vor 1914 eines war, steigerten die einen ihre Macht, während den anderen, den „Kleinen“, keine andere Wahl blieb, als auf die Teilnahme an dieser Konkurrenz zu verzichten. Dieser Verzicht wurde aber in der wilhelminischen Zeit als ein Fortschritt auf dem Weg zum europäischen Frieden mißdeutet.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der inneren gesellschaftlichen Struktur, die durch Herrschaft stabilisiert ist, und der auswärtigen Machtpolitik, die den Interessen der Herrschenden dienen soll. Es ist kein Zufall, wenn in der Kaiserzeit pazifistische Ideen in der Hauptsache von Demokraten und Sozialdemokraten vertreten wurden. Als Erben der Aufklärung waren die Demokraten die Mitträger einer Bewegung, die auf Eindämmung oder Überwindung von Herrschaft zielte²¹. Sie hegten die Hoffnung, durch Veränderung des bestehenden Gesellschafts-

20 Ebd., S. 37.

21 Ebd., S. 38.

systems auch die Ursachen des Krieges auszuschalten. Sie lehnten nach dem 2. September 1871 die Fortführung des Krieges gegen Frankreich als Eroberungskrieg einer Dynastie ab, sie geißelten die „Krieg-in-Sicht“-Politik, die nur die Erhaltung der bestehenden Ordnung bezweckte, sie verwarfen die Rüstungspolitik, in der sie ein Instrument im Dienste der Hohenzollern, der militärischen Kreise und der mit ihnen verbündeten Großindustriellen sahen. Im Programm der Deutschen Volkspartei läßt sich eine Hoffnung erkennen, die Carl Friedrich von Weizsäcker allgemein formuliert, und zwar die, staatliche Gegensätze und damit auch den Krieg „durch die liberale Weltwirtschaft, durch demokratische Vernunft, durch sozialistische Moral und Überwindung der Herrschaftsform“ zu bändigen²².

Carl Friedrich von Weizsäcker zeigt, daß der Krieg auch im individuellen und im Gruppenverhalten wurzelt. Die Konflikte zwischen Partikularinteressen können überwunden werden, wenn die Konfliktgegner ihr wahres gemeinsames Interesse erkennen. Wie wir feststellen werden, war die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Pazifisten der wilhelminischen Zeit, namentlich in linksliberalen Kreisen, oft ein Appell an die Vernunft, der von dieser Hoffnung ausging. Sie fanden den Grund der Konflikte in „irrationalen Seelenvorgängen“, die ihrer Ansicht nach durch falsche Erziehung erzeugt oder verfestigt seien. Die friedenspädagogische Arbeit erhielt einen zentralen Platz in ihren Überlegungen zu den möglichen Aktionsformen zugunsten des Friedens. Diese neue Erziehung sollte nicht nur zum Frieden im individuellen Umgang mit anderen Menschen, sondern auch in den Beziehungen zwischen den Völkern beitragen. Es galt, die Angst zu überwinden und die mit dieser Angst eng verbundenen Vorurteile über Nachbarvölker abzubauen²³. Deshalb zeigten sie sich bemüht, eine Revision der Schulbücher und der Lehrinhalte im Geschichtsunterricht zu erreichen. Deshalb versuchten die deutschen Pazifisten, durch eine unermüdliche publizistische Aufklärungsarbeit ihren Landsleuten zu beweisen, daß ihre Angst vor dem Nachbarland Frankreich unberechtigt sei. Doch diese Angst schien durch erkennbare Gefahren berechtigt zu sein. Französische Nationalisten dachten tatsächlich an den Revanchekrieg gegen Deutschland, die französische Republik rüstete auf. Der Fall der deutsch-französischen Beziehungen, der hier nur als Beispiel in den komplexen Zuständen des damaligen Europa angeführt wird, verdeutlicht den Satz von Weizsäckers: die Angst ist „eine affektive Form realistischer Wahrnehmung“²⁴. Der Kampf ist allem organischen Leben eigen. Jedes Lebewesen fühlt sich bedroht, lebt in der Angst, das heißt in der Vorstellung von Gefahren, denen es mit bestimmten Mitteln zu begegnen gilt. Die Macht ist „die Fähigkeit zur realen Vorstellung solcher Mittel“. Da diese Vorstellung unbegrenzt ist, können sich diese Mittel bis ins Unendliche vermehren. Diese abstrakt formulierte Analyse läßt sich auf das internationale Kräftespiel, auf die

22 Ebd., S. 39.

23 Carl Friedrich v. Weizsäcker bezeichnet die Angst als „das wichtigste friedenspsychologische Thema“. Ebd., S. 40.

24 Ebd.

Beziehungen zwischen den Nationen und den Staaten ausdehnen. Sie wird durch die Tragik der Machtpolitik und des Wettrüstens in der Zeit des Imperialismus der europäischen Mächte vor 1914 dokumentiert. Deutschland lebte damals in der Angst vor dem „revanchelustigen“ Frankreich und – wegen seiner Stellung in der Mitte Europas – vor der Einkreisung durch die Flügelmächte Rußland und England. Carl Friedrich von Weizsäcker kommt zu diesem Schluß: „Die reale Leistung eines Friedens unter Menschen ist daher die vernünftige Begrenzung von Macht“. Offensichtlich dieselbe Erkenntnis führte die Pazifisten der wilhelmschen Zeit dazu, für den Abbau der Macht und die Abrüstung einzutreten. Die „Machtpolitik“ sollte durch eine Friedenspolitik ersetzt werden, die im Handeln und Verhandeln dem Frieden eine Priorität geben und die Bedingungen eines Friedens schaffen würde. Eine Voraussetzung für den Frieden war auch eine Erziehung, mit der die Pazifisten das kollektive Verhalten der Nationen zu verändern hofften: es ging vor allen Dingen darum, die Nationen zu überzeugen, daß eine Friedenspolitik im Interesse aller betrieben werde. Die Friedenspolitik hätte sich in der Kaiserzeit auf die aktive Mitarbeit derjenigen, die die Kriege von 1866 und 1870/71 mitgemacht oder miterlebt hatten, stützen können. Man weiß aber, welche Rolle gerade die Kriegervereine damals spielten. Während Bertha von Suttner in ihrem autobiographischen Roman „Die Waffen nieder!“ zeigte, wie das Erlebnis des Krieges zu einem aktiven Pazifismus führen kann, wurden die Kriegervereine zu Mitträgern des Militarismus und eines aggressiven Patriotismus.

Wenn die demokratisch gesinnten Elemente in der Kaiserzeit die Hauptträger des Friedensgedankens waren, ist dies kein Zufall. In der Demokratie sahen sie die Regierungsform, die am meisten geeignet ist, den inneren Frieden zu garantieren, da sie jedem gleichberechtigten Einzelnen die Möglichkeit gibt, am politischen Leben mitzuwirken und damit seine Wünsche auf friedlichem Weg zur Geltung zu bringen. Nach diesen Vorstellungen konnte der Weltfriede oder wenigstens eine friedlichere Weltordnung mit der Ausdehnung derselben demokratischen Grundsätze auf die internationalen Beziehungen herbeigeführt werden. Die Demokraten verwarfen aber entschieden jede Herrschaftsform, die nach innen den Militarismus braucht, um sich zu erhalten, und nach außen eine machtstaatliche Politik betreibt oder ihre Interessen mit Gewalt durchsetzt. Beides, Militarismus und Machtpolitik, betrachteten sie als die größten Gefahren für den Weltfrieden. Da sie sich der Automatik des Mächtesystems, wie es sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, bewußt waren, empfahlen die Pazifisten der Kaiserzeit die Ablösung dieses Systems durch eine stabile weltweite Ordnung, in der Recht vor Gewalt gehen würde. Deshalb gehörten sie zu den Förderern der Idee der „Vereinigten Staaten“ Europas, ja sogar der Welt. Die Einheit der Menschheit, wenigstens funktional betrachtet, war die höhere „Wahrheit“, zu deren Erkenntnis sie ihre Mitmenschen erziehen wollten.

Carl Friedrich von Weizsäckers Anliegen in seinen Überlegungen zum „Friedensproblem“ war es, zu analysieren, „was in einer konkreten Friedenspolitik angestrebt werden soll und erreicht werden kann, und was nicht“. Seine Analyse stützte

sich auf die Erfahrung der neuesten Entwicklung der Weltgeschichte, das heißt namentlich auf die Erfahrung der beiden Weltkriege, die in hohem Maße dazu beigetragen haben, daß der Friede der Menschheit dieses Jahrhunderts „zur bewußten Aufgabe“ geworden ist. Illusionslos suchte er zu der bestmöglichen Lösung zu gelangen²⁵. Vor 1914 gaben sich viele Pazifisten Illusionen hin und wirkten in der Hoffnung, daß die Utopie des Weltfriedens sich eines Tages verwirklichen würde. Unter ihnen wurden aber auch die warnende Stimme derjenigen laut, die die Katastrophe herankommen sahen.

Am Beispiel von Württemberg und Schwäbisch Hall stellt man fest, daß der Pazifismus vor dem Ersten Weltkrieg ziemlich differenziert war, sowohl in der Zusammensetzung seiner Anhängerschaft als auch in seiner Zielsetzung und in der Vorstellung der Mittel zum Frieden.

In seiner Eröffnungsrede zum 41. Deutschen Historikertag in München erklärte Bundespräsident Roman Herzog im September 1996: „Die Geschichtswissenschaft muß sich in besonderem Maße um die Geschichte der europäischen und außereuropäischen Länder kümmern, aber nicht additiv, sondern integrativ“²⁶. Die Geschichte jener internationalen Bewegung, die durch das ganze 19. Jahrhundert auf das große Ziel eines dauerhaften Weltfriedens hingearbeitet hat, die aber wegen der beiden Weltkatastrophen des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit geraten ist, gehören zweifelsohne zu den Themen einer „integrativen“ und „global denkenden“ Geschichtsforschung. Die vorliegende Studie möchte aus der Lokalperspektive zeigen, wie Ideen, die heute in der UNO oder in der Europäischen Union ihre Verwirklichung gefunden haben, unter dem Einfluß unermüdlich wirkender Pioniere in manchen Regionen reiften. Solchen Entwicklungen schenken aber die Geschichtsbücher unserer Schulen noch zu wenig Beachtung.

Die württembergischen Linksliberalen als Förderer der Friedensidee

Die Internationalen Friedenskongresse, die von 1843 bis 1853 stattfanden, haben weitgehend dazu beigetragen, das Thema Krieg und Frieden in die öffentliche Diskussion zu bringen. Die Vertreter, die an diesen ersten Kongressen teilnahmen, haben außerdem die wesentlichen Argumente artikuliert, auf die sich die späteren Anwälte einer friedlichen Weltordnung beziehen sollten. Die Anregung zu diesen Kongressen gab der Amerikaner Elihu Burlitt (1810–1879), dessen Engagement als pazifistischer Wanderprediger auf religiösen und philanthropischen Motiven beruhte. Die Friedensidee war aber in den amerikanischen Friedensgesellschaften oft mit freihändlerischem Denken verbunden. Aus taktischen Gründen suchten die Organisatoren, auch bekannte Künstler und Wissenschaftler für die Friedenskongresse zu gewinnen, die das öffentliche Interesse auf diese Veranstaltungen lenken

25 Ebd., S. 36f.

26 Haller Tagblatt (HT) Nr. 217, 18.9.1996, S. 4.

sollten. Sie warben auch für die Anwesenheit von Regierungsvertretern auf diesen Friedenskongressen, denn sie hofften, sich auf diese Weise bei den politischen Entscheidungsträgern einen gewissen Einfluß zu verschaffen²⁷.

Der Antisklavereikongreß, der 1843 in London organisiert wurde, kann insofern als der erste internationale Friedenskongreß betrachtet werden, als er das Problem des „gerechten Krieges“ zur Debatte stellte. Die Teilnehmer konnten sich nicht darüber einigen, ob die Führung eines Verteidigungskrieges moralisch sei. An 54 Regierungen konnte trotzdem eine Resolution gerichtet werden, in der es hieß, man solle auf den Krieg als politisches Instrument verzichten und Schiedsklauseln in staatlichen Verträgen bevorzugen. Bei dem Friedenskongreß, der vom 20. bis 22. September 1848 in Brüssel stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wurde, die Berufung auf die Waffen sei unvereinbar mit der Religion und der Vernunft, sie sei ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, die Humanität und die Interessen des Volkes. Die völlige Abschaffung des Krieges sei eine Pflicht der zivilisierten Welt. Um den Krieg zu verhindern, könne man zur Lösung des Schiedsgerichts greifen, d. h. einen internationalen Gerichtshof einrichten. Ein Völkerkongreß könne ein Gesetzbuch für die internationalen Beziehungen ausarbeiten. Die Abrüstung bedeute, die Staatslasten zu verringern und neue Beziehungen zwischen den Völkern anzubahnen²⁸.

Der Friedenskongreß von Paris im Jahre 1849 (22.–24. 8.) wurde zugleich von religiös-humanitären Gedanken und von einem zivilisatorischen Fortschrittsoptimismus geprägt. Immer deutlicher trat aber auch die enge Verbindung zwischen Demokratie und Frieden sowie die Verbindung zwischen Friedensbewegung und Freihandelsbewegung in den Vordergrund. Hierdurch sollte der internationale Verkehr gefördert werden. Man vertrat außerdem die Ansicht, die Anerkennung der nationalen Einheit sei eine Voraussetzung für die europäische Einigung²⁹.

Am 22. August 1850 wurde der nächste Friedenskongreß in Frankfurt am Main eröffnet, d. h. am symbolträchtigen Tagungsort der ersten deutschen Nationalversammlung. Eine „Adresse an alle Völker und Regierungen“ wurde am Schluß des Kongresses veröffentlicht. Die Botschaft, die daraus hervorging, war die des Weltfriedens: man wollte die historische Einheit der Völker wiederherstellen und den Kreis der zivilisierten Völker ständig erweitern, Recht sollte vor Gewalt gehen³⁰.

Die Friedensfreunde begannen damals Druckschriften zu verbreiten und Volksversammlungen zu veranstalten. Indem sie diese Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unternahmen, hofften sie, breite Massen des Publikums für ihre Ideen zu gewinnen. Ihre Tätigkeit beruhte auf dem zuversichtlichen Gedanken, die Gewalt der

27 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 24 ff.

28 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 25 ff.

29 Ebd., S. 26 f.; *Holl* (wie Anm. 1), S. 27. Die Eröffnungsrede hielt der französische Dichter Victor Hugo. Diese Rede wurde in: *Archiv für Politik und Geschichte in Deutschland* 5 (1927), S. 222–227, wiedergegeben, d. h. auf dem Höhepunkt der deutsch-französischen Verständigung nach dem Ersten Weltkrieg.

30 *Holl* (wie Anm. 1), S. 27 f.; *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 27 ff.

öffentlichen Meinung sei stärker als die Macht der Regierungen. Diese Hoffnung auf eine evolutionäre Entwicklung, dieser Fortschrittsoptimismus, diese Selbstgewißheit, die typisch für die erste Phase der Friedensbewegung ist, war jedoch angesichts der damaligen Situation in Deutschland und in Europa kaum gerechtfertigt. Die Zeit der Befreiungskriege blieb für viele etwas Großartiges, 1813 war zu einem Mythos geworden, und überhaupt gehörte die Verherrlichung des Krieges zu einer verbreiteten Weltanschauung.

1851, 1852 und 1853 fanden noch drei Friedenskongresse statt, in London, Manchester und Edinburgh. Damit endete die erste Phase der bürgerlichen Friedensbewegung, auf die eine lange Unterbrechung folgte. Man konnte zwar damals den Eindruck haben, daß bis jetzt keine konkreten Erfolge erreicht worden waren; jedoch war eine internationale Bewegung entstanden, der es einigermaßen gelang, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich zu lenken. Die Friedensfreunde beriefen sich sowohl auf die christliche Lehre als auch auf rational-moralische, philanthropische und utilitaristische Grundsätze³¹. In den Resolutionen der Friedenskongresse wurden drei Hauptforderungen geltend gemacht: die Schiedsgerichtsbarkeit, die Kodifikation des Völkerrechts, die Abrüstung. Diese drei Stichwörter sollten später im Mittelpunkt der pazifistischen Arbeit stehen. Charakteristisch für diese beginnende Friedensbewegung ist auch, daß sie nur im Bunde mit effektiveren Reformbewegungen Erfolge erreichen konnte, d. h. daß sie allein wenig politische Kraft hatte.

Der demokratische Republikanismus, der nicht institutioneller Art war und an einzelne Persönlichkeiten wie Giuseppe Mazzini gebunden blieb, sollte der Friedensbewegung einen entscheidenden Impuls geben. Mazzini sah den Frieden als eine unausbleibliche Folge einer Föderation von republikanischen Nationen an. Andere Demokraten aber betrachteten den Frieden als ein eigenes Problem, das als solches behandelt werden sollte, selbst wenn die gegebenen Verfassungsverhältnisse als unbefriedigend empfunden wurden. Machte die Friedensfrage einen Verselbständigungsprozeß durch, so wurde die personale Kontinuität doch nicht völlig abgerissen. Wie Alwin Hanschmidt gezeigt hat, waren viele Teilnehmer an der Gründung der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga in Genf im Jahre 1867 frühere Mitkämpfer der Revolution von 1848/49, die in der Emigration lebten. Diese Liga reihte sich in die organisatorischen Bemühungen um die internationale Demokratie ein. In ihrem Programm erhielt die Demokratie als friedenssicherndes Element eine entscheidende Bedeutung³².

Die Internationale Friedens- und Freiheitsliga entstand 1867, in einer Zeit, in der unter dem Eindruck der luxemburgischen Krise die Spannung in Europa wuchs³³.

31 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 30.

32 *Alwin Hanschmidt*: Republikanisch-demokratischer Internationalismus im 19. Jahrhundert. Ideen – Formen – Organisationsversuche, Husum 1977, S. 83 ff.

33 Die luxemburgische Krise entstand dadurch, daß der niederländische König als Landesherr sich bereit zeigte, Luxemburg, in dem er seit der Auflösung des Deutschen Bundes 1866 ein Garnisonsrecht

Diese Krisensituation nährte den Gedanken, einen Friedenskongreß einzuberufen, auf dem sich die pazifistischen Kräfte international sammeln und organisieren würden. In Paris wurde am 3. Mai auf Anregung des Franzosen Frédéric Passy (1822–1912)³⁴ die „Ligue Internationale et Permanente de la Paix“ gegründet, die erste internationale Friedensorganisation. Am 6. Mai schlug der Chefredakteur der demokratischen Zeitung „Le Phare de la Loire“, in einem Artikel vor, einen Kongreß der Völker einzuberufen. Diese Initiative beruhte auf der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung für die Idee des Friedens mobilisiert und daß dadurch der Friede sichergestellt werden könnte. Als Tagungsort für einen solchen Kongreß schien sich Genf anzubieten³⁵. Auf diesen Aufruf hin bildete sich in Paris unter der Leitung von Charles Lemonnier (1806–1891) ein Aktionsausschuß, der sich mit Genfer radikalen Politikern und dort im Exil lebenden Franzosen mit dem Ziel in Verbindung setzte, den Aufbau des Friedens durch die Völker selbst herbeizuführen und auf diese Weise die Grundlagen für Vereinigte Staaten von Europa und für eine europäische Demokratie zu schaffen. Das Manifest dieses Ausschusses unterzeichnete im Juli 1867 u.a. die Franzosen Victor Hugo, Jules Favre, Charles Lemonnier, Edgar Quinet, Jules Simon und Louis Blanc, aus England John Stuart Mill, aus Italien Guiseppe Garibaldi, aus Deutschland Amand Goegg, badischer Revolutionsminister von 1848/49, und Julius Haußmann (1816–1889), Redakteur des Stuttgarter „Beobachters“, als Vertreter der württembergischen Volkspartei³⁶. In diesem Manifest hieß es, in Europa gebe es nur noch zwei Parteien: diejenige der Militärdiktaturen und diejenige der Freiheit; deshalb seien die *Mitbürger Europas* eingeladen, an diesem „Congrès de la paix par la liberté“ teilzunehmen³⁷.

Julius Haußmann ließ an die Volksvereine, die Lokalorganisationen der Volkspartei, die Aufforderung gehen, der Friedens- und Freiheitsliga beizutreten; das taten auch einige von ihnen. Der „Beobachter“, das Organ der württembergischen Demokratie, bemühte sich, den Geist dieses pazifistischen Internationalismus zu fördern. *Ein Volk, das sich ausschließlich in eine 'nationale' Aufgabe verbohrt, ist solange ein abgerissenes Glied des großen Menschheitskörpers*. So lautete das Prinzip, das seine Redaktion im Dezember 1868 verteidigte³⁸.

Der Gründungskongreß der Friedens- und Freiheitsliga fand vom 9. – 12. September statt. Er sollte eine richtige Massenveranstaltung werden, denn mehrere tau-

besaß, an Frankreich abzutreten. Die Neutralisierung Luxemburgs auf der Londoner Konferenz am 11. Mai 1867 ermöglichte es, diesen Streitfall zu lösen.

34 Adolf Wild: Frédéric Passy (1822–1912). Internationale Organisation der Friedensbewegung, in: Christiane Rajewsky, Dieter Riesenberger (Hrsgg.): Wider den Krieg. Große Pazifisten von Immanuel Kant bis Heinrich Böll, München 1987, S. 40–46.

35 Hans Wehberg: Ideen und Projekte betr. die Vereinigten Staaten von Europa in den letzten 100 Jahren, in: Die Friedens-Warte 41 (1941), S. 49–122, hier bes. S. 69–72 über die Internationale Liga für Frieden und Freiheit.

36 Gerlinde Runge: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970, S. 116.

37 Hanschmidt (wie Anm. 32), S. 85 f.

38 Stuttgarter Beobachter Nr. 287, 9. 12. 1868.

send Teilnehmer folgten der Einladung des Aktionsausschusses und begaben sich nach Genf. Wie die Berichterstattung des „Haller Tagblatts“ zeigt, erregte der Kongreß vor allem dadurch Aufsehen, daß Garibaldi einige Tage in Genf verweilte und von der Bevölkerung stürmisch gefeiert wurde. Er benutzte die Gelegenheit, gegen den Kirchenstaat zu agitieren und eine Resolution einzubringen, in der das Papsttum für abgesetzt erklärt wurde.

Hier dürfen die telegraphischen Meldungen des „Haller Tagblatts“, die den Gründungskongreß der Friedens- und Freiheitsliga betreffen, wiedergegeben werden, damit sich der Leser vorstellen kann, welche Aufnahme ein Ereignis wie dieser Kongreß damals tatsächlich fand und wie sich die Bürger darüber informieren konnten:

*Genf, 5. 9. Garibaldi trifft am 7. Sept. hier ein. Ein großartiger Empfang wird vorbereitet. Auch Victor Hugo, Louis Blanc, Jules Favre kommen hierher*³⁹.

Genf, 8. 9. Garibaldi hielt heute abend sechs Uhr unter beispiellosem Enthusiasmus seinen Einzug und sprach hierauf in einer energischen Rede für Demokratie und gegen das Papsttum.

*Genf, 8. 9. Garibaldi wurde auf den Eisenbahnstationen Lausanne und Genf festlich empfangen. Hier in Genf überstieg die Begeisterung beim Empfange desselben alle Begriffe. Garibaldi dankte dem braven Genfer Volke, das allen Demokraten stets ein Asyl geboten, und sprach besonders dankbare Anerkennung aus für die Initiative, welche die Genfer gegen das Papsttum ergriffen. Gleichzeitig forderte er das Genfer Volk auf, das Werk zu vollenden, und empfahl im Interesse der Freiheit und der Demokratie, dem Schweizervolke die Erhaltung der Eintracht*⁴⁰.

Genf, 9. 9. Der Friedenskongreß ist um 2 Uhr zusammengetreten. Garibaldi ist Ehrenpräsident, [Regierungsrat und Ständerat] Jolissaint von Bern wirklicher Präsident, [der französische, in Genf lebende Philosophieprofessor Jules] Barni, Vizepräsident. Garibaldi hat den Zerfall des Papsttums ausgesprochen.

*Genf, 9. 9. Der Direktor der italienischen Bahn, Herr Lavalette, ein Verwandter des französischen Ministers, verweigerte den Verwaltungsdampfer „Simplon“ für die Garibaldi-Fahrt*⁴¹.

*Genf, 10. 9. Der Vorsitzende des Friedenskongresses erläßt einen Aufruf zur Versöhnung und verliest sodann zwei Briefe von Jules Favre und Louis Blanc, welche ihr Ausbleiben mit Krankheit und Geschäften entschuldigen. Simon ladet Deutschland und Frankreich ein, sich im Interesse der inneren Freiheit zu verständigen. Lemonnier sagt, Republiken können allein die Kriege beenden. Garibaldi umarmt Lemonnier*⁴².

Genf, 10. 9. Präsident Jolissaint proklamiert volle Redefreiheit; der Kongreß sei nur für Beschlüsse verantwortlich. Dann folgt die Verlesung von Adressen aus Ita-

39 HT Nr. 211, 7. 9. 1867, S. 1.

40 HT Nr. 214, 11. 9. 1867, S. 1.

41 HT Nr. 215, 12. 9. 1867, S. 1.

42 HT Nr. 216, 13. 9. 1867, S. 1.

lien, aus Brüssel, von einer Zuschrift der Pariser Freimaurer, von Briefen Garibaldi, Jules Favres, Louis Blancs, von einem Protest gegen die sozialistische Adresse des Arbeiterkongresses. E. Quinets poetische Rede erklärt: In der Menschheit sei das Bewußtsein und Gewissen erstorben. Amand Goegg redet gegen Zentralisation; Garibaldi, ein zweiter Christus, werde die Priesterherrschaft zerstören. Garibaldi Adjutant legt alle seine auf Schlachtfeldern erworbenen Dekorationen nieder. Dupont erklärt sich für Sozialrevolution. Carteret will nur Protest gegen Krieg und stehende Heere. L[udwig] Simon von Trier polemisiert heftig gegen die Politik Preußens. Lemonnier aus Paris entwirft das Ideal einer Republik. Garibaldi wird morgen abreisen⁴³.

Genf, 11. 9. Garibaldi ist heute früh plötzlich und jedermann unerwartet abgereist. Die Sitzung des Friedenskongresses war lang und stürmisch. Dupasquier wirft der Versammlung Angriffe gegen Gott vor. Morgen um 9 Uhr findet wieder Sitzung statt.

Genf, 12. 9. Gestern abend fand eine große schweizerische Volksversammlung statt. Dieselbe protestierte gegen die Richtung, welche der Kongreß genommen und gegen den von den französischen Sozialisten ihm aufgedrückten Charakter.

Genf, 12. 9. Die Konservativen haben mit Fazy eine Koalition gegen den Friedenskongreß geschlossen. Präsident Jolissaint aus Bern hielt eine versöhnliche Ansprache. Die Anträge Fazys wurden verworfen, die Komiteevorschläge angenommen. Die Minorität versuchte, den Kongreß zu terrorisieren und zwang den Präsidenten, durch Hutaufsetzen die Sitzung aufzuheben. Der Kongreß ist geschlossen, das Bureau beauftragt worden, die Liga zu organisieren.

Genf, 12. 9. Wegen der Wendung, die der Friedenskongreß genommen, herrscht vielfache Mißstimmung. In der gestrigen Sitzung erschienen Deputierte der englischen Reform-Liga. Vogt verlas eine Zuschrift von Fanny Lewald. Das Komitee entwickelte in einer beantragten Resolution das Programm des Kongresses. Grün sprach gegen die stehenden Heere. Die Komiteemitglieder Roget, Fazy und Wessel erklärten ihren Austritt, indem Fazy behauptete, den Schweizern werde das Wort entzogen. (Lebhafter Widerspruch.) Ladendorf empfahl die Befreiung der Völker durch sich selbst. Schmale aus Paris empfahl die sozialistische Konföderation. Claudet aus Paris sagte: Die Demokraten Frankreichs wünschen ein großes, einig, nicht monarchisch zentralisiertes Deutschland. Ein Demokrat aus Bologna empfahl die Erinnerung der Freiheit auf dem Wege der Revolution. Dupasquier aus Neufchâtel sagte: Es gäbe keine Freiheit ohne Sittlichkeit, und behauptete: Amerika habe einen Krieg behufs Unterdrückung Anderer geführt (Lebhafter Widerspruch seitens eines Amerikaners)⁴⁴.

Die Berichte des „Haller Tagblatts“ zeigen ganz deutlich die Heterogenität der Zusammensetzung und der Richtungen des Genfer Friedenskongresses. Diese Heterogenität erklärt nicht nur die Spannungen, die namentlich zwischen den mehr ge-

43 HT Nr. 216, 13. 9. 1867, S. 3.

44 HT Nr. 217, 14. 9. 1867, S. 1.

mäßigsten Schweizern und den radikaleren Franzosen auftraten, sondern auch die Verknüpfung der Friedensfrage mit der Frage einer demokratisch-liberalen Verfassung sowie mit der Arbeiterfrage, die in der Schlußresolution vorgenommen wurde. Dieser Kongreß wurde vor allem als ein sensationelles Ereignis empfunden, und angesichts seines chaotischen Charakters mag er wohl die Friedensfreunde Europas zunächst nicht überzeugt haben.

Liest man aber eine Lokalzeitung wie das „Haller Tagblatt“, so stellt man fest, daß das Problem des Friedens und die grundlegenden Fragen, die damit verbunden waren, die öffentliche Meinung Europas immer mehr beschäftigten, so z B. das Problem der Kosten der stehenden Heere. Unter dem Titel: *Kosten des bewaffneten Friedens* gab das „Haller Tagblatt“ die Übersetzung eines Aufsatzes aus dem Londoner „Economist“ wieder, der auf den großen Aufwand für die Friedensrüstung in den europäischen Staaten hinwies. Der Autor des Aufsatzes betonte, daß diese Situation nicht dem Grad der neuzeitlichen Zivilisation entspreche. Nachdem er die ausgegebenen Summen zusammengerechnet hatte, zog er folgenden Schluß: *Diese Summen stellen den jährlichen Preis vor, um welchen wir einen unsicheren Frieden versichern, einen Frieden, der seit 15 Jahren durch drei große Kriege unterbrochen wurde und der gerade jetzt in der äußersten Gefahr schwebt, im Großen gebrochen zu werden. Es ist ein reizendes Denkmal menschlicher Weisheit, ein ausgezeichnetes Zeugnis der guten Regierung der Völker, diese Ausgabe für unproduktive Beschäftigung. Die Gesamtrüstungen einschließlich der Kriegsflotten sind noch bedeutender als die angegebenen Zahlen, nicht weniger als 100 000 000 £ [= Pfund Sterling] jährlich. Das Schlimmste an der Sache ist, daß, wenn nur dieser ungeheure Aufwand gemacht ist, Europa nicht um einen Pfifferling mehr Sicherheit für Ruhe hat. Das ist die Ironie der Situation. Damit sind aber noch nicht die Gesamtkosten der Bewaffnung berechnet. Dazu kommt noch der Verlust, der daraus entsteht, daß 2½ Millionen Menschen in der vollen Blüte und Kraft ihres Alters von produktiver Arbeit ferngehalten sind. Ein Schilling Taglohn für jeden Mann gerechnet macht 39 Millionen £ per Jahr. Dazu müßten wir zählen den Unterschied zwischen ihrem Lohn und dem Werte ihrer Erzeugnisse. Wenn wir 200 Millionen £ per Jahr annähmen als Gesamtverlust für Europa in Barem und als Folge der gezwungenen Abhaltung von der Arbeit, so würden wir nicht weit von der Wahrheit sein, besonders wenn wir die schlimme Wirkung der Unsicherheit auf den Unternehmungsgeist mit inbegriffen*⁴⁵.

Diese Argumente, die hier von einem Engländer geltend gemacht wurden, wurden auch von den deutschen liberalen Demokraten sehr oft wieder aufgegriffen, um den Schaden, der den Staatsfinanzen wegen der stehenden Heere erwuchs, zu bemängeln. Eine andere Frage war damals mit der der Friedenserhaltung verbunden, die der Verwirklichung der deutschen Nationaleinheit. Angesichts der französischen Kompensationsforderungen war Bismarck am Ende des Deutschen Krieges 1866 bestrebt, mit den süddeutschen Regierungen Schutz- und Trutzbündnisse ab-

45 Kosten des bewaffneten Friedens, in: HT Nr. 221, 19.9.1867, S. 1.

zuschließen, was ihm auf geheimem Weg gelang. Die Partner verpflichteten sich zur gegenseitigen Unterstützung im Kriegsfall mit der vollen Streitmacht bei Übertragung des Oberbefehls an den König von Preußen. Diese Bündnisse machten eine Reorganisation der süddeutschen Truppen nach preußischem Muster notwendig, die auf einer von C. zu Hohenlohe-Schillingsfürst angeregten Süddeutschen Militärkonferenz in Stuttgart (3.–5. Februar 1867) grundsätzlich bejaht wurde. Angesichts der in Süddeutschland verbreiteten Abneigung gegen das preußische Militärsystem und den „preußischen Militarismus“ sollten aber die entsprechenden Wehrgesetze in Württemberg wie in Bayern erst im Januar 1868 verabschiedet werden.

Diese Frage stand auch in Schwäbisch Hall im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, als der demokratische Abgeordnete von Hall, August Oesterlen (1819–1893), hier auf einer vom lokalen Volksverein veranstalteten Volksversammlung seinen Standpunkt darlegen konnte⁴⁶. Er stellte das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen als unnützlich, ja als gefährlich hin. Wegen ihrer Stellung zu dieser Frage wurde die demokratische Partei Württembergs einer *Anlehnung an das Ausland, an Frankreich oder an Österreich* beschuldigt. Oesterlen zeigte sich bemüht, eine solche Anschuldigung zu widerlegen. *Bei einem Kriege, in welchem Deutschland durch das Ausland bedroht werde*, erklärte er nachdrücklich, *verstehe es sich von selbst, daß ganz Deutschland wie Ein Mann, also auch der Süden, dastehe; hierzu bedürfe es keines Bündnis-Vertrags*. Oesterlen führte noch andere Argumente an, um seine ablehnende Stellung zu dem Vertrag mit Preußen zu rechtfertigen. Er erklärte weiter, Preußen habe die Möglichkeit eines Kriegs jeden Augenblick vor sich; sei dieser Krieg nun ein Verteidigungs- oder ein Angriffskrieg, werde er mit Recht oder Unrecht geführt, Württemberg habe dann keine andere Wahl, als Preußen *unsere Söhne und unser Geld* zur Verfügung zu stellen. *Und wie wäre es*, fuhr der Großdeutsche fort, *wenn Preußen mit Österreich, das auch noch zehn Millionen unserer deutschen Brüder zählt, wieder einen Krieg bekäme? Auch gegen diese müßten dann unsere Söhne zu Felde ziehen, sobald wir diesen Vertrag angenommen. Sodann treibt dieser Vertrag unser Budget zu einer eminenten Höhe, denn dafür, daß Preußen unserer Regierung in einem allenfallsigen Kriege seine ganze Militärmacht zur Verfügung stellt, verlangt es auch, daß das preußische Militärsystem bei uns eingeführt und unsere Kriegsmacht auf die möglichste Höhe gebracht wird. Wir haben somit nicht nur eine größere Armee zu erhalten, sondern haben auch noch die Segnungen einer dreijährigen Präsenzzeit. Wenn Preußen seine Liebäugelei mit dem Auslande – mit Rußland – aufgibt, wenn es ein Schutz-*

46 Der frühere Burschenschaftler und 48er Oesterlen wurde 1862 zum Abgeordneten des Bezirks Hall im württembergischen Landtag gewählt; er blieb dies bis 1876. 1866 war er einer der verschiedensten Vertreter der großdeutschen Richtung; 1868 wurde er in das Zollparlament gewählt. Das Deutsche Reich Bismarcks lehnte er ab und bekämpfte seine Einrichtungen und seinen Ausbau. 1876 wurde er nicht wieder gewählt. Vgl. Schwäbische Chronik Nr. 51, 2. 3. 1893 (Mittagsblatt), S. 426. Bei der Wahl von 1868 erhielt Oesterlen im XI. Wahlkreis 9104, Fabrikant Weber 1614 Stimmen. HT Nr. 73, 27. 3. 1868, S. 1f.

und Trutzbündnis mit Österreich abschließt, dann wird gewiß der ganze Süden Deutschlands gern und freudig diesem Bündnisse beitreten. Oesterlen empfahl also den Haller Bürgern folgende Haltung: *Warten wir darum, werden wir keine Anbeter der Macht, lassen wir unsern freisinnigen Brüdern im Norden Zeit, die Ernüchterung der anderen abzuwarten, die bloß in einem Militär-, in einem Großmachtstaate ihr Heil sehen. Seien wir nicht preußischer als die Preußen selber. Und wenn es denn kommen sollte, daß wir uns anschließen müßten, dann können wir wenigstens sagen, wir haben die Ehre gewahrt und uns keinen Sinneswechsel zu Schulden kommen lassen*⁴⁷.

Trotz seiner Wahl in das Zollparlament blieb Oesterlen ein Gegner des Eintritts Württembergs in den Nordbund; die Wahlergebnisse hatten übrigens gezeigt, bemerkte er, daß das württembergische Volk diesen Eintritt nicht wünschte. Auf einer Volksversammlung, die am 29. März in Hall stattfand, drückte er sich in diesem Sinne aus. Fabrikant Carl Kirchdörfer, der Vorsitzende des Haller Volksvereins, empfahl seinen Mitbürgern, bei den bevorstehenden Landtagswahlen demokratisch zu wählen, denn *wie es in den Cäsaren-Reichen aussehe, sei nur zu bekannt*. Noch einmal wurden die Zustände in Preußen gegeißelt. Schuld an der Not der dortigen Bevölkerung seien *die drückenden Steuern, welche der Militärstaat Preußen zur Aufrechterhaltung seines Militärapparats auferlege*⁴⁸.

Die württembergischen Demokraten verwarfen die neue Militärorganisation, die der Abschluß des Schutz- und Trutzvertrags mit Preußen zur Folge hatte, *weil sie nicht das schweizerische Milizsystem zur Grundlage genommen hat[te]*. Die Schweiz sollte künftighin in Sachen des Militärs, also nicht allein wegen ihrer föderativen Organisation, das Modell bleiben, das den süddeutschen Demokraten vorschwebte⁴⁹.

Die württembergischen Demokraten sollten ihrer Überzeugung treu bleiben und, sich auf die Organisation der Deutschen Volkspartei stützend, eine beachtenswerte Rolle in der deutschen bürgerlichen Friedensbewegung der Kaiserzeit spielen. Schon vor der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft im Jahre 1892 versuchten sie immer wieder, im Sinne des Programms ihrer Partei konsequent die Friedenssache zu fördern. Sie griffen dabei nicht nur zu den Mitteln der Politik: Durch ihre publizistische und literarische Tätigkeit haben sie sich bemüht, die Notwendigkeit einer friedlichen Weltordnung zu zeigen. Auch das „Haller Tagblatt“ schien, bevor es sich nach der Reichsgründung zu einem eher nationalliberal ausgerichteten Blatt entwickelte, gerne die Thesen der deutschen Friedensfreunde zu unterstützen, namentlich, indem es Auszüge aus ihren Schriften abdruckte⁵⁰.

47 HT Nr. 243, 15. 10. 1867, S. 1f.

48 HT Nr. 76, 31. 3. 1868, S. 1f.

49 HT Nr. 232, 2. 10. 1867, S. 1 (Bericht über eine Versammlung der württembergischen Volkspartei).

50 Arbeiter und Soldaten. Aus der Schrift von Dr. Hegewald: „Die Friedens-Union“, in: HT Nr. 220, 21. 9. 1869, S. 1. S. auch: Der Kriegszustand unserer Zeit. Nach Molinari im Econ[omiste] belge, in: HT Nr. 114, 16. 5. 1868, S. 1f. In diesem Aufsatz wies auch der belgische freihändlerisch gesinnte Nationalökonom Gustave de Molinari (1819–1911) auf die zu hohen Kosten des bewaffneten Friedens hin.

Das Bemerkenswerteste an dieser Tätigkeit ist vielleicht ihr Versuch, die deutsche öffentliche Meinung für die Idee einer Aussöhnung, einer Annäherung und einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu gewinnen.

Die Deutsche Volkspartei, in der sich süddeutsche und insbesondere württembergische Demokraten versammelten, wurde am 20. September 1868 in Stuttgart gegründet. Diese Gruppierung ging in ihren Wurzeln bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurück, in der die württembergischen Demokraten eine starke und schon straff organisierte Volkspartei geschaffen hatten, die aber in der Reaktionszeit unterdrückt worden war. Unter dem Einfluß von Achtundvierzigern, die 1849 hatten emigrieren müssen und inzwischen zurückgekehrt waren, hatte sich eine demokratische Opposition gegen den nach Preußen orientierten Liberalismus gebildet. In Württemberg war es einer Gruppe um Karl Mayer, Ludwig Pfau und Julius Haußmann gelungen, 1864 eine neue Volkspartei wieder aufzubauen, die an die Tradition von 1848/49 anknüpfen sollte. Das Ziel der Partei war in erster Linie, die 1848 errungenen demokratischen Rechte wiederherzustellen und eine preußische Vormachtstellung in Deutschland durch eine Koalition der Mittel- und Kleinstaaten zu verhindern. Sie stützte sich auf das städtische Kleinbürgertum und auf die klein- und mittelbäuerlichen Schichten⁵¹.

Zusammen mit der Gruppe der Frankfurter Demokraten um die „Frankfurter Zeitung“ und deren Besitzer Leopold Sonnemann und mit wenigen norddeutschen Gesinnungsgenossen arbeiteten die Württemberger ohne großen Erfolg an der Konstituierung einer gesamtdeutschen demokratischen Volkspartei, die sich im Reichstag nur auf eine sehr kleine Fraktion stützen konnte⁵². Daß die Deutsche Volkspartei damals keine großen Kreise der öffentlichen Meinung zu gewinnen vermochte, liegt an ihrer unzeitgemäßen Programmatik. Nach dem Sieg von 1870 dem „Preußentum“ den Kampf anzusagen, in der Gründerzeit sozialpolitische Forderungen zu erheben: das war eine Herausforderung, die recht wenige Deutsche zu unterstützen bereit waren.

Dazu kam, daß diese Demokraten, wie schon früher die Radikalen des Hambacher Festes und der Paulskirche, mitten in einer vom Nationalismus tief geprägten Zeit für eine friedliche Weltordnung eintraten⁵³. Im zweiten Punkt ihres Programms von 1868 hieß es nämlich: *Die Volkspartei ist eine Partei des Friedens, sie erkennt in jedem Kriege eine verdammungswürdige Schädigung aller Kultur- und Freiheitsinteressen und wird daher alle Bestrebungen unterstützen, welche auf friedli-*

51 *Ludwig Elm*: Die Deutsche Volkspartei, in: *Dieter Fricke* (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830–1945, Bd. 2, Berlin-Ost 1970, S. 637–644; *Friedrich Payer*: Die Deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik, in: *Patria*. Jahrbuch der Hilfe 8 (1908); *Willy Kremer*: Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871–1918, Emsdetten 1934.

52 *Gerhard A. Ritter*: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, Göttingen 1975, S. 366 f.: Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871–1912.

53 *Otto Heinrich Müller*: J. G. A. Wirth und die Entwicklung des radikalen Liberalismus von 1830 bis 1848, Diss., Frankfurt a. Main o.J.

*che Ausgleichung der zwischen einzelnen Völkern entstehenden Streitigkeiten abzielen*⁵⁴.

Das Stuttgarter Organ der Deutschen Volkspartei, „Der Beobachter“, unterstützte – wenn auch nicht unkritisch hinsichtlich der Arbeitsmethode⁵⁵ – die Internationale Friedens- und Freiheitsliga, die – wie oben geschildert – 1867 in Genf anlässlich der Weltausstellung in Paris ins Leben gerufen worden war und die süddeutsche Demokraten zu ihren Mitgliedern zählte⁵⁶. Das Ziel der Liga war die Bildung einer republikanischen Föderation der europäischen Völker, und sie suchte dieses Ziel durch die Presse, das freie Wort, die öffentliche Diskussion in Vereinen, bei Kongressen und Volksversammlungen zu erreichen. Die Liga erstrebte insbesondere die Abschaffung der stehenden Heere und an deren Stelle die Errichtung von Nationalmilizen⁵⁷.

Hauptpunkte des radikal-liberalen Programms der Liga waren die Trennung der Kirche vom Staate, die bürgerliche und politische Gleichstellung der Frauen und die Lösung der sozialen Frage durch die Verbesserung und Verallgemeinerung des Unterrichts und der Erziehung, durch die Förderung von Produktivgenossenschaften, durch alles, was nach dem Prinzip der Gerechtigkeit die Gleichheit unter den Bürgern herbeiführen konnte. Die Frage des inneren Friedens der Staaten, der durch die Überwindung von ungerechten Zuständen erreicht werden sollte, war im Sinne der Liga mit der Frage des internationalen Friedens eng verbunden⁵⁸.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß der „Stuttgarter Beobachter“ 1870 zu den wenigen deutschen Presseorganen zählte, die den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich mißbilligten. Die Demokraten machten einen Unterschied zwischen Volk und Regierung, deren Interessen ihrer Meinung nach nicht deckungsgleich waren. Vor der Kriegserklärung hieß es in einem Leitartikel des „Beobachters“, der damals in einem quasi revolutionären Geist redigiert war: *Sollen auf der heutigen Stufe der Zivilisation die Völker Europas nochmals ihr Blut für die Systeme und die ehrgeizigen Pläne der Könige vergießen? Nein, wir glauben, was uns betrifft, an den Frieden. Wenn die Völker leider noch nicht ganz ihre eigenen Herren sind, so sind sie es doch genugsam, um nicht mehr nötig zu haben, die*

54 Programm der Deutschen Volkspartei. September 1868, in: Felix Salomon (Hrsg.): Die deutschen Parteiprogramme, Tl. 1, Leipzig/Berlin 1912, S. 131 ff. S. auch Specht: Die Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien, Berlin 1898, S. 50 ff.

55 Internationale Freiheits- und Friedensliga. 5. Kongreß, in: Beobachter Nr. 231, 5. 10. 1871. Der Berichterstatter des Stuttgarter Organs warf der Liga vor, zu *hastig und ungründlich gearbeitet* zu haben.

56 Die Liga war eine heterogene Zusammensetzung aus fortschrittlichen Intellektuellen wie Victor Hugo und John Stuart Mill, radikal-bürgerlichen Politikern, Revolutionären wie Garibaldi und Alexander Herzen und auch Sozialisten, unter denen J. P. Becker, Bakunin und Louis Blanc zu nennen sind. Riesenberger (wie Anm. 12), 39 f.

57 Auf der Tagesordnung ihres dritten Kongresses vom September 1869 in Lausanne standen u.a. eine föderativen Organisation Europas, die orientalische und polnische Frage oder die Beseitigung des jedweden ökonomischen oder sozialen Antagonismus zwischen den Bürgern zu? S. in: Dritter Internationaler Friedens- und Freiheits-Congreß, in: Stuttgarter Beobachter vom 21. 7. 1869.

58 Vgl. Congreß der Internationalen Friedens- und Freiheits-Liga, in: Stuttgarter Beobachter Nr. 220, September 1869.

*Fehler ihrer Regierungen zu bezahlen, da sie die Macht haben, diese Fehler wieder gutzumachen*⁵⁹. Die demokratische Zeitung blieb überzeugt, daß das Volk den Krieg nicht wollte, daß die Lüge es aber dazu verleitet hatte⁶⁰. Nach der Kriegserklärung betrachtete sie es als die *Aufgabe aller Vernünftigen* – in Frankreich wie in Deutschland – den Nationalhaß zu bannen, anstatt ihn zu schüren, das Volk vor der nationalen Begeisterung zu warnen, damit es sich nicht durch das tendenziöse Geschrei und Gehetz hinreißen lasse⁶¹.

Während des Krieges verbot sich der „Beobachter“ – wie die „Frankfurter Zeitung“ – jede Hetze gegen die Franzosen, betrachtete vielmehr eine objektive Berichterstattung als oberstes Gebot. Er wünschte, daß Württemberg und die süddeutschen Staaten bei diesem Konflikt neutral blieben⁶². Resigniert griffen die Demokraten doch zu den Waffen, um ihrer nationalen Pflicht gerecht zu werden, in diesem Kampf zwischen zwei großen Nationen, die – wie es im „Beobachter“ hieß – *kein anderes Interesse hatten, als die Freiheit in Europa fest zu begründen*⁶³. Nach der Proklamierung der Republik in Frankreich, das heißt nach der Niederlage Napoleons III. in Sedan am 3. September 1870, sprachen sich die Demokraten gegen die Fortsetzung des Krieges aus⁶⁴. Der „Beobachter“ druckte auch in seinem Feuilleton regelmäßig pazifistische Gedichte ab, unter anderem eines von Moritz Hartmann mit dem Titel *Genug*⁶⁵ und eines mit dem Titel *Unsere große Zeit* von Theobald Kerner, dem Sohn des schwäbischen Dichters Justinus Kerner⁶⁶.

Ebenso entschieden mißbilligten die süddeutschen Demokraten die Annexion des Elsaß und Lothringens. Der „Beobachter“ erklärte ihre Stellungnahme mit folgenden prophetischen Worten: *Es wäre ein Fehler ohne Gleichen, Frankreich Bedingungen aufzuerlegen, die ihm mit seiner Ehre und mit der nationalen Würde unverträglich scheinen. Was hätte Deutschland dabei zu gewinnen? Eine Nachbarschaft, welche die Sehnsucht nach Vergeltung, ein ewig bohrendes Rachegefühl nicht schlafen ließe, eine beständige Verschwörung an seiner Westgrenze, eine nie endende Intrige gegen die Ruhe des Weltteils. Schöne Errungenschaften das! Abgesehen davon, daß sie das europäische Gleichgewicht zugunsten Deutschlands in Frage stellen würde – die Demokraten blieben davon überzeugt – bedeutete die Annexion Elsaß-Lothringens in ihren Augen einen Verstoß gegen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker*⁶⁷.

59 Beobachter Nr. 161, 14. 7. 1870.

60 Beobachter Nr. 162, 15. 7. 1870.

61 Beobachter Nr. 164, 17. 7. 1870.

62 Beobachter Nr. 168, 22. 7. 1870.

63 Beobachter Nr. 168, 22. 7. 1870.

64 Beobachter Nr. 210, 7. 9. 1870; Nr. 211, 8. 9. 1870.

65 Beobachter Nr. 5, 6. 1. 1871. Das Gedicht war zuerst am 1. Januar in der demokratisch gesinnten „Neuen Freien Presse“ in Wien erschienen.

66 *Unsere große Zeit*. Von *Theobald Kerner*, in: Beobachter Nr. 39, 16. 2. 1871; *Den Siegestrunkenen*. Von *Georg Herwegh*, in: Beobachter Nr. 15, 20. 1. 1872.

67 Beobachter Nr. 212, 9. 9. 1870.

Nach dem Krieg sollten die württembergischen Demokraten unermüdlich auf die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich hinarbeiten. Ludwig Pfau (1821–1894), ein verdienstvoller Vermittler zwischen beiden Völkern, der heute in eine undankbare Vergessenheit geraten ist, betätigte sich als Berichterstatter für die „Frankfurter Zeitung“ und den Stuttgarter „Beobachter“. In seinen „Briefen aus Paris“ versuchte er seinen Landsleuten zu zeigen, daß Frankreich nach seiner Niederlage und trotz seiner Schwächen ein Land der Kultur bleibe und nicht in einem Prozeß des Verfalls befangen sei, im Gegensatz zu dem, was viele Deutsche nach den Berichten der nationalistischen Presse glauben konnten. Ludwig Pfau übersetzte die Werke der zwei Lothringer Emile Erckmann (1822–1899) und Alexandre Chatrian (1826–1890), bretonische Lieder und das Buch „Mon oncle Benjamin“ Claude Tilliers (1801–1844), des Volksschriftstellers der Vormärzzeit. Hierbei versuchte er, gewisse Aspekte der französischen Literatur in Deutschland bekannt zu machen. Es kam aber auch vor, daß er gegen die Franzosen polemisierte, zum Beispiel, wenn es sich um die Frage der Schuld am Kriege handelte. In seiner Antwort auf das neueste Buch des Philosophen Ernest Renan schrieb er 1871: *Wenn die Geschicke der Völker noch heute mit dem Schwerte entschieden werden, so sind hieran die Franzosen wenigstens ebenso viel schuld als die Deutschen; und so lange die Völker nicht einsehen wollen, daß der Krieg der höchste und letzte Ausdruck der Unsittlichkeit ist, so lange mögen sie die Konsequenzen ihres Unverständs tragen.* Aus seiner Analyse der deutsch-französischen Beziehungen schloß Ludwig Pfau, *dem ganzen Jammer liege weniger der nationale Gegenstreit zweier Völker zugrunde als vielmehr der Fatalismus einer historischen Entwicklung, die noch auf dem Instinkt und der Gewalt fußt, statt auf der Bildung und der Gerechtigkeit*⁶⁸.

Ludwig Pfau blieb in den demokratisch gesinnten Kreisen Südwestdeutschlands einer der entschiedensten Verteidiger der Friedensidee, wie sich im Jahre 1881 zeigen sollte. Damals veröffentlichte das Institut für internationales Recht ein kleines Handbuch mit dem Titel „Gesetze für den Krieg zu Lande“. Johann Bluntschli (1808–1881), der Vize-Präsident dieses Instituts, überreichte Moltke ein Exemplar. Der Feldmarschall antwortete ihm in einem Brief, der in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte und eine Polemik auslöste, nämlich wegen der folgenden Stelle: *Vor allem würdige ich in vollem Maße die menschenfreundlichen Bemühungen, welche bezwecken, die vom Kriege verursachten Leiden zu mildern. Der ewige Friede ist ein Traum, und zwar nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist Element der von Gott eingesetzten Ordnung. Die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich daselbst: der Mut und die Entsagung, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung; der Soldat gibt sein Leben hin. Ohne den Krieg würde die Welt in Fäulnis geraten und sich im Materialismus verlieren.*

Ludwig Pfau, der damals in Paris verweilte, glaubte um so mehr in die Polemik eingreifen zu müssen, als Moltkes Aussagen der Französischen Presse Anlaß zu

68 Ludwig Pfau: Eine Stimme von drüben, in: Beobachter Nr. 293, 16. 12. 1871; Nr. 294, 17. 12. 1871.

wenig schmeichelhaften Kommentaren gaben. Dies gab ihm Gelegenheit, noch einmal den preußischen Militarismus anzuprangern. *Die preußische, etwas primitive Art historischer Beweisführung, die mit dem Prügel argumentiert, vermag eben, trotz ihrer praktischen Erfolge, nicht jedermanns Bewunderung zu erobern*, kommentierte er. *Daß Graf Moltke seine Philosophie mit Pickelhelm und Schleppsäbel ausstaffiert, das muß man einem Feldmarschall zu gut halten, um so mehr als solche Anschauungen ganz dem Boden entsprechen, der sie hervorbrachte*⁶⁹. Ludwig Pfau sah in der *Ethik des Borussentums*, einer widerlichen Ollapotrida von Gottesfurcht, Herrendienst und Brutalität, eine wachsende Gefahr für alle Geisteskultur und namentlich für das Erbe, das Lessing, Goethe, Schiller und Kant hinterlassen hatten. Krupp, behauptete er, hatte die deutschen Lorbeerbäume auf dem deutschen Parnaß ersetzt. Pfau erkannte in Moltkes Denkweise den Codex, den Gott für die wilden Tiere geschrieben hat. Diesen Codex „homo homini lupus“ lehnte er ab, und er schlug einen anderen vor: den der Vernunft und der Gerechtigkeit. Der Fatalismus sollte durch die Freiheit und die Gewalt durch das Recht überwunden werden. Das Mittel gegen das soziale Fäulnis, fuhr er fort, sei nicht der Krieg, sondern der Friede, nicht der *tierische Mut des Mamelucken*, der nur die Vernichtung kennt, sondern der menschliche Mut des Freien, der die Wahrheit sucht und verteidigt, und der sich und andere zu der Erkenntnis erhebt, daß das Wohl des einzelnen und das Wohl aller solidarisch sind⁷⁰.

In seinen umzeitgemäßen Betrachtungen bemühte sich Ludwig Pfau, Moltkes Logik und Argumente zu widerlegen und den Deutschen des neuen Reichs eine andere Moral als die bisher herrschende zu empfehlen. *So lange es Staaten gibt*, erklärte er, *sich auf die Erfahrung der Geschichte stützend, sind sie alle an der Ungerechtigkeit zu Grunde gegangen, und der höchste Ausdruck der Ungerechtigkeit ist der Krieg. Er ist nichts anderes als der von Staats wegen organisierte Raubmord. Um suum cuique zu geben statt zu nehmen, braucht man nicht zu den Waffen zu greifen. Der Krieg kann daher, wie alles Böse, nur verderbliche Folgen haben, und weit entfernt, die sittliche Fäulnis zu verhindern, dieselbe nur begünstigen*. Er fuhr ironisch fort: *Wissen doch Gründertum und Bankrott, Sittenverfall und Zucht- haus von den moralisierenden Wirkungen unseres letzten Krieges mehr als genug zu erzählen. Kunst und Wissenschaft, Arbeit und Forschung, und vor allem eine durch die bürgerliche Freiheit, durch die soziale Gerechtigkeit gehobene, gemeinnützige Tätigkeit besitzen ganz andere Sittlichungsmittel und Antiseptika, als die noble Passion des Todschlags. Das sind freilich Kräfte, von denen man in den Kasernen nichts weiß. Für die armen Teufel, welche anderen Kastanien aus dem Feuer holen müssen, ist der Krieg allerdings eine Schule der Opferung, aber diese Opfer sind ohne Segen, denn sie sind falschen Göttern dargebracht*⁷¹.

69 Ludwig Pfau: Preußische Ethik und Polemik. Paris, Februar 1881, in: *ders.*: Politisches und Polemisches aus den nachgelassenen Schriften von Ludwig Pfau. Mit einem Geleitwort von Ernst Ziel, Stuttgart 1895, S. 275 f.

70 Ebd., S. 277 f.

71 Ebd., S. 278.

Ludwig Pfau bekämpfte ebenso entschieden die Behauptung, der Krieg solle vor dem Materialismus bewahren. Er war der Ansicht, daß der Krieg – im Gegenteil – mit materiellen Interessen verbunden sei und immer materielle Ziele verfolge, die die Angegriffenen zu Verteidigungs- oder Befreiungskriegen führen. Er zeigte auch, daß – nach innen – der Krieg ein Instrument der Unterdrückung sei. *Wie will man das Volk auspressen ohne Kriegsheer und wie soll man das Kriegsheer erhalten ohne Kriegsfurcht?* Er sah also in dem Krieg ein Ausbeutungsmittel im Dienste monarchischer Interessen: *Nicht die Völker und die Kleinen brauchen den Krieg, sondern die Fürsten und die Großen. Die Militärmonarchie muß Krieg führen, eben weil sie die Regierung der bevorrechteten und ausbeutenden Minderheit ist, ist der Krieg ihr Existenzmittel und das Fundament ihres Daseins.* Kein Wunder also, daß Ludwig Pfau den Patriotismus ablehnte, der – als *heuchlerischer Mantel* – den eigentlichen Zweck des Krieges beschönige: die Erhaltung und Vermehrung der Macht und des Besitzes in den Händen der Dynastien und Dirigenten⁷². Dies war ein radikaler, ja stellenweise revolutionärer Diskurs, der nicht sehr weit entfernt war von den Ideen der Sozialdemokraten.

Ludwig Pfaus Antwort auf Moltke war im „Beobachter“ unter dem Titel *Preußische Ethik* erschienen. Daneben mußte er sich weiterhin mit der „Württembergischen Landeszeitung“ auseinandersetzen, die eine Entgegnung publiziert hatte. In seiner Antwort an das Organ der *schwäbischen Afterspreußen* schlug er, um seinen Glauben an die Möglichkeit des Weltfriedens zu rechtfertigen und Moltkes Moral noch entschiedener zu diskreditieren, einen noch schärferen Ton an. Er schrieb u. a.: *[Moltke] macht den Krieg aus einer traurigen aber zu beseitigenden Folge menschlicher Unreife und Unkultur zu einem unabänderlichen aber erbaulichen Moralprinzip der Schöpfung. Er hebt das Vernunftgesetz in seinem Wesen auf und gibt die moralische Welt den blinden Gewalten physischer Notwendigkeit anheim.* Pfau sah in Moltkes Standpunkt eine *Negation der Humanität*. Er zeigte, warum die Völker – im Gegensatz zu Fürsten und Regierungen – den Krieg nicht wünschen können. Was er dem preußischen Feldmarschall auch vorwarf, war, daß er die Verantwortung, die er in seiner Stellung hatte, zu vergessen schien, indem er in der Öffentlichkeit mit unheilvollen Thesen auftrat⁷³.

Zum Schluß mußte noch Ludwig Pfau der „Württembergischen Landeszeitung“ über einen Punkt antworten, der ihm besonders am Herzen lag, und zwar seine Beziehungen zu Frankreich. Ihm wurden nämlich seine *Sympathien für die Franzosen* und sein *in der Luft schwebender Kosmopolitismus* vorgeworfen. Irritiert schrieb er unter anderem: *Nicht ungerecht sein gegen das fremde Volk, heißt diesen interessierten Speichelleckern der Nationalität das eigene verraten*⁷⁴! Pfau wollte an die Möglichkeit einer Aussöhnung mit Frankreich glauben.

72 Ebd., S. 279 f.

73 Ebd., S. 285–287.

74 Ebd., S. 288 ff.

Pfaus Darlegungen endeten mit einer Diatribe gegen den preußischen Militarismus, die wohl zu seinen radikalsten Texten zählt. Eine solche Zuspitzung hängt aber mit dem Kontext der Polemik und der Natur der Angriffe der „Württembergischen Landeszeitung“ zusammen. Die Demokraten verstanden sich als die *öffentlichen Räte des Volkes*; deshalb predigten sie diesen *Kreuzzug gegen die Kaserne*, den Pfau mit diesen Worten rechtfertigte: *In Preußen ist das ganze Staatsleben auf die Kaserne gestellt und die Grundlage aller Jugenderziehung ist die dynastisch-militärische Dressur. Ein solcher Staat, nur für den Krieg hergerichtet, taugt freilich nicht für den Frieden. Aber gerade deshalb müssen wir früher oder später zum Stein des Anstoßes und Ärgernisses für die sittliche, intellektuelle und ökonomische Entwicklung Europas werden; und wenn wir zu feige sind, unsern Militärstaat von innen zu überwinden, so werden die anderen so tapfer sein, ihn von außen zu zerschlagen. Dagegen hilft kein Moltke und kein Krupp; das herrlichste Kriegsheer verweht wie Spreu im Wind vor dem Weltgesetze des Aufsteigens, vor der Gewalt des Fortschritts, der unmöglich ist mit dem preußischen Militarismus. Vergeblich wird sich dieser, in Form der Minoritäts- und Autoritäts-Regierung, der historischen Strömung entgegenstemmen, die nach Herrschaft der Majorität, nach Entwicklung von Recht und Freiheit geht. In diesem Kampfe mit der höhern Macht muß Deutschland unterliegen, wenn es seine Politik nicht ändert. Wir aber, die wir unsere Nation lieben, wie kein Feld- und kein Preßhusar lieben kann, wie sie nur derjenige lieben kann, der ihre geistigen Güter im Herzen trägt, wir möchten ihr eine Prüfung ersparen, deren Ausgang kaum zweifelhaft, deren Vorgang aber jedenfalls verderblich ist, und darum sind wir 'Reichsfeinde' und predigen den Kreuzzug gegen die Kaserne*⁷⁵.

Ludwig Pfau starb am 12. April 1894. Seine gesammelten politischen Schriften wurden im nächsten Jahre unter dem Titel „Politisches und Polemisches“ herausgegeben, und die Parteiorganisation sorgte offensichtlich für eine möglichst große Verbreitung derselben, was Pfaus gedanklichem Erbe erlauben sollte, einen nachhaltigen Einfluß auszuüben. Auf der Plenarversammlung des Haller Volksvereins von 1896 *empfahlen mehrere Redner das Buch von Pfau mit warmen Worten* – laut einem Bericht der „Haller Zeitung“. Und der Redakteur des Blattes fügte hinzu: *Wir schließen uns der Empfehlung an und bemerken, daß Herr Paul Bauer [der Schriftführer des Haller Volksvereins] weitere Bestellungen in den nächsten Tagen noch gerne entgegennimmt*⁷⁶.

In dieser Überzeugung und in diesem Sinne sollten auch die süddeutschen Demokraten und ihre Presseorgane in den folgenden Jahren fortwirken. Im Jahre 1888 veröffentlichte der Sozialist Wilhelm Bloss im „Beobachter“ Auszüge aus seiner Korrespondenz mit dem Franzosen Hippolyte Carnot, dem Vater des Präsidenten der Republik. Bloss rechtfertigte die Publikation dieser Briefe auf folgende Weise: *Sie sollen dem neu entflammten Rassen- und Nationalitätenstreit dieser Tage mah-*

75 Ebd., S. 293 f.

76 HZ Nr. 87. 15. 4. 1896, S. 2.

nend und versöhnend entgegetreten, indem sie bekunden, daß einer der besten Franzosen keinen schöneren Traum kannte, als die Versöhnung der beiden großen Kulturvölker im Herzen Europas, von deren Verhältnis zueinander in der Tat die Zukunft Europas abhängt⁷⁷.

In einem kosmopolitischen und humanitären Geist bekämpfte also der „Beobachter“ den Chauvinismus. Er widmete seine Spalten den Weltausstellungen und allen Kunstveranstaltungen, soweit sie den Verkehr, die kulturellen Beziehungen und dadurch die Verständigung zwischen den Völkern förderten.

Seit Anfang der 90er Jahre trat in der Deutschen Volkspartei, die von nun an – und zwar nicht unkritisch – die „neue Demokratie“ genannt wurde, ein Wandel ein, der ihre weitere politisch-ideologische Entwicklung bestimmte und zur Fusion mit den anderen linksliberalen Parteien im Jahre 1910 führte. 1895 hieß es zwar noch im vierten Punkt des revidierten Programms der Partei: *Die Volkspartei ist eine Partei des Friedens. Sie erkennt im Kriege und im Militarismus die schwerste Schädigung des Wohlstandes, wie der Kultur und der Freiheitsinteressen. Sie erstrebt einen Friedens- und Freiheitsbund der Völker*⁷⁸. Der Wandel, den die Partei durchmachte, kurzum die Hinwendung ihrer einflußreichsten Mitglieder zur Realpolitik, ja teilweise zum Imperialismus, spiegelte sich aber in Zugeständnissen an die Entwicklung des Deutschen Reiches, die sie bisher abgelehnt hatte, sei es in der Frage der Kolonial- und Expansionspolitik oder in der der Aufrüstung und der Militarisierung Deutschlands⁷⁹.

Die organisierte Friedensbewegung verlor also einigermaßen in der „neuen Demokratie“ die überzeugten Verbündeten, die sie früher in der alten Generation der 48er gehabt hatte.

Karl Gustav Friedrich von Bühler, Abgeordneter von Hall-Öhringen, setzt sich für eine allgemeine Abrüstung ein

Die Abgeordneten, die Hall im Reichstag und im württembergischen Landtag vertraten, waren längere Zeit Männer, die der Volkspartei angehörten oder ihr nahestanden. Hofrat von Bühler, Reichstagsabgeordneter von Hall von 1877 bis 1884, neigte als „Wilder“ zur Volkspartei hin. Friedrich Hartmann, Gutsbesitzer in Wackershofen, der von 1890 bis 1898 Hall im Reichstag vertrat, war ein Mann der Volkspartei. Zu dieser gehörten auch die Landtagsabgeordneten von Hall: der Stuttgarter Rechtskonsulent Ludwig August Oesterlen (1862–1876), der res.

77 Zur Erinnerung an Hippolyte Carnot, in: Beobachter Nr. 297, 19. 12. 1888; Nr. 298, 20. 12. 1888.

78 Aus: Die Deutsche Volkspartei. Organisationskalender. Hrsg. vom Parteisekretariat, Stuttgart 1888. Zit. nach *Salomon* (wie Anm. 54) Tl. 2, S. 103 ff.; Der Entwurf des neuen Programms der Volkspartei, in: HT Nr. 189, 14. 8. 1895, S. 1.

79 *Friedrich Payer*: Vor vierzig Jahren. Aus der Entwicklungsgeschichte der Württembergischen Volkspartei, Stuttgart 1914; *ders.*: Die Deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik, in: *Patria*. Jahrbuch der Hilfe 8 (1908).

Schultheiß Johann Haigold (1879–1894), Gutsbesitzer in Tüngental, und Friedrich Hartmann (1894–1900)⁸⁰. Es ist zu vermuten, daß die Parteizugehörigkeit dieser Haller Abgeordneten nicht ohne Zusammenhang mit der Gründung eines Friedensvereins in Hall im Jahre 1895 war.

Unter diesen Persönlichkeiten verdient Karl Gustav Friedrich von Bühler (1817–1892) ganz besonders unsere Aufmerksamkeit. Am 13. Dezember 1817 in Stuttgart geboren, studierte er 1836 bis 1839 in Tübingen die Staats- und Finanzwissenschaft (damals Kameralistik), trat 1841 in fürstlich Hohenlohe-Öhringische Dienste, in denen er es bis zum Generaldirektor der Besitzungen des Fürsten in Württemberg, Sachsen, Schlesien und Polen brachte. 1878 trat er aus den fürstlichen Diensten aus und wurde im selben Jahr, unterstützt von der Volkspartei, im 11. württembergischen Wahlkreis Backnang-Hall-Öhringen-Weinsberg in den Reichstag gewählt. 1878 und 1881 wurde er wiedergewählt. Von Bühler gehörte zunächst der Deutschen Reichspartei an, wurde aber im Laufe der Legislaturperiode von 1878 fraktionslos und näherte sich zuletzt der Deutschen Volkspartei, deren Gruppe er sich jedoch nicht anschloß. Bekannt machte er sich im Reichstag durch seine Bemühungen um den Weltfrieden und die Abschaffung der Kriege. Er ging so weit, Abrüstungsanträge zu stellen. Während seiner Wahlkämpfe in Hall setzte er sich ebenfalls für die Sache des Friedens ein. Er war auch der Verfasser einer Schrift über allgemeine Abrüstung mit dem Titel „Offener Brief an Leon Gambetta“, die großes Aufsehen erregte und der Presse sowie verschiedenen Politikern die Gelegenheit bot, zur Frage der Abrüstung und der deutsch-französischen Annäherung Stellung zu nehmen⁸¹.

Bevor wir uns mit von Büblers Friedensarbeit näher beschäftigen, muß sein Vorgänger Franz Weber, Obertribunalrat und Präsident der württembergischen Kammer, der 1871 und 1874 als Nationalliberaler vom XI. Wahlkreis in den Reichstag gewählt wurde, erwähnt werden, damit die Standpunkte verglichen werden können. Weber stellte die Frage des Militärwesens an die Spitze seines Wahlprogramms, das am 5. Januar 1874 veröffentlicht wurde. Darin hieß es im Punkt 1: *Nach meiner Ansicht sind die großen stehenden Heere, mit welchen, gleichsam bis an die Zähne bewaffnet, die Völker Europas auch im Frieden gegenüberstehen, eine Barbarei, und ich kann den Glauben nicht aufgeben, daß eine fortschreitende Zivilisation die Völker von dieser furchtbaren Last befreien und den Aufwand an Geld und Menschenkräften auf das richtige Maß zurückführen wird. Auf der andern Seite haben wir das Unglück, einen bösen Nachbarn zu haben. Die Franzosen wollen sich durch die in der Geschichte unerhörte Züchtigung ihres frechen Angriffs nicht witzigen lassen. Und das Gelüsten und Schreien nach Revanche ist in Folge des Prozesses Bazaine nur noch allgemeiner, stärker und drohender ge-*

80 Wilhelm German: Chronik von Schwäbisch Hall und Umgebung von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Schwäbisch Hall 1900, S. 284 f.; Müller: Ludwig August Oesterlen (wie Anm. 17), S. 65–69; ders.: Johann Haigold (wie Anm. 17), S. 179–201; ders.: Friedrich Hartmann (wie Anm. 17), S. 265–286.

81 Vgl. Fränkischer Grenzbote (Crailsheim), 29. 9. 1892.

worden. *Ihr stehendes Heer ist auf 420 000 Mann und die Präsenz- oder Dienstzeit des einzelnen Manns auf 5 Jahre bestimmt. Wir befinden uns diesem Nachbarn gegenüber im Zustand der Verteidigung. In einem solchen Zustande kann die Frage nur sein: Was ist zu einer wirksamen Verteidigung notwendig? Der Aufwand für eine in dem drohenden Angriff gewachsene schlagfertige Armee ist notwendig. An diesem Aufwand abzurechnen wäre widersinnig. Denn eine mangelhafte Verteidigung würde uns eine Niederlage nicht ersparen und eine Niederlage uns unendlich mehr kosten, als eine wirksame Verteidigung*⁸².

Webers Schweise prägte die „Krieg-in-Sicht“-Politik, die – trotz eines vagen Glaubens an die „fortschreitende Zivilisation“ – beinahe fatalistisch die Kriegsgefahr als Tatsache betrachtete und die Situation mit denselben Mitteln wie der Nachbar – also Rüstung – zu überwinden empfahl. Die Überzeugung, daß der „Revanche“-Gedanke in Frankreich über kurz oder lang zu einem neuen bewaffneten Konflikt mit dem Nachbarland führen mußte, sollte bis 1914 die Stellung von vielen deutschen Politikern zur Frage der Abrüstung durchdringen. Sie erklärt die Tatsache, daß nach dem Kriege von 1870/71 diese Frage den Reichstag fast ein Jahrzehnt nicht beschäftigt hat, wenn man von gelegentlichen Äußerungen absieht, wie denjenigen der Zentrumsabgeordneten Dr. August Reichensperger (Krefeld) und Freiherr von Schorlemer-Alst in den Reichstagsitzungen vom 30. November 1871 und 11. Januar 1875⁸³.

Anders als bei seinem Vorgänger Franz Weber siegte bei Bühler der positive Glaube an die Möglichkeit sowie an die Notwendigkeit, den Friedenszustand mit friedlichen Mitteln herbeizuführen, ja sogar eine Annäherung und eine Zusammenarbeit mit dem Feind von gestern zu erzielen. Von Bühler hatte am deutsch-französischen Krieg teilgenommen. Auf dem Schlachtfeld zu Gravelotte, mitten unter Leichen stehend, hatte er sich geschworen, nach dem Abschluß des Friedens darauf hinzuwirken, daß das Elend des Krieges verhindert würde⁸⁴.

82 Reichstags-Wahl. Erklärung [des Kandidaten *Franz Weber*], in: HT, Beilage zu Nr. 5, 6. 1. 1874.

83 Dr. Ferdinand Goetz hatte schon 1867 einen Antrag zugunsten einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen im Reichstag des Norddeutschen Bundes gestellt. Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes. Session 1867, Bd. 1, S. 275 ff.; Dr. Rudolf Virchow, Mitbegründer der preußischen Fortschrittspartei, hatte zwei Jahre später einen ähnlichen Antrag im Preußischen Haus der Abgeordneten gestellt. Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten 1869/70. Bd. 1, S. 358 ff.; 1870 war May-Polenz auch in diesem Sinne im Landtag Sachsens aufgetreten. Vgl. Mitteilungen über die Verhandlungen des ordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen 1869/70. Zweite Kammer, Bd. 1, S. 606 ff.; Bd. 2, S. 1008 ff.; Erste Kammer, Bd. 1, S. 591 ff.; S. auch *Hans Wehberg*: Die internationale Beschränkung der Rüstungen, Stuttgart/Berlin 1919, S. 37 ff.; *Guido Leser*: Der Abrüstungsantrag des Abgeordneten von Bühler. Ein Beitrag zur Geschichte des Gedankens der allgemeinen Rüstungsbeschränkung, in: Friedens-Warte 38 (1938), S. 25–33.

84 Dies waren Bühlers eigene Worte in dem Begleitbrief, den er an Bismarck schrieb, als er am 29. Februar 1880 dem Kanzler den *wenn auch politisch vielleicht verfehlten, aber menschlich gut gemeinten Antrag* übersandte. Vgl. *Heinrich v. Poschinger*: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, 3. Bd., Breslau 1896, S. 9.

Den Anlaß zu Bühlers Initiative, der dem Reichstage erst zwei Jahre angehörte und noch nicht hervorgetreten war, gab die Beratung des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1879/80. In der Sitzung vom 1. März 1879 äußerte der Abgeordnete August Reichensperger den Wunsch, daß der Reichskanzler, sich auf seine Macht stützend, sich einmal mit der Frage beschäftigen möge, ob nicht ein europäischer Abrüstungskongreß zusammentreten könne. Ein solcher Kongreß würde *sein Wirken auf die glänzendste Art krönen*. Auf das Einverständnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn hinweisend, fügte Reichensperger unter Beifall hinzu: *Wenn das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn Hand in Hand entschieden auftreten, so können sie dem übrigen Europa, jedenfalls unserem Kontinente gebieten, daß den stets wachsenden militärischen Zurüstungen, an welchen alle Staaten kranken, wenigstens allmählich gesteuert wird, daß das Maß der Bewaffnung der verschiedenen Staaten zu einem solchen wird, daß die stets steigenden Abgaben nicht allmählich die Völker dem Niedergange entgegenführen*⁸⁵.

Am 8. März, als der Etat des Reichsheeres für 1879/80 beraten wurde, brachte von Bühler ohne irgendwelche Unterstützung einen Antrag ein, der bezweckte, den Reichskanzler dazu zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongreß zu veranlassen, der eine wirksame allgemeine Abrüstung herbeiführen sollte. Der Abgeordnete von Öhringen und Hall war nämlich davon überzeugt, daß es möglich war, die damalige Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig 10 bis 15 Jahren etwa auf die Hälfte zu reduzieren⁸⁶.

Bei der Reichstags Sitzung vom 11. März 1879 ergriff von Bühler das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Die Militärausgaben, die mit jedem Jahr wuchsen, drohten, versicherte er, die Völker und die Staaten Europas zum Bankrott zu führen. In seinen Erörterungen konnte er sich sogar auf den Generalfeldmarschall von Moltke selbst berufen, der im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus anerkannt hatte, daß die Militärausgaben *enorm* seien und daß eine Herabsetzung der Präsenzzeit und dieser Ausgaben wünschenswert wäre. Der *bewaffnete Friede* erschien ihm also nicht als die angemessene Lösung. *Wenn Deutschland geeinigt ist, wenn Deutschland gerüstet ist, können wir Europa den Frieden gebieten. Wir sind schon geeinigt und gerüstet*, antwortete von Bühler. Weshalb sollte man also noch zögern? Wie die Fachliteratur zeigte, blieb Deutschland *die größte Kriegsmacht in Europa*. In seiner Beweisführung mußte der Redner sehr vorsichtig vorgehen und nicht den Eindruck erwecken, daß er das Militär in Frage stellte. *Ich möchte dem Militärstande nicht mit einer Silbe zu nahe treten*, beteuerte er, wobei er seine Bewunderung über die Kriegstaten des deutschen Heeres aussprach. Mit solchen Worten wollte er der Kritik der Nationalliberalen und der Konservativen

85 Reichstagsverhandlungen (RTV), 4. Legislaturperiode, 2. Session, 1879, 1. Bd., S. 223.

86 Sammlung sämtlicher Drucksachen des Reichstags, 4. Legislaturperiode, 2. Session 1879, 1. Bd., Nr. 48. Unter dem Ausdruck „Abrüstung“ verstand man damals „Rüstungsbeschränkung“. Auch „allgemeine Abrüstung“ bedeutete nichts anderes als „allgemeine Rüstungsbeschränkung“. Vgl. den Gründer der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, *Theodor Niemeyer*: Die Fragestellung des Abrüstungsproblems. Systematischer Teil, Berlin 1928, S. 9. Zitiert nach *Leser* (wie Anm. 83), S. 26.

vorbeugen, sie erlaubten ihm aber auch, zu behaupten, daß den wachsenden Militärausgaben endlich doch eine Grenze gesetzt werden mußte, da der entsetzliche Rüstungswettlauf unter den Völkern auf diese Weise nicht fortgehen konnte. Den Vorschlag, mit dem er im Reichstag auftrat, rechtfertigte er mit dem Argument, daß bloße diplomatische Verhandlungen nicht abhelfen würden. Ein europäischer Staatenkongreß, der die Sache ernsthaft in die Hand nehmen würde, schien ihm aber eine realistische Zielsetzung zu sein. Er war außerdem überzeugt, daß Deutschland in der Lage war, die Anregung zu einem solchen Kongreß zu geben. Das solle nicht bedeuten, daß Deutschland zuerst abrüsten müsse – dies war völlig ausgeschlossen –, sondern daß es mit Vorschlägen vorangehen solle. Die Erfolgchancen schienen ihm gut zu stehen: Österreich und Rußland würden darin eine Gelegenheit finden, ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, von England hatten die Deutschen nichts zu fürchten, in Frankreich ließen sich *Stimmen der Friedensliebe* hören. Von Bühler, der nicht als Idealist abgestempelt werden wollte, gestand, daß er nicht an den ewigen Frieden glaubte. Seine Absicht war nur, *der bedrängten Menschheit den heißersehnten Frieden [zu] geben*, und er begründete zum Schluß seinen Antrag mit folgendem Satz: *Ich hielt es für unerlässlich, daß in diesem Hause einer aufsteht und dem Hauptübel, an dem die Völker krankten, Ausdruck gibt*⁸⁷.

Der konservative Abgeordnete Freiherr von Manteuffel versuchte zweimal vergeblich mit Schlußanträgen, die Diskussion zu verhindern, bis schließlich ein dritter angenommen wurde. Zuerst sprach der Volksparteiler Leopold Sonnemann, um von Bühler zu unterstützen. Auch er war der Ansicht, daß man das Volk entlasten mußte und daß die Voraussetzungen für einen Abrüstungskongreß vorhanden waren. In seinem Überblick über die europäischen Zustände fand er nur einen schwierigen Punkt: Frankreich. Er stellte aber fest, daß *auch dort ebenso sehnsüchtig auf friedliche Zeiten gehofft* wurde. Er stimmte ebenfalls von Bühlers Vorschlag zu, nicht für 50, sondern für 3 Jahre zu rüsten und zu warten, um zu wissen, ob man Frieden haben sollte oder nicht. Er betonte, daß es sich dabei nicht um eine Schwächung von Deutschlands Wehrkraft handelte, sondern um eine gleichzeitige Herabsetzung der Präsenzzeit und der Dienstzeit in den europäischen Ländern. Das Problem war außerdem ein juristisches, und zwar ein verfassungspolitisches, denn das Septennat setzte die Militärausgaben für sieben Jahre fest. Das hieß, daß jede Änderung im Militärwesen ausgeschlossen war, bis das Septennat am 31. 12. 1881 ablaufen würde. Der Reichstag konnte sich aber weigern, neue Steuern zu bewilligen, ohne vorher zu wissen, wie nach Ablauf des Septennats die Militärverhältnisse in Deutschland geregelt werden sollten. So der sozialpolitisch orientierte Demokrat Sonnemann, der vom bürgerlichen Leben, vom Gewerbe und von der Wissenschaft weniger Opfer verlangen zu können hoffte, denn 1874, als das Militärgesetz votiert worden war, waren mehr Gelder vorhanden. Inzwischen hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert. Sonnemann zählte einige Maß-

87 RTV. 18. Sitzung am 11. 3. 1879, S. 365 f.

nahmen auf, mit denen man die Militärausgaben spürbar reduzieren könnte. Und er schlug vor, eine Kommission einzurichten, die beauftragt werden sollte, sich mit der Frage zu befassen, wie man auch 1881 Ersparnisse im Militäretat erzielen könne⁸⁸.

Der Fortschrittler Dr. Hänel nahm sehr differenziert Stellung zu den Vorschlägen der Vorredner. Von einem rechtlichen Standpunkte ausgehend, erinnerte er daran, daß im Reichstag schon zuständige Kommissionen existierten, die sich in diesem Sinne betätigen könnten und daß das Parlament, solange es unter dem Druck des Septennats stehen würde, auf irgendwelche erheblichen Einsparungen nicht rechnen durfte. Auch Hänel erkannte die Notwendigkeit, namentlich durch eine bessere Organisation und eine tüchtige Ausbildung die Militärausgaben zu reduzieren, ohne die Kriegsfähigkeit und die Wehrhaftigkeit der deutschen Armee zu mindern. Als Fortschrittler empfand er *lebhafteste Sympathien* für den eingebrachten Antrag, für die Idee *einer großen Friedensgemeinschaft der Völker*. Als Realpolitiker fand er aber einen Staatenkongreß gefährlich, sollte er nicht mit genügender Vorsicht vorbereitet werden, denn es ging dabei um die Sicherheit der Nation. Ein solcher Vorschlag schien ihm nicht der Strömung einer Zeit zu entsprechen, wo sich die Nationen wirtschaftlich immer mehr voneinander isolierten. Das konnte man in Deutschland feststellen, wo gerade 1879 ein Wandel in der Bismarckschen Wirtschaftspolitik eingetreten war: Der Reichskanzler kam vom freihändlerischen Kurs ab, um einen schutzzöllnerischen einzuschlagen. Nun blieben die Fortschrittler davon überzeugt, daß ein freiheitliches Wirtschaftssystem eine Grundbedingung für den internationalen Frieden sei. Übte die Fortschrittspartei Kritik an der praktischen Seite des Bühlerschen Antrags, was sie hinderte, ihm zuzustimmen, so begrüßte sie doch die *humane Anschauung*, die ihm zugrunde lag⁸⁹.

Der Abgeordnete des Zentrums Reichensperger erkannte wie Hänel nicht nur die ideale, sondern auch die sehr praktische Bedeutung des Antrags. Aber auch er war der Ansicht, daß man ihm, wie er dem Reichstag vorgelegt war, nicht die Zustimmung geben könne. Hänel meinte, der Antragsteller sei sozusagen mit Siebenmeilenstiefeln vorgegangen. Er glaubte nämlich, daß die Idee erst weiter verbreitet, daß das Bedürfnis, aus dem die Idee hervorgegangen sei, erst noch klarer gestellt, noch tiefer gefühlt werden müsse. Er hielt deren Verwirklichung in den damaligen Verhältnissen für eine Unmöglichkeit, selbst wenn das Bedürfnis, das von Bühler zum Ausdruck gebracht hatte, auch in den anderen Nationen vorhanden sei. Man müsse abwarten, fügte er hinzu, bis die Ausgaben für das Heerwesen für die Völker Europas eine solche Last geworden seien, daß sie wieder abnähmen. Hänel sprach noch die Hoffnung aus, daß die Staatsmänner wie die Vertreter des Militärstandes im Gefühl für den Notstand des Volkes immer mehr dem Gedanken der Abrüstung zugänglich würden. Davon ausgehend, daß von Bühlers Lösung ver-

88 Ebd., S. 366–368.

89 Ebd., S. 369f.

früht und übereilt sei, glaubte er ihr seine Zustimmung nicht geben zu können⁹⁰. Der Antrag Bühler wurde darauf in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Die nächste Abrüstungsdebatte fand im Reichstag zwei Jahre später statt, in den Sitzungen vom 1. und 2. März 1880, als der Gesetzentwurf, betreffend Ergänzungen und Änderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874, beraten wurde⁹¹. Generalfeldmarschall Graf Moltke, der als konservativer Abgeordneter dem Reichstag angehörte, eröffnete die Diskussion. *Wer möchte in Abrede stellen, daß ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt!*, sagte er. *Es ist das gegenseitige Mißtrauen, welches die Nationen gegen einander in Waffen hält. Kann dieses Mißtrauen überhaupt beseitigt werden, so wird es immer noch eher geschehen durch Verständigung von Regierung zu Regierung als durch andere Mittel, durch die babylonische Verwirrung von internationaler Verbrüderung und internationalen Parlamenten und was in der Richtung vorgeschlagen wird.* Auf die Statistik über die Vermehrung der Heeresstärke in Rußland und Frankreich hinweisend, begründete von Moltke seinen realpolitischen Standpunkt wie folgt: *Und dabei mutet man uns zu, großmütig das erste Beispiel der Entwaffnung zu geben! Hat der deutsche Michel überhaupt jemals das Schwert gezogen, als um sich seiner Haut zu wehren*⁹²?

Dann sprach der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger, der Bruder August Reichenspergers, der schon am 5. November 1869 im preußischen Abgeordnetenhaus für den Abrüstungsantrag Virchow gestimmt hatte. Er vertrat die Ansicht, Deutschland habe das Recht und die Macht, *den Fuß zu setzen auf die Quelle des Übels, an dem ganz Europa krankt*. Seiner Meinung nach war es eine Pflicht, für die *allgemeine Abrüstung* einzutreten. Eine einseitige Abrüstung Deutschlands kam natürlich nicht in Frage. Mit Ernst konnte aber ins Auge gefaßt werden, die Staaten zur Abrüstung zu *zwingen*. Gerechtfertigt war demzufolge der Krieg, der endlich einmal den Frieden sichern würde. Diesen Frieden hatte Europa früher schon erreicht durch das System des *politischen Gleichgewichts*, das die Garantie des Rechts, der Solidarität und der Existenz war. Dieses System war aber untergegangen und vorderhand nicht wieder herzustellen. Die Ursache des Übels lag, so Reichensperger, nicht nur in der *Nationalitätsdoktrin*, sondern auch in der Erfindung der sogenannten *lokalisierten Kriege*, die die schlimmste Form des Faustrechts darstellten und das Rechts- und Solidaritätsbewußtsein der europäischen Gesamtheit verleugneten. Angesichts dieser Verhältnisse blieb nur noch eine Lösung übrig: auf die allgemeine Abrüstung hinwirken. Dies war die Aufgabe der *Edlen*, die den Dank aller Völker gewinnen würden. Reichensperger zeigte sich überzeugt, daß die Völker ihren Chauvinismus überwinden würden, wenn ihnen nur *dauernde Institutionen des Friedens und der gegenseitigen Sicherung* geboten

90 Ebd., S. 369 f.

91 RTV. Generalregister. (Abrüstung.) 27. Sitzung vom 11. März 1880, S. 23; RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 170 ff., 199 ff.

92 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 170 ff., 199 ff.; Graf Hellmuth v. Moltke: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, 7. Bd., Berlin 1892, S. 125 ff.

würden. Es ging schließlich um die Existenz und um die Prosperität der europäischen Völker. Sollte man die bisherigen Wege nicht verlassen, dann würde sich Europa in eine Armee verwandeln, in eine *Armee der fechtenden Bettler*⁹³.

Nach Reichensperger bestieg von Bühler die Rednertribüne. Er hatte seinen Antrag noch einmal eingebracht, wobei er aber dessen Formulierung etwas geändert hatte. Es ging ihm darum, zu zeigen, daß er keinesfalls eine Schwächung des militärischen Potentials Deutschlands im Sinne habe, sondern *eine wirksame, allgemeine und gleichzeitige Abrüstung* in allen Ländern. Dies war die einzige Lösung, die seiner Überzeugung nach die europäische Staatengesellschaft in finanzieller, politischer und wirtschaftlicher Beziehung retten konnte. Mochte er auch als Idealist abgetan und überhört werden, so hielt er es dennoch für seine Pflicht, das Wort zu ergreifen und zum Frieden zu mahnen. Wie Initiativen oder Aussagen in anderen Ländern zeigten, war sein Vorschlag keine Chimäre. 1873 hatte schon das englische Parlament einen Antrag an die Königin gerichtet, in dem es vorschlug, zur Verhütung von Kriegen internationale Schiedsgerichte einzuführen, in Österreich-Ungarn hatte sich die Regierung bereit erklärt, die Heeresstärke wesentlich herabzusetzen, und in Frankreich hatte der Ministerpräsident Freycinet vor kurzem erklärt, er sei ein leidenschaftlicher Gegner des Krieges. Im Gegensatz zu Moltke blieb von Bühler überzeugt, daß das Mißtrauen, das die europäischen Völker gegeneinander hegten, erst zerstreut werden könnte, wenn man einen Abrüstungskongreß einberufen würde. Seine Überzeugung nachdrücklich aussprechend, erklärte er prophetisch: *Wir sitzen auf einem Pulverfaß. Wir treiben unaufhaltsam dem Kriege zu.* Zum Schluß richtete er noch folgende Mahnung an die Reichstagsabgeordneten: *Meine Herren, ich bitte Sie, im Interesse des Wohles von Europa und ehe die Katastrophe losbricht, ein Wort des Friedens zu sprechen*⁹⁴.

Darauf ergriff Heinrich von Treitschke das Wort. Der einflußreiche Historiker war bekanntlich kurz zuvor aus der Nationalliberalen Partei ausgetreten und war fraktionslos geworden. Wie aus seiner Stellungnahme hervorgeht, prägten die Furcht vor der Einkreisung des Deutschen Reiches und der „Revanche“-Gedanke in Frankreich das außenpolitische Denken der maßgeblichen politischen Kreise und vieler Meinungsführer. Treitschke antwortete von Bühler: *Wenn das Schicksal Herrn von Bühler und mir wider Erwarten erlauben sollte, noch hundert Jahre zu leben, und wir uns dann auf einer einsamen Insel der Südsee unter Palmen zusammenfänden, dann könnten wir wohl selbender eine Friedenspfeife rauchen und über die Probleme der Friedensseligkeit der Erde mit einiger Aussicht auf Verständigung weiter sprechen. Jetzt stehen wir aber noch im Jahre 1880 und auf dem Boden unseres von mächtigen Nachbarn rings umgebenen Vaterlandes... Die Zeit des bewaffneten Friedens, sie wird zu Ende gehen erst dann, wenn die fremden Mächte sich daran gewöhnt haben, die Grundlage der heutigen europäischen Staatengesellschaft, wie sie das Jahr 1870 geschaffen hat, als fest, dauernd, wohlgesichert zu*

93 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 170 ff., 199 ff.

94 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 170 ff., 199 ff.

betrachten, wenn sie gelernt haben, mit Deutschlands Stärke zu rechnen, wie sie in früheren Jahrhunderten auf unsere Ohnmacht zählten⁹⁵. Diese realpolitische Betrachtungsweise verbirgt einen Pessimismus, der sich als berechtigt herausstellen sollte. An dieser Stimmungslage sollte sich bis 1914 nichts ändern, trotz der Gesten Wilhelms II. und der französischen Regierungen, trotz der zahlreichen Initiativen von Vereinen, die eine deutsch-französische Annäherung erwarten lassen konnten. Je mehr aufgerüstet wurde, je mehr die imperialistischen Tendenzen der europäischen Staaten sich behaupteten, desto mehr stieg die Nervosität auf dem ganzen Kontinent.

Mit Treitschkes Rede war die Debatte noch nicht zu Ende. Graf von Frankenberg, Mitglied der Deutschen Reichspartei, kam auf die Worte Reichenspergers zurück. Er stimmte ungefähr mit dem Vorredner überein, wenn er sagte, daß man in diesem Jahrhundert zur Abrüstung noch nicht kommen würde. Ein einziger Mann konnte sich doch seiner Auffassung nach mit Erfolgchancen für die Abrüstung einsetzen: der Papst. Dies war, meinte Frankenberg, die schönste und erhabenste Aufgabe, die der Papst übernehmen konnte.

Zwei Redner hatten sich noch zu Wort gemeldet, um zur Frage der Abrüstung Stellung zu nehmen. Der Konservative Freiherr von Maltzahn-Gültz bemerkte, daß von Bühler nicht so weit gehe, daß er ein Milizsystem fordere; auch er wolle an den Grundlagen der Heeresverfassung des Deutschen Reiches nicht rütteln. Der Zentrumsführer Windthorst, der als letzter sprach, erklärte, er wisse sehr wohl, daß eine allgemeine Abrüstung, wie man sie herbeizuführen wünschte, schwer erreichbar sei. *Die Leidenschaften der Menschen hören nicht auf*, fügte er hinzu, *und da die Völker aus Menschen bestehen, so hören auch die Leidenschaften der Völker nicht auf. Aber nichtsdestoweniger würde ich glauben, daß die stärkste Macht in Europa – und das ist Deutschland, zumal im Verein mit Österreich – sehr wohl auf eine Verminderung der Armee einzuwirken im Stande wäre; und das sollte nicht unterbleiben*⁹⁶.

Von Bühler brachte am 8. April 1880 zur zweiten Beratung des Militärgesetzes seinen Antrag erneut ein. Er begründete ihn in der Sitzung vom 10. April in einer kurzen Rede. Er behauptete, eine Ablehnung seines Antrags könne nur das Mißtrauen der Nationen verstärken. Diesmal meldete sich niemand mehr zur Diskussion, und es kam direkt zur Abstimmung. Der Antrag wurde abgelehnt⁹⁷.

Seinen Antrag hatte von Bühler am 29. Februar dem Reichskanzler Bismarck übersandt. Dieser hatte sich schon nach der ersten Einbringung des Antrags in Tischgesprächen darüber geäußert. Er hatte unter anderem bemerkt, der Abrüstungsgedanke sei ein sehr schöner Gedanke, wenn nur erst eine der anderen Mächte damit den ersten Schritt machen wollte, und er hatte hinzugefügt: *Das*

95 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 199 ff. S. auch: *Otto Mittelstädt* (Hrsg.): *Reden von Heinrich von Treitschke im Deutschen Reichstage 1871–1884*, Leipzig 1896, S. 162 ff.

96 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session 1880, 1. Bd., S. 199 ff.

97 RTV. 4. Legislaturperiode, 3. Session, Sitzung vom 10. April 1880, 4. Bd.: *Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstags*, S. 630, Drucksache Nr. 89.

*Geld für die Militärausgaben könnten wir schon gebrauchen, namentlich um unsere Unterbeamten besser zu dotieren*⁹⁸.

In einem Brief vom 2. März antwortete Bismarck von Bühler: *Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ew. Hochwohlgebornen gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrolle der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird*⁹⁹.

In einem Antwortschreiben vom 5. März zeigte der zielbewußte von Bühler, daß er in den Worten des Reichskanzlers eine Ermutigung gefunden hatte und daß er die Absicht hatte, in seinem Vorhaben weiterzugehen: *Der Weisung Euer Durchlaucht, mich mit meinen Plänen zunächst an andere Mächte zu wenden, möchte ich um so eher nachzukommen mich getrauen, weil sie nicht nur eine Art Vollmacht für mich, sondern selbst eine gewisse Garantie in sich schließt, daß Euer Durchlaucht für den Fall des Einverständnisses anderer Mächte analoge Anregungen auch für Deutschland zu übernehmen gewillt sind.*

Weil Bismarck ihn an Deutschlands Nachbarn verwiesen hatte und weil er diese Verweisung ernst genommen hatte, trat von Bühler mit einer weiteren Initiative hervor, die in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte. Er wandte sich mit einem „Offenen Brief“ vom 15. Juni 1881 an Léon Gambetta, den Präsidenten der französischen Kammer¹⁰⁰. Der unbeantwortet gebliebene Brief wurde in der „Frankfurter Zeitung“, einem der einflußreichsten Presseorgane der Deutschen Volkspartei, abgedruckt. Inzwischen hatte sich von Bühler auch mit den Friedensgesellschaften in Genf und in Paris in Verbindung gesetzt, die seine Bestrebungen wiederholt begrüßt hatten. Ihre Antwort war aber enttäuschend ausgefallen. Die „Internationale Friedensliga“ in Genf schien sich etwas zurückhaltend zu zeigen, sobald es um die Frage der Abrüstung ging, und die Pariser „Gesellschaft der Friedensfreunde“ hatte ihrerseits geantwortet, *der französische Nationalstolz lasse es nicht zu, mit dem Antrage auf Abrüstung voranzugehen.* Die „Frankfurter Zeitung“ äußerte sich kritisch gegenüber diesen Organisationen, die sich gewöhnlich in *Friedensbeteu-*

98 *Heinrich v. Poschinger*: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1, Breslau ²1896, S. 164 u. 168.

99 *Ebd.*, Bd. 3, S. 9 f.

100 [*Karl Gustav Friedrich*] v. Bühler: Krieg oder Frieden? Schreiben an L. Gambetta, Präsident [sic] der Französischen Kammer der Abgeordneten von v. Bühler, Mitglied des Deutschen Reichstages, Stuttgart 1881, 24 S.; französische Ausgabe Straßburg 1881; im Auszug mitgeteilt bei *H. Hetzel*: Die Humanisierung des Krieges in ihrer kulturgeschichtlichen Entwicklung, Frankfurt/Oder 1891, S. 272. Nach langem Suchen stellte sich heraus, daß ein Druck der Erstausgabe in der Universitätsbibliothek Tübingen konserviert ist (Signatur: Fm 993). Gesamter Text s. Anhang.

erungen erschöpft[en]; ihre Haltung stand mit ihren Grundsätzen in auffälligem Widerspruch¹⁰¹.

Von Bühler wandte sich an Leon Gambetta, weil dieser damals in Frankreich *das große Wort führt*[e]. Gambetta (1838–1882) hatte das Zweite Kaiserreich bekämpft. Nach der Kapitulation von Sedan am 4. September 1870 hatte er die Republik proklamiert und als Innen-, Finanz- und Kriegsminister der Regierung der nationalen Verteidigung Volksheere zum Entsatz von Paris aufgestellt. Als Führer der radikalen, dann auf seiten der gemäßigten Republikaner war er einer der entschiedensten Gegner der monarchistischen Mehrheit in der Nationalversammlung. Er setzte sich namentlich den Staatsstreichplänen des Marschalls Mac-Mahon entgegen. Er war seit 1879 Vorsitzender der Nationalversammlung. Die ganze deutsche Presse verfolgte mit größter Aufmerksamkeit Gambettas Tun und Treiben, denn man ahnte in ihm den Mann, der über kurz oder lang an die Macht kommen würde. In der Rede, die er am 29. Mai 1881 in Cahors, seiner Heimatstadt, bei der Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Mobilgarden gehalten hatte, hatte er einen Ton angeschlagen, der Hoffnungen auf eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland aufkommen ließ. Gambettas Diskurs blieb dennoch ambivalent. Einerseits huldigte er der Armee. *Völker, welche stark, frei und unabhängig bleiben wollen, müssen vor den Augen der jungen Geschlechter Beispiele und Erinnerungen entfalten*, erklärte er in Cahors. Dieses Beispiel fand er in den Heldentaten der Armee, die zur Volkserziehung beitragen sollten. Die Armee, meinte er, hatte immer ruhmreichen Anteil an der Entwicklung der nationalen Größe Frankreichs gehabt. Frankreich brauchte, so Gambetta, dieselbe Eintracht wie 1870/71, als es sich in großer Gefahr und am Rande des Verderbens befand. Gambettas Rede klang andererseits vielversprechend für diejenigen, welchen die deutsch-französische Verständigung am Herzen lag. *Das Schwert Frankreichs darf nicht wieder in die Hände eines Abenteurers fallen oder ein Werkzeug der Unterdrückung im Lande, des ungerechten Angriffs nach außen werden*, erklärte er. Der glühende Patriot trat als ein entschiedener Verfechter der Friedensidee auf, der sich überzeugt zeigte, daß Frankreich des Friedens bedürfe. *Lassen Sie sich nicht von denen irreleiten, welche behaupten, daß ein großes, für seine Ehre begeistertes Heer den Frieden bedroht*, erklärte er. *Einen langen und dauerhaften Frieden, welcher Ruhe gewährt und den Völkern eine lange Zukunft sichert, können Sie sich gönnen, welch' lauten Kriegslärm man auch vor Ihren Ohren erschallen läßt*¹⁰².

Die „Frankfurter Zeitung“ betonte den Gegensatz zwischen dieser Haltung und der, die Gambetta im vorigen Jahr in seiner Cherbourger Rede noch gekennzeichnet hatte. Diesmal betonte er die *Notwendigkeit des Friedens*, selbst wenn die Idee der *Würde Frankreichs* noch Vorbehalte klar erscheinen ließ. Die Verurteilung der Angriffs-, Abenteuer- und Eroberungspolitik aber begrüßte das Organ der Volks-

101 Gambetta und der Frieden. Schreiben an Herrn L. Gambetta, in: Frankfurter Zeitung Nr. 255, 12. 9. 1881 (Morgenblatt), S. 1 f.

102 Frankfurter Zeitung Nr. 150, 30. 5. 1881 (Abendblatt), S. 2.

partei als durchaus positiv¹⁰³. Gambettas Rede nützte dieses aus, um den militaristisch ausgerichteten Standpunkt der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu geißeln. Diese hatte nämlich aus den Äußerungen Gambettas Waffen gegen die deutschen *Volksmänner* geschmiedet, die mit den militärischen Verhältnissen in Deutschland nicht zufrieden waren. Sich auf Gambettas Aussagen berufend, schrieb die „Norddeutsche Allgemeine“: *Der radikale Politiker, der berechnende Staatsmann, der Vorkämpfer des republikanischen Regimes auf breitester demokratischer Grundlage, der Anwalt der Freiheit und des Volkswohles ist weit davon entfernt, gleich andern soi-disant [= angeblichen] Volksbeglückern in einer starken Armee ein Hinderniß der fortschreitenden Entwicklung zu sehen.* Durch solche Aussagen konnten sich die Befürworter des preußischen Militarismus bekräftigt sehen. Denn auch sie dachten, eine große, für ihre Ehre leidenschaftlich eingenommene Armee sei keine Gefahr für den Frieden und ein langer, dauerhafter Friede beruhe auf der Macht der nationalen Organisation. Außerdem wies die „Norddeutsche Allgemeine“ die demokratische Opposition auf Gambetta hin, der zwar von *Gesinnung ebenfalls Republikaner und Demokrat sei, aber auch ein Politiker und Staatsmann, nicht aber ein bloßer parlamentarischer Klopffechter.* Die „Norddeutsche Allgemeine“ wiederholte also eine alte Denunziation, die darin bestand, zu behaupten, daß die deutschen *Volksmänner*, die das Prinzip der Sparsamkeit und der Reform auch in militärischen Dingen verfochten, Feinde einer starken Wehrmacht seien. Die Volksparteiler wünschten nur für das deutsche Heer die gleiche Situation, wie sie für das französische galt. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erinnerte, war das Heer in Frankreich auf die Verfassung vereidigt, die Präsidenten der Volksvertretung konnten dort zum Schutze der Verfassung Regimente aufmarschieren lassen, das französische Heer hing in allen Beziehungen vom Parlament, d. h. von der Volksvertretung, und vom verantwortlichen Kriegsminister ab; in Frankreich bildete es, so das demokratische Organ, keinen Staat im Staat, und die Kammerpräsidenten wurden auf ihren Reisen mit militärischen Ehren, mit Kanonendonner und Offiziersvisiten in Gala empfangen. Erst wenn die Dinge in Deutschland auch so liegen sollten, würden die deutschen *Volksmänner* die militärische Begeisterung eines Gambetta für das Volk in Waffen auch auf deutsche Verhältnisse übertragen und in Deutschland gelten lassen¹⁰⁴.

Ohne die Kenntnis dieses Hintergrunds wäre schwer zu verstehen, warum von Bühler sich am 15. Juni 1881 mit einem offenen Brief an Leon Gambetta wandte, in dem er mehr seinen persönlichen Standpunkt darlegte als den der Partei, der er nahe stand. Sich namentlich mit der Frage Elsaß-Lothringens beschäftigend, definierte er den *Kardinalpunkt*, in dem Deutschland und Frankreich übereinstimmen

103 In ihrem Kommentar gab die „Frankfurter Zeitung“ die Gründe an, warum Gambetta einen anderen Ton angeschlagen hatte: Die Friedensliebe der französischen Bevölkerung war ihm nicht unbekannt; seine Cherbourger Rede hatte im Ausland keinen Beifall gefunden; da er berufen war, einmal die oberste Gewalt in Frankreich auszuüben, mußte er der öffentlichen Meinung in Frankreich wie im Ausland Rechnung tragen.

104 Frankfurter Zeitung Nr. 151, 31. 5. 1881 (Morgenblatt), S. 1.

mußten: *In den Völkerdifferenzen soll nur die Macht des Geistes und der Idee und nicht die rohe Gewalt, der Krieg, entscheiden.* In dieser Grundlage sah er die Möglichkeit einer freien Diskussion, die der Hoffnung auf Verständigung Raum läßt. Ruhe und Friede waren die Voraussetzung für die Entwicklung dieser *Macht des Geistes*, an die er glauben wollte. *Nur unter dem Schutze einer gesicherten Rechtsordnung könne Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung der Völker reifen und gedeihen. Trachten wir darum vor allem nach dem Frieden.* Der Ausgangspunkt der Diskussion war aber für den württembergischen Abgeordneten der Status quo. Selbst wenn er sich dabei auf Kant berief, konnten die Franzosen einer solchen Prämisse nicht zustimmen. Um seine Idee annehmbar zu machen, versuchte von Bühler in einem kosmopolitischen Geiste und mit weltgeschichtlichen Argumenten den Begriff „Nationalität“ zu relativieren. Er schrieb nämlich: *Das mächtige Naturgesetz der Völker- und Staatengestaltung wird [...] in seinem stillen Schaffen und Wirken keine Hemmung erleiden. Kann es doch im Wandel der Zeiten kommen, daß es kein Frankreich und kein Deutschland mehr gibt und die Welt und die Menschen werden doch bestehen.* Die Lösung der Frage Elsaß-Lothringens sollte also *dem Naturgesetz und dem geistigen Wettkampf der Nationen überwiesen* werden. Von Bühler empfahl die Lösung des *geistigen Wettkampfes*, das heißt der Diskussion und des Rechts, die ihm der Vernunft zu entsprechen schien, während er in den Kriegen das größte aller Übel und in den Heeren die schwerste aller Lasten für die Völker sah. Die Kriege befürwortete für ihn *auf die niedrigste Stufe der Weltauffassung und Menschenwürdigung herabsinken.* Die Überwindung des Krieges war für ihn eine Frage des menschlichen Willens. Aber die Friedensfreunde wurden verlacht, Humanität und Idealismus galten als Schwäche. Der Friede würde erlauben, die Heere zu reduzieren, und von Bühler zählte die Vorteile auf, die sich daraus ergeben würden. Das Volk würde dadurch von der Militärlast und vom Steuerdruck entlastet werden, Arbeitskräfte würden der produktiven Arbeit zurückgegeben werden, Europa würde erstarken gegenüber einem aufstrebenden Amerika.

Von Bühler war sich bewußt, daß sein Schritt von einer Mehrheit seiner Landsleute als *eine Torheit ohnegleichen* betrachtet werden würde. Aber er wollte versuchen, Gambetta in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen als in der chauvinistischen Presse beiderseits des Rheins. Von der Rede, die Gambetta am 29. Mai in Cahors gehalten hatte, hatte er folgendes behalten: der Präsident der französischen Kammer hatte erklärt, der Friede sei das Fundament der Freiheit, Frankreich wolle den Frieden und bedürfe des Friedens, Frankreich sei ein Feind der brutalen Gewalt. Darauf hoffte er eine Verständigung bauen zu können, selbst wenn auch er Gegensätze in Gambettas Worten feststellte und selbst wenn es keine Bürgschaft gab, daß Frankreich, von kriegerischem Ehrgeiz und von Revanchegelüsten ergriffen, eines Tages nicht in denselben Fehler wie früher zurückfalle. Zwar glaubte von Bühler nicht, die totale Abschaffung der Heere sei herbeizuführen; aber die Reduzierung der Heere schien ihm das mögliche Friedensunterpfand zu sein, dessen Europa bedurfte. Er begründete seine Bemühungen mit diesen prophetischen

Worten: *Die Völker entsetzen sich schon über die Last, welche die bloße Zurüstung zum Kriege auferlegt. Wie aber werden sie erzittern, welches 'lauteste Hohn-gelächter der Hölle' wird erschallen, wenn der furchtbare Zusammenstoß erfolgt.* Von Bühler wollte alle seine Kräfte aufbieten, damit der Vernichtungskrieg, in den der nächste militärische Konflikt unfehlbar ausarten würde, verhindert werde. Und da er auf Gambetta seine Hoffnung gründen zu können glaubte, schrieb er ihm: *Soll denn Ihr Appell an den Sieg und Aufschwung des Geistes nicht dem Siege kriegerischen Geistes, sondern dem Triumphe des Reiches des Rechts, der Wahrheit und Freiheit gelten, so spannen Sie im Bunde mit allen Friedensfreunden die äußersten Kräfte Ihrer Nation an, rufen Sie alle Geister der Vernunft zu Hilfe, damit die furchtbare Katastrophe noch rechtzeitig abgewendet werde, daß nicht das Verhängnis zur Selbstvernichtung führe*¹⁰⁵.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefes“ in der „Frankfurter Zeitung“ reagierte die Redaktion des „Haller Tagblatts“ in einem längeren Leitartikel. Sie begrüßte den Schritt des Abgeordneten, der seine Ideen *in schwunghafter Weise* darlegte. Aber sie vergaß nicht, daß die Rede des Präsidenten der französischen Kammer *das doppelte Gesicht des Kriegs und des Friedens* trug. Sich auf die Worte von Büblers selbst stützend, erinnerte sie daran, daß auch die Republiken ihren Cäsarismus haben. Sie glaubte auch folgendes betonen zu müssen: Die Friedenssehnsucht der Deutschen sei keinesfalls als ein Zeichen der Schwäche zu interpretieren. Erstens sei Deutschland durchaus im Stande, den auf ihm lastenden Druck der Heeresunterhaltung zu ertragen, im Gegensatz zu dem, was das reichere Frankreich denken könne, wo man *das nahe und materielle Erliegen* des Nachbarn erwarte. Die Deutschen glichen nämlich die materielle Unterlegenheit *in reichem Maße* aus durch *Kraft, Vaterlandsliebe, Zähigkeit und Ausdauer*. Zweitens dürfe die Unzufriedenheit mit diesen oder jenen inneren Verhältnissen nicht als ein Zeichen baldigen Zerfalls der Einheit und Stärke Deutschlands gedeutet werden, denn, versicherte er, *dem äußeren Feind gegenüber werden die Deutschen immer und überall einig sein*. Schließlich blieb das „Haller Tagblatt“ äußerst mißtrauisch gegenüber Frankreich und Gambetta, der seit Mitte Juni von Büblers „Offenen Brief“ unbeantwortet gelassen hatte. Der Text endete mit folgenden etwas ironischen Worten: *Wir Deutsche teilen gewiß auch diesen Wunsch des Herrn Hofrats. Aber Gambetta und die drüben, wie denken sie? Gambetta hat's, bis jetzt wenigstens, noch nicht offenbart. Er denkt am Ende, mit Schweigen sich niemand verred't. Oder würde der Mann der Phrase uns überhaupt sagen, was er denkt, wäre dann das auch dasselbe, was Frankreich denkt? Wir glauben, Schweigen ist diesmal auch eine Antwort*¹⁰⁶.

Das „Haller Tagblatt“ öffnete auch seine Spalten denjenigen, die öffentlich zum „Offenen Brief an Leon Gambetta“ Stellung nehmen wollten. Die Reaktionen, die eine nationalliberale Färbung hatten, blieben anonym. Wenn man sie liest, darf

105 Frankfurter Zeitung Nr. 255, 12. 9. 1881, S. 1 f.

106 Herr von Bühler an Gambetta, in: HT Nr. 214, 14. 9. 1881, S. 883 f.

man nicht übersehen, daß damals die Reichstagswahl-Kampagne begonnen hatte. Das heißt, daß diejenigen, die bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen, einem Wahlkandidaten und politischen Gegner etwas politischen Kredit zu rauben suchten. Anfang Oktober, das heißt kurz vor der Wahl, konnte der Ton nur scharf sein. Ein anonym er Einsender spannte nationale Saiten auf und wählte als Motto seiner Stellungnahme: *Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen*¹⁰⁷. Dieses Zitat aus Schillers „Wilhelm Tell“ gab den Ton des ganzen Textes an. Der Autor schrieb nämlich eingangs: *Wer diese Worte sich klar vor Augen hält, um so mehr, wenn er die Blicke westwärts richtet und die Strömung im Nachbarlande verfolgt, dem wird es nicht schwer werden, auf die Seite sich zu stellen, wo er in Wirklichkeit das ist, was jeder von uns sein soll, ein echter deutscher Mann*. Differenziert und auf die bevorstehende Wahl anspielend, gab er zu: *Der Gedanke Büblers ist von seiner idealen Seite schön und gut und, wenn keine anderen Pläne dahinter stecken, ein hochherziger zu nennen*. Für den Einsender dieses Textes brauchte der „Offene Brief“ keine Antwort, denn jedermann war Gambettas Ansicht. In seiner programmatischen Rede in Belleville hatte er erklärt, in Betreff des Militärs gebe es in Frankreich keine Partei; sobald es sich um das Heer, seine Neubildung, seine Lebensfähigkeit handle, seien alle Parteien einig; das Heer sei, zumal im Unglück, Frankreichs Trost und letzte Hoffnung. Der Autor zog daraus folgenden Schluß: *Ein Mann, der solche Gedanken in sich hegt, will nichts von Abrüstung wissen. Was sollen wir Deutsche davon lernen? Wir dürfen und können nicht für Schwächung unserer Armee sein, und wer das tun will und verlangt, ist nicht der rechte Volks- und Vaterlandsfreund, der leitet sein Volk auf falsche Bahnen und führt es zu Schaden, Spott und Schande*¹⁰⁸.

Die Diskussion fand auch auf den Wahlversammlungen statt. Auf der Versammlung des konservativen Kandidaten Strodbeck, Gutspächter und Landwirt in Weißenhof bei Weinsberg, ergriff der Redakteur Treiber aus Stuttgart das Wort, um den *Angriffen der Partei des 'Beobachters'*, das heißt der Demokratischen Volkspartei, zu antworten. Treiber erklärte, die Konservativen könnten nur dem ersten Punkt des Programms des Kandidaten von Bühler zustimmen, der lautete: *Wahrung und Kräftigung der Macht, Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlfahrt Deutschlands im Inneren, Frieden nach außen*. Er äußerte sich aber sehr kritisch zu der Auffassung, die der Mann der Volkspartei von der Militärfrage hatte. Er erklärte, die Konservativen wollten bloß eine Sicherung der Wehrkraft Deutschlands, eine Verstärkung vorläufig nicht, solange nicht die absolute Notwendigkeit dazu nachgewiesen sei; auch sie würden gerne die *drückende Militärlast erleichtern helfen*, [...] *wenn es ohne Gefahr geschehen könnte*. Der Redner nahm auch Stellung zur Frage der *Herbeiführung einer Übereinkunft der Staaten über gleichzeitige, allgemeine Verminderung der Heere*, mit der von Bühler in der Öffentlichkeit hervorge-

107 Schiller, Wilhelm Tell, 2. Aufzug, 1. Szene: Mahnung des greisen Attinghausen. Vgl. Schillers Werke in zwei Bänden, 2. Bd., München 1954, S. 99.

108 Ein Wort zu seiner Zeit, in: HT Nr. 229, 1. 10. 1881, S. 1.

treten war. Treiber begrüßte in diesem Wunsch *ein wunderbar schönes Ideal*. Die Frage aber lautete: Konnte man so weit kommen, daß alle Staaten sich dahingehend einigten, ihre Heere auf die Hälfte, *ja lieber auf ein Zehntel* herunterzusetzen? Gambettas Schweigen konnte nur Zweifel aufkommen lassen, abgesehen davon, daß er erklärt hatte, er würde sich nie auf eine Schwächung der französischen Armee einlassen¹⁰⁹.

Die französische Presse hatte bis jetzt nicht reagiert. Allein „Le Siècle“, eine alte, dahinsiechende Abonnementzeitung, die die Linie der republikanischen Linken treu verfolgte und Gambetta bekämpfte, hatte von Bühlers Brief kaum zehn Zeilen gewidmet. Die Friedens- und Freiheitsliga antwortete sehr spät darauf, in der Nummer vom 1. Oktober ihres Wochenblatts „Les Etats-Unis de l'Europe“. Die „Frankfurter Zeitung“ druckte die Antwort der Liga am 8. Oktober wörtlich ab, *lediglich zur Information* [ihrer] *Leser*. Selbst wenn sie sich – offenbar erbittert – jedes Kommentars enthielt, konnte sie nicht umhin, zu bemerken: *Zur Verhütung etwaiser Illusionen wollen wir gleich zum Voraus daran erinnern, daß die Liga und ihr Organ in der Entwaffnungs- und Abrüstungsfrage, sowie in der Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland überhaupt, sich wiederholt auf Seite Frankreichs gestellt hat. Das erklärt sich daraus, daß die Leitung der Liga sich gegenwärtig in den Händen von Franzosen befindet*. Die Liga weigerte sich, den Status quo als Grundlage einer Diskussion anzunehmen, und ging soweit, zu sagen, man würde versucht sein zu glauben, daß von Bühler *ein Werkzeug des Herrn von Bismarck* sei. Die Liga ging in dieser Frage von einer anderen Voraussetzung aus, und zwar von dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Menschen. Das heißt: sie forderte, daß den Elsässern und den Lothringern das Recht gegeben werde, durch ein freies Votum darüber zu entscheiden, ob sie deutsch oder französisch sein wollten. Die Haltung der Genfer Organisation duldete keinen Kompromiß: ein Volksentscheid in Elsaß-Lothringen sowie ein Schiedsgericht, falls Elsaß-Lothringen sich bei diesem Votum für eine Rückkehr zum *alten Vaterlande*, also Frankreich, aussprechen würde, schien die allein mögliche Voraussetzung für Verhandlungen zu sein¹¹⁰.

Das „Haller Tagblatt“ berichtete ausführlich über diese Antwort der Friedensliga und drückte seine Zweifel aus, ob von Bühler davon befriedigt sein werde. Das Blatt wies auf die ungeschickte Argumentation des Abgeordneten von Hall hin, an der die „Deutsche Reichspost“ schon Kritik geübt hatte. Von Bühlers „Offener Brief“ enthielt nämlich eine Drohung. Er schrieb, *daß, wenn Frankreich jemals daran denken sollte, die Provinzen [= Elsaß-Lothringen] mit den Waffen in der Hand wieder zu nehmen, Deutschland selbst stille Hoffnungen bezüglich anderer Reichsländer, die im Laufe der Zeit verloren gegangen sind, wieder aufleben las-*

109 HT Nr. 243, 19. 10. 1881, Beilage; Über die Wahlversammlung des Herrn Reichstagskandidaten Strodbeck, in: HT Nr. 244, 20. 10. 1881, S. 1011 ff.

110 Eine Antwort auf das Schreiben von Bühlers an Gambetta, in: Frankfurter Zeitung Nr. 281, 8. 10. 1881 (Morgenblatt), S. 2.

sen könnte. Von Bühler konnte also vorgeworfen werden, daß er sich mit solchen Argumenten zu sich selbst in Widerspruch setzte. Die Friedensliga, hieß es ironisch im „Haller Tagblatt“, habe ihm eine Lektion erteilt, indem sie dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Menschen Geltung verschaffe¹¹¹.

Die Wahlkampagne vom Herbst 1881 hatte begonnen. In Backnang schlugen politische Gegner von Bühlers einen noch viel schärferen Ton an. In einer *Ansprache an die Mitbürger*, die sie in den „Murrthalboten“ einrücken ließen, versuchten sie, den seine Wiederwahl anstrebenden Abgeordneten zu diskreditieren¹¹². Über die Bemühungen des Konkurrenten um eine allgemeine Abrüstung drückten sie sich schonungslos aus und meinten: *Abgesehen von den schönen, aber idealen und chimeren Diskussionen über die Abrüstungsfrage, abgesehen von dem persönlichen Eitelkeit zu lieb geschriebenen Brief an Gambetta, der ein bloßes Wahlmanöver ist, enthält Herr von Bühlers Programm eine Reihe von Widersprüchen. Wohlfahrt, Unabhängigkeit, deren Basis allein die Stärke eines Landes bedingen kann, und daneben die Abrüstungs-idee auch ohne Frankreich! oder: Sicherung und Stärkung der Wehrkraft und zugleich Abrüstung! [...] Herr von Bühler will Sicherung und Stärkung der Wehrkraft Deutschlands, aber mit Maß und Ziel, nicht bis zum Ruin der gesamten Volkskraft [...] Er beantragt ferner 'gleichzeitige und nicht einseitige' Abrüstung. Allein wie hat sich's denn mit der Gleichzeitigkeit, wenn Herr von Bühler im nämlichen Atemzug hinzufügt: 'Will aber Gambetta oder Frankreich nicht mittun, so genügt es auch an der Übereinkunft der übrigen Großmächte' (Also doch wohl einseitig!)*¹¹³.

Auf der eigenen Wahlversammlung, die am 23. Oktober in Hall stattfand, konnte von Bühler auf alle diese Kritiken ausführlich antworten. Er widerlegte die Anschuldigung, er wolle *Deutschland seinen Feinden wehrlos preisgeben*. Er fand hier die Gelegenheit, seinen Abrüstungsantrag im Reichstag zu begründen. Das endlose Wettrüsten stellte in seinen Augen nicht nur eine immer unerträglichere Last für das Volk dar, sondern es bedeutete auch *eine Bedrohung in Europa*. Er erklärte noch einmal, warum er nicht an den ewigen Frieden glaubte. *Solange Menschen Leidenschaften besitzen*, meinte er vor den Haller Wählern, *ist es nicht möglich, ewigen Frieden unter den Einzelnen und unter den Völkern zu schaffen. Allein bei der unerhörten Steigerung der Heere und der Militärlasten ist es doch zum mindesten nicht lächerlich, in einem Antrag den Gedanken einer teilweisen, gleichzeitigen Verminderung der Armeen in Europa anzuregen. Ich habe nicht eine einseitige Verminderung gewollt; für so unvernünftig wird mich niemand halten*. Von Bühler konnte sich außerdem auf einen Brief Bismarcks berufen, in dem der Reichskanzler sich mit seinem Gedanken einverstanden erklärt hatte. Dieser hatte die Sache ernst genommen und mit dem russischen Finanzminister Abasa besprochen, der sich über von Bühlers Antrag gefreut hatte, denn er hatte in seinem Land

111 HT Nr. 245, 21. 10. 1881, S. 1015 f.

112 Murrthalbote Nr. 122, 19. 10. 1881.

113 HT Nr. 247, 23. 10. 1881.

eine große Finanzkrise zu meistern und stand vor der Notwendigkeit einer Verminderung des russischen Heeres. In allen Parlamenten, fügte noch von Bühler hinzu, hatte man ähnliche Initiativen ergriffen, und sie waren günstig aufgenommen worden. Er war deshalb überzeugt, daß, wenn nur einmal ein Staat energisch anfinde, die anderen mittun würden. Um seine Wähler zu beruhigen, zeigte sich von Bühler zuversichtlich. Er wollte glauben, daß die Friedensliga auf die Forderung der Rückgabe von Elsaß-Lothringen verzichten würde, und meinte, daß Gambettas Schweigen nicht bedeutete, es sei mit seinen früheren Friedensversicherungen nicht ernst gewesen. Er beharrte außerdem bei seiner Ansicht, daß die fünf übrigen Großstaaten auch ohne Frankreich abrüsten könnten, denn zusammen wären sie ja immer noch stark genug, Frankreich, wenn es den Störenfried in Deutschland machen wollte, zurückzuweisen. Zum Schluß appellierte von Bühler an die öffentliche Meinung, die sich darüber aussprechen und auf eine Lösung drängen müsse¹¹⁴. Trotz der Kritik seiner Gegner wurde von Bühler im Oktober 1881 vom 11. württembergischen Wahlkreis in den Reichstag wiedergewählt¹¹⁵. Seinen Antrag sollte er aber nicht erneuern, obwohl er sich in der Sitzung vom 6. Dezember 1881 die Wiedereinbringung für die nächste Session vorbehielt¹¹⁶.

In seinem Werk über die erste Haager Konferenz von 1899 bemerkt Christian Meurer, daß in der Reichstagsdebatte vom 11. März 1879 die Anhänger der Abrüstungsidee, die Abgeordneten Hänel und Reichensperger, die wirkungsvollsten Gründe gegen den Antrag Bühlers vorgetragen hatten. Diese hatten nämlich betont, daß sein Vorschlag verfrüht sei und daß ein Abrüstungskongreß eine vorsichtige Vorbereitung voraussetze. Das zeigte die erste Haager Konferenz von 1899, über die Meurer schreibt: „Wieder waren zwanzig Jahre dahingegangen, und die 'Abrüstungskonferenz' wurde ohne die deutsche Anregung in Den Haag abgehalten. Nachdem sich hier aber nicht einmal die viel maßvollere Forderung eines vorläufig nur kurzen Rüstungsstillstands durchsetzen ließ, kann man das Fiasko ermessen, welches Deutschland mit der Einberufung einer Konferenz auf sich geladen haben würde, die nur die eine und dabei viel weiter gehende Frage einer wirklichen Abrüstung auf ihre Tagesordnung gesetzt hätte“¹¹⁷.

Unverkennbar war es Bühlers Fehler, die Abrüstungsfrage als isolierte Initiative, ohne ausreichenden Zusammenhang mit einer internationalen Friedensordnung, zu behandeln¹¹⁸. Er war sich zweifelsohne seines Idealismus bewußt, aber er wollte an die *Macht des Geistes* glauben. Es war trotz seiner Erfolglosigkeit sein Verdienst, als warnende und mahnende Stimme aufgetreten und einer derjenigen gewesen zu sein, die im Parlament selbst aus einem Gefühl der Verantwortung heraus auf die Gefahren des bewaffneten Friedens hingewiesen hatten.

114 Über die Wahlversammlung des Herrn von Bühler, in: HT Nr. 248, 25. 10. 1881, S. 1027f.

115 HT Nr. 256, 3. 11. 1881.

116 RTV. 5. Legislaturperiode, I. Session 1881/82, 1. Bd., S. 243f.

117 Christian Meurer: Die Haager Friedenskonferenz, 2. Bd., München 1907, S. 630f.

118 Leser (wie Anm. 83), S. 33.

Württemberg als Kerngebiet der Deutschen Friedensgesellschaft

Die organisierte Friedensbewegung entwickelte sich von 1860 bis 1890 außerhalb Deutschlands weiter und nahm feste Formen an¹¹⁹. Sie begann in Deutschland Fuß zu fassen, nachdem der Frankfurter Friedensverein 1886 und die Deutsche Friedensgesellschaft 1892 gegründet wurden. Friedensforscher erklären diese relativ späte Entwicklung der organisierten pazifistischen Aktivitäten in Deutschland mit dem sogenannten „deutschen Sonderweg“. Das Scheitern der Paulskirche, wo die radikal-demokratische Richtung, vertreten von Arnold Ruge und Julius Fröbel, die Friedensfrage mit der nationalen Frage verknüpfte, wirkte als retardierender Faktor. Der Frankfurter Friedenskongreß von 1850 zeigte deutlich, daß die liberalen Demokraten der nationalen Frage gegenüber der Friedensfrage eine unbedingte Priorität gaben. Später verlegte der militärische Erfolg von 1871 den Schwerpunkt der Interessen des deutschen Bürgertums, das sich opportunistisch an die siegreichen Kräfte anpaßte¹²⁰.

Erst 1886 wurden in Frankfurt, Berlin, Darmstadt und Stuttgart Friedensvereine gegründet, aber nicht direkt durch deutsche Bürger, sondern unter dem Einfluß des Engländers Hodgson Pratt, der Agitationsreisen durch Deutschland unternommen hatte. Allein der Frankfurter Verein konnte sich unter der Führung des rührigen Franz Wirth (1826–1897) behaupten, des Sohnes des Hauptredners auf dem Hambacher Fest; die Frankfurter sollten sich später der Deutschen Friedensgesellschaft anschließen¹²¹.

Hodgson Pratt, der Gründer der Internationalen Schiedsgerichts- und Friedensgesellschaft, war 1884 in Stuttgart mit Mitgliedern der Deutschen Volkspartei zusammengetroffen und hatte die Gründung eines Komitees zur Bildung einer lokalen Friedensgesellschaft initiiert. Nach seiner Abreise hatte sich aber dieses Komitee bald aufgelöst. 1885 kam der nimmermüde Friedensprediger wieder nach Stuttgart, wo sich diesmal nach einem öffentlichen Vortrag ein Friedensverein unter Vorsitz des Geographen Friedrich von Hellwald konstituierte. Dieser Verein verschwand nach zwei Jahren, ohne nachhaltige Spuren zu hinterlassen. Erst durch das Engagement des Stuttgarter Stadtpfarrers Otto Umfrid konnte die Friedensbewegung im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Württemberg zum Durchbruch kommen¹²². Mit der Unterstützung Franz Wirths konnte nämlich eine Stuttgarter Ortsgruppe entstehen, die sich dann der Deutschen Friedensgesellschaft anschloß¹²³.

119 1846 war in Königsberg eine lokale Friedensgesellschaft aus einer frei-evangelischen Gruppe um den Pfarrer J. Rupp entstanden. Ihr Organ „Der Völkerfriede“, die Beilage des „Ostpreußischen Volksboten“, kann als die erste pazifistische Zeitschrift in Deutschland betrachtet werden. Vgl. *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 31 f.

120 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 33 f.

121 *Alexander Dietz*: Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein. Festschrift zur Feier seines 25jährigen Bestehens (Schriften des Frankfurter Friedensvereins 1), Frankfurt am Main 1911.

122 *Schmid* (wie Anm. 16), S. 322 f.

123 *Hans Wehberg*: Die Führer der deutschen Friedensbewegung (1890 bis 1923), Leipzig 1923, S. 40.

Altensteig	Hauptlehrer Kächele
Backnang	Hauptlehrer Bayern
Baisingen	Kaufmann Kahn
Balingen	Präzeptor Bailer
Bönningheim	Oberlehrer Koppenhöfer
Calw	Postsekretär Kaufmann
Ebingen	Lehrer Heindtel
Esslingen am Neckar	W. Langguth
Gechingen	Oberlehrer Bullinger
Geislingen	Präzeptor Ruetz
Gmünd	Gemeinderat Seeger
Hall	Apotheker Dr. Blezinger
Hechingen	Uhrmacher Stengel
Heidenheim	Dr. Bundschuh
Heilbronn	Landtagsabgeordneter Betz
Ingersheim	Hauptlehrer Fröscher
Korntal	Kirchenrat Blank
Metzingen	Fabrikant Hening
Nagold	Str.Bahnmeister
Nürtingen	Oberlehrer Vosseler
Reutlingen	Handelslehrer Schäfer
Rottweil	Fabrikant Platz
Schorndorf	Graveur L. Halm
Schwenningen	Hauptlehrer Würthner
Sindelfingen	Vorsitz vakant
Strümpfelbach	Schultheiß Kümmel
Stuttgart	Oberlehrer Grammer
Tailfingen	Redakteur Hornickel
Truchelfingen	Hauptlehrer Nickel
Tübingen	Landgerichtsdirektor Lust
Ulm	Oberpostsekretär Maass
Vaihingen	Redakteur Carle
Waiblingen	Mechaniker Held
Weinsberg	Werkmeister Manz
Winnenden	Stadtpfarrer Planck

Tabelle 1 Württembergische Friedensvereine und ihre Vorsitzenden im Jahre 1913 (aus: Friedensjahrbuch, Stuttgart 1913, S. 41 f.).

Die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft war eine Folge der Konsolidierung der internationalen Friedensbewegung, die sich nicht nur in den einzelnen Staaten organisierte, sondern auch über die staatlichen Grenzen hinaus einen Zusammenschluß hatte erreichen können. Während des Pariser Kongresses, der auf den Krimkrieg (1853–1856) gefolgt war, war man zu einer Vereinbarung über die Humanisierung des Krieges gekommen. Seither hatte sich auch die Diskussion über das Völkerrecht belebt. Der Gedanke der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit hatte an Boden gewonnen und wurde von mehreren Gesellschaften, die inzwischen in Europa entstanden waren, unterstützt: bei internationalen Konflikten sollte man sich der Vermittlung als Instrument der Konfliktbeilegung bedienen¹²⁴.

Frauen	3
Arbeiter	2
Beamte	3
Geheimräte	2
Geistliche	6
Geschäftsleute/Handwerker	19
Juristen	11
Landtagsabgeordneter	1
Obergütervorsteher	1
Redakteure	2
Schriftsteller	2
Schultheiß	1
Stadträte	2
Unterrichtswesen	25

Tabelle 2 Soziale Herkunft der Vorsitzenden der Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft 1913. Für das Jahr 1913 sind 95 Ortsgruppen verzeichnet, genaue Angaben über den Beruf bzw. die Tätigkeit der Vorsitzenden sind nur in 81 Fällen mitgeteilt (aus: Friedensjahrbuch, Stuttgart 1913, S. 40f.).

¹²⁴ Neben der „Ligue internationale pour la Paix et la Liberté“ (Internationale Friedens- und Freiheitsliga) hatte der Franzose Frédéric Passy (1822–1912) 1867 die „Ligue internationale pour la Paix“, drei Jahre später die „Société pour l'arbitrage entre les nations“ gegründet, in der Führer der Freihandelspartei und später Mitglieder der Deputiertenkammer zusammentrafen; Frédéric Passy sollte 1901 den Friedensnobelpreis erhalten. 1889 organisierte die „Société pour l'arbitrage entre les nations“ die Erste Interparlamentarische Konferenz, an der 96 Parlamentarier aus 7 Staaten – aber keine Deutschen – teilnahmen. 1873 war das Institut de Droit international (Institut für Völkerrecht) gegründet worden, das sich mit den Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit, der rechtmäßigen Verteidigung im Kriegsfall und der Humanisierung des Krieges beschäftigte. 1889 fand in Paris der erste Weltfriedenskongreß statt. 1892 wurde das Berner Internationale Friedensbüro als zentrale Institution und Koordinationsstelle der Friedensgesellschaften ins Leben gerufen. Vgl. *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 38 ff.

1891 nahmen 18 deutsche Reichstagsabgeordnete an der dritten Interparlamentarischen Konferenz in Rom (3. – 7.11) teil. Die erste war zwei Jahre zuvor auf eine Initiative der „Société pour l'arbitrage entre les nations“ (Gesellschaft für eine Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Nationen) zusammengetreten. Bald darauf bildete sich unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Reichstags K. Baumbach ein Deutsches Komitee für Schiedsgericht und Frieden, dem sich etwa 60 vorwiegend freisinnige Abgeordnete anschlossen und das die Möglichkeit besprach, eine Deutsche Friedensgesellschaft zu gründen. 1892, anlässlich des IV. Weltfriedenskongresses in Bern (22. – 27.8) veröffentlichten der Frankfurter Franz Wirth und der Pforzheimer Adolf Richter (1839–1914) einen Aufruf an die Deutschen, in dem sie zur Gründung von Friedensorganisationen im Deutschen Reich aufforderten. Das Fernbleiben der Deutschen von der internationalen Friedensbewegung macht den schlechtesten Eindruck in der Welt, so lautete das Argument. Die Zeit schien günstiger zu sein, da die Politik des Burgfriedens, die Kanzler Caprivi (1890–1894) eingeschlagen hatte, eine dargebotene Hand gegenüber Zentrum, Linksliberalen und Sozialdemokraten war. Man beobachtete aber eine Sammlungsbewegung der nationalen Rechten und die Bildung von Interessen- und Agitationsverbänden wie dem Alldeutschen Verband, dem Deutschen Kriegerbund, dem Deutschen Flottenverein, den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, dem Wehrverein, dem Bund der Landwirte oder dem Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband. Alle diese Vereine und Verbände verstärkten die völkisch-nationale Front.

Der Deutschen Friedensgesellschaft gehörten sehr verschiedenartige Persönlichkeiten an. Die einen waren mehr „Gefühlspazifisten“, die anderen waren bemüht, die Friedensbewegung zu organisieren und ihre ideologisch-programmatischen Positionen zu begründen.

Ihre ersten Erfolge verdankte die Deutsche Friedensgesellschaft der Baronin Bertha von Suttner (1843–1914), die 1889 mit ihrem Roman „Die Waffen nieder!“ großes Aufsehen erregte. Das Buch sollte bis 1905 37 Auflagen erreichen; es wurde in 16 Sprachen übersetzt. Bertha von Suttner, die von nun an ihr ganzes Leben der Friedenspropaganda widmete, war das Ziel zahlreicher Angriffe seitens der Gegner der Friedensbewegung, des Alldeutschen Verbands wie der Nationalsozialen, die sie als lächerliche, einseitig und utopistisch denkende Träumerin abstempelten. Ihr Engagement beruhte auf einer uneingeschränkten Fortschritts- und Wissenschaftsgläubigkeit; bei ihr galt der Krieg als ein Anachronismus. Überhaupt blieb Bertha von Suttner eine umstrittene Figur, selbst innerhalb der Friedensbewegung, deshalb, weil ihr gefühlsbetonter, moralisch-ethischer, humanitärer Standpunkt als zu unpolitisch galt, also als schädlich für die Bewegung betrachtet wurde¹²⁵.

125 *Bertha v. Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte.* Hrsg. und mit einem Nachwort von Sigrid und Helmut Bock, Berlin 1990, 486 S.; *Die Friedenswarte*, 1914.

Während Bertha von Suttner die humanitär-aufklärerische Überzeugung der Deutschen Friedensgesellschaft verkörperte, war Alfred H. Fried (1864–1921) der Organisator, der die Vorstellung einer politisch-pazifistischen Bewegung vertrat¹²⁶. Die Deutsche Friedensgesellschaft stand aber vor einem Dilemma: war sie zu politisch ausgerichtet, dann hatte sie weniger Chancen, breite Volksmassen zu mobilisieren. Sie verstand sich mehr als überparteiliche Kulturbewegung, wobei sie das Sammelbecken für verschiedene Gruppierungen zu werden suchte. Die Deutsche Friedensgesellschaft blieb - von außen gesehen - eine Art Sekte, der es nicht gelang, eine breitere sozialen Basis aufzubauen und zu einer wirklichen gesellschaftlichen Anerkennung zu gelangen. Diese Situation bekräftigte nur den Spott und die Verleumdungen ihrer Gegner. Ein radikaler Befürworter des Krieges schrieb 1910 dem württembergischen Pazifisten Otto Umfrid: *Die Bestrebungen Ihres Vereins sind für mich direkt pathologisch, eine besondere Form der Neurasthenie. Der Krieg ist etwas Gesundes; der kriegerische Geist ist die wertvollste sittliche Potenz eines Volkes; wer den Krieg abschaffen will, versündigt sich am Naturgesetz und an Gottes Weltordnung. Eine Welt ohne Krieg würde an ihrer eigenen innerlichen Erbärmlichkeit, am Marasmus zugrunde gehen*¹²⁷.

Die Pazifisten glaubten optimistisch an den Fortschritt, an einen Veredelungsprozeß bei den Menschen; deshalb war es ihr Anliegen, die öffentliche Meinung aufzuklären und zu überzeugen. Sie glaubten auch an die Möglichkeit, auf die Entscheidungen der regierenden Kreise, auf den Gang der Politik Einfluß zu nehmen. In ihrem Programm von 1897 hielt die Deutsche Friedensgesellschaft die Überwindung nationaler Vorurteile und Leidenschaften für möglich durch die Intensivierung der Beziehungen zwischen den Völkern. Sie machte aber auch praktische Vorschläge. Die Parole hieß: *An Stelle der Gewalt das Recht!* im Verhältnis zwischen den Nationen. Als Hauptmittel dazu wurde die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts vorgeschlagen: die Staaten sollten dauernde Schiedsgerichtsverträge schließen, was das Bestehen eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes erforderlich machte. Die Pazifisten lehnten das Prinzip des bewaffneten Friedens aus zweierlei Gründen ab. Das ständige Wettrüsten führte ihrer Ansicht nach unvermeidlich zum Krieg, und ein solcher Zustand konnte nur den Interessen der Völker schaden, die sozialen Mißstände verschärfen und dadurch die Friedfertigkeit der Völker vermindern¹²⁸.

Wollte sie ihre Ideen zur Geltung bringen, so mußte die Deutsche Friedensgesellschaft die neuen Agitationsformen der großen Verbände, die sich damals gebildet hatten, anwenden. Der Spielraum blieb aber für die bürgerliche Friedensbewegung ziemlich eng, denn die völkisch-nationalen Verbände hatten schon breite Kreise der öffentlichen Meinung mobilisiert, und mit einer Unterstützung seitens der Sozialdemokratie konnte sie nicht rechnen. Verbündete fand sie im linksliberalen La-

126 Wehberg (wie Anm. 123), S. 19–23.

127 Zitiert von Schmid (wie Anm. 16), S. 326.

128 Riesenberger (wie Anm. 12), S. 66 f.

ger. Die wiederholten Spaltungen, die der Linksliberalismus erlebt hatte, hatten ihn aber geschwächt; sie wirkten sich auch für die Friedensbewegung nachteilig aus.

Die Deutsche Friedensgesellschaft organisierte unregelmäßig deutsche Friedenskongresse, die mit Vertretern aus allen Ortsgruppen im Deutschen Reich besetzt wurden. Um ein Band zwischen den Ortsgruppen in Deutschland und im Ausland zu schaffen, griff sie zu publizistischen Mitteln. Sie gab ein offizielles Organ „Die Friedens-Korrespondenz“ heraus, die 1901 vom „Völkerfrieden“ abgelöst wurde; letztere Schrift erschien bis 1917 in Esslingen am Neckar. Neben zahlreichen Aufsätzen von Pazifisten aus aller Welt wurden darin Informationen über die Tätigkeit der verschiedenen Organisationen der Bewegung veröffentlicht¹²⁹. Vor dem Ersten Weltkrieg erschien in Stuttgart ein Friedensjahrbuch¹³⁰. Der Vorsitzende der Gesellschaft gab außerdem seit 1898 „Die Friedens-Warte. Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation“ heraus, die nach 1933 in der Schweiz fortleben konnte¹³¹. Die Deutsche Friedensgesellschaft zählte 1901 6 000, 1907 knapp 7 000 Mitglieder, die sich aus den bürgerlichen Kreisen rekrutierten, vorwiegend im Unterrichtswesen sowie unter Juristen und Geschäftsleuten. 1913 umfaßte sie ungefähr 100 Ortsgruppen, nur neun östlich der Elbe, 13 in Preußen, 78 im übrigen Deutschland, darunter 40 in Württemberg¹³². So wurde Württemberg zum Kerngebiet der Gesellschaft, eine Tatsache, die sich weitgehend dadurch erklärt, daß die Deutsche Volkspartei in diesem Gebiet ihren Einfluß auf das süddeutsche Bürgertum behielt¹³³.

Viele Ortsgruppen entstanden nach Agitationsreisen des Frankfurters Franz Wirth und seiner Freunde Heinrich Rößler (Frankfurt), R. Reuter (Naumburg), Adolf Richter (Pforzheim) und Richard Feldhaus (Königsberg). Mit seinen 400 Mitgliedern blieb Frankfurt bis in die 90er Jahre das faktische Zentrum der deutschen Friedensbewegung, denn Berlin zeigte sich als erster Sitz der Friedensgesellschaft wenig aktiv. Da übrigens die Spannungen zwischen Frankfurt und Berlin der Bewegung Abbruch tun konnten und da Württemberg sich als Triebkraft der Organisation behauptet hatte, wurde im Januar 1900 Stuttgart zu ihrem Vorort gewählt. Im Oktober 1899 hatten sich eben 19 württembergische Ortsgruppen zu einem Landesverband zusammengeschlossen¹³⁴.

Otto Umfrid war der Pfeiler, auf den sich die Friedensbewegung in Württemberg lange Zeit stützte. Umfrid war nicht nur einer der bedeutendsten Vorkämpfer der

129 Der Völkerfriede. Deutsche Friedensgesellschaft. Esslingen. Jahrgänge 1911–1917 in der Bibliothèque Nationale et Universitaire Straßburg.

130 Das Friedensjahrbuch. Von einem Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und des Verbandes für Internationale Verständigung mit einem Anhang, Stuttgart 1911; Desgl. für 1913.

131 Die Friedenswarte. Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation, Berlin/Wien/Leipzig, 1899–1933. Sie erschien 1915 unter dem Titel „Blätter für zwischenstaatliche Organisation“.

132 Riesenberger (wie Anm. 12), S. 66 ff.; Schmid (wie Anm. 16), S. 324.

133 Bei den Wahlen von 1898–1907 erhielt die Deutsche Volkspartei in Württemberg durchschnittlich 26 % der Stimmen, bei etwa 400 000 Wahlberechtigten.

134 Riesenberger (wie Anm. 12), S. 69.

bürgerlichen Friedensbewegung, sondern auch einer der hervorragendsten Theoretiker des Pazifismus vor dem Ersten Weltkrieg. Nachdem er 1914 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden war, sollte er jedoch 1920 in Stuttgart ohne große öffentliche Anerkennung sterben und fast völlig in Vergessenheit geraten. Zwanzig Jahre wirkte Otto Umfrid unermüdlich für die Organisation der Friedensbewegung in Württemberg, wo er etwa zwanzig Ortsgruppen gründete und zahllose Vorträge hielt. Viele Jahre gab er den „Völkerfrieden“ heraus, das Organ der Deutschen Friedensgesellschaft; er wurde zum zweiten Vorsitzenden dieser Organisation, ein Posten, der große Anforderungen an ihn stellte, nachdem die Zentralleitung der Gesellschaft von Berlin nach Stuttgart verlegt worden war. Weil er in einem zu engen Kreis wirkte, war die Betätigung Otto Umfrids in organisatorischer Hinsicht zwar nicht so bedeutend wie die des Historikers und Politikers Ludwig Quidde (1858–1941), der auf internationaler Ebene vieles geleistet hat. Er machte sich aber verdient in dem Kampf für das Recht und gegen die Verherrlichung des machtpolitischen Denkens. Eines seiner Hauptanliegen war die Popularisierung der Friedensidee. Zu diesem Zweck gab er von 1899 bis 1908 den „Friedensboten“ heraus, einen Friedenskalender, aber auch Aufsätze und Zeitschriften, um breite Massen des Volkes für die Friedensbewegung zu gewinnen. Deshalb wurde er von den Nationalisten bald der „Friedenshetzer“ genannt¹³⁵.

Otto Umfrid war ein Ethiker und Naturrechtler. Er verdammt die Grundsätze Machiavellis und die Geschichtsschreibung eines Treitschke. Ein Grundmotiv seiner Schriften war, *daß sich die Nationen auf eine wirkliche Rechtsgrundlage stellen müssen, die mit der Sittlichkeit im Einklang ist*¹³⁶. Die Schwierigkeiten der praktischen Verwirklichung des Pazifismus erkennend, suchte er ein konkretes Programm auszuarbeiten in einer Zeit, als auf die Fragen des Wettrüstens, der Überbevölkerung und der Kolonisierung Antworten gefunden werden mußten. Otto Umfrid vertrat Gedanken, die später im Völkerbund zur Geltung kamen. Er war der Ansicht, man müsse die Abrüstung durch Garantieverträge ermöglichen, die die Staaten gegen jede Bedrohung sichern würden. Man könne in der Kolonialfrage die gefährliche Rivalität zwischen den Großmächten durch eine Kooperation regeln. Er war es, der vorgeschlagen hatte, das Problem der Überbevölkerung durch internationale Abkommen zu lösen; er war es, der für die Idee einer Föderation, schließlich für die Idee des Völkerbundes, eingetreten war¹³⁷.

Die Krönung ihrer Tätigkeit war für die württembergischen Pazifisten der 2. Deutsche Friedenskongreß, der im Mai 1909 in Stuttgart stattfand. Dort wurde die Königin vertreten durch die Person des Kabinettsrates von Kübel; die Anwesenheit der Landtagsabgeordneten Elsas und Betz zeigte, daß die Friedensbewegung mit der treuen Unterstützung der Deutschen Volkspartei rechnen konnte. Dr. Elsas, der

135 Der Schwäbische Friedensmartyrer, in: Die Friedenswarte Nr. 43, 30. 10. 1920; Die Menschheit Nr. 46, 20. 11. 1920; *Wehberg* (wie Anm. 123), S. 41–44.

136 *Wehberg* (wie Anm. 123), S. 42.

137 Ebd., S. 43.

im Namen des engeren Ausschusses der Partei sprach, erinnerte daran, daß die Demokratie die Friedensbewegung immer gefördert hatte, daß insbesondere die württembergischen Demokraten die Idee des Friedens, des internationalen Rechts und der Abrüstung propagiert hatten. Die Österreichische und die Schweizerische Friedensgesellschaft wurden in Stuttgart durch Prof. Dr. Kobatsch und Dr. Bucher-Heller vertreten, den Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft repräsentierte Mathilde Planck, die mit mehreren Stuttgarter Gesinnungsgenossinnen zu den eifrigsten Mitstreitern Otto Umfrids gehörten¹³⁸.

Dieser Stuttgarter Kongreß verdient unsere Aufmerksamkeit, und zwar nicht nur deshalb, weil er von größter Bedeutung für die Friedensbewegung in Württemberg war, sondern auch, weil die Ideen, die dort vorgetragen wurden, sich als zukunftsweisend herausstellen sollten. Man findet sie nämlich in den Grundsätzen des Völkerbundes (1919) und der UNESCO (1945) wieder.

Die Hauptredner des Stuttgarter Kongresses waren Alfred Hermann Fried aus Wien und Prof. Dr. Ludwig Quidde aus München. Fried sprach über das Thema: *Die Friedensidee in moderner Auffassung*. Er wies vor allem auf die großen Wandlungen hin, die die Friedensidee in den letzten Jahren durchgemacht hatte. Er bemühte sich zu zeigen, daß sie sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt habe, daß ihre Vertreter nicht mehr als *Friedensapostel* zu betrachten seien, sondern als Verkünder einer Lehre, die auf Tatsachen beruhe. Der pazifistische Friedensbegriff erstrebt die Gesundung des internationalen Organismus, die Herstellung einer internationalen Ordnung, aus der sich jene Vorbedingungen ergeben müßten, die die Menschheit zu ihrer vollen Kulturentwicklung benötigt, erklärte er weiter. Eine Weltorganisation ist die Grundlage der modernen Friedensidee. Die Logik der Dinge führt zum Bau einer Friedensorganisation. Es ergibt sich die Frage, wozu es nötig ist, für den Frieden zu arbeiten, wenn sich dieser Friede mechanisch aus den Tatsachen entwickelt. Die Frage wird durch das Wesen der Menschheit selbst beantwortet, die sich dadurch von der Tierheit unterscheidet, daß sie nicht vom Instinkt, sondern von der Erkenntnis getrieben, ihre Handlungen einrichtet. Das Friedensproblem ist heute nun mehr ein Problem der geistigen Optik. Nicht aus Feigheit oder Furcht wird heute der Krieg bekämpft, sondern weil er naturwidrig und unvernünftig ist und die Menschheit an ihrer Vervollkommnung hindert. Der Friede bedeutet die Lösung der sozialen Frage, die Befreiung der Menschheit vom Elend, die Gesundung des sozialen Körpers. Und deshalb ist das Friedensproblem die wichtigste Aufgabe der modernen Menschheit, so Alfred Hermann Fried.

Ludwig Quidde referierte über *Die internationale Politik der Gegenwart*. Er warnte davor, den nationalen Gedanken auf die Spitze zu treiben, wobei er die Ansicht vertrat, die nationalen Grenzen könnten nicht nach der Sprachgrenze abgesteckt werden. Er lehnte die Theorie der Eigenart und Selbständigkeit der Nationalitäten ab, insofern diese alle Mischungsprodukte internationaler Entwicklung

138 Schmid (wie Anm. 16), S. 332.

sind. Ebenso war er der Kolonialpolitik abhold. *Die Kolonialpolitik*, erklärte er, *ergibt sich aus dem Bestreben, die überschüssige Bevölkerung des Staates auf eigenem Boden anzusiedeln; sie führt zu Konflikten, und heute ist es bereits unmöglich, neue Kolonien zu erwerben, ohne einen Krieg auszulösen. Für das Deutsche Reich ist es wichtiger, in anderen Staaten die Anerkennung deutscher Kultur zu erlangen. Es ist gefährlich und ein grundsätzlich zu verwerfendes Ziel, Monopolabsatzgebiete zu schaffen*, fuhr Ludwig Quidde fort. *Überall ist Raum für freie wirtschaftliche Konkurrenz zu gewinnen. Eine Politik der offenen Tür und der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt muß eingeschlagen werden. Auf dem großen Markt der Welt sollten die Völker friedlich nebeneinander kämpfen. Nur die Tüchtigkeit wird in der wirtschaftlichen Konkurrenz entscheiden. Der Friede ist durch internationale Verträge zu sichern, und es ist die wichtigste Aufgabe der internationalen Politik, eine Weltorganisation zur Sicherung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aufzubauen. Für Deutschland handelt es sich darum, bei diesen Bestrebungen nicht ins Hintertreffen zu gelangen, sondern möglichst an der Spitze zu marschieren, damit es nicht heißt, wir stellten uns der neuen Entwicklung hemmend in den Weg*¹³⁹.

Im Rahmen dieses Kongresses vom 15. und 16. Mai 1909 fand die Delegiertenversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt, die von 60 Personen besucht wurde. Kammerpräsident Friedrich von Payer wohnte ihr nur für kurze Zeit bei. Die württembergische Regierung schickte aber keinen Vertreter hin, was sehr bedauert wurde. In einem Schreiben der württembergischen Regierung wurde erklärt, sie sei *'aus äußeren Gründen'* nicht in der Lage, die erbetene offizielle Bezeichnung des Kongresses eintreten zu lassen. Kultusminister von Fleischhauer bedauerte, daß er verhindert sei, der Versammlung beizuwohnen. Der Münchener Ludwig Quidde bemerkte, daß sowohl die Reichsregierung als auch die bayerische Regierung zu derartigen Veranstaltungen immer Vertreter entsandt hätten. Der Landtagsabgeordnete Betz beantragte eine Entschließung, in der der Friedenskongreß sein Erstaunen und lebhaftes Bedauern darüber aussprach, daß die württembergische Regierung nicht dem Beispiel anderer Bundesstaaten gefolgt sei¹⁴⁰.

In den verschiedenen Berichten wurde den deutsch-französischen Beziehungen eine beachtliche Bedeutung beigelegt. Mitgeteilt wurde, daß aus dem Legat eines Franzosen ganz erhebliche Mittel verfügbar gemacht werden konnten, um einem französischen Professor (Emile Riquiez) Vorträge über die Friedenssache, besonders in Süddeutschland, zu ermöglichen. Im Anschluß daran beantragte der Oberlehrer Kohler aus Esslingen eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Darin hieß es, daß alle Bestrebungen zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich begrüßt werden sollten. Auf dem vorigen Friedenskongreß in München war ein Komitee aus Mitgliedern der Deutschen und Französischen Friedensgesellschaften gewählt worden, das beauftragt wurde, In-

139 HT Nr. 113, 17.5.1909, S. 1–2.

140 Ebd., S. 2.

initiativen in diesem Sinne zu entwickeln. In Stuttgart wurde nun der Wunsch ausgesprochen, daß diese Instanz alles anbiete, *die beiden Völker einander näher zu bringen*.

In den eigentlichen Beratungen ergriff Ludwig Quidde noch einmal das Wort, um seinen Standpunkt zum Problem der nationalen Minoritäten zur Geltung zu bringen, wobei er sich mit der polnischen Frage im Deutschen Reich näher beschäftigte. Eine Resolution wurde angenommen, in der der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im internationalen Verkehr nachdrücklich verfochten wurde¹⁴¹.

Die Friedensfreunde, zu denen viele Lehrer zählten, dachten, daß der Friede auch eine Frage der Erziehung sei. Es galt für sie, auf die Schulen Einfluß zu nehmen. In diesem Sinne wiederholte die Delegiertenversammlung den Vorschlag, an den Schulen einen Friedenstag einzuführen; dazu sollte der 18. Mai bestimmt werden, das heißt der Tag, an dem die erste Haager Friedenskonferenz 1899 zusammengetreten war. Eine Eingabe in dieser Sache war schon an die verschiedenen Bundesstaaten gerichtet worden; sie war aber erfolglos geblieben. Nun wollte man sich mit diesem Anliegen an die Parlamente der Bundesstaaten wenden. In diesem Zusammenhang brachte Oberlehrer Kohler aus Esslingen einen weiteren Antrag ein, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Danach wurden die Ortsgruppen der Friedensgesellschaft ersucht, die chauvinistischen Stellen in den deutschen Schulbüchern festzustellen und der Geschäftsleitung mitzuteilen, damit diese von sich aus vorgehen könne. Kirchenrat Kroner von Stuttgart sprach sich seinerseits für den Fortfall der Sedanfeier aus, die seit 1871 eine Art Nationalfeiertag für das Deutsche Reich geworden war und die jedes Jahr auch in allen deutschen Schulen begangen wurde. Mittelschullehrer Aupperle aus Heilbronn meinte, man müsse den internationalen Kinderaustausch fördern, eine Idee, mit der sich schon der 15. internationale Friedenskongreß in Mailand beschäftigt hatte und die die Deutsche Friedensgesellschaft nun in die Praxis umsetzen wollte. Man beschloß, um *den Austausch von Kindern und jungen Leuten zu fördern, zu diesem Zweck an möglichst vielen Orten Vertrauensmänner, Ausschüsse und Komitees zu gewinnen, die gesamte Presse ausgiebig zu benützen und den Zusammenschluß der vermittelnden Gesellschaften zu Verbänden zu fördern*¹⁴². 1897 waren in Frankreich die „Société internationale d'études, de correspondance et d'échange“ und die „Société d'échange international des enfants et des jeunes gens pour l'étude des langues étrangères“ gegründet worden. Vor dem Ersten Weltkrieg beteiligten sich immer mehr junge Deutsche und Franzosen an Wettbewerben, Studienreisen und Austausch, die vom „Journal d'Allemagne“ in Berlin unterstützt wurden¹⁴³.

Im Laufe der Delegiertenversammlung hatte schon Ludwig Quidde die Frage der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit aufgeworfen. Die Deutsche Friedensgesell-

141 Ebd., S. 2.

142 Ebd., S. 2.

143 Friedensjahrbuch, Stuttgart 1913, S. 9 f., S. 44.

schaft wollte für die Schaffung eines *obligatorischen Schiedsgerichts* im Falle von internationalen Streitigkeiten eintreten. Auf Antrag von Quidde wurde beschlossen, die deutsche Reichsregierung unter Bezugnahme auf ihre Haltung bei der Haager Friedenskonferenz von 1907 daran zu erinnern, den Gedanken des Abschlusses von Schiedsverträgen weiter auszubauen. Zur Debatte kam bei der öffentlichen Versammlung vom 16. Mai die Reichsfinanzreform, die damals das Tagesgespräch war. Der Reichstag sollte, wie es in einer Resolution hieß, eine sorgsame Prüfung des Geldbedarfs vornehmen, sich bei der Bewilligung neuer Steuern streng auf den bestehenden Bedarf des Augenblicks beschränken und alles ablehnen, was dazu dienen sollte, Mittel für weitere Steigerung der Rüstungen zu liefern. Außerdem wurde die Einberufung einer Abrüstungskonferenz befürwortet. In seinem Vortrag über die Abrüstungsbeschränkung begrüßte der Stuttgarter Bankier Hausmeister das Abkommen, das England und Frankreich gerade zur Einschränkung der Rüstungen unterzeichnet hatten. Prof. Walter Schücking, der Völkerrechtler aus Marburg¹⁴⁴, betonte die Notwendigkeit einer internationalen Organisation. Er stellte sich diese Organisation in der Form eines internationalen Bundesrats vor, dem ein Weltparlament zur Seite stehen würde.

Der württembergische Landesverein der Deutschen Friedensgesellschaft, der 1899 gegründet worden war, veranstaltete jedes Jahr eine Landesversammlung. Darüber wurde jedesmal in den Regionalzeitungen - im „Haller Tagblatt“ immer ausführlich - berichtet. Nehmen wir als Beispiel die Landesversammlung von 1908, die unter Vorsitz von Oberlehrer Gammert und Stadtpfarrer Umfrid in Reutlingen stattfand. Anwesend waren unter anderem der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Dr. Adolf Richter aus Pforzheim, sowie der Oberbürgermeister von Reutlingen. Kammerpräsident Friedrich von Payer grüßte die Versammlung in einer Zuschrift¹⁴⁵.

Der Schriftführer des Landesvereins, Hartmann aus Stuttgart, zeigte sich in seinem Rechenschaftsbericht optimistisch. Er meinte nämlich, daß die Idee der Völkerverständigung endlich auch in Deutschland Fortschritte gemacht habe. Die Interparlamentarische Konferenz, die vor kurzem in Berlin getagt hatte, war glänzend verlaufen. Sie hatte die Friedensbewegung *hoffähig* gemacht und zur Propaganda des Friedensgedankens Wesentliches geleistet. Er begrüßte den Esperantistenkongreß von Dresden, der auch die Friedensidee gefördert hatte. Professor Christaller von Stuttgart berichtete über die Stellung der Universitäten zur Friedensfrage und beobachtete, daß eine Anzahl Universitätsprofessoren ihre Zustimmung zur Friedensbewegung ausgesprochen hatten. Trotz dieser Fortschritte erschien der Weltfriede immer mehr bedroht. Oberpostamtssekretär Rühle von Stuttgart bedauerte, daß der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich noch nicht Gel-

144 Zu Walter Schücking (geb. 1875) s. *Wehberg* (wie Anm. 123), S. 42, S. 53 ff.; *ders.*: Walter Schücking, ein deutscher Völkerrechtslehrer, in: Nord und Süd, Jan. 1920.

145 Die Landesversammlung der württembergischen Friedensvereine, in: HT Nr. 277, 25. 11. 1908, S. 1.

tung verschafft hatte, er geißelte die Haltung der Engländer im Burenkrieg, der damals viel Raum in den Spalten der deutschen Zeitungen einnahm. Während des Versammlungsmahles zeigte sich Landgerichtsrat Zuft aus Tübingen pessimistisch und ging bis dahin zu behaupten, man stehe nahe vor einem Krieg.

Die zwei Hauptredner dieser Landesversammlung waren Kirchenrat Dr. Kroner von Stuttgart und der Pfarrer Dr. Gmelin. In seinem Referat über die orientalische Frage meinte Kroner, der Weltfriede sei bedroht, da der Berliner Vertrag von 1878 gebrochen worden sei. Ohne Moral, erklärte er, ist der Krieg unvermeidlich. In dieser Hinsicht hatten die Friedensgesellschaften eine Rolle zu spielen. Ihre Aufgabe, erklärte er, ist, folgende Grundsätze zu lehren und zu verbreiten:

1. *Wie das Recht der persönlichen Freiheit für den einzelnen, so ist das Recht der nationalen Freiheit für jedes Volk ein heiliges;*
2. *Wie die persönliche Selbstbestimmung aber durch ein Staatsgesetz im Interesse der Gesamtheit nach dem Rechte zu regeln ist, so ist auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach der für das internationale Völkerrecht getroffenen Regelung zu begrenzen;*
3. *Zu diesem Zweck müssen zum mindesten alle Staaten Europas einen internationalen Rechtsbund schließen, dessen Verletzung durch einen Staat von der Gesamtheit verbindend geregelt oder geahndet wird;*
4. *Die Völker der europäischen Staaten haben nicht zu ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist.*

Pfarrer Gmelin referierte über die fast alle Staaten betreffende Frage der nationalen Minderheiten. Seiner Ansicht nach handle es sich in dieser Angelegenheit darum, die Grundsätze der Gerechtigkeit und des sittlichen Rechts aufzustellen, nach denen die Minoritäten zu behandeln seien. Das natürliche Grundrecht der Minoritäten, erklärte er, ist das Recht auf ihre Muttersprache, *weil die Sprache der natürliche Ausdruck des Denkens, des inneren Lebens, also eine Achtung vor der Freiheit des Gewissens ist.* Die Aufgabe des Kulturstaates ist also, strenge Gerechtigkeit gegenüber den Minderheiten walten zu lassen.

Bei der Landesversammlung von 1910 referierte Pfarrer Gmelin über die entscheidende Frage der Rüstung. Das Wettrüsten war, seiner Ansicht nach, die Folge des internationalen Rechtszustandes, den er als unbefriedigend bezeichnete, insofern er die Tendenz einer unaufhörlichen Steigerung in sich trug. Er sah in der Rüstung eine schädliche Belastung, die das Gedeihen der Staaten und der Völker gefährdete und das Zusammenwirken der Kulturstaaten unmöglich machte, sah es daher als die Pflicht jedes Staates an, auf eine Verminderung der Rüstung, ja auf ihre völlige Abschaffung hinzuwirken. Dieses Ziel konnte aber nur erreicht werden, wenn eine weitgehende internationale Organisation geschaffen und der internationale Rechtszustand geändert würde im Sinne des Grundsatzes: „Recht geht vor Gewalt“¹⁴⁶.

Der Stuttgarter Pfarrer Otto Umfrid gehörte zu denjenigen, die in der Begründung ihres Engagements für den Frieden auch den christlichen Standpunkt geltend machten, indem sie insbesondere den Gedanken hervorhoben, es bestehe ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen Krieg und Christentum. Umfrid bezeichnete die Kriege als *diabolische Verneinungen der Lehre Christi*. Es war seine Überzeugung, daß das Ziel der Menschheit die Aufrichtung des Reiches Gottes sei, das heißt die Herrschaft des Guten, der Gerechtigkeit, des Friedens, also auch des Völkerfriedens auf Erden. Die Kirche sollte, meinte er, mit den Friedensorganisationen Hand in Hand gehen und auf diese Weise der Aufrichtung dieses Reiches dienen. Aber gerade in theologischen Kreisen machte sich Widerstand bemerkbar; Otto Umfrid machte der Kirche den Vorwurf, sie sei zu konservativ, zu individualistisch, zu transzendent und zu pessimistisch geworden¹⁴⁷. Der Stuttgarter Pfarrer lehnte sich 1910 gegen den Geist seiner Zeit auf, den er als einen Geist der Gewalttätigkeit und der Herrschaft bezeichnete, gegen den Bismarck-Kult, gegen den preußisch-deutschen Heroenkult überhaupt, gegen den verhängnisvollen Einfluß der Geschichtsphilosophie von Treitschke, die damals das historische Bewußtsein prägte. Umfrid vertrat im Gegensatz zu dem preußischen Historiker den Gedanken, daß der Staat kein Selbstzweck sei, sondern vielmehr ein Mittel, dem Reich Gottes und der Menschheit zu dienen und das Recht auf Erden aufzurichten. Deshalb forderte er seine Zeitgenossen auf, sich für eine Rechtspolitik zu entscheiden, die der Interessen- und Gewaltpolitik zu weichen hatte¹⁴⁸. Umfrid trat für einen international vereinbarten Rüstungsstopp ein, für eine allgemeine Abrüstung und für den Gedanken eines Völkerbundes, der in Europa den Frieden sichern sollte¹⁴⁹. Umfrids Ideen lösten einen Sturm der Entrüstung in der nationalistischen Presse aus. Ihn beunruhigte dagegen, daß Europa sich von Jahr zu Jahr in ein Waffenlager verwandelte, und er warnte prophetisch: *Künftig könnte es [Europa] ein von Leichen besätes Schlachtfeld, eine Brand- und Trümmerstätte der Kultur werden*¹⁵⁰.

Der Haller Friedensverein (1895–1914): eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in der Wilhelminischen Ära

Die Deutsche Friedensgesellschaft behielt eine lockere Organisationsstruktur. Die Geschäftsführung leiteten Adolf Richter (1839–1914) in Pforzheim und der Stadtpfarrer Otto Umfrid in Stuttgart. Ihre Aufgabe bestand darin, Material an die Orts-

147 *Brigitte Wiegand*: Krieg und Friede im Spiegel führender protestantischer Presseorgane Deutschlands und der Schweiz in den Jahren 1890–1914, Frankfurt/Main o.J., S. 64 ff. Zitiert von *Schmid* (wie Anm. 16), S. 326. 1907 initiierte Otto Umfrid ein Rundschreiben, das an 1000 evangelische Pfarrer verschickt wurde und diese aufforderte, in den Reihen der Friedensbewegung aktiv zu werden. Er fand aber dabei wenig Anklang; nur etwa 10 Prozent folgten dieser Aufforderung.

148 Los von Bismarck!, in: *Friedenswarte* H. 2/1910, S. 23 ff.

149 *Otto Umfrid*: Europa den Europäern, Esslingen 1913, S. 5 f.

150 Zitiert von *Schmid* (wie Anm. 16), S. 327.

Allg. Deutscher Verein für Friedenspropaganda (Neubildung 1895 Berlin)	1874
Friedensverein Frankfurt/Main	23. 10. 1886
Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde	1892
Deutscher Friedensverein (Dt. Friedensgesellschaft)	1892
Ortsgruppen:	
Breslau	2. 1893
Konstanz	6. 7. 1893
Ulm	19. 9. 1893
Königsberg	1893
Heidenheim	1893
Leipzig	1894
Stuttgart	1894
Pforzheim	1894
Offenburg	1894
Neustadt	1894
Insterburg	1894
Görlitz	1894
München	1894
Hanau	1894
Siegen	1894
Königstein i.T.	1894
Alzey (Rhein Hessen)	1894
Löwenburg (Schlesien)	3. 1895
Alzey	3. 2. 1895
Blaubeuren	4. 1895
Erbach (bei Ulm)	1895
Hamburg-Altona	1895
Söflingen (Württ.)	4. 1895
Schwäbisch Hall	1895

Tabelle 3 Übersicht der deutschen Friedensvereine (Stand 31. 12. 1895) (Quelle: Tableau synoptique de la création et du développement des Sociétés de la Paix, dressé par le Bureau International de la Paix (31. 12. 1895)).

gruppen zu verteilen, die Resolutionen der Jahresversammlungen durchzuführen, die Verbandszeitschrift zu redigieren, Vortragstätigkeiten zu organisieren und die Deutsche Friedensgesellschaft bei Veranstaltungen der internationalen Friedensbewegung zu repräsentieren. In seiner Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland schreibt Dieter Riesenberger: „Die Ortsgruppen blieben weitgehend sich

selbst überlassen. Sie erhielten kaum Anregung und entfalteten sporadisch Aktivitäten; einige bestanden zudem lediglich auf dem Papier.“ Höchstens ein Drittel der Ortsgruppen war lebendig, nach der Schätzung des Vorsitzenden A.H. Fried; Otto Umfrid verglich sie mit „schläfrigen Kirchengemeinden“¹⁵¹. Die soziale Struktur und das Leben dieser Friedensvereine sind noch nie erforscht worden. Anhand der Berichte des „Haller Tagblatts“, die unseres Wissens bis jetzt die einzige Quelle bleiben, wollen wir hier versuchen, am Beispiel des Haller Friedensvereins zu ermitteln, wie sich eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft bildete, welche Tätigkeit sie entfalten und welche Ausstrahlung sie haben konnte.

Der Haller Friedensverein bildete sich 1895, zu einem Zeitpunkt, an dem die deutschen Pazifisten ihre Tätigkeit verstärkten¹⁵². Die Gründung eines Friedensvereins in Hall war auch nicht ohne Zusammenhang mit der Entwicklung des lokalen parteipolitischen Lebens, und zwar mit dem Wiedererstarken der württembergischen Volkspartei, die, wie oben schon erwähnt, seit langem für die Errichtung einer friedlichen Weltordnung wirkte.

Am 14. Juli 1895 lud der Haller Volksverein zu einer allgemeinen Versammlung ein, auf der Dr. Adolf Richter, Mitglied des Berner Internationalen Friedensbureaus, über die *Friedensbestrebungen der deutschen und der internationalen Friedensliga und deren seitherige Erfolge* referieren sollte¹⁵³. Daß der Haller Volksverein diesen Vortragsabend veranstaltete und damit den Anstoß zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft gab, ist nicht weiter verwunderlich. Die demokratisch ausgerichteten Volksvereine bildeten in manchen württembergischen Kleinstädten einen Rückhalt für die Deutsche Volkspartei¹⁵⁴.

Am 9. Juli hatte Dr. Adolf Richter schon in der Dinkelackerschen Bierhalle in Stuttgart einen Vortrag über *die Auflehnung gegen den Krieg in Deutschland* gehalten. Zu dieser Veranstaltung hatten sich außer den Mitgliedern der Stuttgarter Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft zahlreiche Gäste eingefunden. *Der Redner gab eingangs einen geschichtlichen Rückblick über die Friedensbestrebungen seit dem vorigen Jahrhundert*, berichtete zwei Tage später das „Haller Tagblatt“. *Als Hauptgegner dieser Friedensbestrebungen bezeichnete er den falschen Geschichtsunterricht in der Schule und den falschen Patriotismus, die den Militarismus zeugen*. Richter geißelte den Militarismus als ein Unglück für ganz Europa. Alle Nationen, bedauerte er, werfen für den unproduktiven Moloch Haufen Geldes hinaus, das in produktiver Weise und zum Besten der Menschheit viel nützlicher

151 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 71 f.

152 S. auch Liste der Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft, in: *Friedensjahrbuch*, Stuttgart 1913, S. 41 f. Diese rastlose Tätigkeit zeigte sich an der Zahl der Gründungen von Ortsgruppen in den Jahren 1893 bis 1895.

153 Vgl. HT Nr. 163, 14. 7. 1895, S. 3 (Anzeige): *Hall. Allgemeine Versammlung im „Pflug“*. Samstag abend 8 Uhr wird Herr. Dr. Ad. Richter aus Pforzheim über die Friedensbestrebungen der deutschen und internationalen Friedensliga und deren seitherige Erfolge öffentlich Bericht erstatten. Hierzu sind alle Einwohner, ohne Unterschied der Parteien, freundlichst eingeladen. Im Auftrag: Der Volksverein.

154 *Müller*: Parteien und Politik (wie Anm. 17), S. 27–35.

verwendet werden könnte. Er blieb davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein eminent friedlich gesinntes sei. Richter sprach die Hoffnung aus, daß sich die Frauen immer mehr für die Friedensbewegung interessierten, da diese am ehesten imstande seien, auf das Gemüt des Kindes einen wohlthätigen Einfluß in dieser Richtung auszuüben. Das erste Bestreben eines jeden Europäers müsse sein, für seinen Teil darauf hinzuwirken, daß dem geeinten Amerika ein politisch geeintes Europa gegenüberstehe¹⁵⁵.

Gemeinderat Guido Schnitzer, Vorstand des Haller Volksvereins¹⁵⁶, eröffnete die Versammlung, die am 14. Juli im „Pflug“ stattfand. In seinem Begrüßungswort erinnerte er die Zuhörerschaft daran, daß Hofrat von Bühler sich für die Sache des Friedens eingesetzt hatte. Der frühere Abgeordnete von Schwäbisch Hall hatte offensichtlich den Boden vorbereitet¹⁵⁷. Schnitzer wies auch darauf hin, daß es sich bei dem Thema „Friede“ *um ganz allgemeine, nicht speziell politische Fragen* handelte. Seine Bemerkung ist charakteristisch. Die Friedensfreunde hüteten sich, als Vertreter einer bestimmten Partei aufzutreten; es lag ihnen vielmehr am Herzen, für eine patriotische und humanitäre Sache zu wirken. In seinem Vortrag erklärte Adolf Richter: *An den Bestrebungen der Friedensvereine beteiligen sich alle politischen Parteien, deren Unterschiede in den Friedensvereinen verschwinden. Da sitzen Männer der verschiedensten politischen und auch religiösen Anschauungen nebeneinander*¹⁵⁸.

Richter verstand seine Agitationsreise von 1895 als eine Jubiläumsveranstaltung. Er erinnerte nämlich daran, daß hundert Jahre zuvor Immanuel Kant seine Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ verfaßt hatte. Die Geschichte des endenden 18. und des 19. Jahrhunderts zeige aber, wie wenig die Ratschläge, die der Philosoph der deutschen und anderen Nationen gab, befolgt wurden, bemerkte er darauf. Richter legte dann das Ziel dar, das die Friedensfreunde ins Auge faßten. Er stellte fest: *Soweit wir in die Geschichte zurückblicken, sehen wir überall nichts als Kämpfe der einzelnen Nationen gegeneinander. Eine Feststellung, die in manchen Köpfen die Idee erzeugte, daß der Krieg ein notwendiges Übel sei und daß auch unter den Menschen, wie in der Tierwelt, der Kampf ums Dasein walten und ewig bleiben müsse.* Richter war bemüht, dieser Anschauung eine würdigere entgegenzusetzen: *Wie im Verkehr der einzelnen untereinander das rohe Faustrecht des Mittelalters beseitigt worden ist und wir Recht und Gesetz anerkennen, wie durch die Entwicklung der Gesetzgebung und die Fortschritte der Kultur heute nicht mehr Gewalt vor Recht geht, ebenso müssen diese Grundsätze auch eingeführt werden im Verkehr der Völker untereinander. Und es ist der Menschheit würdiger, wenn die Völker auf diesem Weg zu ihrem Recht und zum Austrag ihrer Streitigkeiten zu gelangen suchen als auf dem Weg der rohen Gewalt.* In einer ausführlichen

155 HT Nr. 160, 11. 7. 1895.

156 Adreß- und Geschäfts-Handbuch Oberamtsstadt Schwäb. Hall. Bearbeitet und verlegt durch G. Scholder in Hall, Schwäbisch Hall 1894, S. 147.

157 Zu K. G. F. von Bühler s. auch Müller: Parteien und Politik (wie Anm. 17), S. 34.

158 HT Nr. 164, 16. 7. 1895, S. 2–3.

geschichtlichen Übersicht zeigte Richter seinen Haller Zuhörern, daß die Idee des Friedens zwar schon Fortschritte gemacht hatte, daß sie aber noch Hindernisse zu überwinden hatte, in erster Linie den Militarismus. Er fuhr fort: *Die Existenz des Militarismus ist zwar schon oft bestritten worden, aber er sitzt uns doch in allen Knochen, von den Jugendspielen an bis zum Kasernendienst und bis zur Pflege des militaristischen Geistes im Heer und in den Kriegervereinen.* Richter warnte auch vor dem *falschen Nationalismus* und dem *falschen Patriotismus*, die den Chauvinismus erzeugen. *Jeder soll energisch und fest zu seinem Vaterland stehen*, erklärte er weiter. *Aber er darf auch nicht vergessen, daß er ein Glied einer großen Allgemeinheit ist, der Menschheit, und daß es auch eine Humanität gibt, die über der Nationalität steht, und daß es wichtig ist, zu wissen und zu lernen, daß auch in anderen Nationen große Männer gelebt haben, die Bedeutendes getan haben für die Menschheit und sich um ihre Entwicklung große Verdienste erworben haben.* Richter machte auch einen heftigen Ausfall gegen die Historiker von Sybel, von Treitschke und Maurenbrecher, denen er vorwarf, die deutsche Jugend zu jenem falschen Nationalismus heranzuziehen, der Chauvinismus zeugt. Er sprach sich zum Schluß als überzeugter Europäer aus. Er stellte fest, daß im *Zeitalter des Verkehrs* die Grenzen, die die Völker gegeneinander absperrten, fielen. Er glaubte an eine *wirtschaftliche Vereinigung der Staaten Europas gegenüber der drohenden Konkurrenz Amerikas*. Diese wirtschaftliche Vereinigung sollte nur eine Vorstufe sein zu dem *Ziel der im Frieden geeinigten Staaten von Europa, wo vertragsmäßig alle Streitigkeiten durch Schiedsgerichte geschlichtet werden*¹⁵⁹.

Zu den ermutigenden Zeichen, die einen Wandel zugunsten des Friedens versprachen, zählte Adolf Richter die Haltung der Presse, die, wie er mit Zufriedenheit feststellte, immer mehr von den Bestrebungen der Friedensvereine Notiz nahm. Das Beispiel des „Haller Tagblatts“ gab ihm recht. Einige Tage später rezensierte die Zeitung von Hall die neueste Schrift von Alfred Hermann Fried, „Elsaß-Lothringen und der Krieg. Ein Friedenswort“¹⁶⁰. Der Gründer der Deutschen Friedensgesellschaft mahnte Deutschland und Frankreich, *diese großen Nachbarkurländer*, zur Freundschaft. Er sah in Elsaß-Lothringen ein Glück für die Zukunft Europas, einen Kitt zwischen beiden Völkern, die über diese Kluft hinwegkommen und eine *deutsch-französische Liga zur gemeinschaftlichen Förderung der Kultur- und humanitären Interessen beider Nationen* schaffen mußten. Er war überzeugt, daß später, nach der Entstehung eines allgemeinen Völkerbundes, sich eine Lösung finden ließe. *Diese Ausführungen erinnern an den Vortrag des Herrn Dr. Richter*, kommentierte der Kolumnist des „Haller Tagblatts“. *Wenn alle Leute so dächten, wie Herr Fried, so hörten die Klagen über Militarismus und Chauvinismus bald auf*¹⁶¹.

159 Ebd.

160 A. H. Fried: Elsaß-Lothringen. Ein Friedenswort, Leipzig 1895.

161 HT Nr. 165, 17. 7. 1895, S. 1.

Der Friedensverein, der sich am Schluß des Vortragsabends mit Adolf Richter konstituiert hatte, hielt seine erste Jahresversammlung am 28. November 1895 unter dem Vorsitz des Repetenten Wilhelm Bruckmann ab; er zählte in seinen Anfängen 35 Mitglieder. Bruckmann erklärte, der Verein mache es sich zur Aufgabe, Schriften, die die Friedenssache förderten, zu verbreiten, unter anderem den Roman „Die Waffen nieder!“ von Bertha von Suttner und „Die Friedenskorrespondenz“, die offizielle Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft¹⁶².

Den Vorstand des Haller Friedensvereins bildeten Repetent Dr. Wilhelm Bruckmann, Kaufmann Wilhelm Bayerdörfer, Dr. Theodor Blezinger, der Inhaber der Christmann'schen Apotheke, und Oberlehrer Berger, dessen Name erst später in den Zeitungsberichten zum Vorschein kommt.

Wilhelm Friedrich Bruckmann wurde 1861 in Tübingen geboren. Da er dort 1888 Mathilde Dorothea von Miller heiratete, muß er erst um 1890 nach Hall gekommen sein. Hier wurde er Repetent am Gymnasium bei Sankt Michael, wo er 1892 den erkrankten Prof. Haßler als Klassenlehrer der Klasse V zeitweilig vertrat¹⁶³. 1897/98 unterrichtete er in den Fächern Deutsch und Geschichte an den Klassen VII und VIII, übernahm 1899 die Hauptlehrerstelle an der Klasse III als Gymnasialvikar und gehörte später als Oberpräzeptor zur Lehrerschaft der mittleren Abteilung des Gymnasiums. 1908 wurde er nach Göppingen berufen, wo er von nun an mit dem Rang eines Professors an der Oberrealschule unterrichtete¹⁶⁴. Bruckmann verließ Schwäbisch Hall im Sommer 1908. Sein Fortgang muß einen schweren Verlust für den Haller Friedensverein bedeutet haben.

Wilhelm Bayerdörfer (1850–1923) war in der Neuen Straße Besitzer eines Galanterie- und Spielwarengeschäfts¹⁶⁵. Er war über 25 Jahre Mitglied des Gemeinderats und des Bürgerausschusses, gehörte aber auch vielen Ausschüssen und Behörden an. Dem Nachruf im „Haller Tagblatt“ vom 27. Dezember 1923 ist zu entnehmen, daß er von seinen Mitbürgern geschätzt war als ein fleißiger, tätiger Mann, der einen *stark ausgeprägten Bürgersinn* hatte und der bis in das hohe Alter die Interessen der Bürgerschaft vertrat. *Er wußte immer seine Meinung in gerechter und weise abwägender Form zu sagen und zu vertreten*, hieß es im Nachruf weiter. *Im*

162 HT Nr. 282, 30. 11. 1895, S. 1.

163 Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall. Redaktion und Verlag von Wilh. Burkhardt, Schwäbisch Hall 1901, S. 20: *Wilhelm Bruckmann, Oberpräzeptor, Schweinmarkt [sic!] 6*; im Programm des Königlichen Gymnasiums zu Schwäbisch Hall. Schuljahr 1891/1892, S. 29 heißt es: *Für Prof. Haßler übernahm schon einige Wochen im Februar, dann vom 1. März des Jahres an dauernd die Mehrzahl der Unterrichtsfächer an Klasse V Repetent Bruckmann.*

164 Programm des Königlichen Gymnasiums zu Schwäbisch Hall. Schuljahr 1897/98, S. 46; HT Nr. 46, 24. 3. 1899, S. 1; Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg. Hrsg. von dem Königlichen Statistischen Landesamt, Tl. 1, Stuttgart 1907, S. 333; ebd., 1908, S. 169; ebd., 1909, S. 178.

165 Wilhelm Anton Peter Heinrich Bayerdörfer, 7. 9. 1850–26. 12. 1923. Vgl. Evang. Kirchenpflege Schwäbisch Hall, Familienregister St. Michael, Bd. 2, S. 523; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall. Bearbeitet durch C. Hohl, Schwäbisch Hall 1886, Anzeigenteil S. 20: *Neue Straße vis-à-vis Hotel „Zum Lamm“. Bestsortiertes Lager in Galanterie- und Spielwaren, Kammerwaren, Korbwaren, Kinderwaren, Kindermöbel, etc. Hausgeräte aller Art. Quincaillerie- und Spielwarengeschäft, Neue Straße 424.*

Gemeinderat trat er immer unerschrocken für das ein, was er als richtig erkannt hatte. Seine Popularität verdankte Bayerdörfer auch seinem *witzigen und köstlichen Humor*¹⁶⁶.

Theodor Blezinger (1866–1926), der später, anscheinend 1898, Bruckmann als Vorsitzender des Friedensvereins ablöste, war ebenfalls in Hall eine angesehene Persönlichkeit. Nach seiner Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Erlangen im Jahre 1892 hatte er sich dem praktischen Leben gewidmet und sich in Lausanne und in anderen großen Städten in seinem Fach ausgebildet. Er hatte 1894 von seinem Vater die Christmann'sche Apotheke übernommen¹⁶⁷. In den Nachrufen wurde er als ein *uneigennütziger Vaterlandsfreund* gepriesen, der *seine ganze Kraft seiner geliebten Vaterstadt, seinen Kollegen und seinem Geschäft gewidmet* hatte. Er war 25 Jahre lang Mitglied des Gemeinderats. Seiner Werbearbeit war der Entschluß zum Bau einer großzügigen Wasserversorgung der Stadt und seiner Mitarbeit deren Durchführung zu verdanken. Von den Kollegen des Jagstkreises wurde er in jungen Jahren zum Vorstand gewählt und 1912 vom Ministerium zum Apothekensvisor berufen; er soll als solcher sehr geschätzt gewesen sein. In seinem Geschäft führte er, wie aus den Anzeigen des Haller Adreßbuches zu ersehen ist, viele Neuerungen ein, so daß es weithin als mustergültig galt¹⁶⁸. Das „Haller Tagblatt“ schilderte die Persönlichkeit Blezingers mit folgenden Worten: *Selten war ein Mann von so großem Einfluß für die Geschichte unserer Stadt. Sein Urteil, getragen von einer umfassenden Bildung, vermochte im öffentlichen Leben seine Ansicht vielfach zum Vorteil in die Waagschale zu werfen, seine Überzeugung ausschlaggebend zu machen*¹⁶⁹.

Johannes Berger, dessen Namen im November 1900 zum ersten Mal in einem Zeitungsbericht vorkommt, war Mitglied des Ausschusses des Haller Friedensvereins. Er ist offenbar ein aktives Element des Vereins gewesen. Er berichtete in einer Versammlung vom 12. November 1900 ausführlich über den Stuttgarter Delegiertentag der Deutschen Friedensgesellschaft vom 28. Oktober, an dem er teilgenommen hatte. Am 24. März 1902 war er der Vertreter der Haller Ortsgruppe auf der Generalversammlung der Gesellschaft in Stuttgart¹⁷⁰. Am 31. 1. 1851 als Sohn eines Webers in Gerstetten geboren, war er seit 1876 Lehrer und seit 1882 an der evangeli-

166 HT Nr. 302, 27. 12. 1923.

167 Aus den Familienpapieren und Akten der Familie Blezinger. Beilage 33 A und 33 B, in: *Eugen Gäckle, Hans Blezinger*. Die Familie Blezinger. Biographisches und Geschichtliches aus 3 Jahrhunderten, Uhing 1928, S. 184 ff.

168 Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall. Bearbeitet von *Wilhelm Brezger*, Polizeiwachtmeister, *Karl Bauer*, Verw. – Kand., Schwäbisch Hall 1910, Anzeigen: *Apotheker Dr. Theodor Blezinger. Christmann'sche Apotheke. Homöopathische Zentralapothek, Weine in Flaschen, Champagner, China-, Chinaeisen- und Pepsin-Wein, Tee, Kakao, chemisches und bakteriologisches Laboratorium, Sodawasser- und Mineralwasser-Fabrik, natürliche Mineralwässer, photographische Artikel und Apparate, Drogen, Chemikalien, Kindernährmittel, Verbandstoffe aller Art, Inhalations-Apparate, Irrigatoren.*

169 HT Nr. 166, 20. 7. 1926.

170 HT Nr. 265, 13. 11. 1900, S. 1; Nr. 47, 26. 2. 1902.

schen Volksschule von Hall tätig. Einige Jahre vor seinem Tod hatte er dort das Amt des Oberlehrers übernommen. Er starb am 2. August 1910 nach längerer Krankheit¹⁷¹. Durch eine zahlreiche Teilnahme an dem Leichenbegängnis und ein allseitig erwiesenes Beileid bezeugte die Haller Bürgerschaft ihre Dankbarkeit gegenüber einem Mann, der 28 Jahre in Hall Lehrer gewesen war. Aus bescheidenen Verhältnissen kommend, hatte er mit eisernem Fleiß den Traum seines Lebens verwirklicht: Lehrer zu werden. Als solcher hatte er sich die Anerkennung und die Achtung seiner Vorgesetzten, seiner Kollegen, aber auch der Eltern und der Schüler verdient. Oberlehrer Stiefel, der am Grabe Bergers im Namen der Haller Lehrerschaft sprach, sagte unter anderem: *Seine größte Freude war, armen Familien oder bedürftigen begabten Knaben in die Höhe zu helfen*. Dekan Lang schilderte ihn in seiner Grabrede als *das Vorbild eines evangelischen Christen*. Johannes Berger war auch der Kassierer des Spar- und Konsumvereins von Hall¹⁷².

Daß er von solchen Männern gegründet und geleitet wurde, war zweifelsohne ein Trumpf für den Haller Friedensverein, denn angesichts ihrer menschlichen Eigenschaften und ihres anerkannten Engagements für das Gemeinwohl waren sie in der Lage, Mitbürger für die Friedensbewegung zu gewinnen. Andererseits war ihre vielseitige Tätigkeit ein Nachteil, insofern sie der Friedenssache nur noch wenig Kräfte zu widmen hatten.

Die Stimmung in der Zeit, in der der Haller Verein entstand, war nicht günstig für eine Agitation zugunsten des Friedens. 1895/1896, also 25 Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg, wurden mit großem Aufwand Erinnerungsfeiern veranstaltet, bei denen die nationalistische Begeisterung einen Höhepunkt erreichte. Auch in Schwäbisch Hall sollte der Sedanstag, also der 2. September des Jahres 1895, einen besonders feierlichen Charakter erhalten. Am 11. Juli hatte das „Haller Tagblatt“ begonnen, eine lange Reihe von Kriegsberichten aus den Jahren 1870–1871 wiederzugeben, die an *die glorreichen Siege* von damals erinnern sollten. Damals setzte sich ein Mechanismus in Gang, der unabwendbar zum Krieg führen sollte. Alles schien dazu beizutragen, die internationalen Spannungen zu steigern: der Flottenbau, der Bau von Luftschiffen, das allgemeine Wettrüsten, die Erfindung neuer Waffen, aber auch die Kolonialpolitik und die sogenannte Weltpolitik, der Burenkrieg in Südafrika, die Lage auf dem Balkan.

171 Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg. Hrsg. von dem Königlichen Statistischen Landesamt..., Stuttgart 1901–1910; Kreisarchiv Schwäbisch Hall: Oberamt Hall. Hauptregistratur. Lehrerbesoldung und -einstellung 1891–1936. Übersicht über die Stellengehalte der Volksschullehrer nach dem Stande vom 1. April 1899; Adreßbuch 1886 (wie Anm. 165), S. 21; Adreß- und Geschäftshandbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall, Schwäbisch Hall 1906, S. 3. Elise Berger, die er 1877 in Hornburg geheiratet hatte, starb in Hall am 27. August 1940.

172 HT Nr. 178, 3. 8. 1910, S. 3; Todesanzeige ebd., S. 4; Nr. 179, 4. 8. 1910, S. 4 (Anzeige). Der Spar- und Konsumverein von Hall ließ ins „Haller Tagblatt“ folgende Anzeige einrücken: *Unsere Läden bleiben am Freitag von 2–4 Uhr geschlossen*. Damit wollten die Mitglieder des Vereins ihr Beileid zum Ausdruck bringen. HT Nr. 181, 6. 8. 1910, S. 2; Danksagung ebd., S. 4. Aus der Todesanzeige in HT Nr. 178 erfahren wir außerdem, daß Johannes und Elise Berger zwei Pflegesöhne hatten.

Was konnten Pazifisten auf lokaler Ebene anbieten, um dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuarbeiten? Der Fall des Haller Friedensvereins zeigt klar die Grenzen, in denen sie sich zu halten hatten. Seine regelmäßigen Aktivitäten, wenn es überhaupt welche gab, sind uns wegen Mangels an Archivquellen unbekannt. Da er aber die Spalten des „Haller Tagblatts“ für seine Versammlungsberichte geöffnet fand, sind wir doch einigermaßen über seine Geschichte informiert, was ihn schließlich aus der Vergessenheit gerettet hat. Die Friedensfreunde konnten sich auf eine zuverlässige Lokalpresse stützen, um ihre Botschaft anzubringen. Aus dem „Haller Tagblatt“ geht eindeutig hervor, daß der Haller Friedensverein weitgehend auf die Besuche der großen „Friedensprediger“ angewiesen blieb. Ihr Kommen war in einer Kleinstadt jedesmal ein Ereignis; die Veranstaltungen der Haller Pazifisten waren die meiste Zeit sehr gut besucht. Die eingeladenen Redner behandelten die großen Fragen, auf die die Friedensbewegung den Schwerpunkt legte. Im März 1896 sprach der Pforzheimer Adolf Richter noch einmal im Gasthof „Zum Pflug“ über das Thema: *Krieg oder Schiedsgericht*¹⁷³. In seinem Vortrag nahmen Europa, seine Stellung in der Welt und seine Entwicklung einen großen Platz ein. Richter meinte unter anderem: *Entweder wird Europa in Zukunft friedliebend sein, oder es wird nicht mehr das sein, was es bisher gewesen ist. Es wird nicht mehr an der Spitze der Zivilisation marschieren, sondern wird sehen, daß das Szepter der Zivilisation, das schon manchmal in seiner Hand geschwankt hat, hinüberwandern wird über den Ozean an andere Völker, die ihre Kraft und das Blut ihrer Söhne und ihr Geld zu produktiven Zwecken und zur Arbeit verwenden und nicht dazu, um zu töten und sich töten zu lassen.* Daß Deutschland viel Geld für kriegerische Rüstungen und keines mehr für seine Kulturaufgaben ausgab, stellte Richter als bedauerlich hin; er bemängelte ebenso den Zustand des bewaffneten Friedens, da er den Argwohn zwischen den Nationen steigerte. *Wir sitzen auf einem Pulverfaß*, fügte er hinzu, *und es bedarf nur einer unvorhergesehenen kleinen Tatsache, um einen Funken in dasselbe hineinfallen zu lassen.* Er plädierte, in Hall wie in anderen Städten, für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes, der die Zukunft schöner, edler, menschenwürdiger machen sollte. Die Lösung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit sollte in Zukunft Kriege verhindern, also auch Siege, von denen man wohl wisse, daß sie immer den Keim zu einem neuen Krieg in sich bergen. Der Friede konnte seiner Ansicht nach anders er-

173 HT Nr. 68, 21. 3. 1896 (Anzeige); Nr. 70, 23. 3. 1896. Die „Schiedsgerichte“ waren 1896 ein Thema der Friedensbewegung und Inhalt der gleichlautenden Resolution, die allen Friedensgesellschaften der Welt vom Berner Friedensbüro zur Annahme vorgeschlagen worden war. Vgl.: Die Weltmanifestation der Friedensgesellschaften am 22. Februar dieses Jahres, in: HZ Nr. 38, 15. 2. 1896, S. 1; Nr. 44, 22. 2. 1896, S. 1; Die „Haller Zeitung“ bemerkte aber: *Wie schon berichtet, werden die Friedensvereine am morgigen Samstag Versammlungen veranstalten, um über die an anderer Stelle dieser Zeitung mitgeteilte Resolution debattieren und abstimmen zu lassen. Die hiesige Ortsgruppe hat aus besonderen Gründen (die uns nicht bekannt sind) von einer solchen Versammlung Abstand nehmen zu sollen geglaubt (was wir bedauern).* HZ Nr. 44, 22. 2. 1896, S. 2.

halten werden als durch den bewaffneten Frieden, der ungeheure Opfer vom Volk verlangte und die Früchte seines Erwerbsfleißes aufzehrte. Es lag ihm auch am Herzen, seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß die Friedensfreunde keine Utopisten, keine Schwärmer waren. Er wollte glauben, es sei ihnen möglich, die öffentliche Meinung für ihre Idee zu gewinnen und die Massen in Bewegung zu setzen mit Hilfe der Presse, die schon die Friedensbewegung unterstützte. Zuversichtlich schloß er: *Es wird gelingen, das Ziel zu erreichen, daß unter dem Baum des Friedens sich friedlich lagern die in edlem Wettstreit vereinten Staaten von Europa.*

Im Mai 1896 reagierte der Haller Friedensverein auf den 25jährigen Gedenktag des Frankfurter Friedens. Während der Feierlichkeiten erinnerten die Vorstandsmitglieder an die zahlreichen Toten, die zwei Kulturnationen im Kriege von 1870/71 zu beklagen gehabt hatten. Sie lehnten noch einmal das Prinzip des bewaffneten Friedens ab, den sie als ein *Spiel mit dem Feuer* betrachteten. Optimistisch wollten sie an die Möglichkeit eines wahren Friedens glauben, ein Glauben, den manches rechtfertigte: die Existenz von vielen Friedensgesellschaften in allen Ländern, die Unterstützung der Friedenssache durch große Denker, die jährlichen Friedenskongresse, die wachsende Zahl der Parlamentarier, die sich der Friedensbewegung anschlossen, das Eintreten des Papstes Leo XIII. für den Frieden, die Tatsache, daß zwei große Parteien des Deutschen Reiches das Wirken zugunsten des Friedens auf ihr Programm gesetzt hatten¹⁷⁴.

Am 1. Februar 1897 fand die nächste, gutbesuchte Jahresversammlung im Gasthaus „Zur Glocke“ statt. Der Haller Friedensverein hatte Gründe, zufrieden zu sein, denn die Zahl seiner Mitglieder war in einem Jahr von 40 auf 77 gestiegen¹⁷⁵. Drei Wochen später, am 22. Februar, versammelten diese sich in der „Glocke“¹⁷⁶. Einem Beschluß des 7. Internationalen Friedenskongresses gemäß sollten alle Friedensgesellschaften der Welt gleichzeitig eine Kundgebung zugunsten eines Völkerschiedsgerichts veranstalten. Die Haller Versammlung nahm eine Resolution des Berner Friedensbüros an, begrüßte den Schiedsgerichtsvertrag, der vor kurzem zwischen England und den Vereinigten Staaten angebahnt worden war, als eines der wichtigsten Ereignisse des Jahrhunderts¹⁷⁷. Die Haller Pazifisten ehrten auch das Andenken an Alfred Nobel (1833–1896), der seinen Reichtum mit der Erfindung des Dynamits begründet, in seinem Testament aber verfügt hatte, daß die Zinsen seines hinterlassenen Vermögens, der Nobelstiftung, unter anderem einem Friedensnobelpreis zugeteilt werden sollten. Der Text der Haller Resolution lautete: *Wir ehren das Andenken an Alfred Nobel und wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Vollstreckung seines letzten Willens all das Gute zustande*

174 Haller Flora. Unterhaltungs-Beilage zum HT Nr. 19, 10. 5. 1896. Den Betrachtungen über den Frieden folgte ein Aufruf an alle Männer und Frauen zum Beitritt in die Friedensgesellschaft, unterzeichnet von Bruckmann, Blezinger und Bayerdörfer.

175 HT Nr. 27, 3. 2. 1897.

176 HT Nr. 43, 21. 2. 1897 (Anzeige).

177 HT Nr. 46, 25. 2. 1897; HZ Nr. 45, 24. 2. 1897.

*bringen möge, das der edle Geber der Menschheit dadurch hat erzeigen wollen*¹⁷⁸.

Im Jahre 1897 nahm Theodor Blezinger als Delegierter des Haller Friedensvereins am VIII. Weltfriedenskongreß in Hamburg teil. Nach seiner Rückkehr berichtete er auf einer öffentlichen Versammlung im Gasthaus „Zur Glocke“ ausführlich über die Verhandlungen des Kongresses sowie über die Arbeit der interparlamentarischen Friedenskonferenz, die einige Tage zuvor in Brüssel getagt hatte. Blezinger erinnerte an die Aufgabe dieser Konferenz, die darin bestand, bei Parlamenten und Regierungen für die Friedensidee zu wirken. Am Vorabend des Kongresses in Hamburg hatten die deutschen Delegierten eine Besprechung abgehalten. Sie hatten unter anderem eine Resolution angenommen, die dahin ging, an die Abgeordnetenkammern Petitionen zu richten, in denen zu verlangen sei, *daß aus dem Schulunterricht alles Chauvinistische ausgeschieden und dafür der Kulturgeschichte der Völker ein breiterer Raum gewährt werde*. An den Verhandlungen des Kongresses beteiligten sich 150 Vertreter aus 14 Ländern; der großen Volksversammlung, die anschließend stattfand, wohnten 4 000 Personen bei. Die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten war eine der wichtigen Fragen, die zur Debatte kamen. Alle Friedensgesellschaften waren eingeladen, darauf hinzuwirken. Dunant, der Begründer der Gesellschaften des Roten Kreuzes, hatte sich der Friedensbewegung angeschlossen, bei dem Internationalen Studentenkongreß in Turin hatte man beschlossen, den Studentenaustausch zu fördern, ein Internationaler Journalistenverein sollte bald ins Leben gerufen werden. Am 21. Februar 1898, zum Geburtstag Washingtons, wollten die Pazifisten eine allgemeine Friedenskundgebung veranstalten. Voller Optimismus vom Hamburger Kongreß zurückgekehrt, glaubte Blezinger behaupten zu können: *Niemand will den Krieg!* Die Zeit erschien ihm günstig, um ein internationales Schiedsgericht zu errichten, das einen wahren Frieden garantieren würde. Blezinger wandte sich gegen den Vorwurf der Utopie und der Vaterlandslosigkeit, der immer wieder den Friedensfreunden gemacht wurde¹⁷⁹.

Die Arbeit der Haller Pazifisten trug einige Früchte; die Mitgliederzahl ihres Vereins war auf 88 gestiegen, wie der Vorsitzende Bruckmann auf der Jahresversammlung vom 4. März 1898 melden konnte. Die Friedensbewegung machte Fortschritte in ganz Württemberg, wo sich dank der unermüdlichen Anstrengungen des Stadtpfarrers Otto Umfrid inzwischen 25 Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft konstituiert hatten; im Deutschen Reich waren es nun zusammen 75¹⁸⁰. Diese

178 Ebd.; Die „Monatliche Friedenskorrespondenz“, offizielle Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft, veröffentlichte im Februar 1897 den Wortlaut des Testaments.

179 HT Nr. 226, 28. 9. 1897 (Anzeige); HT Nr. 228, 30. 9. 1897, S. 1.

180 Bruckmann betonte auch die Fortschritte der Friedensbewegung in England und Frankreich. Dänemark zählte damals 98 Ortsgruppen, Norwegen 87 und Schweden 78. Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen den Zahlen im Bericht des „Haller Tagblatts“ und in dem der „Haller Zeitung“. Laut der letzteren belief sich die Zahl der Friedensvereine in Deutschland auf 80, in Württemberg auf 25, die Zahl der Mitglieder des Haller Friedensvereins auf 80. Die „Haller Zeitung“ machte noch eine interessante Angabe: Der Kassenbestand, fast 100 Mark, sollte *es ermöglichen, in nächster Zeit etwas mehr noch für die Propaganda zu tun*. HZ Nr. 54, 6. 3. 1898, S. 2f.

Versammlung nahm unter anderem eine Resolution unter dem Motto: *Recht statt Gewalt!* an; diese Resolution war vom Berner Friedensbüro vorgeschlagen worden¹⁸¹. *Der Gründer und eifrige Förderer des Haller Friedensvereins*, Adolf Richter, wurde zum Ehrenmitglied ernannt, fügte die engagierte „Haller Zeitung“ noch hinzu, die ihren Bericht mit dem Aufruf beendete: *Werbet alle für die heilige Sache!* Die Friedenskundgebung des Zaren Nikolaus II., die zur ersten internationalen Friedenskonferenz in Den Haag führen sollte, war das große Ereignis des Jahres 1898. Es wurde wie kein anderes in der ganzen Presse kommentiert. Das „Haller Tagblatt“ begrüßte den Entschluß des Zaren und vor allem seinen Realismus. Das Ziel war keinesfalls eine völlige Abrüstung. Im Sinne des Zaren galt es, den Handel auf allen Meeren, Europa gegen die asiatische Gefahr und die schwächeren Länder gegen den Überfall machtgieriger Nachbarn zu schützen sowie die ruinöse Rüstung einzuschränken. Es galt vor allen Dingen auch, einen Krieg zwischen den Großstaaten Europas zu verhindern, der *ein Vernichtungskrieg der Zivilisation und der Weltstellung Europas* sein würde. Nun wurde aber der Vorschlag des Zaren als Utopie belächelt¹⁸².

Der Haller Friedensverein nutzte diese Gelegenheit, um den Pfarrer Otto Umfrid einzuladen. Am 16. September sprach dieser im „Solbad“ über den Vorschlag des Zaren. Umfrid schöpfte aus diesem *Ereignis von welthistorischer Bedeutung* eine Hoffnung auf einen *Zusammenschluß der europäischen Staaten und Völker*, auf die *Vereinigten Staaten Europas*. Die Idee der *Verbündeten Staaten Europas* lag ihm am Herzen, denn sie stellte in seinen Augen die beste Garantie für den Frieden dar. Er bedauerte nur, daß nicht das Deutsche Reich, sondern Rußland den ersten Schritt gemacht hatte. Alles kam aber für ihn schließlich darauf an, *daß die Völker ihre Willensmeinung kräftig und energisch dahin kundgeben*. Umfrid bekannte sich in Hall zu einem religiösen Fortschrittsglauben, den er mit diesen Worten formulierte: *Unser Traum wird zur Wirklichkeit werden, einfach deshalb, weil der Menschheit eine ideale Fortbewegung angeboren ist [...] Die Menschheit kann und darf nicht stehen bleiben, sie muß vorwärts bis zu ihrer größeren Gemeinschaft, bis zuletzt das Reich Gottes auf Erden ausgebreitet ist. Also daran ist gar nicht zu zweifeln, daß unsere Idee sich einmal verwirklicht*. Für Umfrid war der Marsch zum Frieden eine Frage der Aufklärung und der Erziehung; es galt, *die Völker aufzurütteln aus dumpfem Hindämmern in alten Kriegsträumen*. Er sprach mit Pathos, er geißelte die Presse, die noch gar zu oft den Heldentod auf dem Schlachtfeld verherrlichte und die Fortschritte der Waffenindustrie mit Wollust verfolgte¹⁸³.

Die „Haller Zeitung“ konnte ihre Enttäuschung nicht verbergen: *Der Saal war zwar gut besetzt, aber noch lange nicht derart, wie wir's gewünscht hatten und wie*

181 HT Nr. 54, 6. 3. 1898, S. 1 f.

182 HT Nr. 232, 5. 10. 1898, S. 1.

183 HT Nr. 217, 17. 9. 1898 (Anzeige); Nr. 218, 18. 9. 1898, S. 1; Nr. 220, 21. 9. 1898; Die Friedenskundgebung des Zaren. Ein Vortrag des Herrn Stadtpfarrer Umfrid aus Stuttgart in der öffentlichen Versammlung der hiesigen Friedensgesellschaft am letzten Freitag, in: HT Nr. 221, 22. 9. 1898.

es die vorzüglichsten Worte, die gesprochen wurden, verdient hätten, berichtete sie. Auf Umfrids Vortrag folgte eine Diskussion, bei der ein engagierter Sozialdemokrat von Hall, Mulfinger, das Wort ergriff, um auf die viele Heuchelei in christlichen Staaten hinzuweisen und namentlich die Mitwirkung der Geistlichen an Sedanjubelfesten zu tadeln. Und er beschloß seine Stellungnahme mit diesem Glaubensbekenntnis: Erst der sozialdemokratische Staat schafft den Völkerfrieden. Umfrid erwiderte ihm folgendes: Ich bin der letzte, der der arbeitenden Klasse nicht allen Aufschwung gönne. Aber wir gehören zusammen, wir anderen Leute, die oft mehr als einen Achtstundentag haben, gehören doch auch zur Menschheit. An das Dogma, daß die Sozialdemokratie der ewige Friede sei, glaube ich nicht. Wenn wir warten wollten, bis alle Staaten Republiken und alle Menschen Sozialdemokraten wären, so könnte es lange anstehen. Man muß bedenken, daß wir alle Brüder sind. Betreffs der Sedanfeiern stimmte Umfrid dem Vorredner zu und meinte, es wäre besser, wenn man das Wühlen in der Wunde bleiben ließe¹⁸⁴.

Die erste Friedenskonferenz, die vom 18. Mai bis zum 29. Juli 1899 in Den Haag abgehalten wurde, beschäftigte die öffentliche Meinung fast das ganze Jahr hindurch. Zur Diskussion kam als Hauptfrage die Einrichtung eines ständigen Internationalen Schiedsgerichtshofes, der künftig Streitfälle der Staaten auf dem Verhandlungswege regeln sollte. Die Friedenskonferenz sollte durch eine möglichst einmütige Volksbewegung zugunsten der Friedensidee unterstützt werden. Zu diesem Zweck hatte ein Münchner Komitee auf den 5. Mai eine Kundgebung erlassen, der sich auch der Haller Friedensverein anschloß. An diesem Tag hielt der Hofchauspieler Richard Feldhaus (1856-?) einen Vortrag im „Solbad“ über die Haager Konferenz. Feldhaus galt als der beste Redner der deutschen Friedensbewegung; bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hielt er über 600 Vorträge und gründete Ortsgruppen in größeren Städten wie Kassel und Königsberg. Seine Tätigkeit als Wanderredner führte ihn durch die ganze Welt¹⁸⁵. Sein Ruf erklärt, warum er auch in Hall vor einem besonders zahlreichen Publikum mit vielen Frauen sprach.

Feldhaus bemühte sich zuerst, die Haller über den Sinn der Haager Konferenz aufzuklären und die Anfechtungen gegen das Manifest des Zaren zu widerlegen. Es galt einen Modus zu finden, um die Lasten der Heere und der Rüstung für die Völker erträglicher zu machen und eine Verständigung zwischen allen Staaten herbeizuführen, da ein Staat nicht allein abrüsten könne. Die Konferenz sollte sich auch mit der Frage einer menschlicheren Kriegsführung beschäftigen. Feldhaus erinnerte an die Stellung der Friedensfreunde zu diesem Punkt und erklärte: *Wir wollen nicht die Kriege erträglicher machen, wir wollen die Kriege überhaupt abschaffen.* Der Erfolg der Konferenz erforderte ein gemeinsames Vorgehen aller

184 HZ Nr. 215, 15. 9. 1898, S. 4 (Anzeige); Die Friedenskundgebung des Zaren, in: HT Nr. 218, 18. 9. 1898, S. 3.

185 Wehberg (wie Anm. 123), S. 25 f. R. Feldhaus wirkte bis zum Ersten Weltkrieg, der ihn schwer traf. Von nun an lebte er zurückgezogen in der Nähe von Basel.

Staaten. Er fand bedauerlich, daß die Vertreter des Deutschen Reiches auf der Konferenz, Karl von Stengel und Professor Zorn, Männer seien, die die Friedensbewegung als *utopisch und nationalgefährlich* diskreditiert hatten. *Der wahre Patriotismus ist nicht der Haß gegen den Feind, sondern die Liebe zum Vaterlande*, bemerkte er. *Wenn der Krieg wegfällt, wird es nicht an Gelegenheiten fehlen, Heldenmut zu zeigen, denn Mensch sein heißt Kämpfer sein*. Feldhaus drückte sich nicht nur zum Inhalt der Fragen aus, die zur Diskussion gestellt waren, sondern auch zu den Aussichten auf Erfolg. Er bemerkte, daß der Zar sich an das Volk gewendet hätte, mehr als an die Diplomaten, die *dem Volksempfinden gänzlich fern stehen*. Glauben wollte er an die Macht des Wortes, dem man die größten Errungenschaften der Kultur verdanke. Er zeigte sich überzeugt, daß die Haager Konferenz undenkbar gewesen wäre ohne die Vorarbeit der Friedensfreunde, die den Boden vorbereitet hatten. Deshalb war der Glaube an einen Fortschritt erlaubt. Durch die Macht des Wortes würden alte Fesseln fallen. Es war aber die Aufgabe der Friedensfreunde, die Voraussetzungen zu schaffen: Sie mußten die öffentliche Meinung gewinnen, der Jugend zeigen, *daß größer als die Vaterlandsliebe die Menschenliebe ist*. In dieser Hinsicht galt es auch, den Schulverwaltungen, die *viel gesündigt* hatten, entgegenzuarbeiten. *In einer Stunde lassen sie das 5. Gebot erklären, in der anderen Massenmörder verherrlichen*, bedauerte Feldhaus. Kritik übte er namentlich am Geschichtsunterricht, in dem Helden des Krieges hoch gerühmt, Helden des Geistes aber beinahe totgeschwiegen wurden. Eine der Wurzeln des Übels lag darin, daß Chauvinismus noch zu oft mit Patriotismus verwechselt wurde. Durch Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit sollten also innere Bedingungen für den Frieden geschaffen werden. Was die internationale Lage betraf, so konnte dem Zustand der ständigen Kriegsgefahr durch Einführung eines geordneten Rechtszustandes ein Ende gemacht werden.

Feldhaus lag es aber auch am Herzen, in seinem Vortrag die Gründe eines Engagements für den Frieden darzulegen und zu rechtfertigen. Er zeigte, daß der Krieg die besten Kräfte einer Nation, in *Kanonenfutter* verwandelt, verschlingt, daß die Summen, die fürs Militär verwendet werden, zur Linderung der großen Not im Volk verwendet werden können. Die Friedensfrage war auch mit der sozialen Frage eng verbunden. *Der jetzige Zustand führt sicher zur sozialen Revolution, wenn nicht in Europa ein normaler Rechtszustand geschaffen wird. Jetzt sitzen wir auf einem Pulverfaß*, erklärte er. Aber Feldhaus wollte nicht nur warnen, sondern auch das Herz seiner Zuhörer gewinnen. Er schloß seinen Vortrag mit folgenden pathetischen Worten: *Der Satz: 'Willst Du den Frieden, so rüste zum Krieg!' stammt aus der Zeit des kriegerischen Rom. Soll er auch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts gelten? Wir werden jetzt Schwärmer genannt, Träumer. Jawohl, der ewige Friede ist ein Traum, aber er wird zur Wahrheit werden. Idealismus und Glaube an Gerechtigkeit wird uns zum Ziele führen. Der Friedensglaube muß nur zur Friedensgewißheit werden. Dann ist der Sieg unser!*

Nach dem Vortrag von Feldhaus forderte Theodor Blezinger die Anwesenden zur Unterzeichnung von Sympathie-Erklärungen für die Friedenskonferenz und zum

Beitritt in die Deutsche Friedensgesellschaft auf. *Es sei ein heiliger Kampf gegen Jammer, Haß und Totschlag*. Zum Schluß las der Redner noch Texte von Bertha von Suttner und Otto Umfrid vor¹⁸⁶.

Im Jahre 1900 zählte der Haller Friedensverein 105 Mitglieder; nach dem Vortrag von Feldhaus waren 16 Personen beigetreten. Die Sympathie-Erklärung für die Haager Friedenskonferenz war in Deutschland von 50 000, in Hall von 520 Personen unterzeichnet worden. Die Verlegung des Sitzes der Deutschen Friedensgesellschaft von Berlin nach Stuttgart hatte sich auf die Friedensbewegung in Württemberg belebend ausgewirkt. Auf der *verhältnismäßig schwach* besuchten Versammlung vom 22. Februar 1900 wurde eine vom Münchner Komitee vorgeschlagene Eingabe gegen den Burenkrieg unterzeichnet und eine Resolution vom Berner Friedensbüro angenommen, die die Greuel dieses Krieges verurteilte¹⁸⁷. Berger und Bayerdörfer berichteten über die Gründungsversammlung des württembergischen Landesverbands der Deutschen Friedensgesellschaft, der sie im Laufe des Jahres 1899 in Stuttgart beigewohnt hatten; die Haller Ortsgruppe ermächtigte ihren Ausschuß, den Beitritt in diesen Verband zu veranlassen¹⁸⁸. Aus den Zeitungsberichten schließen wir, daß die Hauptaufgabe des Vereins in normaler Zeit darin bestand, Material unter den Mitgliedern zu verbreiten, namentlich den Roman „Die Waffen nieder!“ von Bertha von Suttner und die „Friedensblätter“, die Otto Umfrid in Esslingen herausgab. Man sieht auch, wie Bruckmann und Berger ihre Stellung als Lehrer benutzten, um ihre Ideen bei der Jugend zur Geltung zu bringen. Auf dieser Versammlung vom 22. Februar 1900 wurden dem letzteren sechs Exemplare eines *prächtigen Buches* übergeben, das die Friedensidee vertrat, damit er sie als Prämie an Schüler verschenken könne, die die Schule beendeten. Bei diesen jährlichen Plenarversammlungen gab der Vorstand Blezinger einen Rückblick auf die Friedensbewegung im vergangenen Jahr. 1900 stellte er mit Zufriedenheit fest, daß der Friedensgedanke Fortschritte gemacht habe. Er freute sich über die Ergebnisse der Haager Konferenz, namentlich über die Einrichtung der fakultativen Schiedsgerichte, über die einstimmige Verurteilung des englischen Vorgehens durch die ganze zivilisierte Welt, über die Arbeit der Interparlamentarischen Friedenskonferenz in Christiania, die 150 Parlamentarier aus 18 Nationen versammelt hatte, und über das Eintreten des Führers einer politischen Partei im Reichstag für die Bestrebungen der Friedensvereine, womit der Demokrat Conrad Haußmann, Führer der Deutschen Volkspartei, gemeint war¹⁸⁹.

Der Verband der württembergischen Vereine versammelte sich in Stuttgart am 28. Oktober 1900. Die Angelegenheit, die am meisten besprochen wurde, war der Freiheitskampf der Buren in Südafrika, die sich in Deutschland in einer Zeit gro-

186 HT Nr. 106, 7.5.1899, S. 1 f.; HZ Nr. 103, 4.5.1899, S. 4 (Anzeige); Nr. 106, 7.5.1899, S. 2; Nrn. 109–111, 11. – 14.5.1899.

187 Die Resolution richtete sich gegen den Burenkrieg und den Nationalismus. HZ Nr. 45, 24.2.1900.

188 Ebd.

189 HZ Nr. 41, 20.2.1900, S. 4 (Anzeige); Nr. 45, 24.2.1900, S. 3.

ber Spannung zwischen Deutschland und England einer allgemeinen Sympathie erfreuten. Otto Umfrid sprach über die Wirren in China, die seiner Meinung nach im Imperialismus und im *Weltmachtfieber* ihren Ursprung hatten¹⁹⁰. Der Vertreter von Hall auf diesem ersten Delegiertentag war der Lehrer Johannes Berger; öffentlich berichtete er darüber am 10. November¹⁹¹. An demselben Abend sprach Blezinger über den Teil der Pariser Weltausstellung, die über die Friedensbewegung informieren sollte; von der französischen Hauptstadt war er mit positiven Eindrücken zurückgekommen. Ja, der Haller Friedensverein zeigte sich in jenem Jahr 1900 erstaunlich aktiv, und zwar in einem solchen Maße, daß die „Haller Zeitung“ mitteilen konnte, daß die nächste Landesversammlung der Friedensgesellschaft in Hall stattfinden würde¹⁹².

Am 25. November kam Otto Umfrid noch einmal nach Hall, um über das Thema *Moral in der Politik* zu sprechen. Im Gasthaus „Zur Eisenbahn“ fand er diesmal ein zahlreiches Publikum vor, denn das „Haller Tagblatt“ hatte eine Auseinandersetzung zwischen Otto Umfrid und dem Haller Stadtpfarrer Gottfried Traub vorangekündigt¹⁹³.

Traub (1869–1956) war ein hervorragendes Mitglied der nationalsozialen Partei, ein Freund von Friedrich Naumann, an dessen Zeitschrift „Die Hilfe“ er mitarbeitete. Der am 11. Januar 1869 in Rielingshausen (Württemberg) geborene Pfarrer war eine interessante Persönlichkeit. In seiner Haller Zeit versuchte er, die lokale öffentliche Meinung für seine Ideen zu gewinnen; er veranstaltete zahlreiche Vortragsabende, bei denen er selber das Wort ergriff und über die im „Haller Tagblatt“ ausführlich berichtet wurde. 1913 wurde er Direktor des Deutschen Protestantenbundes und Mitglied des Preußischen Landtags, zunächst für die Fortschrittliche Volkspartei, ab 1917 für die Vaterlandspartei. 1919 war er als Deutschnationaler Mitglied der Nationalversammlung, 1921–1935 Schriftleiter der „München-Augsburger Abendzeitung“; 1919–1939 gab er die „Eisernen Blätter“ heraus. Er ist der Verfasser mancher Publikation; unter anderem veröffentlichte er 1914 eine Sammlung von Aufsätzen aus der „Hilfe“¹⁹⁴. Traub starb am 22. September 1956 in München-Sollen¹⁹⁵. Seine Zeit in Hall verdient eine eigene Studie.

Die „Haller Zeitung“ erklärte, was vor allem das Interesse des Publikums bei dieser Gelegenheit geweckt hatte: *Man war gespannt darauf, wie die beiden Herren Kollegen mit ihren gegensätzlichen Standpunkten einander näher oder weiter kommen. Bekanntlich hatte Herr Stadtpfarrer Umfrid von Stuttgart (ein talentvoller,*

190 Eine Resolution wurde angenommen, in der die Wirren in China als eine Folge der Unterdrückung der Chinesen durch die verbündeten Mächte bezeichnet wurden. Bei Aufstellung der Friedensbedingungen wurde die größte Zurückhaltung empfohlen, unter möglichster Vermeidung einer Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten. HT Nr. 254, 31. 10. 1900, S. 1.

191 HT Nr. 265, 13. 11. 1900, S. 1.

192 HZ Nr. 262, 9. 11. 1900, S. 4 (Anzeige); HZ Nr. 265, 13. 11. 1900, S. 3.

193 HZ Nr. 275, 24. 11. 1900, S. 4 (Anzeige).

194 G. Traub: Kampf und Frieden, Dortmund/Stuttgart 1914, VIII u. 254 S.

195 Wilhelm Kosch: Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, Bd. 2, S. 1154.

eifriger Führer und Förderer der Friedenssache) in der letzten Nummer der 'Friedensblätter' Herrn Stadtpfarrer Traub von hier wegen seiner bei der Hauptversammlung der National-Sozialen in Leipzig bekundeten Haltung in Bezug auf die Notwendigkeitsfrage des Krieges etwas scharf in seine Kritik genommen und da bot sich nunmehr dem Angegriffenen (wenn man so sagen will) Gelegenheit, sich des näheren resp. die Stellung der National-Sozialen gegenüber der der Friedensfreunde mundgerechter darzustellen¹⁹⁶. Bei der öffentlichen Versammlung der Haller Friedensfreunde sollte Traub also den nationalsozialen Standpunkt darlegen. Dieses interessante Rededuell zwischen beiden Theologen sollte ein großes Ereignis für Schwäbisch Hall werden und wurde auch eines. Otto Umfrid verteidigte die These: die Moral gilt nicht nur für das Privatleben, sie ist auch in der Politik bindend, und ihre Gesetze sollen in den Beziehungen zwischen den Völkern gelten. Er geißelte die *einseitig nationale Interessenpolitik*, die bis dahin vorherrschend geblieben war, den Imperialismus, die Welteroberungspolitik. Noch einmal hob Otto Umfrid die Verbindung zwischen dem christlichen Standpunkt und der Friedensbewegung hervor. *Die Friedensfreunde müssen sich sentimentale Schwärmereien vorwerfen lassen*, erklärte er. *Aber wenn Christus heute auf Erden wäre, würde er die Geißel schwingen über die heutige Interessenpolitik*. Als Christ trat er für Recht und Menschlichkeit ein. Es galt das Recht des Schwachen zum Sieg zu führen gegenüber dem Starken. Er sah krasse Widersprüche zwischen der christlichen Weltanschauung und der Sanktionierung des Krieges. Für die Geistlichkeit übte er Selbstkritik und meinte unter anderem: *Wir Pfarrer predigen gegen die Sünde in jeder Beziehung, aber gegen die Hauptsünde, den Krieg, predigen wir nicht*. Mit einer ironischen Anspielung auf Bismarcks Wort fügte er hinzu: *Wir vertrauen auf Gott und fürchten Gott und sonst nichts in der Welt und verlassen uns auf die Kanonen*.

Nach diesen Darlegungen ergriff Gottfried Traub das Wort, um Otto Umfrid zu antworten. Er warf ihm vor, nicht objektiv und bloß mit dem Gefühl zu urteilen. Der Nationalsoziale betonte zunächst, es sei nicht richtig, *sich in Versammlungen für Ideale im Völkerleben [zu] begeistern, während mitten im Vaterland noch die sozial härtesten Gegensätze geduldet* würden. Traub bemerkte dann, daß Christus nie gegen den Krieg gepredigt hätte. Und sich auf das Darwin'sche Gesetz stützend, behauptete er: *Nur der kommt vorwärts, der Kraft hat [...] Das Christentum besteht nicht bloß darin, daß man schwach ist. Nur der gesunde Baum bringt gesunde Früchte. Das ist das große Gesetz der Geschichte*. Er schloß daraus: *Das ethische Recht verlangt es, daß ein Staat stark sei. Ein Staat, der nicht stark ist, ist gar kein Staat [...] Ferner gilt es, wenn man den Staat anerkennt, dann auch die volle Konsequenz zu ziehen und den Krieg anzuerkennen*¹⁹⁷. Gottfried Traub be-

196 HZ Nr. 277, 27. 11. 1900, S. 3.

197 HT Nr. 277, 27. 11. 1900, S. 1 f.; Nr. 278, 28. 11. 1900, S. 1 f.; Eine Kritik des Haller Stadtpfarrers Gottfried Traub an der Friedensbewegung, ursprünglich in: Schwabenspiegel Nr. 19, 1901; abgedruckt in: Die Hilfe Nr. 6, 10. 2. 1901.

gnügte sich nicht damit, seine Ideen auf solchen Versammlungen zu bekennen; er polemisierte auch in württembergischen Zeitungen gegen die Friedensbewegung, *die so oft sich als die vom Standpunkt des Christentums aus allein berechnete Politik gab*¹⁹⁸.

Der Haller Friedensverein hielt seine nächste Jahresversammlung am 2. März 1901. In seinem langen Bericht bedauerte Theodor Blezinger den Fortgang des Burenkrieges und die Wirren in China, die in der Resolution der Friedensgesellschaften verurteilt wurden. Er hob aber die Abkommen der Haager Friedenskonferenz sowie die Arbeit der Internationalen Parlamentarischen Friedenskonferenz, die Beschlüsse des Friedenskongresses in Paris (1900), die Nobelstiftung und die Bestrebungen der zahlreichen Friedensvereine hervor¹⁹⁹. Am Ende ihres Berichts fügte die „Haller Zeitung“ noch hinzu, daß *für eine im Ausschluß des Friedensvereins wegen Wegzug entstandene Lücke nötige Ergänzung geschaffen* wurde. Damit war der Fortgang von Paul Kienle gemeint, von dem wir wissen, daß er Mitglied des Ausschusses war²⁰⁰ und im Sommer des vorigen Jahres Schwäbisch Hall verlassen hatte.

Am 24. April veranstalteten die Haller „Burenfreunde“ im Gasthaus „Eisenbahn“ eine Kundgebung gegen den Burenkrieg, an der 500 Personen teilnahmen. Die Hauptredner waren Richard Feldhaus aus Basel und ein Burenoffizier, Leutnant Sandenbergh, der eine Vortragsreise durch Deutschland unternommen hatte. In seiner Eröffnungsrede sprach der Redakteur Groh die warme Sympathie der Deutschen für das Burenvolk aus, das als *Zwerg gegen den Riesen* seine Freiheit gegen die Engländer verteidigte. Feldhaus, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft das Wort ergriff, prangerte die Brutalität der Engländer und vor allem die britischen Kriegshetzer – die Kriegspartei und die Journalisten – an. Er bemerkte aber, daß sich in England ein Umschwung der öffentlichen Meinung bemerkbar gemacht hatte²⁰¹.

Am 22. Februar 1902 organisierten alle Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft eine Kundgebung zugunsten der Friedensidee. Das war für den Haller Friedensverein der Anlaß zu seiner jährlichen Generalversammlung. Wie Bayerdörfer berichtete, war die Zahl der Mitglieder auf 86 zurückgegangen. Dieses Schwanken der Mitgliederzahl zeigt, daß die Vereine durch außergewöhnliche Veranstaltungen immer wieder die Aufmerksamkeit der lokalen öffentlichen Meinung wachhalten mußten, wenn sie fortbestehen wollten. Hall war keine Ausnahme. Die Tagesordnung der Versammlung war folgende: Blezinger gab einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des verlaufenen Jahres. Den Verleumdern der Friedensbewegung antwortete Theodor Blezinger: *Die Friedensfreunde sind die letzten, die dem Vaterland den nötigen Schutz durch Rüstungen und Vorbereitung, so-*

198 Schwabenspiegel Nr. 19, 10.2.1901.

199 HT Nr. 51, 1.3.1901 (Anzeige); Nr. 53, 4.3.1901; HZ Nr. 54, 5.3.1901, S. 3.

200 HZ Nr. 45, 24.2.1900, S. 3.

201 HT Nr. 96, 25.4.1901; vgl. auch: Das Burenvolk (Gedicht), in: HT Nr. 67, 20.3.1901.

lange dies nötig ist, verweigern wollen. Die Friedensfreunde stehen an Vaterlandsliebe hinter niemandem zurück. Aber für sie gilt nicht bloß der Spruch: 'Si vis pacem, para bellum', sondern sie meinen: 'Si vis pacem, para pacem'. Dann berichtete der Lehrer Johannes Berger über die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am 24. März 1901 stattgefunden hatte und an der er als Vertreter der Haller Ortsgruppe teilgenommen hatte, sowie über die Jahresversammlung des Württembergischen Landesvereins der Deutschen Friedensvereine, die am 18. Oktober in Ulm veranstaltet worden war²⁰².

Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten konnten mitunter auch unter den Friedensfreunden zu ernststen Debatten führen. Ein Beispiel dafür finden wir in der Polemik zwischen Dr. Blezinger, dem Vorsitzenden des Haller Friedensvereins, und Alfred H. Fried, dem Gründer der Deutschen Friedensgesellschaft, über die Frage der Abrüstung. 1902 hatte der XI. Weltfriedenskongreß einen „Aufruf an die Nationen“ veröffentlicht, in dem die Abrüstung als Forderung der Pazifisten vorkam. In der Julinummer des pazifistischen Organs „Friedensblätter“ hatte sich Blezinger darüber empört und gemeint, daß dieses Wort, sobald es im Zusammenhang mit den Friedensideen angewendet werde, der ganzen Bewegung mehr schade als nütze. *Es ist doch jedem einsichtigen Friedensfreund klar, daß unsere Bestrebungen nicht auf Abrüstung gerichtet sein können*, schrieb Blezinger.

Alfred H. Fried nahm energisch Stellung gegen einen solchen Grundsatz, der ihm *höchst bezeichnend* zu sein schien. Friedensbestrebung und Abrüstungspropaganda waren *bis vor kurzem* bei vielen Pazifisten als identisch betrachtet worden. Das Manifest des Zaren und die Haager Konferenz, die fälschlich als „Abrüstungskonferenz“ bezeichnet worden war, hatten die Abrüstung als eine Kernfrage behandelt. Gerade die erdrückende Last des bewaffneten Friedens hatte die moderne Friedensbewegung erst hervorgerufen, deren Aktion sich zunächst gegen diese Erscheinung als das eigentliche Übel richtete. Die Friedensbewegung hatte zwar den Fehler gemacht, daß sie das Symptom mit den Ursachen verwechselte. Jetzt war man sich darüber klar, daß die militärischen Rüstungen nicht das Übel selbst, sondern die notwendige Folge einer tiefer liegenden Ursache waren. Das Übel konnte erst geheilt werden, wenn man die Ursache beseitigte. Das bedeutete: Den Übelständen, die sich im modernen Wirtschaftsleben aus der großen Wertvergeudung der Rüstungen ergaben, konnte nur abgeholfen werden, wenn die Beziehungen zwischen den Völkern auf eine breite und feste Grundlage gestellt wurden, die ihre Lebensinteressen ausreichend garantieren würde. Erst dann würden die bedauerlichen Folgen des Rüstungswesens von selbst verschwinden. Dies war die Erkenntnis, die – so Alfred H. Fried – der modernen Friedensbewegung die Richtung weisen sollte. Aber es erschien ihm falsch, wie Blezinger zu behaupten, daß die Bestrebungen der Friedensbewegung nicht auf die Abrüstung gerichtet sein könne. Dies sei *zum mindesten falsch ausgedrückt*. Als letztes Ziel der Friedensbewegung bezeichnete Alfred H. Fried *die Befreiung von dem bewaffneten Panzer, der die*

Völker an der gesunden und der natürlichen Entwicklung hinderte; dieses letzte Ziel sollte also immer die Abrüstung sein.

Der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft zeigte sich mit Blezinger darüber einig, daß die *moderne* Friedensbewegung ihre Absichten und Ziele programmatisch und klar festlegen müsse. Die modernen Pazifisten hatten sich von den *sentimental-utopistischen Programm* der ursprünglichen Friedensbewegung schon weit entfernt. Mit den alten und veralteten Schlagworten des „ewigen Friedens“, des „Allerweltfriedens“ aufräumend, erstrebten sie zunächst nichts weiter als eine Rechtsgrundlage für die Kulturgemeinschaften, die räumlich wie zeitlich begrenzt sein sollte. *Zeitlich insofern, als wir uns auch eine Auflehnung gegen einen Staatenrechtsbund vorstellen können, die mit bewaffneter Hand bewerkstelligt und dementsprechend auch zurückgewiesen werden müßte*, erklärte A.H. Fried, *und räumlich insofern, als nur die kulturreifen Völker in einer solchen Rechtsgemeinschaft Aufnahme finden und für deren Erfolg Garantie bieten können*. Der Friede, den die Pazifisten erstrebten, war also dem Wesen nach von dem der Militaristen völlig verschieden. Die beiden Teile wollten nicht denselben Frieden. Die Militaristen hielten an dem Prinzip „*si vis pacem para bellum*“ fest. Die Pazifisten arbeiteten auf einen Rechtszustand hin, der *die größtmögliche Sicherung gegen jede gewaltsame Entscheidung im Völkerleben* bieten würde, während das Streben der Militaristen darauf hinausging, durch immer größere Aufspeicherung von Gewaltmitteln *die gewaltsame Entscheidung bestehender Konflikte auf lange hinauszuschieben*. Die Pazifisten strebten danach, die Gewalt aus der internationalen Ordnung zu eliminieren und dem Recht *als Regulator im Leben der zivilisierten Staaten* dieselbe Stellung einzuräumen, wie es sie im Leben der zivilisierten Individuen und in den schon bestehenden Bundesstaaten besaß²⁰³.

Ein Höhepunkt der Geschichte des Haller Friedensvereins war im Jahre 1909 der Besuch des französischen Professors Emile Riquiez, der in einigen süddeutschen Großstädten Vorträge über das Thema: „Krieg und Frieden“ hielt. In Ausführung der Beschlüsse des Münchner Internationalen Friedenskongresses und des II. Deutschen Friedenskongresses hatte sich die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft mit den französischen Friedensgesellschaften in Verbindung gesetzt, um durch Austausch von Rednern die deutsch-französische Verständigung zu fördern. Emile Riquiez hatte sich für eine Vortragsreise in Süddeutschland zur Verfügung gestellt. Überall trat er mit Begeisterung auf, berichteten die „Friedensblätter“, als *Dolmetscher der friedlichen Gesinnung eines großen Teils unserer westlichen Nachbarn begrüßt*²⁰⁴. Die Friedenssache hatte durch diese Vortragsreise

203 Abrüstung?, in: Friedens-Warte Nr. 11/12, 30. 6. 1902, S. 91f.

204 Prof. Emile Riquiez, Bürgermeister von Vaux-lès-Amiens, hielt Vorträge in München (24. 11. 1909), Esslingen (26. 11.), Heilbronn (27. 11.), Schwäbisch Hall (28. 11.), Pforzheim (30. 11.), später in Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt am Main. Bei der Delegiertenversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die im Rahmen des Deutschen Friedenskongresses vom 15. und 16. Mai 1909 in Stuttgart stattgefunden hatte, war angekündigt worden, daß aus dem Legat eines Franzosen

nach der Überzeugung des Berichterstatters der „Friedens-Blätter“ einen großen Gewinn davongetragen.

Den Bemühungen der Haller Friedensfreunde war es zu verdanken, daß dieser Redner auch in ihrer Stadt für die Friedenssache sprechen konnte. Riquiez gehörte zu jenen Männern, die sich für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich einsetzten. In seiner Rede überbrachte er zuerst den Friedensgruß seiner Landsleute und betonte die Notwendigkeit, den Verkehr zwischen den Nationen zu fördern. Wenn man sich kennt, liebt man sich, erklärte er. Und so verschwindet das Mißtrauen, das von den Chauvinisten und den Zeitungen geschürt wird. Riquiez blickte zuversichtlich in die Zukunft: er war überzeugt, daß die Franzosen den Frieden wollten und sah im deutschen Kaiser einen friedliebenden Menschen. Das deutsche und das französische Volk – er war davon überzeugt – waren bestrebt, den Frieden untereinander zu bewahren. Hartmann, der Sekretär der Stuttgarter Friedensgesellschaft, der bei dieser besonderen Gelegenheit in Hall anwesend war, meinte aber, daß die öffentliche Meinung gegen den Krieg Front machen müsse. Dazu gelte es, die Hände zu rühren. Und dies geschehe vor allem in den Friedensvereinen, die darum allgemeine, kräftige Unterstützung verdienten²⁰⁵.

Es war bis heute unmöglich zu ermitteln, ob der Haller Friedensverein zwischen 1909 und 1914 aktiv geblieben ist. Im „Haller Tagblatt“ sowie in den „Friedens-Blättern“ bzw. in deren Nachfolgezeitschrift „Völker-Friede“ ist kein Bericht über von ihm veranstaltete Vortragsabende oder sonstige Kundgebungen zu finden. Am 1. April 1914 organisierte der Verein im Solbadsaal einen Vortragsabend, bei dem Dr. Grosch aus Stuttgart zum Thema *Zweck und Ziel der Friedensbewegung* sprach. Beachtenswert ist die Tatsache, daß der Volksverein die Einladung zu dieser Veranstaltung im „Haller Tagblatt“ veröffentlichte. Dies zeigt ganz klar die maßgebende Rolle, die die demokratisch gesinnten Kreise von Hall in der Tätigkeit des lokalen Friedensvereins weiterhin gespielt haben müssen²⁰⁶. Dieser Einfluß schien aber nachzulassen; der Besuch war bei diesem Vortragsabend *ein recht schwacher*. Der Redner ging von Napoleon I. aus, schilderte die Entwicklung der Friedensbewegung im 19. Jahrhundert, namentlich in Deutschland. Zum Schluß gab er noch einen Ausblick auf die nächste Zukunft, die nach seiner Meinung das bringen sollte, was die Friedensbewegung anstrebte²⁰⁷. Solche Aussagen zeigen, wie sehr die Pazifisten am Vorabend des Ersten Weltkrieges an die Wirkung ihrer Bemühungen glaubten

Mittel verfügbar gemacht worden waren zu dem Zweck, daß ein französischer Professor Vorträge über die Friedenssache, besonders in Süddeutschland, halten könne. Friedens-Blätter Nr. 12, Dez. 1909, S. 139.

205 HT Nr. 275, 24. 11. 1909; Nr. 277, 26. 11. 1909; Nr. 278, 27. 11. 1909 (Anzeige); Nr. 280, 30. 11. 1909.

206 HT Nr. 75, 31. 3. 1914 (Anzeige).

207 HT Nr. 77, 2. 4. 1914; Völker-Friede Nr. 5, Mai 1914, S. 57.

Die „Haller Zeitung“ (1894–1903). Ein Organ der Deutschen Volkspartei im Dienste der Friedenssache

Im Jahre 1894 wurde die „Haller Zeitung“ als Organ der Deutschen Volkspartei ins Leben gerufen²⁰⁸. Der Gründer dieses Blattes, das sich neben dem „Haller Tagblatt“ auf dem relativ beschränkten Zeitungsmarkt des Bezirkes Hall zu behaupten versuchte, war Paul Kienle²⁰⁹. Der frühere Lehrer war am 20. November 1865 in Dünsbach bei Gerabronn geboren²¹⁰. Mit der Nummer vom 31. Juli 1900 gab er die Redaktion des Blattes auf, denn er zog nach Göppingen. Ein Jahr später ließ er sich in Ludwigsburg nieder. Von dort aus übernahm er ab dem 4. September 1901 wieder die verantwortliche Redaktion eines Teils der „Haller Zeitung“, zeitweise auch ihren Druck. Im Frühling 1903 ging er nach Stuttgart, um sich dort als Sekretär der württembergischen Volkspartei zu betätigen, und machte sich schließlich Ende 1907 in Ebingen seßhaft, wo er die Redaktion des freisinnigen „Neuen Alb-Boten“, übernahm. Paul Kienle starb am 17. Dezember 1915 im Alter von fünfzig Jahren. Bei seiner Beerdigung, der zahlreiche Parteifreunde nicht nur aus den Nachbarbezirken, sondern auch aus ganz Württemberg beiwohnten, betonte der Reichs- und Landtagsabgeordnete Conrad Haußmann, einer der Führer der süddeutschen Demokratie, Kienles berufliches Pflichtbewußtsein, sein Rednertalent und seine intellektuellen Fähigkeiten, die er lange Jahre in den Dienst der Partei gestellt habe²¹¹.

Seit Kienles Fortgang von Schwäbisch Hall im Sommer 1900 wurden die Redaktion, der Druck und der Verlag der „Haller Zeitung“ eine ziemlich schwierige Angelegenheit. Gedruckt wurde das Blatt abwechselnd von Carl Friedrich Greiner, von Greiner & Koch, Karl Wulle in Heilbronn; redigiert wurde es von Paul Kienle, Carl Friedrich Greiner, für eine ganz kurze Zeit von Karl Wulle, dann teilweise und ab Oktober 1902 gänzlich von Johannes Wagner²¹². C. F. Greiner stammte aus

208 *M. Gerster*: Die Zeitungen und die Zeitschriften Württembergs im Jahre 1909, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Hrsg. von dem Königlichen Statistischen Landesamt, Jg. 1910, 2. Heft, Stuttgart 1911, S. 259.

209 Alphabetisches Einwohner-Verzeichnis der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall. Bearbeitet und verlegt durch Commissär *G. Scholder* in Hall, Schwäbisch Hall 1894, S. 26. Hier ist Paul Kienle als Redakteur der „Haller Zeitung“, Gelbinger Straße 371, genannt; Vgl. auch Stadtarchiv Albstadt, HR-E 021.01/02, Bürgerliste Ebingen, 2. Teil.

210 Der genaue Zeitpunkt der Gründung bleibt zu ermitteln, denn in der Landesbibliothek Stuttgart, dem einzigen Ort, wo eine geschlossene Sammlung der „Haller Zeitung“ konserviert ist, fehlen die ersten Jahrgänge bzw. der erste Jahrgang.

211 Angaben der Standesämter Ludwigsburg, Göppingen und Albstadt-Ebingen; Familienregister Albstadt-Ebingen (Zollernalbkreis), Bd. 16, Blatt 368; Stadtarchiv Albstadt, Gemeindeprotokolle der Stadt Ebingen 1913, Prot. 359; Adreß- und Geschäftshandbuch. Stadtgemeinde Ebingen 1911. Bearbeitet von Steuerratsschreiber *Baur*, Ebingen 1911, S. 119; *Peter Thaddäus Lang, Lothar Held*: Der Journalist Göbel macht liberale Standpunkte publik, in: Schwarzwälder Bote, 28. 8. 1996; Paul Kienle +, in: Der Alb-Bote Nr. 296, 18. 12. 1915, S. 1; Paul Kienles Begräbnis, in: ebd., Nr. 298, 21. 12. 1915, S. 1.

212 Von 1896 bis 1903 finden wir in der „Haller Zeitung“ folgende, gesetzlich verlangte Angaben: 1896–1897: Redaktion *Paul Kienle in Hall. Druck und Verlag der C. Fr. Greiner'schen Buchdruckerei.*

Welzheim, wo sein Vater schon als Buchbinder tätig war. 1894 ist er als Verleger der „Haller Zeitung“ erwähnt²¹³. Er wurde am 25. Oktober 1865 in Welzheim geboren, ließ sich sehr wahrscheinlich erst Anfang der 90er Jahre in Hall nieder und kehrte im Herbst 1907 in seine Heimatstadt zurück²¹⁴. Friedrich Greiner war 1906 laut Adreßbuch *Reisender*, was bedeuten würde, daß er inzwischen seine Tätigkeit gewechselt hatte. Nach seiner Rückkehr in seiner Heimatstadt betätigte sich C.F. Greiner zunächst als Buchbinder. Nach Angaben seiner Nichte, Frau Baumeister, arbeitete er auch im Dienste der Württembergischen Bibelgesellschaft. Weiterhin betätigte er sich als Landschaftsfotograf und gründete einen Postkartenverlag. Außerdem war er als Berater in Bauangelegenheiten tätig. Später richtete er in seinem heute noch bestehenden Haus ein Büro und einen Lebensmittelladen ein.

Johannes Wagner stammte aus Leutkirch im Allgäu, wo er am 5. April 1857 geboren wurde. Nachdem er sich zehn Jahre in Zürich und später in Meiningen als Buchdrucker betätigt hatte, kam er nach Hall, wo er am 2. November 1936 starb²¹⁵.

Die „Haller Zeitung“, mit dem Untertitel „Ein Volksblatt aus Hohenlohe-Franken. Allgemeines Anzeigblatt für die Oberämter Hall, Crailsheim, Gaildorf, Gera-

Dann heißt es ab Nr. 251 v. 27. 10. 1898: *Druck und Verlag von Greiner & Koch*. Ab Nr. 193 v. 19. 8. 1899: *Druck und Verlag von C. Fr. Greiner daselbst*. Ab Nr. 175 v. 31. 7. 1900: *Redaktion, Druck und Verlag von C. Fr. Greiner in Hall*. Ab Nr. 152 v. 1. 7. 1901: *Verantwortliche Redaktion und Druck der 1. und 2. Seite C. Wulle Heilbronn, der 3. Seite C. Fr. Greiner Hall*. Ab Nr. 157 v. 7. 7. 1901: *Redaktion, Druck und Verlag von C. Fr. Greiner Hall*. Mit Nr. 207 v. 4. 9. 1901 änderten sich die Angaben noch einmal: *Verantwortlich für die ersten 3. Seiten Paul Kienle Ludwigsburg, für alles andere C. Fr. Greiner, Buchdruckerei Schwäbisch Hall.*; in der nächsten Nr.: *Druck und Verlag C. Fr. Greiner, Buchdruckerei Hall*. Ab Nr. 284 v. 3. 12. 1901 finden wir: *Druck, Verlag und Redaktion der ersten 3 Seiten von Paul Kienle in Ludwigsburg, für die 4. Seite verantwortlich J. Wagner in Hall*. Ab Nr. 246 v. 21. 10. 1902: *Druck der ersten 3 Seiten von Karl Wulle in Heilbronn, verantwortliche Redaktion und Verlag von J. Wagner in Hall*.

213 Vgl. Alphabetisches Einwohner-Verzeichnis der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall. Bearbeitet und verlegt durch G. Scholder, Schwäbisch Hall 1894, S. 17: *Friedrich Greiner, Buchbinder, in Firma C. Fr. Greiner, Buchdruckerei, Verlag der 'Haller Zeitung', Buchdruckerei, Einrahme-Geschäft und Schreibmaterialien-Handlung, Spitalstraße 495. Tel. 29.*

214 Brief von Archivar Helmut Glock an den Autor, 18. 11. 1996; Brief von Walter Greiner (Sonthofen), dem Enkel von C.F. Greiner, an Archivar Glock, 14. 11. 1996.

215 Standesamt Leutkirch, Familien-Register der außerhalb Württemberg dauernd niedergelassenen Familien. Darin findet man: Johannes Wagner, Buchdrucker in Zürich (Schweiz). In einem Bericht über einen Vortragsabend des Haller Friedensvereins, schreibt der Autor, der damals nur Johannes Wagner als Redakteur der „Haller Zeitung“ gewesen sein kann, er habe zehn Jahre in der Schweiz gelebt. HZ Nr. 277, 27. 11. 1900, S. 3. Am 10. Mai 1884 verheiratete er sich in Schwäbisch Hall mit Susanne Luise Lauth; er bekam 8 Kinder. Im Adreßbuch von 1906 ist er als *städtischer Auktionator und stellvertretender Gerichtsvollzieher*, Lange Straße 5, erwähnt. Eine erstaunliche Entwicklung in seiner Tätigkeit! Es kann sich dabei nur um denselben Johannes Wagner handeln, denn seine Adresse Lange Straße 5 ist dieselbe wie die des Geschäftsführers der „Haller Zeitung“ im Jahre 1903. An die Leser der 'Haller Zeitung'! Oehringen, den 30. März 1903, in: HZ Nr. 76, 31. 3. 1903, S. 4; HT Nr. 258, 4. 11. 1936, S. 6; ebd., Nr. 261, 7. 11. 1936, S. 5.

bronn, Künzelsau, Oehringen, Weinsberg²¹⁶, muß sich in der unmittelbaren Zeit nach seiner Gründung, als die Volkspartei wieder an Einfluß gewonnen hatte, einer gewissen Resonanz erfreut haben²¹⁷.

Im September 1900 sollte die „Haller Zeitung“ dem Haller Volksverein seine Tatenlosigkeit vorwerfen. Diese Kritik war ein Zeichen: in Hall büßte der Freisinn offenbar um die Jahrhundertwende an Tat- und Durchsetzungskraft ein, selbst wenn am 30. September 1900 in Hall eine Versammlung der württembergischen Volkspartei stattfand; die Reden von zwei Führern der Partei, Friedrich Payer und Friedrich Haußmann, sollten der Lokalorganisation neuen Mut einflößen. Dazu bemerkte der Redakteur der „Haller Zeitung“: *Damit dürfte denn wohl Klarheit über die demnächste Tätigkeit, namentlich auch bezüglich der Landtagswahlen, geschaffen und speziell dem Volksverein Hall Gelegenheit werden, das beschauliche Stilleben, in dem er sich in letzter Zeit gefiel, aufzugeben [...] und ein tätiges Leben zu entfalten*²¹⁸.

Neun Jahre nach der Gründung konnte die „Haller Zeitung“ ihre materielle Existenz nicht mehr sichern. Der Verlag gab am 31. März 1903 in der letzten Nummer den Grund an, warum das Blatt sein Erscheinen einstellte. *Im politischen Interesse haben die seitherigen Besitzer versucht, dem Bezirk Hall eine freisinnige Zeitung zu erhalten*, erklärte er. *Allein das Unternehmen fand in den in Betracht kommenden politischen Kreisen des Haller Bezirks die notwendige Unterstützung nicht. Da sonach die Grundlage für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Zeitung fehlte, sahen sich die auswärts wohnenden Besitzer veranlaßt, das Geschäft der 'Haller Zeitung' zu verkaufen*. Der Käufer war Emil Schwend, der Besitzer des „Haller Tagblatts“. Der Verlag bedankte sich bei allen Lesern, die der Zeitung bis in die letzte Zeit treu geblieben waren²¹⁹. In die „Württembergische Chronik“ des „Kocherboten“ wurde folgende kurze Meldung eingerückt: *Die 'Haller Zeitung', volksparteiliches Organ, wird vom 1. April ab ihr Erscheinen einstellen*²²⁰. Johannes Wagner wurde als *seitheriger Geschäftsführer* beauftragt, die noch schwebenden geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen²²¹.

Kaum war die „Haller Zeitung“ vom lokalen Zeitungsmarkt verschwunden, schon richtete sich das „Hohenloher Tagblatt“ von Öhringen an ihre früheren Abonnenten

216 Redaktion und Expedition befanden sich zuerst Spitalstraße 495, also in den Räumen der Druckerei von Carl Friedrich Greiner, ab Anfang 1902 im Hinterhause des Konditors Schaufele, Spitalstraße 31, also bei Johannes Wagner.

217 *Einer größeren Verbreitung erfreut sich die 'Haller Zeitung'.* [...] *Inserate haben infolge des großen Leserkreises den besten Erfolg*, warben Greiner & Koch auf einer kleinen Publikation von Paul Kienle, die 1899 unter dem Titel „Bauernfragen?? (Aus der 'Haller Zeitung')“ erschien (WLB Stuttgart, Sign.: Politik oct. K 1350).

218 HZ Nr. 220, 21. 9. 1900, S. 3.

219 An die Leser der 'Haller Zeitung'! Hall, 31. März 1903, in: HZ Nr. 76, 31. 3. 1903, S. 4.

220 Kocherbote Nr. 38, 30. 3. 1903.

221 In der Erklärung des Verlags hieß es: *Die Ausstände wollen in kürzester Frist an denselben [Herrn Wagner] in seiner Wohnung Lange Straße bezahlt, desgl. auch noch etwaige Forderungen eingereicht werden*. S. HZ Nr. 76, 31. 3. 1903.

ten. *Die freisinnige Tendenz des 'Hohenloher Tagblatts' ist bekannt*²²², warb die Redaktion, *und hatte dasselbe vor Gründung der 'Haller Zeitung' auch in deren Bezirk fortwährend einen größeren Leserkreis aufzuweisen. An alle Freunde des offenen Wortes und einer freisinnigen Politik richten wir die Bitte, das 'Hohenloher Tagblatt' nicht nur selbst zu bestellen, sondern auch nach Kräften für die Verbreitung desselben besorgt zu sein. Der Abonnementspreis ist der denkbar niedrigste und kostet frei ins Haus geliefert nur M[ark] 1.40 für das Vierteljahr*²²³. Die „Haller Zeitung“ hatte ebenfalls versucht, einen solchen niedrigen Preis zu halten, mit der Absicht, auch die unbemittelte Volksklasse zu erreichen. Die Redaktion des Öhringer Blattes versprach, *durch Gewinnung eines tüchtigen Mitarbeiters den Vorkommnissen in Hall alle Aufmerksamkeit [zu] widmen*. Johannes Wagner sollte neben den Postanstalten und den Postboten Bestellungen entgegennehmen. Es lag also auf der Hand, daß die früheren Herausgeber der „Haller Zeitung“ Emil Schwend – er mochte ein noch so willkommener Abnehmer sein – den politisch-publizistischen Marktanteil nicht überlassen wollten, denn er war der Besitzer eines Blattes, das andere Ideen vertrat, nämlich nationalliberale²²⁴.

Selbst wenn die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei im Januar 1903 mit 1500 Teilnehmern noch nie so gut beschickt worden war, selbst wenn die Partei im Lande sich auf 120 Volksvereine stützen konnte und Propagandamaterial in größeren Mengen verbreitete, bemängelte die „Haller Zeitung“, daß die Presse nicht genug gefördert und unterstützt wurde²²⁵. So erklärte der Verlag, der seine Enttäuschung nicht verbarg, den Untergang seines Blattes. Dieser Untergang war aber auch mit einem gewissen Rückgang der Deutschen Volkspartei in Württemberg verbunden. Als diese in den 90er Jahren Wahlerfolge erzielt hatte, war eine Reihe demokratischer Zeitungen von dieser Hochflut des bürgerlich-demokratischen Gedankens emporgetragen worden; etwa zwei Dutzend volksparteiliche Blätter waren damals neu gegründet worden. Seitdem die Partei aber einen Stillstand bzw. einen Rückgang erlebte, gingen einige von diesen Organen wieder ein. Die „Haller Zeitung“ zählte zu den Opfern dieser ungünstigen Konjunktur²²⁶. In der Zeit, in der sie ins Leben gerufen wurde, vertrat Friedrich Hartmann, Mitglied

222 Gerster (wie Anm. 208), S. 271. Hier wird das 1892 gegründete „Hohenloher Tagblatt“ (Auflage 2100) als „liberal“ eingestuft.

223 An die Leser der 'Haller Zeitung!' Öhringen, den 30. März 1903, in: HZ Nr. 76, 31. 3. 1903, S. 4..

224 In einem Bericht an das Innenministerium schrieb das Oberamt Hall 1882 über Emil Schwend, er sei ein *in geordneten Vermögensverhältnissen stehender* Bürger, dessen Zeitung *höchst gemäßigt freisinnig und loyal*, national und liberal sei, *ohne aber einer bestimmten politischen Partei zu dienen*. Das Oberamt glaubte hinzufügen zu müssen, das „Haller Tagblatt“ habe unter Emil Schwends Vater eine extreme Richtung nach links verfolgt, tue das allerdings seit zwanzig Jahren nicht mehr. Zit. bei *Egil Pastor*: Erlaubt ist, was der Obrigkeit gefällt, in: *Philippe Alexandre, Egil Pastor*: Neues aus alten Zeitungen (Veröffentlichungen zur Ortsgeschichte und Heimatkunde in Württembergisch Franken 3), Schwäbisch Hall 1990, S. 325.

225 Landesversammlung der württembergischen Volkspartei, in: HZ Nr. 6, 8. 1. 1893, S. 1.

226 *Otto Groth*: Die politische Presse Württembergs, Diss., Stuttgart 1915, S. 89 f.

der Deutschen Volkspartei, den XI. württembergischen Wahlkreis im Reichstag, und nachdem dieser 1898 aus gesundheitlichen Gründen sich vom politischen Leben zurückgezogen hatte²²⁷, war sein Nachfolger der Stuttgarter Professor Leonhard Hoffmann, auch ein Volksparteiler.

In seiner Haller Zeit betätigte sich Paul Kienle nicht nur als politischer Journalist, er engagierte sich auch im politischen Leben der Stadt: er wurde Mitglied des Ausschusses des lokalen Volksvereins und des Friedensvereins²²⁸. In den Spalten seines Blattes berichtete er sehr regelmäßig über die Versammlungen des Haller Volksvereins und der Volkspartei auf regionaler und nationaler Ebene sowie über die Arbeit der demokratischen Abgeordneten in der Öffentlichkeit und im Reichstag. Dabei scheute er sich nicht, kritische Standpunkte zu vertreten, was seine Nachfolger auch tun sollten, vor allem, wenn es sich um die Aktivitäten der Partei handelte. Die „Haller Zeitung“ versuchte namentlich, den lokalen Volksverein aus seinem Schlendrian herauszubekommen. Mit einer gewissen Unabhängigkeit vertrat sie die radikal-demokratischen Ideen der 48er-Generation, in einer Zeit, als die „moderne“ Demokratie sich zu gewissen Kompromissen mit dem wilhelminischen Reich bereit zeigte. Georg Herwegh und Ludwig Pfau waren die Männer, auf die sie sich in den Leitartikeln immer wieder berief und die sie gern zitierte. Diese Treue zu den alten Idealen verband sich mit dem Willen, zu den von der modernen Welt gestellten Problemen Stellung zu nehmen. In den Einladungen zum Abonnement erinnerte sie immer wieder daran, das Blatt sei ein *Freund und Berater des Bürgers*, es sei nicht parteilos, weil es *die Pflicht jeden Staatsbürgers sei, Anteil zu nehmen an den großen Kämpfen, die die Zeit bewegen*²²⁹. Der wiederholte Wandel in der Redaktion des Blattes änderte nichts an seiner politischen Linie; die Kontinuität wurde offenbar – über die Grenzen des Haller Bezirks hinaus – durch eine regionale Organisation gesichert, die auf der parteilichen Solidarität beruhte.

Die Erhaltung des Friedens war um die Jahrhundertwende eine jener Grundfragen, die die öffentliche Meinung beschäftigten. Beachtenswert ist die Bedeutung, die die „Haller Zeitung“ dem Thema des europäischen und des Weltfriedens beimaß. Sie setzte mit einer solchen Konsequenz den Akzent darauf, daß sie als ein pazifistisches Organ betrachtet werden kann. Wie andere demokratische Organe bekämpfte sie nicht nur im Geiste eines Ludwig Pfau den Militarismus und den *Berliner Hurratriotismus*, in dem sie eine Gefahr für den Frieden sah²³⁰, sondern

227 HZ Nr. 305, 30.12.1898, S. 2.

228 HZ Nr. 87, 15.4.1896, S. 2; Nr. 45, 24.2.1900, S. 2.

229 HZ Nr. 68, 21.3.1896, S. 1; Nr. 218, 18.9.1897, S. 1.

230 HZ Nr. 25, 31.1.1896, S. 1; Vom Militarismus, in: HZ Nr. 55, 6.3.1896, S. 1, In diesem aus der Münchner Freien Presse übernommenen Artikel hieß es u.a.: *Er [der Militarismus] durchdrängte und versuchte mit seinem Geist das ganze politische und soziale Leben der deutschen Nation. Nein, nicht bloß das Leben der deutschen Nation. Eine wilde Hetzjagd, eine besinnungs- und vernunftloser Wettstreit aller Völker Europas begann und als erster Preis allen Ehrgeizes in den 'Kulturstaaten' des Kontinents galt es fortan, die bestgedrillten Soldaten, den akkuratesten Stechschritt, die mörderischsten*

sie stellte sich auch entschieden in den Dienst der Friedensbewegung, indem sie zahlreiche Texte von engagierten Friedensfreunden wiedergab, regelmäßig über die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Bewegung berichtete und selber sehr oft im Sinne einer friedlichen Regelung der internationalen Konflikte Stellung nahm. Diese publizistische Tätigkeit unterstützte auch, wie wir sehen werden, das mutige Eintreten des Haller Abgeordneten Leonhard Hoffmann im Reichstag für die Sache des Friedens.

Ohne das „Haller Tagblatt“ könnten wir heutzutage die Geschichte des Haller Friedensvereins und die Debatte um die Friedensfrage im damaligen Schwäbisch Hall nicht verfolgen. Die wohletablierte Schwend'sche Zeitung verfügte über die Dienste des lokalen stenographischen Vereins, die ihr erlaubten, Vorträge wortwörtlich wiederzugeben, während die Mitarbeiter der „Haller Zeitung“ nach Aufzeichnungen berichteten. Es gibt aber sonst inhaltliche Unterschiede zwischen den Artikeln der beiden Blätter. Im „Haller Tagblatt“ blieb die Berichterstattung die meiste Zeit neutral, während Paul Kienle und seine Nachfolger, eben weil sie engagiert waren, Kommentare zu den Beschlüssen des Haller Friedensvereins hinzufügten und zu den Worten der großen Wanderredner der Friedensbewegung Stellung nahmen, die in der Stadt gastierten. Eher national-liberal orientiert, betrachtete das „Haller Tagblatt“ die internationale Politik nüchtern, das heißt, daß es die Erhaltung des Friedens für eine selbstverständliche Notwendigkeit hielt, aber zugleich die Ansicht vertrat, Deutschland müsse sich auf einen möglichen Krieg in Europa vorbereiten. Es war also weit entfernt von der idealistischen Haltung der „Haller Zeitung“, die eine Annäherungspolitik zwischen den europäischen Mächten, verbunden mit einem allmählichen Abbau der Heere und der Rüstung, herbeiwünschte und an die Möglichkeit eines dauernden Friedens durch dieses Mittel glauben wollte.

Paul Kienle zeigte sich optimistisch, wenn er auf die Entwicklung der Weltgeschichte zurückblickte. Zwar blieb diese ein *Schlachtenkatalog*, aber die Zeit war vorbei, in der es die alleinige Aufgabe der Geschichtsschreibung war, den Kriegsruhm der Fürsten zu begründen. Die Generationen wechseln und mit ihnen die Anschauungen der Menschen. Deshalb glaubte Kienle, feststellen zu können, daß die Friedensidee Fortschritte gemacht hatte: immer mehr galt der bewaffnete Friede als ein unhaltbarer Zustand und der Militarismus als eine Schädigung für die Kultur. Europa sollte sich von diesem befreien, um einen wirklichen, dauerhaften Frieden herbeizuführen und damit seine Kulturaufgabe in der Welt zu erfüllen. Wie konnte diese friedliche Ordnung geschaffen werden? Indem man den Dreibund, d. h. das 1882 zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien abgeschlossene Bündnis, zu einem Bund *der vereinigten Friedensstaaten Eu-*

Waffen für den Massenmord sein Eigen zu nennen. Die Welt gleicht heute einem Feldlager; die Katastrophe kann jeden Augenblick hereinbrechen, der europäische Krieg ist nach dem Ausspruch eines Fachmannes wie General-Feldmarschall Graf Moltke unvermeidlich, und dann stehen 28 Millionen Soldaten einander bis zu den Zähnen in Waffen gegenüber.

ropas erweitern und das Prinzip der internationalen Schiedsgerichte verallgemeinern würde, meinte Paul Kienle.

Schiedsgerichte und die öffentliche Meinung waren die Themen der Resolution, die das Berner Friedensbüro 1896 für die „Weltmanifestation der Friedensgesellschaften“ vorgeschlagen hatte. Der Text dieser Resolution, verfaßt vom Engländer Felix Moscheles, lautete: *Die [Deutsche Friedensgesellschaft] erklärt ihre unbedingte Zustimmung zu dem Prinzip der schiedsrichterlichen Erledigung aller internationalen Streitigkeiten. Dies von Neuem zu bekräftigen, hält sie den gegenwärtigen Zeitpunkt für besonders geeignet und ersucht demnach alle Gleichgesinnten um ihre moralische Unterstützung dadurch, daß sie sich frei und offen für jenes Prinzip aussprechen. Die Gesellschaft erläßt diesen Aufruf, weil sie überzeugt ist, daß die öffentliche Meinung, die größte aller Großmächte, imstande ist, die Parlamente und durch diese die Regierungen zu bestimmen, eine neue Ära des internationalen Friedens, beruhend auf der Hochhaltung des Rechts, zu inaugurie-*²³¹.

Weil Kienle, wie viele Pazifisten, an die Macht der öffentlichen Meinung glaubte, sofern diese für die Friedensidee gewonnen werden könnte, begrüßte er die aufklärerische Friedensarbeit einer Bertha von Suttner, die in der Hoffnung, der Menschheit eine künftige *blutige Katastrophe* ersparen zu können, mit ihren Publikationen in der ganzen Welt wirkte²³².

Die „Haller Zeitung“ unterstützte mit ihren bescheidenen publizistischen Mitteln die Aktionen der großen Pazifistin. Im Frühling 1896 druckte sie „unter dem Strich“ ihren Roman „Hanna“ ab²³³ und plädierte 1901 dafür, den Friedensnobelpreis an *die erfolgreichste Vorkämpferin des Friedensgedankens in Europa* zu verleihen. Diese Anerkennung sollte ihr nicht versagt werden: den Preis erhielt sie im Jahre 1905²³⁴. Alle beachtenswerten Initiativen zugunsten des Friedens fanden ein Echo in den Spalten der „Haller Zeitung“. Paul Kienle veröffentlichte zum Beispiel eine Rede, die Carl Schurz²³⁵ Anfang 1896 in der New Yorker Handelskammer gehalten hatte. Darin entlarvte der in die Vereinigten Staaten emigrierte deut-

231 Die Weltmanifestation der Friedensgesellschaften am 22. Februar dieses Jahres, in: HZ Nr. 44, 22. 2. 1896, S. 1.

232 Wohin?, in: HZ Nr. 29, 5. 2. 1896, S. 1.

233 HZ Nr. 60, 12. 3. 1896 bis Nr. 100, 30. 4. 1896.

234 Bertha von Suttner und der Nobelpreis, in: HZ Nr. 28, 3. 2. 1901, S. 3. Die „Haller Zeitung“ erinnerte an die unermüdliche Friedensarbeit der Österreicherin, die sich seit der Gründung der Friedensgesellschaft im Jahre 1892 noch verstärkt hatte.

235 Carl Schurz (1829–1906) hatte 1849 am badischen Aufstand teilgenommen. Nach seiner Flucht aus der Gefangenschaft in die Schweiz hatte er seinen Lehrer Gottfried Kinkel aus dem Gefängnis in Spandau befreit und lebte dann als Journalist in Paris und London. 1852 war er nach Amerika ausgewandert, wo er sich als Rechtsanwalt ansässig machte. In den USA trat Schurz als Gegner der Sklaverei für Lincolns Präsidentschaft auf; er wurde 1861/62 Gesandter in Spanien, im Sezessionskrieg kommandierte er eine Division, mit der er an mehreren Schlachten teilnahm. 1869–75 war er Senator für Missouri und 1887–81 Staatssekretär des Innern. In diesen Stellungen bekämpfte er die Korruption in der Verwaltung und trat für eine versöhnliche Politik gegenüber den Südstaaten sowie für eine Integration der Indianer in die amerikanische Gesellschaft ein.

sche „Achtundvierziger“ amerikanische „Patrioten“, die einen als Feinde der Zivilisation, die es in der neuen Welt zu verbreiten galt, die anderen als *korrupte Politiker* und *skrupellose Spekulanten*. Schurz geißelte diejenigen, die einen Konflikt mit der Behauptung herbeiwünschten, ein Krieg von Zeit zu Zeit rege den Patriotismus an und bewahre das Volk vor einer Verweichlichung. *Krieg ist Hölle!*, erwiderte ihnen Carl Schurz als ehemaliger Offizier des Sezessionskriegs. Die Zivilisation der Amerikaner und ihr Christentum müßten stark genug sein, um die Verbreitung solcher Thesen zu verhindern. Der Krieg sei mit allen Mitteln der Diplomatie zu verhindern, denn Krieg führe zu Verlusten an Menschenleben, zu Not und Elend, zu Sittenverfall und Rückgang der Zivilisation. Carl Schurz, der schon damals als einer der wichtigsten Vertreter der Deutsch-Amerikaner galt, erschien in der „Haller Zeitung“ als Stolz der deutschen Demokraten und Vertreter eines Gedankenguts, das sich in Amerika Geltung verschafft hatte, das aber in Deutschland bis dahin noch nicht zum Durchbruch hatte kommen können²³⁶.

Die „Haller Zeitung“ gehörte zu den Blättern, die 1898 den Vorschlag des Zaren Nikolaus II., eine internationale Friedenskonferenz einzuberufen, begrüßten. Die skeptische Haltung der meisten politischen Kreise Deutschlands bedauernd, wies sie auf die bejahende Reaktion der französischen Friedensfreunde und Rechtsgelehrten, die zwar auch nicht viel von dieser Konferenz erwarteten, die Idee der Schiedsgerichtsverträge aber unterstützten. Der Richter und Völkerrechtslehrer Arthur Desjardins ging sogar bis dahin, einen solchen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich zu empfehlen, die nun einmal *ihre Rolle als führende Nationen der europäischen Zivilisation begreifen lernen* mußten. Paul Kienle machte sich keine Illusionen, er setzte keine große Hoffnung auf die Initiative des Zaren, die ihm doch schon deshalb positiv erschien, weil sie zum Nachdenken anregte. Diese Initiative ermutigte außerdem die Friedensfreunde der ganzen Welt, denn sie schützte sie von nun an *vor dem Vorwurf der Kindischheit und der Vaterlandsfeindschaft*²³⁷.

Im Sommer 1899 berichtete die „Haller Zeitung“ ausführlich über die Verhandlungen der ersten Haager Konferenz, die viel Raum in den Spalten aller Blätter einnahmen. Es war eine Zeit, in der viel von den Vereinigten Staaten Europas die Rede war und einflußreiche Männer wie der liberale Politiker Rudolf Virchow gegen den Chauvinismus zu Felde zogen²³⁸. Die Linksliberalen erwarteten, daß sich die Idee eines ständigen internationalen Schiedsgerichts durchsetze²³⁹. Deshalb äußerte sich Paul Kienle mit gemischten Gefühlen über das Ergebnis der Haager Konferenz. Zur Frage der Abrüstung gestand er, es sei ihm – wie jedermann – schon von Anfang an klar gewesen, daß man nichts beschließen würde. Man hatte

236 Krieg dem Krieg!, in: HZ Nr. 47, 26. 2. 1896, S. 2.

237 Zur Abrüstungsfrage (Gedicht von Erich Horn), in: HZ Nr. 250, 26. 10. 1898, S. 1.

238 Friedensstimmen, in: Nr. 117, 21. 5. 1899, S. 1; Gegen den Chauvinismus, in: HZ Nr. 121, 27. 5. 1899, S. 1.

239 Kann ein fakultatives Schiedsgericht ein Fortschritt sein? (Berliner Tageblatt), in: HZ Nr. 137, 15. 6. 1899, S. 1.

den Wunsch nach einer *humaneren Kriegsführung* geäußert und die Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg ausgedehnt. Kienle bemerkte, vom Standpunkt des Pazifisten aus wolle das nicht viel heißen, denn *jeder Menschen- und Vaterlandsfreund wünscht[e] nicht humanere Kriege, sondern die Abschaffung des Krieges überhaupt*. Das Schiedsgericht, über das man sich geeinigt hatte, war zwar nur ein fakultatives. In diesem Punkt urteilte aber Kienle etwas positiver; er meinte, die Haager Konferenz habe einen Keim gelegt, der Triebkraft hatte; andere Konferenzen würden folgen: die Fortentwicklung schien also garantiert. Der Franzose Léon Bourgeois, der sein Land in Den Haag vertreten hatte und 1907 wieder vertreten sollte, hatte erklärt: *Schon haben die zivilisierten Völker die Gewohnheit angenommen, sich als eine Gemeinschaft zu betrachten, das heißt als eine Gesamtheit von Kollektiv-Individuen, deren Rechte die gleichen sind und deren allgemeine Sicherheit verletzt ist, wenn auch nur eine einzige von ihnen der Gegenstand eines Angriffs oder einer Rechtsverweigerung ist. Diese Gewohnheit muß man stärken*. Selbst wenn er diese optimistische Beobachtung als richtig betrachtete, bedauerte der Redakteur der „Haller Zeitung“: *Noch sind wir weit entfernt von den Vereinigten Staaten Europas*. Seine Meinung über das Gesamtergebnis der Konferenz war dennoch eher positiv; er schrieb nämlich: *Solange die Welt steht, ist noch keine Konferenz zusammengetreten, um dem Krieg den Krieg zu erklären. Jetzt aber ist's im Haag geschehen, und alle Delegierten haben es ausgesprochen, daß der Krieg etwas Verdammenswertes, daß seine Abschaffung wünschenswert, ja mit der Zeit eine Notwendigkeit sei*. Ein solches Ergebnis empfand die Friedensbewegung als eine Ermunterung und eine moralische Stärkung. Deshalb konnte sie nicht wirklich als ein Fiasko betrachten²⁴⁰. Paul Kienle berief sich auch auf die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“. Das linksliberale Blatt war überzeugt, daß die Kabinettskriege von nun an zur Vergangenheit gehörten und daß der Krieg nur noch eine *ultima ratio* sei, zu der man in Fällen greifen würde, in denen alle anderen Mittel versagten. Es setzte also Hoffnung auf das permanente Schiedsgericht, das dazu dienen könnte, Kriege zu verhüten. Als positiv beurteilte es auch, daß die Haager Konferenz die öffentliche Meinung mobilisiert hatte; die Aufgabe der öffentlichen Meinung war es, einen Druck auf die Regierungen auszuüben, damit diese sich des schiedsgerichtlichen Mittels bedienten. Die „Haller Zeitung“ geißelte diejenigen, die versuchten, in der Öffentlichkeit das Ergebnis der Haager Konferenz herabzusetzen. Professor Zorn, einer der Vertreter Deutschlands, hatte pessimistisch erklärt, die Menschheit sei nicht reif für die Idee eines internationalen Schiedsgerichts. „Die Komödie ist aus!“ So lautete die Überschrift, die ein Stuttgarter Blatt gewählt hatte für seine Kommentare zum Ausgang der Haager Konferenz, die Mommsen als einen „Druckfehler der Geschichte“ hinstellte. Die Frage des Duells – damit verlassen wir das Terrain der internationalen Beziehungen, um das der zwischenmenschlichen zu betreten – war ein Thema, das bis 1914 die pazifistischen Kreise mobilisierte. Daß es im April 1896 den Reichstag

240 Wirklich Fiasko?, in: HZ Nr. 178, 2. 8. 1899, S. 1.

beschäftigte, war für die „Haller Zeitung“ eine willkommene Gelegenheit, den *Duellunfug* zu geißeln²⁴¹. Auf die Ebene der politischen Diskussion übertragen, bot dieses Thema auch den Anlaß zu einer schonungslosen Kritik an gewissen konservativen Kreisen, in denen das Duell noch zur *Standesehre des Offiziers* gehörte, wie das „Militär-Wochenblatt“ kurz zuvor erklärt hatte. Prinzipiell konnte sich der Demokrat Paul Kienle nicht mit der Tatsache abfinden, daß eine Kaste mit eigenen Sitten und Gebräuchen im Staat weiterbestand; bedauerlich fand er aber auch, daß der Staat sich nicht bereit zeigte, *seinen Edelsten und Besten* weh zu tun²⁴². Die Polemik gegen das Duell beruhte auf der Hoffnung, daß die Gewalt zwischen Bürgern eines und desselben „zivilisierten“ Staates einmal endgültig beseitigt werden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt war sie mit der Agitation um eine Weltordnung ohne Gewalt, in der sich die Nationen sich nicht mehr bekriegen würden, eng verbunden.

Der Fortschritt, wie sie ihn die Pazifisten verstanden, sollte notwendigerweise die Abschaffung von Duell und Krieg mit sich bringen. Aber auch der aggressive Imperialismus der europäischen Mächte erschien ihnen mit dem Fortschritt der Zivilisation unvereinbar. Deshalb nahm die „Haller Zeitung“ systematisch Stellung gegen die militärischen Feldzüge, die europäische Länder überall in der Welt unternahmen, und sie relativierte das Recht dieser Länder, sich „zivilisiert“ zu nennen und dagegen die von ihnen angegriffenen Völker als „barbarisch“ herabzusetzen. Das war z. B. der Fall im Jahre 1896, als Italien Eritrea zu erweitern strebte und die Herrschaft über ganz Äthiopien beanspruchte. Äthiopien verteidigte sich und erreichte nach dem Sieg bei Adua am 1. März die Anerkennung der Unabhängigkeit im Frieden von Addis Abeba. Dies war einer der Erfolge Kaiser Meneliks II. (1889–1913), der als der Erneuerer seines Landes galt. Paul Kienle verurteilte ohne Vorbehalt den Angriff gegen ein friedliches Volk durch Italien, die Verletzung des Friedens und den Bruch des Vertrags, den es mit Menelik geschlossen hatte. Er hob dabei besonders hervor, daß letzterer sich bereit erklärt hatte, die Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht erledigen zu lassen, während die italienischen „Patrioten“ die Fortsetzung des Krieges verlangten unter dem Vorwand, es sei eine Frage der *Waffenehre*. Dieser Krieg, bemerkte außerdem Paul Kienle, hatte Menschenopfer gekostet und ungeheure Lasten für das italienische Volk bedeutet. *So handelt Menelik, ein 'Barbar', so handeln die Italiener, ein 'zivilisiertes Volk'*, schloß er nicht ohne Ironie²⁴³.

241 Das Duell in englischer Beleuchtung, in: HZ Nr. 88, 16. 4. 1896, S. 1; Nr. 90, 18. 4. 1896, S. 1; Der Ursprung des Duells, in: HZ Nr. 93, 22. 4. 1896, S. 1; Babels Rede gegen das Duellwesen in der 72. Sitzung des Reichstags, in: Nr. 94, 23. 4. 1896, S. 1; Nr. 95, 24. 4. 1896, S. 1; Aus Richters Rede (73. Sitzung) über den Duellunfug, in: Nr. 96, 25. 4. 1896, S. 1.

242 Duell und Bibel, in: HZ Nr. 100, 30. 4. 1896, S. 1. Ein Duell zwischen zwei preußischen Beamten, bei dem der Kommandant von Stuttgart und der preußische Gesandte als Sekundanten aufgetreten waren, belebte Anfang 1897 die Polemik. Das Stuttgarter Duell zu Weihnachten, in: HZ Nr. 2, 3. 1. 1897, S. 2.

243 Wo ist Barbarei?, in: HZ Nr. 61, 13. 3. 1896, S. 1; Der chinesische Barbar und der europäische Kulturmensch, in: Nr. 150, 1. 7. 1900, S. 1. In diesem Artikel geißelte Paul Kienle die Mißhandlung der

Die Niederlage Italiens in Äthiopien bot dem Redakteur der „Haller Zeitung“ die Gelegenheit, die gesamte Außenpolitik Crispis vom pazifistischen Standpunkt aus kritisch zu beurteilen. Kienle fuhr fort: *Besonnene Leute, Friedensfreunde in Deutschland, raten dem mit uns verbündeten Volk, die Abenteuerpolitik aufzugeben. Sie zeigen ihm, was die Politik Crispis ihm schon kostete, sie zeigen ihm, wo es mit solcher Politik hinkommt, sie mahnen es eindringlich, von dem beschrittenen Wege abzugehen, denn ein Weitermarsch auf demselben führe zur Lockerung des Friedensbundes, des Dreibundes. Sie raten das den Italienern in erster Linie in deren eigenem Interesse, sie raten es ihnen im Interesse Deutschlands, sie raten es ihnen im Interesse des europäischen Friedens wie der Idee des Weltfriedens zu Liebe. Wer so denkt und mahnt, gilt als 'unpatriotisch'.* Der Dreibund, den Paul Kienle als den möglichen Kern von künftigen Vereinigten Staaten Europas betrachtete, könnte als Garantie für den europäischen Frieden erst dann glaubwürdig werden, wenn jeder der drei Verbündeten eine angemessene Außenpolitik, das heißt eine friedliche, betreiben würde.

Ihre radikale Stellungnahme gegen den Imperialismus führte die „Haller Zeitung“ dazu, auch Deutschlands „Weltpolitik“ zu mißbilligen. Die Entwicklung des deutschen „Wassermilitarismus“ lehnte sie deshalb ab, weil er für das deutsche Volk eine drückende, ja unerträgliche Last geworden war²⁴⁴. Als um die weitere Vermehrung der Flotte debattiert wurde, lenkte die „Haller Zeitung“ die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die Tatsache, daß die Firma Krupp viel zugunsten dieser Vermehrung agitierte, wobei sie bemerkte, daß Krupp mit der Lieferung von Panzerplatten *mehr als glänzendes Geschäft* mache. Die Redaktion schrieb dazu: *Und wer zahlt diesen ungeheuren Profit, den diese Flottenpatrioten in die Tasche stecken? Die deutschen Steuerzahler! Und welche Lehre ist aus solchen teuren Erfahrungen zu ziehen? Allen, die sich bei Vermehrung von Heer und Flotte durch eine besondere Leidenschaftlichkeit für Bewilligung bemerkbar machen, auf die Finger zu schauen und genau zu prüfen, wie weit sie geschäftlich dabei interessiert sind. Da mag keine sehr angenehme Arbeit sein, aber notwendig ist sie und wahrhaft patriotisch ist sie auch*²⁴⁵.

Prinzipiell äußerte sich die „Haller Zeitung“ kritisch über die Kolonien und lehnte die Schaffung von Kolonialtruppen ab²⁴⁶. Als im Sommer 1900 die verbündeten europäischen Mächte eine Niederlage in den sogenannten „Chinawirren“ erlitten, gewann diese Kritik noch an Schärfe. Der Leitartikler der Zeitung schrieb damals: *Das ist zwar eine blutige Ironie auf den Haager Friedenskongreß, aber es ist eine durchaus nicht überraschende Erscheinung im Flusse jener 'Weltpolitik', in die seit einiger Zeit auch Deutschland hineingeraten ist. Freilich mag es heute schon*

Chinesen durch die Europäer, und er schloß seine Betrachtungen mit dem Satz: *Man begreift die Abneigung der Chinesen gegen europäische Kultur.* Europäische Zivilisation, in: HZ Nr. 161, 14. 7. 1900, S. 2.

244 Vorwärts oder rückwärts?, in: HZ Nr. 1, 1. 1. 1897, S. 1. 1901

245 Geschäft und Patriotismus, in: HZ Nr. 126, 1. 6. 1901, S. 1.

246 Der Kolonialetat, in: HZ Nr. 49, 28. 2. 1896, S. 1; Der chinesische Barbar und der europäische Kulturmensch, in: HZ Nr. 150, 1. 7. 1900, S. 1.

*manchem schwül zu Mute werden, wenn er die ersten Früchte dieser Weltpolitik in einem nüchternen Augenblick einer kühlen Erwägung unterzieht. Man braucht die Hoffnung, daß diesmal noch der bittere Kelch an den Völkern vorüber gehen möge, noch nicht aufzugeben, aber die Lehre, die man aus den jetzigen Vorgängen zu ziehen hat, bleibt darum nicht weniger scharf und deutlich*²⁴⁷. Die „Haller Zeitung“ sah in der Entwicklung der Dinge in China eine Bestätigung der Tatsache, daß die Warnungen der Linksliberalen begründet waren. Der württembergische Demokrat Conrad Haußmann hatte einige Monate zuvor im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem er vorschlug, die Ausfuhr deutscher Waffen nach China gesetzlich zu verbieten. Die „schwarze Presse“ hatte gegen Haußmann gewettert; nun stellte sich aber heraus, daß er doch recht hatte²⁴⁸. Die „Haller Zeitung“ sah sich in ihrer Kritik der „Weltpolitik“ bekräftigt durch die Aussagen Max von Brandts, der von 1875 bis 1893 deutscher Gesandter in Peking gewesen war. Dieser meinte, Europa müsse aus den Vorgängen in China eine Lehre ziehen, sonst würden seine bisherigen Methoden viele Menschenopfer und Millionen Mark kosten. Wer zwischen den Zeilen las, verstand, daß es sich hier um eine Anspielung auf die unüberlegte „Hunnenrede“ Wilhelms II. handelte, mit der der Kaiser die entschiedene Reaktion der deutschen Regierung auf die „Chinawirren“ hatte kennzeichnen wollen, die aber in der öffentlichen Meinung, namentlich in den pazifistischen Kreisen, Empörung ausgelöst hatte. Von Brandt verurteilte nachdrücklich jede Eroberungspolitik in Ostasien und empfahl eine vernünftigeren Vorgehensweise. Er erklärte: *In Ostasien liegt unser Interesse nicht in einem Zuwachs territorialen Besitzes, der uns neue Pflichten und damit neue Opfer auferlegen würde, sondern in der Gewinnung eines möglichst großen Anteils an dem chinesischen Markt für unseren Handel und unsere Industrie. In der Weltpolitik haben wir alle Veranlassung, uns von den Zwistigkeiten fernzuhalten, die sich aus den sich widerstrebenden Interessen und Aspirationen Rußlands, Englands und Japans in Ostasien ergeben können, und uns vielmehr der Politik der Vereinigten Staaten anzuschließen, die nur ihre kommerziellen Interessen zu wahren bestrebt sind.* Der Redakteur der „Haller Zeitung“ sah in diesem kompetenten Urteil eine ernste Warnung, die die Regierenden Deutschlands beherzigen sollten²⁴⁹.

Im Juni 1901 zogen sich die europäischen Armeen aus China zurück. Selbst wenn die „Haller Zeitung“ diesen Rückzug mit Zufriedenheit zur Kenntnis nahm, bemerkte sie, daß die chinesische Affäre damit nicht erledigt sei, denn die Boxerbewegung hatte eine Volksempörung gegen die Mißstände im Land ausgelöst; sie hatte auch das Mißtrauen und den Haß gegen die Fremden gesteigert²⁵⁰.

Die Deutsche Volkspartei vertrat außerdem die Meinung, daß es das Recht der Volksvertretung, also des Reichstags, sei, eine Umorientierung der deutschen Poli-

247 Das Konzert der Mächte, in: HZ Nr. 166, 20. 7. 1900, S. 1.

248 Deutsche Waffenausfuhr nach China, in: HZ Nr. 173, 28. 7. 1900, S. 1.

249 Auszug eines Aufsatzes des früheren Gesandten von Brandt in der „Deutschen Revue“, in: HZ Nr. 179, 4. 8. 1900, S. 1.

250 Der Rückzug der Armeen und Chinas Zukunft, in: HZ Nr. 130, 6. 6. 1901, S. 1.

tik in Ostasien herbeizuführen. Sie wirkte auch in diesem Sinne²⁵¹. Am 1. September 1900 versammelte sich der weitere Ausschuß der Partei und veröffentlichte folgende Erklärung: *Im Hinblick auf die Ausdehnung der chinesischen Wirren, welche das Deutsche Reich in unabsehbare Verpflichtungen zu verwickeln drohen, im Hinblick auf das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung, durch vorhergehende Entscheidung über die Ausgaben die Geschicke des Reiches mitzubestimmen, und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Ziele unserer Politik, sowie die Verantwortlichkeit für dieselbe vor der Nation festzustellen, ist die schleunige Einberufung des Reichstags dringend geboten.*

„Stimmungsmache für einen Krieg im Dienste von Privatinteressen auf die Kosten des Volkes“. So könnte man auch die Kritik zusammenfassen, die die „Haller Zeitung“ in der Zeit des Burenkriegs gegen England richtete. Sie führte die Ursprünge des Konfliktes auf die *Beutesucht* zurück: auf dem Spiel standen das Gold und die Edelsteine in Transvaal. Der Vorwand war, man wolle das mißhandelte Recht der dort lebenden Engländer sichern und den südafrikanischen Besitz der Engländer gegen die Angriffe der Buren schützen. England war in dieser Angelegenheit in eine Sackgasse geraten. Die „Haller Zeitung“ bedauerte, es fehle unter den liberalen Elementen ein Mann, der den Mut habe, zum Volk zu rufen: *Beendet den Krieg! Schließt Frieden!* Sie sah in Chamberlain und seinen Verbündeten *Räuber und Diebe*, die – auf konservative Kreise gestützt – den nationalen Ehrgeiz anstachelten und im Volk einen falschen Patriotismus verbreiteten. Als unpatriotisch galt in England, wer zum Frieden mahnte, wo die wahre patriotische Tat im Friedensschließen bestanden hätte. *Der Kieg ruiniert nicht nur Transvaal und den Oranje-Freistaat, ruiniert nicht nur die Kapkolonie*, erklärte die „Haller Zeitung“, *er ruiniert das Mutterland selbst, wirtschaftlich, politisch, moralisch*²⁵².

Diese Kritik enthält die wichtigsten Gründe, aus denen die Demokraten an der Ansicht festhielten, die Entscheidung über die Kriegsführung müsse die Sache der Volksvertreter sein. Einige Pazifisten gingen aber einen Schritt weiter. Ein Herr Dr. Landmann vertrat 1901 in den „Friedensblättern“ den Standpunkt, daß die Völker den Frieden wollen, daß die Kriege nur auf die *ehrgeizigen Gelüste von Potentaten, die Ränke von Diplomaten oder die materiellen Interessen des Kapitalismus* zurückzuführen seien und daß die sogenannte „Volksbegeisterung“ beim Ausbruch von Kriegen auf künstlicher Stimmungsmache beruhe. Davon ausgehend, schlug er vor, eine internationale Volksabstimmung zu organisieren, aus der sich klar ergeben würde, daß die Völker tatsächlich pazifistisch gesinnt sind. Als Abstimmungstag biete sich – so Dr. Landmann – der 1. oder 2. Weihnachtstag an. Die liberalen, demokratischen und sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder würden ihre Parteiorganisationen zur Verfügung stellen. Die Redaktion der

251 Aus der Deutschen Volkspartei, in: HZ Nr. 208, 7.9.1900, S. 1.

252 Ein Jubiläum, in: HZ Nr. 241, 21.2.1902, S. 1. Der Burenkrieg nahm viel Raum in den Spalten der „Haller Zeitung“ ein wie in allen Blättern. S. auch: Die Kriegslage in Südafrika, in: HZ Nr. 245, 18.10.1901, S. 1; Der Krieg und die Stimmung in England, in: HZ Nr. 246, 19.10.1901, S. 1; Blutarbeit in Südafrika, in: Nr. 247, 20.10.1901, S. 1; Vom Burenkrieg, in: HZ Nr. 249, 23.10.1901, S. 1.

„Haller Zeitung“ begrüßte diese Idee, wenn sie auch befürchtete, ihre Verwirklichung würde eine Gegenagitation auslösen²⁵³.

Die Aussöhnung und die Zusammenarbeit mit Frankreich waren in den Kreisen der südwestdeutschen Demokratie als der Grundpfeiler einer neuen, friedlichen europäischen Ordnung betrachtet. Von dieser Idee durchdrungen, wandten die Presseorgane dieser Tendenz der Frage der deutsch-französischen Beziehungen ihre Aufmerksamkeit zu²⁵⁴. Die „Haller Zeitung“ bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie bekämpfte die unablässige Propaganda der *Chauvinistenblätter*, die Frankreich in der deutschen öffentlichen Meinung diskreditierten, indem sie das Bild des Nachbarlandes verzerrten. Sie geißelte auch die *Erziehung zum Nationalitätenhaß*, wie sie – übrigens auch in Frankreich – vielfach noch gepflegt wurde, die franzosenfeindlichen Lieder, die in den Schulen jungen Kindern immer noch beigebracht wurden. Die Zeit von *Vater Arndt* ist vorbei, hieß es 1896 in einem Artikel, der in der „Haller Zeitung“ abgedruckt wurde. Je mehr die Zivilisation fortschreitet, desto mehr gilt es, der Idee der Humanität und der Solidarität zwischen allen Menschen Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zweck sollten die Deutschen und die Franzosen, miteinander versöhnt und vereint, als Kulturnationen zusammenwirken. Diese Mahnung drückte die Überzeugung aus, daß das Menschentum eine wesentlich wichtigere Charakteristik des Menschen sei als die Nationalität oder die Staatsangehörigkeit²⁵⁵.

Eine ähnliche Überzeugungs- und Erziehungsarbeit förderten in Frankreich die Schulbehörden unter dem Einfluß von Männern wie Ferdinand Buisson, die sich bemüht zeigten, bei den französischen Schulkindern einen *vernünftigen Patriotismus* wachzurufen, einen Patriotismus, der die Jugend zur Idee einer Zusammenarbeit zwischen den Völkern und einer friedlichen Regelung der internationalen Streitigkeiten erziehen sollte, der den Nationalismus und den Militarismus verdrängen würde und in dem sich die Ideen des Vaterlandes und der Humanität versöhnen würden. Dies darf aber nicht vergessen machen, daß der Kult des Vaterlandes von 1871 bis zum Ersten Weltkrieg in den Schulen der französischen Republik lebendig blieb²⁵⁶.

Die Überzeugung, daß Deutsche und Franzosen ihre Vorurteile überwinden und im Geist der Versöhnung in die Zukunft blicken mußten, brachte die „Haller Zeitung“ wiederholt zum Ausdruck, namentlich Anfang 1896, als Deutschland die 25jährige Erinnerungsfeier des Sieges über Frankreich vorbereitete und Anfang September

253 Ein beachtenswerter Vorschlag, in: HZ Nr. 72, 26. 3. 1901, S. 3.

254 *Philippe Alexandre*: Les démocrates d'Allemagne du Sud et la France (1871–1890). Une médiation entre deux peuples de culture au nom de la raison, de l'humanité et du progrès, in: *Helga Abret, Michel Grunewald* (Hrsgg.): Visions allemandes de la France (1871–1914) = Frankreich aus deutscher Sicht (1871–1914) (Collection „Contacts“. Série 2: Gallo-Germanica 15) Bern/Berlin/Frankfurt a. Main 1995, S. 163–192.

255 *Erziehung zum Nationalitätenhaß*, in: HZ Nr. 37, 14. 2. 1896, S. 1.

256 *Jacques Droz*: Les relations franco-allemandes intellectuelles 1871–1914 (Les Cours de la Sorbonne), Paris 1973, S. 38 ff.

1900, am 30. Jahrestag des Sieges bei Sedan. Carl Friedrich Greiner benutzte damals die Gelegenheit, die die Waffenbrüderschaft der Deutschen und Franzosen im Boxeraufstand bot, um das Thema Sedantag noch einmal aufzugreifen und für die Abschaffung dieser Nationalfeier einzutreten, eine Forderung, die die deutschen Demokraten und Sozialdemokraten schon lange erhoben hatten, wie wir oben gesehen haben. Greiner wünschte ironisch, der Reichsgedanke möge sich *weniger in lärmenden Äußerlichkeiten* ausdrücken, es sei eine Frage des Taktes dem *Erbfeind* gegenüber. Die Abschaffung eines solchen Nationalfestes diktiere ja auch die *Vernunft*²⁵⁷.

Es gab zweierlei Voraussetzungen für eine Annäherung und eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Sie hing von dem Willen der Regierenden auf beiden Seiten ab; deshalb begrüßten die Demokraten jeden politischen Schritt, der in diese Richtung ging. Politische Entscheidungen mußten aber in jedem Land von der öffentlichen Meinung angeregt und getragen werden. Dazu gehörte eine unermüdliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, die namentlich darin bestand, die Aktion von friedliebenden und versöhnlichen Franzosen in Deutschland bekanntzumachen. Der Sozialist Jean Jaurès war einer jener Franzosen, auf die die deutschen Pazifisten ihre Hoffnung setzten. Am 23. Januar 1903, gelegentlich der Debatte über das Militärbudget, hielt Jaurès in der französischen Kammer eine Rede, in der er den tatsächlichen und endgültigen Frieden in Europa als möglich betrachtete. Seit über 30 Jahren hatte es in Europa keinen Krieg gegeben. Er war überzeugt, daß dieser Zustand andauern könnte. Er sah sich in dieser Hoffnung dadurch bekräftigt, daß die zwei großen europäischen Bündnisgruppen: der Dreibund (Deutschland-Österreich-Italien) und der Zweiverband (Rußland-Frankreich) offensichtlich den Frieden wünschten. Jaurès sah in der Annäherung dieser beiden Gruppen den Keim einer künftigen europäischen Allianz, der sich auf dem Boden einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Nationen entfalten würde. Dieser endlich herbeigeführte Friede sollte den Sieg der Revolution in Frankreich sichern²⁵⁸. Die „Haller Zeitung“ gab diese wichtige Rede von Jaurès in ihren Spalten wortwörtlich wieder²⁵⁹. Einige Zeit später berichtete sie aber über die Propaganda, die die französischen Nationalisten unter dem Einfluß Cavaignacs gegen Jaurès trieben. Was die „Haller Zeitung“ vor allem betonte, war, daß Jaurès der ganzen Linken und den aufgeklärten Liberalen Deutschlands die Hand reichte, um ein Bündnis gegen die nationalistische Reaktion beiderseits der Grenze zu schließen²⁶⁰.

Jaurès' Einfluß gewann tatsächlich die Sympathien von gewissen liberalen Kreisen in Deutschland, unter anderem die Friedrich Naumanns, der sich dem Linksliberalismus näherte und 1910 – er war drei Jahre früher von Heilbronn in den Reichstag

257 Contra den Sedantag, in: HZ Nr. 204, 2. 9. 1900.

258 Jean Jaurès: Sur les possibilités de la paix. (Chambre des Députés, 23. 1. 1903), in: *ders.*: Jaurès. Préfacé et commenté par Georges Bourgin, Monaco 1949, S. 145 ff.

259 Jaurès für den Frieden, in: HZ Nr. 21, 26. 1. 1903, S. 1.

260 Jaurès und Cavaignac, in: HZ Nr. 71, 25. 3. 1903, S. 1.

gewählt worden – die Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei durch seine Persönlichkeit stark förderte. Der Ort der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Linken war die Interparlamentarische Union, die 1888 ins Leben gerufen worden war und in der sich Parlamentarier aus ganz Europa trafen, um an der Förderung der internationalen Verständigung mitzuwirken. Die Erkenntnis, daß es galt, diese Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich besonders zu fördern, bewog die deutschen und die französischen Abgeordneten dazu, auch außerhalb der Interparlamentarischen Union Begegnungen zu veranstalten. Zu Pfingsten 1914 fand eine solche Konferenz in Basel, auf „neutralem“ Boden statt. Die wohl bedeutendste Persönlichkeit der Gegengruppe war Jean Jaurès, denn er war nicht nur der Führer einer Partei, die jetzt im Aufstieg war, sondern auch einer der einflußreichsten Redner seines Landes. In seiner Schrift „L'Armée nouvelle“ (1910) hatte er Ideen dargelegt, die die deutschen Demokraten immer vertreten hatten, selbst wenn die Vorstellung, die sich Jaurès vom Heer machte, nicht in allen Punkten mit der der Deutschen Volkspartei deckungsgleich war. Daß das Heer nicht mehr im Dienste der Reaktion, einer militaristischen Regierung stehen dürfe, war ein Wunsch der süddeutschen Demokraten. Jaurès meinte, das Heer müsse in Milizen organisiert sein, damit es ein wirkliches nationales Volksheer sei. Dieser Punkt stand auf dem Programm der Deutschen Volkspartei. Diese Begegnung in Basel war für Naumann menschlich wichtig. Obwohl man sich keine Illusionen machte, verstand man sich als *Parlamentäre der Verständigung*, nach einem Wort des württembergischen Demokraten Conrad Haußmann²⁶¹. Im Herbst 1914 sollte eine überparteilich gedachte Aufklärungskampagne beginnen. Der Mord an Jean Jaurès am 31. Juli geschah mitten in der Krise des Kriegsbeginns, die für den Optimismus des französischen Sozialisten und Friedenspredigers ein Schlag ins Gesicht war.

Die „Haller Zeitung“ unterstützte auf ihre Weise diese Friedens- und Verständigungsarbeit deutscher Parlamentarier. Der XI. württembergische Wahlkreis hatte 1898 Leonhard Hoffmann in den Reichstag gewählt, in dem er 1903 eine bemerkenswerte Rede zum Problem des Friedens hielt. Hoffmann, der am 8. August 1845 in Nesselbach bei Langenburg geboren wurde, betätigte sich zuerst als Landwirt auf dem Gut seines Vaters. Bekannt wurde er später wegen seiner hervorragenden Verdienste um die tierärztliche Medizin. Er war ab 1873 in Württemberg Oberamtstierarzt, dann 1878–86 Oberroßarzt im Feldartillerie-Regiment 29. Er wurde an die Tierarzneischule in Stuttgart berufen und leitete von 1900 bis 1912 die chirurgische Pferdeklunik, veröffentlichte aber auch zahlreiche Fachbücher von bleibendem Wert, unter anderem einen „Atlas der tierärztlichen Operationslehre“ (1908).

261 *Theodor Heuss*: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk und die Zeit, Stuttgart/Tübingen ²1949, 1949, S. 304. S. auch *F. Naumann*: Aus Frankreich, in: Die Hilfe Nr. 18, 30. 4. 1914, S. 282 f.; *Adolf Wild*: Jean Jaurès (1859–1914). Der sozialistische Internationalismus gegen den Krieg, in: *Rajewsky/Riesenberger* (wie Anm. 34), S. 69–81.

Der gebürtige Hohenloher war ein hervorragendes Mitglied der württembergischen Volkspartei, zu deren Vorstand er mehrere Jahre gehörte. Als solcher vertrat er seinen heimatlichen Wahlkreis Hall-Oehringen von 1898 bis 1903 im Reichstag. Beachtenswert ist aber auch Hoffmanns Zugehörigkeit zu der Freimaurerei; er war lange Jahre hindurch Stuhlmeister der Stuttgarter Loge „Zur aufgehenden Sonne“²⁶². Die „Haller Zeitung“ war ein willkommenes Organ, das ihn in seiner Wahlkampagne publizistisch unterstützt hatte. Unser Hauptaugenmerk wollen wir aber hier auf die außergewöhnlich lange Rede richten, die Leonhard Hoffmann am 4. Februar 1903 im Reichstag in einer leidenschaftlichen, ja manchmal stürmischen Atmosphäre hielt und in der er energisch für die Sache des Friedens eintrat. Hoffmann trat vor seine Kollegen mit einem dicken Manuskript. Mehrere Male unterbrach ihn der Präsident und bat ihn, seinen Vortrag abzukürzen. Aber Hoffmann wußte, bald mit Humor, bald mit Ironie, seine Rede fortzusetzen, wobei er versuchte, seine Kollegen zu überzeugen, er könne ein solches Thema nicht in einer ganz kurzen Zeit abhandeln. *Ich habe mich Monate lang bemüht, zu sammeln und zusammenzutragen aus dem großen, leider zu wenig gekannten kostbaren Schatz der Friedensfreunde, und ich habe für hier nur das äußerst notwendig Erscheinende herausgesucht*, erklärte er, als der Präsident ihn zum vierten Mal unterbrach: *Das bißchen Zeit, das ich noch zum Vortrage gebrauche, das wird man mir doch nicht verkümmern*. Die Unterstützung der Linken erlaubte ihm, fortzufahren²⁶³.

Hoffmann begann seine Rede mit einem historischen Rückblick, der an die Bemühungen von Abgeordneten erinnerte, die versucht hatten, die Abrüstungsfrage in deutschen Parlamenten zur Geltung zu bringen. Diese Frage, sofern sie die Entscheidung über Krieg und Frieden berührte, blieb die Sache der Kabinette. Fortschrittliche dachten, diese Entscheidung gehöre zu den Rechten der Volksvertreter. Der Führer der Fortschrittspartei war 1869 mit gutem Beispiel vorangegangen, als er im preußischen Abgeordnetenhaus für eine Einschränkung der militärischen Ausgaben des Norddeutschen Bundes eingetreten war, wobei er zugleich eine allgemeine Abrüstung durch diplomatische Verhandlungen herbeiwünschte. Hoffmann erinnerte aber auch an seinen Vorgänger von Bühler und betonte: *Er hat hier im Reichstag den ersten Antrag auf Abrüstung eingebracht*. Seitdem hatten Abgeordnete verschiedener Tendenzen den Mut gehabt, die Friedensfrage in einem deutschen Parlament aufzuwerfen und den Wunsch geäußert, es werde etwas getan, um die Idee einer allgemeinen Abrüstung, eines neuen internationalen Rechts, mit einem Wort die Idee des Weltfriedens oder einer internationalen Organisation zu fördern. Der Haller Abgeordnete bemängelte, daß solche Bemühungen sowohl von den Parlamentariern als auch von den Regierungen wenig beachtet blieben. Hoffmann gab die Gründe an, warum er im Reichstag das Thema des Friedens anschnitt. Es lag ihm am Herzen, nicht nur seine persönliche Überzeugung zu ä-

262 Neue Deutsche Biographie, Bd. 9, S. 433; HT Nr. 124, 1. 6. 1921.

263 RTV. 250. Sitzung, 4. 2. 1903, S. 7659–7674; hier S. 7670.

Bern, sondern auch als Demokrat einem wesentlichen Punkt des Programms seiner Partei Geltung zu verschaffen. Sich als Erbe von Bühlers verstehend, betrachtete er es als seine Pflicht, die Aktion seines Vorgängers fortzusetzen. Seine Überzeugung gründete sich zugleich auf das Christentum und die rationalistische Moral Immanuel Kants. Wollten sich die Deutschen ein *christliches Volk* nennen, dann mußten sie sich daran erinnern, daß das Christentum die *Religion der Liebe und der Menschenverbrüderung* sei. *Friede auf Erden* lautete die Botschaft Christi. Er – Mitglied einer Partei, die ja früher den ideellen Motiven des Kulturkampfes zugestimmt hatte – betonte die Verdienste des Papsttums und besonders des Papstes Leo XIII., der sich immer für die bessere Sicherung des Friedens, für die Abrüstung, für ein internationales Schiedsgericht und für den Frieden überhaupt eingesetzt hatte. Mit dieser Rede reichte der Demokrat also auch dem Zentrum die brüderliche Hand zu einem Bund gegen die militaristisch-imperialistische Reaktion.

In seiner an manchen Stellen polemischen Rede war Hoffmann bemüht, den *Friedensfeinden* zu antworten, die, behauptete er, die Gedanken der *Friedensfreunde* mißverstanden oder verdrehten, und ihre Argumente zu widerlegen. Diejenigen, die damals das Prinzip des Krieges verteidigten, brachten Argumente verschiedener Natur vor. Sie meinten, Deutschland könne nicht allein abrüsten, es solle in der Lage sein, sich notfalls zu verteidigen. Wegen Frankreichs Rachsucht müsse man ständig auf einen Konflikt vorbereitet sein. So legitimierten sie außenpolitisch ihre Stellung; innenpolitisch betrachteten sie den Krieg als ein Mittel, die staatszersetzende Demokratie und Sozialdemokratie einzudämmen. Sie benutzten aber auch Argumente sozialdarwinistischer Prägung, wie: die Abschaffung der Kriege würde zu einer Überbevölkerung führen, an der die Welt ersticken würde. Sie argumentierten auch theologisch, und sagten: Die Kriege sind der Ausdruck des Bösen, sie sind eine Strafe Gottes. Eine pessimistische Lebensphilosophie ließ sie behaupten: Kriege hat es immer gegeben; sie liegen in der Natur des Menschen, oder: Egoismus und Streit gehören zum Wesen der Welt. Die Anbeter des Machtstaates versicherten: Der Krieg ist ein Erziehungsmittel, d. h. ein Mittel, die Erschlaffung und den Materialismus zu bekämpfen; weil er den Gemeinsinn und die Opferbereitschaft des Individuums fördert, ist er notwendig für eine große Nation. Diese Befürworter des Krieges zweifelten an der Durchführbarkeit des Friedensideals.

In Hoffmanns Definition des Krieges erkennen wir die Ideen eines Ludwig Pfau. Dieser hatte in seiner bereits erwähnten Kampfschrift „Preußische Ethik und Polemik“ (1881) behauptet: *Der Krieg ist das Recht der rohen Gewalt, er ist das Recht des Stärkeren, er ist die Verleugnung der Kultur, er ist ein Überbleibsel und ein Rückfall in die Barbarei.* Der Haller Abgeordnete bemühte sich, jedes der Argumente zugunsten des Krieges zu widerlegen, wobei er sich oft auf Zitate stützte, entweder von denjenigen, denen er antworten wollte, oder von deutschen geistigen Autoritäten, die ihren Glauben an die Möglichkeit des Weltfriedens geäußert hatten. Seine Methode des Zitats erscheint insofern fraglich, als die Worte von ihrem Kontext getrennt werden, dessen Gesamtidee sie nicht immer wiedergeben. Hoffmann machte trotzdem reichlich davon Gebrauch. Er setzte damit beispielsweise

Moltke in Widerspruch zu sich selbst. Dieser hatte, wie oben schon gesehen, Bluntschli geantwortet, der ewige Friede sei ein Traum, und zwar kein schöner; er hatte aber auch warnend gesagt: *Ein Krieg ist auch für eine siegreiche Nation ein Unglück*. Dem absolutistisch gesinnten Konservativen und Katholik Joseph de Maistre (1754–1821), der behauptet hatte, der Krieg sei *ein Fingerzeig Gottes, eine Auslese der Besten durch Vernichtung des skrophulösen Gesindels*, antwortete Hoffmann, Gottes Gebot heiße: *Du sollst nicht töten*. Im Gegensatz zu de Maistre bewies er, daß der Krieg die besten Kräfte einer Nation hinwegraffe. Denjenigen, die im Krieg ein Naturgesetz sahen, setzte er folgende Feststellung entgegen: Der Krieg wird immer seltener; das Seltenwerden ist das Vorausgehen des Verschwindens. Auch das sei ein Naturgesetz.

Hoffmann antwortete noch den Befürwortern des Krieges in anderen Punkten. Die ersteren sahen im Krieg ein Mittel, die Spannungen zwischen den Staaten zu heben. Hoffmann stellte fest: Nach bewaffneten Konflikten sah man immer wieder ein, daß man *bei ein bißchen Nachgeben* den Krieg hätte vermeiden können. Wenn der Krieg gewisse Eigenschaften und Tugenden entwickelt, so kann er doch nicht ein Vorwand werden, um das Heldentum zu fördern. Diejenigen, die behaupteten, der Krieg fördere die Wirtschaft, wies er darauf hin, daß friedliche Völker wie die Schweizer oder die Holländer wirtschaftlich nicht herabsanken. Dagegen war nicht zu verleugnen, daß der Krieg Völker kulturell und sittlich nie gehoben haben. *Krieg und Kultur sind Gegensätze, sind Feinde wie Tag und Nacht*, so beschloß Hoffmann seine Antwort an die Befürworter des Krieges, bevor er zu einer kurzen Analyse der Ursachen desselben überging. Er benutzte diese Gelegenheit, um sich zur Frage des Duells zu äußern, und stellte fest: *Diejenigen, die heutzutage noch den Krieg für unentbehrlich halten, das sind im großen Ganzen diejenigen, die auch das [sic] Duell noch bedürfen für ihre persönliche Ehre*.

Nietzsche, der gesagt hatte: *Europa will eins werden*, lieferte ein Argument, um zu zeigen, daß konservatives Denken am Befürworten des Krieges haften. Hoffmann behauptete: *Man braucht den Krieg unter gebildeten Nationen nicht mehr*. Er stellte der pessimistischen Geschichtsauffassung der *Friedensfeinde* eine positive, hoffnungsvollere Zukunftsvision entgegen. Er rechtfertigte auch seinen Fortschrittsglauben. Sich namentlich auf das Beispiel Jean Jaurès' berufend, wollte er glauben, daß die Nachbarn Deutschlands als Kulturvölker keine Feinde mehr sein konnten. Davon ausgehend, mußte man von nun an den Krieg als ein Verbrechen betrachten; damit würde man ein neues Recht und eine neue kulturfördernde Ordnung schaffen. Aus der Solidarität der Völker sollten noch mehr Reichtum und Glück erwachsen, als der Friede der letzten Zeit gebracht hatte.

Hoffmann bot seinen Kollegen einen Rückblick auf die Geschichte des Gedankens des „ewigen Friedens“, die bis in die Zeit der Stoiker zurückführte. Das war für ihn die Gelegenheit, seinen Fortschrittsglauben zu bekennen, aber Grundsätze für eine neue, friedliche und glücklichere Weltordnung aufzustellen. Die Parole derjenigen, die auf diese Zukunft hinarbeiteten, sollte lauten: *Willst du den Frieden, so rüste zum Frieden*. Der Kosmopolitismus, der sie leitete, würde zu konkreten,

praktischen Organisationsformen führen, versicherte Hoffmann. Er war bestimmt nicht mit dem Nationalgefühl unvereinbar, er war der Bestandteil eines positiven Patriotismus. Hoffmann erklärte nämlich: *Das nationale Gefühl soll sich aber durchaus nicht verengern und verkleinern, sondern im Gegenteil, es soll weiter werden und sich vergrößern.* Unzeitgemäß stellte der Abgeordnete von Schwäbisch Hall die Definition in Frage, die man in Deutschland seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts dem „Nationalen“ gegeben hatte. Das Charakteristikum für ein Volk waren seiner Ansicht nach nicht Sprache und Rasse, sondern das Bewußtsein gemeinsamer Interessen, das sich keineswegs einengend und abgrenzend gegenüber den anderen Völkern auswirken dürfe, denn *wer seine Nation, sein Reich liebt, ist doch nicht gezwungen, ein anderes Land oder eine andere Provinz zu hassen.* Darin bestand, so der Demokrat Hoffmann, der große Unterschied zwischen denjenigen, die diese Auffassung teilten, und dem „Preußentum“. Als er fragte: *Warum soll ein deutscher Patriotismus nicht ein europäischer Patriotismus sein können?*, fand der Redner Beifall in den Reihen der gesamten Linken.

Die neueste Entwicklung der internationalen Beziehungen schien denjenigen recht zu geben, die den *traurigen Pessimismus* und den *kriegerischen Chauvinismus* gewisser Kreise ablehnten und bekämpften. Hoffmann kam auf die Frage der Haager Konferenz, in der er einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu der neuen von ihm herbeigewünschten Weltordnung sah. Er bemängelte dabei aber die Haltung der deutschen Delegierten in Den Haag, ja auch die des Professors Philipp Zorn, der, so Hoffmann, in der Öffentlichkeit mit *unnützen Redensarten* die Konferenz lächerlich gemacht hatte. Wir erinnern uns, daß auch der Schauspieler Feldhaus in seinem Haller Vortrag vom 5. Mai 1899 den Völkerrechtslehrer beschuldigt hatte, die Friedensbewegung als *utopisch und nationalgefährlich* diskreditiert zu haben. Es stellte sich im nachhinein heraus, daß Zorn einen maßgeblichen Anteil an den Verhandlungen gehabt hatte, und seine Leistungen wurden 1907 gelegentlich der zweiten Haager Konferenz von dem pazifistischen Organ „Die Friedenswarte“ gewürdigt. Nach seinem Tod im Jahre 1928 sollte der große deutsche Pazifist Hans Wehberg Zorns Bedeutung für die Völkerverständigung anerkennen, denn er hatte sich tatsächlich für die Idee eines internationalen Schiedshofs stark und entscheidend eingesetzt²⁶⁴. Der vermeintlichen negativen Haltung der deutschen Delegierten auf der Haager Friedenskonferenz stellte Hoffmann die der Franzosen gegenüber, namentlich diejenige des schon erwähnten Léon Bourgeois in der Frage der Abrüstung. Dieser sah in der Abrüstung *eine Wohltat für die Menschheit*, insofern sie erlauben würde, die früheren Militärausgaben *in den Dienst der friedlichen und produktiven Tätigkeit* zu setzen. Damit wollte Hoffmann beweisen, daß die französische Nation friedlich sei. Er stimmte den Beschlüssen der Haager Konferenz zu, bloß nicht dem Prinzip der *Humanisierung*

264 Hans Wehberg: Der Kampf um den ständigen Schiedshof auf der ersten Haager Friedenskonferenz, in: Friedens-Warte Nr. 2, 1928, S. 33–41, bes. 3. Teil: Das entscheidende Verdienst Prof. Zorns; ders.: Philipp Zorn und seine Bedeutung für die Völkerverständigung, ebd., S. 42–45.

des Krieges, denn er meinte, der Krieg sei nicht zu „humanisieren“. Was für Pazifisten in Frage kam, war die Abschaffung der bewaffneten Konflikte. Wenn er insgesamt die theoretischen Resultate der Konferenz als positiv beurteilte, so bedauerte er doch, daß in der Praxis die beteiligten Staaten sich nicht konsequent verhielten: kurz nachher hatte England den Krieg in Transvaal begonnen, die „China-Wirren“ waren ausgebrochen, Rußland hatte mit seiner Politik in Finnland seinem Prestige geschadet.

Nichtsdestoweniger konnte Hoffmann seinen Optimismus nicht aufgeben, denn, erklärte er, das Völkerrecht hatte Fortschritte gemacht: die dauernden Verträge und die Schiedsverträge hatten sich vermehrt; das bestehende Seerecht, das er als vollkommen betrachtete, konnte das Völkerrecht beispielhaft beeinflussen; die Zahl der neutralen Länder wuchs ständig. Hoffmann schloß mit zwei Vorschlägen, die den Weltfrieden sichern sollten. Er wies auf die Bedeutung eines verbesserten Fremdenrechts hin, das auch einen Beitrag zum Friedenswerk leisten würde. Er ging damit erstaunlich weit, indem er behauptete: *Jeder Mensch sollte in einem Kulturstaat eine allgemeine Bürgerschaft für bürgerliche Rechtsgleichheit haben. Alle Menschen müssen sich heute als Glieder eines großen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Körpers fühlen, und keiner muß meinen, daß er dann besser gedeihe, wenn er dem anderen schade.* Wie alle Pazifisten betrachtete Hoffmann die öffentliche Meinung als die sicherste Garantie für den Frieden. Das *Völkertribunal* sei die Instanz, die man zu Wort kommen lassen müsse, wollte man ein für alle Male die Kriege unmöglich machen, denn die Friedensidee habe lebendige Wurzeln im Volke. Die Voraussetzung war aber, daß das Prinzip der Volksabstimmung allgemein angewendet würde, nicht nur damit sich dieser Wille der Völker sich ausdrücke, sondern um Streitigkeiten zu regeln. Dabei konnte sich Hoffmann auf Jean Jaurès berufen, der einige Tage zuvor in der französischen Kammer erklärt hatte: *Wir wollen die Frage von Elsaß-Lothringen niemals mit dem Schwerte lösen.* Ein wahres Christentum, eine neue Moral, gegründet auf das Recht, eine gerechte soziale Entwicklung und die Wahrheit sollten, es war die Überzeugung des Haller Abgeordneten, die *Voraussetzungen für bessere Zeiten sein*²⁶⁵.

Die Rede Hoffmanns wurde, einige kurze Stellen ausgenommen, in der „Haller Zeitung“ abgedruckt, und zwar zwei Wochen später²⁶⁶. Schon in Nr. 31 vom 6. 2. hatte Johannes Wagner diese Kurzmeldung in die Spalten des Blattes eingerückt: *Reichstag. Berlin, 4. Februar: Abg. Hoffmann (Hall) (deutsche Volkspartei) hält eine längere Rede gegen den Krieg, den er als Verbrechen und Wahnsinn kennzeichnet. Das Ziel der Kulturentwicklung sei der ewige Friede.* Besonders in der Art und Weise, wie die „Haller Zeitung“ und das „Haller Tagblatt“ über Hoffmanns Rede berichteten, zeigte sich der Unterschied in der Einstellung der beiden Blätter zum Friedensproblem. Während ersteres den ganzen Text in ihren Spalten abdruckte und dabei die Zwischenrufe und die Unterbrechungen durch den Präsi-

265 RTV. 250. Sitzung, 4. 2. 1903, S. 7674.

266 HZ, Nrn. 42–52, 6. 2. 1903 ff.

dentem wegließ, betonte letzteres das Anekdotische, und zwar so, daß Hoffmanns Auftritt eher als ein lächerlicher Zwischenfall im Reichstag interpretiert und ver-harmlost werden konnte. Im „Haller Tagblatt“ hieß es nämlich: *Hoffmann – Hall (Deutsche Volkspartei) verbreitet sich in längerer Rede ausführlich über das Haager Schiedsgericht und die Geschichte der Friedensbestrebungen. (Präsident Bal-lestrem unterbricht den Redner nach etwa einer halben Stunde mit der Bitte, sei-nen Vortrag etwas abzukürzen, obwohl ja die Frage des Kriegs und des Friedens an und für sich überaus wichtig sei.) Hoffmann setzt unter der Heiterkeit des Hau-ses seinen Vortrag fort und äußert im Verlauf seiner Rede die Absicht, die Aussprü-che des Kaisers zur Friedensfrage zu verlesen. (Vizepräsident Stolberg bittet, sich kurz zu fassen.) Redner bedauert hierauf, daß er diese Aussprüche nicht verlesen dürfe, da sie dem Kaiser zur Ehre gereichten. Hierauf nimmt der Redner ein großes Aktenstück hervor. (Große Heiterkeit und Zurufe.) Redner forts.: 'Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, sonst könnte der Präsident mich hindern, weiterzusprechen. Es wäre doch schade, wenn das, was ich vorzutragen habe, nicht vorgetragen würde.'* (Schallende Heiterkeit.) Hierauf gibt Redner einen historischen Rückblick auf das Haager Schiedsgericht und wird vom Vizepräsidenten Stolberg ersucht, den-selben nicht zu weit auszudehnen. Die Äußerungen des Redners über das Haager Schiedsgericht selbst werden wiederholt durch Heiterkeit und Zurufe unterbrochen. Nach dem Reichstagsbericht des Depeschensbureaus Herold appellierte Hoffmann namentlich an das Zentrum und an die katholische Kirche zugunsten der internati-onalen Friedensbestrebungen. Der Krieg sei ein Verbrechen, ein Wahnsinn, und nichts sei verkehrter als die Behauptung, der Krieg sei ein Teil der von Gott gewoll-ten Ordnung oder er sei gar von Zeit zu Zeit ein Segen für die Menschheit, indem er erzieherisch wirke. Ganz das Gegenteil sei der Fall. Redner schloß mit dem Aus-druck der Hoffnung, nunmehr den Krieg vernichtet, getötet zu haben, und ver-breitete sich noch über den Segen dauernden Friedens. Gröber: Die gut gemeinten Aus-führungen des Vorredners eignen sich wohl nicht zur Debatte in diesem Hause²⁶⁷.

Professor Hoffmann, der nach der Reichstagswahl von 1903 den Kreis Hall-Öhrin-gen im Reichstag nicht mehr vertrat, wurde im Dezember dieses Jahres in den Vor-stand der Stuttgarter Friedensgesellschaft neu gewählt²⁶⁸. Die Haller Friedens-freunde verloren nicht nur einen pazifistisch gesinnten Abgeordneten, sondern auch die „Haller Zeitung“, auf die sie sich acht Jahre lang hatten stützen können. Als das Blatt 1903 sein Erscheinen einstellte, verloren der Volksverein und der Friedensverein von Schwäbisch Hall einen Verbündeten, dessen Stimme auf die öffentliche Debatte um die Friedensfrage auf lokaler Ebene einen gewissen Ein-fluß genommen hatte. Paul Kienle, der Ende 1907 die Redaktion des freisinnigen „Neuen Alb-Boten“ in Ebingen übernahm, stellte dort seine Feder und seine publi-zistischen Mittel weiterhin in den Dienst der Friedenssache²⁶⁹.

267 HT Nr. 29, 5.2.1903, S. 3.

268 Die Friedensgesellschaft Stuttgart, in: Friedens-Warte Nr. 22/23, 17.12.1903, S. 183.

269 Paul Kienle fand in Ebingen einen vorbereiteten Boden vor. Dort wurde 1901 eine Friedensge-sellschaft gegründet, die laut der „Friedens-Warte“ eine *nachahmenswürdige Rührigkeit* entwickelte.

Hoffnung und Realismus: Die Debatte um das Friedensproblem im Schwäbisch Hall der wilhelminischen Ära

Wie wir festgestellt haben, sahen die Pazifisten in der öffentlichen Meinung eine unentbehrliche Verbündete, ohne die sie ihr Ziel nie erreichen würden. Ihre Strategie war nämlich folgende: Überzeugt, daß die Völker nie den Krieg wünschen, hofften sie, die öffentliche Meinung für die Friedensidee gewinnen zu können; sie sollte in jedem Land einen Druck auf die Regierung ausüben. Auf diese Weise würde man künftige Kriege verhindern. Den Frieden betrachteten sie also als eine Frage der Erziehung; dazu gehörte eine unermüdliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit in allen Kreisen der Gesellschaft und vor allem bei der Jugend.

Diese „öffentliche Meinung“ blieb aber eine äußerst komplexe Erscheinung, die schwer zu erfassen war. Es gab die Masse, die sich durch die Presse aller Schattierungen und weitgehend auch durch zahlreiche Vereine und Verbände nationalistischen Charakters beeinflussen ließ. Der chauvinistischen Presse, die oft Gerüchte über angebliche Angriffsabsichten der Nachbarn kolportierte, schenkte man mehr Glauben als den wenigen fortschrittlichen Organen, die sich bewußt gegen den Chauvinismus stemmten²⁷⁰. Es gab die Elite, in der sich die einen und die anderen eine Meinung über die Frage des sogenannten Ewigen Friedens gebildet hatten. In den militärischen und militärisch beeinflussten Kreisen glaubte man an die unabwendbare Notwendigkeit des Krieges. Wirtschaftswissenschaftler wie Wilhelm Roscher (1817–1894), Karl Knies (1821–1898) oder Lorenz von Stein (1815–1890) gingen so weit, zu behaupten, der Krieg sei notwendig, um die Leistungen einer Nation im Kampf der Völker um das Dasein zu steigern, die Waffenindustrie habe eine dynamisierende Funktion im wirtschaftlichen Bereich zu erfüllen²⁷¹. Solche darwinistisch gefärbten Theorien fanden viel Anklang. Von den erklärten Feinden der Friedensidee war eine Bekehrung kaum zu erwarten. Ausnahmen gab es schon. Man sollte etwa einige Jahre später erleben, wie ein Hellmut von Gerlach (1866–1935) sich von einem erzkonservativen, ironischen Kritiker der Pazifisten zum Kämpfer für Frieden und Recht wandelte²⁷².

Nachdem er einem Vortragsabend mit Bertha von Suttner beigewohnt hatte, schrieb Hellmut von Gerlach 1899 in der „Hilfe“: *Bertha von Suttner ist eine vornehm aussehende Persönlichkeit, sehr stark, das Haar schon leicht ins Grau hinüberspielend. Sie macht den Eindruck einer stillen Fanatikerin. Nicht aus Ehrgeiz handelt sie, sondern aus tiefster Überzeugung. Weltverloren schweift ihr Auge manchmal in eine weite, weite Ferne. Während ihr Mund mechanisch weiter redet, sieht sie die paradiesisch-schöne kriegslose Zukunft. Und eben weil sie daran*

Der Vorstand der Ebinger Friedensgesellschaft war G. Ostertag, der Redakteur des „Neuen Alb-Boten“. Vgl. Friedens-Warte Nr. 27/28, 26. 8. 1901, S. 110 f.

270 Kurt Koszyk: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966, S. 264 f.

271 Stiewe (wie Anm. 12), S. 29 ff., S. 32.

272 Hellmut von Gerlach: Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871–1921). Hrsg. von Helmut Donat und Adolf Wild, Bremen 1994.

*glaubt, glaubt mit der ganzen Intensität, deren ein Mensch überhaupt fähig ist, darum reißt sie so manchen mit fort in dies märchenhafte Zukunftsland. Starker Glaube macht ja immer Gläubige. Das ist das Geheimnis ihrer Erfolge, der Schlüssel ihrer Kraft*²⁷³.

Nationalbewußte wie Friedrich Naumann begrüßten hingegen Bismarcks realpolitische Leistungen im europäischen Kräftespiel. *Die Weisheit der heutigen Staatsleitung kann nur sein, keine unnötigen Kriege zu führen, nötige Kriege aber mit aller Kraft durchzuführen und als Ziel des Krieges die möglichst lange Sicherung des Friedens anzusehen. Bismarck bedeutet zwei große Kriege, aber er bedeutet auch zwei Jahrzehnte Frieden. Wenn wir heute noch Frieden haben, so ist der Grund dafür auch seine Arbeit.* So faßte Naumann seine Einstellung zum Problem des Friedens zusammen²⁷⁴. Selbst wenn er „wenigstens Sympathien“ für die Friedensbewegung zu haben behauptete, lehnte er ihre Propaganda ab, weil er sie als eine „Schwächung der deutschen Kraft“ betrachtete²⁷⁵.

Friedrich Naumann kam am 15. Februar 1899 nach Öhringen, wo er vor einer stattlichen Versammlung sprach. Einige Haller begaben sich in die Nachbarstadt, um den prominenten Redner zu hören, und das „Haller Tagblatt“ widmete Naumanns Vortrag einen ungewöhnlich großen Raum in seinen Spalten, was wohl bedeuten dürfte, daß die Überzeugungsarbeit, die der Stadtpfarrer Gottfried Traub damals in Hall leistete, Früchte trug. Das Thema von Naumanns Rede lautete: *Deutsche Macht und deutsche Freiheit*. Als er auf die Frage der Haager Friedenskonferenz kam, gestand der Nationalsoziale, daß er an den *Friedenszaren* nicht glaube, selbst wenn dessen persönliche An- und Absichten gewiß die besten und die humansten seien. Naumann wandte schließlich seine eigenen real- und nationalpolitischen Anschauungen auf Rußland an, und meinte: *Aber sein alter Staatsmann Murawiew würde die Konferenz nicht mit einberufen, wenn nicht die Russen ein Interesse an der Friedenskonferenz hätten. Das dürfte ja der Mann gar nicht, denn er ist als russischer Minister gar nicht dazu da, daß er die Welt Humanität lehrt, sondern daß er seinen Staat und dessen Nutzen und Interesse vertritt. Und das tut er auch.* Die Idee eines ständigen internationalen Schiedsgerichts erörternd, fügte er hinzu: *Niemand, der die Weltgeschichte kennt, kann glauben, daß die Völker es bei ihren großen Lebensinteressen auf ein Schiedsgericht werden ankommen lassen, worauf das Publium mit Beifall reagierte*²⁷⁶.

Ja, selbst innerhalb der Deutschen Volkspartei war – wie wir gesehen haben – ein gewisser Stimmungswandel eingetreten. *Die Friedensfreunde scheinen auch unter den modernen Demokraten nicht mehr die alte Glaubenswürdigkeit vorzufinden*, stellte Friedrich Naumann fest, wenn er die Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ las. In einem Kommentar zur Haager Friedenskonferenz hatte das Presseorgan von

273 Die Hilfe Nr. 7, 12. 2. 1899, Beilage.

274 Friedrich Naumann: Bismarck, in: Die Hilfe Nr. 13, 31. 3. 1895.

275 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk und die Zeit, Stuttgart/Tübingen³ 1949, S. 122 f.

276 HT Nr. 40, 17. 2. 1899; Nr. 41, 18. 2. 1899; Nr. 42a, 19. 2. 1899; Nr. 43a, 21. 2. 1899.

Leopold Sonnemann 1899 die Idee einer Abrüstung und eines ständigen internationalen Schiedsgerichts als eine Utopie bezeichnet. Naumann stimmte mit der „Frankfurter Zeitung“ darin überein, daß die öffentliche Meinung in der Frage des Krieges eine entscheidende Rolle zu spielen habe, indem sie die Regierungen zwingen könne, wenn internationale Differenzen auftauchten, *nicht gleich zum Schwerte [zu] greifen, sondern zunächst einem nach den jeweiligen Verhältnissen zusammengestellten Schiedsgerichte die strittigen Fragen vor[zu]legen*. Der Glaube, daß die Existenz eines ständigen Schiedsgerichts jeden Krieg verhüten könnte, galt hier als ein Irrtum. Die Demokraten blieben aber davon überzeugt, daß ein Krieg wohl stets zu vermeiden sei, wenn die Völker ihn nicht wollten. Darum gelte es unermüdlich den *militärisch-chauvinistischen Geist* in der öffentlichen Meinung zu bekämpfen²⁷⁷.

In den Reihen der Deutschen Volkspartei fanden sich aber weiterhin Männer, die sich ohne nationale Bedenken für die Verwirklichung einer friedlichen Weltordnung einsetzten. Zu diesen zählte der Historiker Prof. Ludwig Quidde (1858–1941), der seit 1894 in der internationalen Friedensbewegung tätig war und 1914–1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft werden sollte. Quidde war nach dem Studium der Geschichte seit 1881 Mitherausgeber der Deutschen Reichstagsakten des 15. Jahrhunderts in Berlin und Begründer der „Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“²⁷⁸. Als Angehöriger der Deutschen Volkspartei war er 1907–1918 im bayerischen Landtag, 1919 gehörte er für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) zur Weimarer Nationalversammlung. Bis zu seinem Tod blieb Ludwig Quidde eine treibende Kraft der deutschen Friedensbewegung. In einer seiner Schriften definierte er 1924 den Pazifismus als „die Übertragung des demokratischen Prinzips auf die Außenpolitik“. Als Vizepräsident des Internationalen Friedensbüros in Genf setzte er sich für Abrüstung und ein friedliches Zusammenleben der Völker auf der Grundlage des Völkerbundes ein. Bekannt machte sich Quidde in Deutschland vor allem durch seine scharfe Kritik an Kaiser Wilhelm II.²⁷⁹ Er ist der Verfasser theoretischer Schriften über internationale Friedenspolitik²⁸⁰. 1933 emigrierte er nach Genf²⁸¹.

Auf eine Einladung des Volksvereins sprach Ludwig Quidde am 14. Januar 1897 in Hall vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über das Thema: *Die Demokratie in der Gegenwart*. Auf die deutsch-französischen Beziehungen, namentlich auf das Problem der Rüstung, eingehend, behauptete er: Europa aufbauen bedeutet den Frie-

277 Moderne Demokraten, in: Die Hilfe Nr. 11, 12, 3. 1899, S. 3.

278 1889–1895, ab 1898 „Historische Vierteljahrsschrift“

279 Ludwig Quidde: Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn, München, Leipzig 1894; bis 1928 erlebte der „Caligula“ 34 Ausgaben.

280 Internationale Verständigung über Einschränkung von Rüstungen, 1911; Völkerbundspolitik, 1919; Völkerbundspolitik und Friedensbewegung, 1922; Die Minderheitenfrage, 1926.

281 Vgl. U.-F. Taube: Ludwig Quidde. Ein Beitrag des demokratischen Gedankens in Deutschland, München 1963; R. Rürup: Ludwig Quidde, in: H.-U. Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972; Karl Holl: Ludwig Quidde (1858–1941). Friede und liberale Demokratie, in: Rajewsky/Riesenberger (wie Anm. 34), S. 133–138.

den herbeiführen. Für ihn war das notwendig, auch wirtschaftlich gesehen, im Interesse der europäischen Völker gegenüber Amerika. Deshalb konnte er nur mit dem Reichskanzler, Graf Caprivi, übereinstimmen, der kurz zuvor in einer Rede erklärt hatte: *Verständigung zwischen den europäischen Völkern ist das Ziel der Politik des 20. Jahrhunderts*²⁸².

Die linksliberalen Parteien Deutschlands sahen ein, daß sie auf ihre Vereinigung hinarbeiten mußten, wenn sie ihr Gewicht steigern und ihre Ideen durchsetzen wollten. Kurz vor der Fusion veröffentlichten die Linksliberalen das Programm der Deutschen Freisinnigen Volkspartei, so hieß die neu gebildete Gruppierung. Im Punkt 9 erklärten sie, *die Bestrebungen auf Annäherung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit und zur gleichmäßigen Erleichterung der Rüstungslast, den Ausbau des Völkerrechts und die internationalen Schiedsgerichtseinrichtungen zum friedlichen Ausgleich entstehender Streitigkeiten fördern zu wollen*²⁸³. In ihren Überlegungen über den Frieden legten die Demokraten den Schwerpunkt auf das Wirtschaftliche und das Menschliche, denn sie blieben davon überzeugt, daß der Friede und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit weitgehend dazu beitragen könnten, das Wohl der Völker zu steigern.

Die öffentliche Meinung umfaßte in der wilhelminischen Ära auch die Masse der organisierten Arbeiterbewegung. Zwar lehnten auch die Sozialdemokraten den Krieg radikal ab, aber nicht aus denselben Gründen. In ihrem Gothaer Programm von 1875 hieß es: *Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen*²⁸⁴. Aufgrund des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung waren die Sozialdemokraten seit der Reichsgründung als Reichsfeinde und „vaterlandslose Gesellen“ geächtet worden. Der Vorwurf des Mangels an Patriotismus wurde ihnen von der nationalistischen Presse immer wieder gemacht. Einen Patriotismus, der auf Kategorien wie Grenzen und Rassen beruhen sollte, lehnten sie aber entschieden ab.

In diesem Sinne reagierten die Haller Arbeiter in der Debatte über den Weltfrieden; in diesem Sinne redeten die Führer der Partei, die auf Arbeiterversammlungen in Hall das Wort ergriffen. Als Otto Umfrid 1898 in seinem Haller Vortrag die Initiative des Zaren zugunsten einer Friedenskonferenz begrüßte, meldete sich der engagierte Malermeister Mulfinger zu Wort und meinte, der Sieg des Friedensgedankens sei nicht durch den Zaren zu erreichen, sondern durch den Sieg der arbeitenden Klasse. Darauf antwortete Umfrid, keine Partei habe das Recht, den Sieg

282 HT Nr. 12, 16. 1. 1897; Nr. 13a, 17. 1. 1897. Ende Januar hielt Ludwig Quidde einen Vortrag über den Krieg in Südafrika, worüber das HT ausführlich berichtete. S. HT Nr. 25a, 1. 2. 1897.

283 Programmforderungen der (neuen) Deutschen Freisinnigen Volkspartei, in: HT Nr. 297, 20. 12. 1909.

284 *Wolfgang Treue*: Deutsche Arbeiterprogramme seit 1861, Göttingen⁴1968, S. 76 f.

der Friedensidee einseitig vom eigenen politischen Erfolg abhängig zu machen²⁸⁵. Auf einer Versammlung, die die Sozialdemokratische Partei am 1. Oktober 1900, kurz vor den Landtagswahlen, in Hall veranstaltete, legte der Redner Seither aus Stuttgart, die außenpolitischen Grundsätze der Sozialdemokratie dar. Er sprach über die Ergebnisse der Friedenskonferenz in Den Haag und bemängelte folgendes: Dort war kein Wort von einer Abrüstung gesprochen worden; obwohl die Transvaalfrage schon damals das Tagesgespräch war, hatte man nicht daran gedacht, sie in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Für Seither handelte es sich bei dem Krieg in Südafrika um einen *Eroberungskrieg, eine Beutepolitik von der schlimmsten Sorte*. Und bezeichnenderweise hatte sich nicht ein einziger Staat für die Buren eingesetzt, *auch jetzt noch nicht, wo sie verblutend am Boden lagen*. Seither mißbilligte ebenfalls eindeutig die Intervention Deutschlands und der Großmächte in China nach der Ermordung des deutschen Gesandten. Seiner Ansicht nach unterschied nichts die Politik Deutschlands von der Englands, die deutsche Regierung hatte sich in einen regelrechten Krieg verwickelt, ohne die Volksvertretung zu fragen. Die weiteren Stellungnahmen Seithers zeigten, wie eng die Sozialdemokraten die Frage des Weltfriedens mit ihren sozialrevolutionären Bestrebungen verbanden. Als Gründe für den Eingriff Deutschlands in die sogenannten „China-Wirren“, die in allen Zeitungen tagtäglich Schlagzeilen machten, erkannte er nicht die Ermordung des deutschen Gesandten und die Behandlung der Missionare, sondern wirtschaftliche Interessen: es galt, behauptete er, einen neuen Absatz für die deutschen Waren zu finden. Daher bezeichnete er den deutschen Vergeltungsangriff in China als einen *Beutezug*. Überhaupt verurteilte er auf schärfste die vom Militarismus unterstützte Kolonialpolitik Deutschlands, insofern sie zur Ausbeutung der chinesischen Arbeiter führte. Zum Schluß seiner Erörterungen erklärte Seither: *Die Arbeiterschaft hat von dieser Politik noch nie etwas wissen wollen und auch in anderen Kreisen ist - mit Ausnahme der Großkapitalisten - von einer Begeisterung für den Beutezug nichts zu verspüren*²⁸⁶.

Seither sprach im September 1901 noch einmal in Schwäbisch Hall, auf einer Versammlung, die vom lokalen Arbeiterverein und von den Vereinigten Gewerkschaften veranstaltet wurde. Diesmal behandelte er das Thema: *National und International*. Zur Frage des Patriotismus Stellung nehmend, antwortete er indirekt den Gegnern der Sozialdemokratie und erklärte, wobei er selber sich ihnen gegenüber kritisch äußerte: *Der engere Patriotismus ist ein Unding, da die Grenzen der Länder beständig sich ändern. Man sucht denselben durch den Schulunterricht den Kindern einzupflanzen; ferner sucht man ihn durch Demonstrationen, Reden usw. auszubilden und wach zu halten. Der Patriotismus ist ein anerzogenes Gefühl, das nicht einmal eine richtige Grundlage hat und das schon zu den größten Verirrungen geführt hat, weil bei Ausbruch eines Krieges immer die patriotischen Pflichten auf beiden Seiten der Kriegführenden der Bevölkerung vor Augen geführt werden.*

285 HT Nr. 218, 18. 9. 1898, S. 1 f.

286 HT Nr. 229, 3. 10. 1900, S. 1.

*Auch die Rassen werden in einem Kriegsfall gegeneinander gehetzt. Nun steht aber fest, daß auch nach dieser Richtung der Patriotismus nicht berechtigt sei, denn es gibt nirgends mehr eine reine Rasse, alle sind mehr oder weniger gemischt*²⁸⁷.

Bis 1914 lehnten die Sozialdemokraten den Krieg entschieden ab, vor allem weil sie die Ansicht vertraten, die Arbeiterklasse habe als erste darunter zu leiden. Für sie waren sozialer Friede und Völkerfriede untrennbar; sie bedingten einander. Die Maifeier, die seit 1890 veranstaltet wurde und mit jedem Jahr an Bedeutung gewann, war eine der Gelegenheiten, bei denen diese Überzeugung am lautesten zum Ausdruck kam. In der Ankündigung der Maifeier von 1911 erklärten der Arbeiterverein und die Vereinigten Gewerkschaften von Hall: *Die klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt demonstriert am 1. Mai für den Acht-Stunden-Tag, für den Arbeiterschutz und für den Völkerfrieden*. Mit besonderer Schärfe lehnten sich die Sozialdemokraten gegen den Militarismus auf, weil sie sich als *Kanonenfutter im Dienste der herrschenden Klassen und des Kapitals gegen andere Völker* ausgeüzt empfanden. Am 1. Mai 1911 nahmen die versammelten württembergischen Arbeiter eine Resolution an, in der gegen *das wahnsinnige Wettrüsten* protestiert und eine Beschränkung der Rüstungsausgaben angestrebt wurde, damit Mittel frei würden für den nötigen Ausbau der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze. In ihrem Sinne galt es den *von den herrschenden Klassen genährten Nationalitätenhaß* zu bekämpfen und für die Völkerverbrüderung einzutreten²⁸⁸.

Auf diese radikale Haltung verzichtete die deutsche Sozialdemokratie 1914 vorläufig, als sie den Kriegskrediten zustimmte. Während des „Burgfriedens“ sollte die öffentliche Debatte zwischen den Parteien ein Ende nehmen, was von den Sozialdemokraten insofern das größte Opfer verlangte, als dadurch die bestehenden inneren Verhältnisse in Deutschland befestigt wurden. Die Frage der Verfassung und der Kriegsziele sollte aber 1916 bekanntlich den Burgfrieden zerbrechen lassen.

Berücksichtigen muß man aber auch die „veröffentlichte Meinung“, das heißt – für die damalige Zeit – die Stimme der großen Zeitungen sowie die der Lokalpresse. Was Schwäbisch Hall betrifft, haben wir schon die Friedensarbeit der 1895 gegründeten „Haller Zeitung“ hervorgehoben; deren Engagement für die Friedenssache war aber von relativ kurzer Dauer, da dieses demokratische, pazifistisch ausgerichtete Organ schon 1903 sein Erscheinen einstellen mußte. Die in Hall meistgelesene Zeitung war das „Haller Tagblatt“, dessen Auflage zwischen 1890 und 1914 von 3300 auf über 5000 Exemplare stieg. Das „Haller Tagblatt“ war eine bürgerliche Zeitung, die die Stimmungslage in einer südwestdeutschen Kleinstadt der Wilhelminischen Zeit sehr treu widerspiegelt. Aus seinen Spalten geht sehr deutlich hervor, welchen Platz die nationalen Werte damals in weiten Kreisen der Bevölkerung einnahmen. Das jährliche Sedanfest am 2. September, die Gedenkfeiern aller Arten, die namentlich an die *große Zeit von 1870/1871* erinnerten und fast un-

287 HT Nr. 224, 24.9.1901, S. 1.

288 HT Nr. 101, 2.5.1911.

unterbrochen aufeinander folgten²⁸⁹, der Geburtstag des Kaisers und der Kaiserin, der Geburtstag von Bismarck, die Veranstaltungen der Kriegervereine sowie die großen Manöver, die regelmäßig abgehalten wurden, steigerten überall das Nationalgefühl. Die Einquartierungen, die damit verbunden waren, die Konzerte, die jedesmal anschließend von den Militärkapellen gegeben wurden, der Empfang der Truppe durch die Lokalbehörden bekräftigten in Hall wie in anderen Gegenden den militärischen Geist. Wer das „Haller Tagblatt“ jener Jahre durchblättert, kann sich schon nach der Lektüre einiger Nummern davon überzeugen.

Ganz objektiv und ausführlich berichtete das „Haller Tagblatt“ auch über die Versammlungen der lokalen und der deutschen Friedensgesellschaft sowie über die Arbeit der internationalen Friedensorganisationen. Die Botschaften des Haller Friedensvereins und der Deutschen Friedensgesellschaft druckte es auch regelmäßig ab²⁹⁰. Aus seinen politischen Leitartikeln, den Weihnachts- und Neujahrsge-dichten, die es auf Seite 1 brachte²⁹¹, wie aus den unzähligen Berichten über das lokale politische und Vereinsleben ist klar zu ersehen, daß der Haller Bürger – wie manche Bürger des Deutschen Reiches – den Frieden wünschte und ganz besonders den Frieden mit Frankreich. Er schenkte seinem Kaiser großes Vertrauen, dem vielerorts nachgesagt wurde, er arbeite auf den Frieden, und namentlich auf die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, hin²⁹². In einem Gespräch über Frankreich hatte sich der Kaiser Anfang 1895 günstig über die politische Entwicklung des Nachbarlandes ausgesprochen. Diese Entwicklung berechtige zu den besten Hoffnungen, was die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens betreffe. Der Kaiser sei überzeugt, daß kein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, *den beiden zivilisierten Nationen Europas ausbrechen könnte, ohne daß alle anderen Länder in starke Mitleidenschaft gezogen würden, und deshalb müsse ein blutiger Zusammenstoß [...] unter allen Umständen vermieden werden.* Die Zuversicht weiter Bevölkerungskreise beruhte auf der Überzeugung, daß das Deutsche Reich den Frieden erhalten und garantieren wollte; es sollte bloß über die nötigen Mittel dazu verfügen, das heißt über ein mächtiges Heer, das ihm erlauben würde, seinen Willen im internationalen Kräftespiel zu behaupten. In der Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 hatte Wilhelm I. die Hoffnung geäußert, daß es mit Gottes Hilfe *der Deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Zeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die Kaiserliche Würde*, hatte Wilhelm noch erklärt, *in dem Bewußt-*

289 1883: Lutherfeier; 1895: 25. Erinnerungsfeier des Sieges über Napoleon III.; 1896: 25jähriges Jubiläum des Deutschen Reiches und 25jährige Gedenkfeier des Frankfurter Friedens; 1900: 30. Erinnerungsfeier der Reichsgründung; 1910: 100jähriges Jubiläum der Berliner Universität; 1913: Feierliche Einweihung des Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig (1813–1913).

290 Weihnachtsbotschaften der Deutschen Friedensgesellschaft z. B. in: HT Nr. 302, 24. 12. 1908, S. 1.; HT Nr. 302, 24. 12. 1909, 1. Bl.; HT Nr. 301, 24. 12. 1913.

291 Z. B.: Friedensgesang, in: Haller Flora (Beilage zum HT) Nr. 21, 24. 5. 1896, S. 88; Weihnachtsfrieden [Gedicht], in: HT Nr. 301, 24. 12. 1913, S. 1.

292 HT Nr. 37, 13. 2. 1895.

sein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu vertheidigen. Das deutsche Volk sollte in Zukunft *in dauerndem Frieden* leben: das würde der Lohn seiner Kämpfe und seiner Opfer sein. Der neue Kaiser hatte sich und seine Nachfolger feierlich vor der Deutschen Nation verpflichtet. Seine Proklamation hatte er mit diesen Worten beschlossen: *Uns und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung*²⁹³.

Dieses Versprechen und das Vertrauen in das Deutsche Reich trugen nicht wenig zur Sakralisierung der Reichsidee bei, wie sie sich im 19. Jahrhundert zunehmend verbreitet hatte. Das Deutsche Reich war nach dieser Sichtweise – wie das Römische Reich und seine mittelalterlichen Nachfolger – „zum Katechon, zum Aufhalter des Weltendes, zur politischen Bestandsgarantie des Kosmos“ geworden. Viele waren – wie Emil Du Bois-Reymond unmittelbar nach der Reichsgründung – davon überzeugt: „Das Deutsche Kaiserreich ist wahrhaft der Friede“. Das heißt: man sagte nicht nur, das Reich schaffe, erhalte oder garantiere den Frieden, sondern es sei der Friede. Dadurch erhielt das Reich eine religiöse Dimension, dadurch wurde dem Friedensbegriff eine eschatologische Bedeutung verliehen²⁹⁴.

Während deutsche Demokraten und Sozialdemokraten den preußischen Militarismus als eine Gefahr für den Frieden hinstellten und verurteilten und die „Verpreußung Deutschlands“ bedauerten, suchten die Regierungsfreundlichen immer wieder, nachzuweisen, daß der deutsche Kaiser immer um die Erhaltung des versprochenen Friedens bemüht gewesen sei. Der Tod Wilhelms I. im Jahre 1888 war für die führenden Kreise der Anlaß, diesen Glauben zu bekennen. Bei der Trauerfeier, die in St. Michael stattfand, erklärte Dekan Schwarzkopf in seiner Predigt: *Er [der verstorbene Kaiser] war entschlossen, ein Friedensfürst zu sein für das Volk und für die Völker, wie er es in seiner Kaiserproklamation ausgesprochen hatte im Schloß zu Versailles: 'Das neue deutsche Reich muß ein Bürge des Friedens sein, und auf den allgemeinen Reichskrieg möge nun folgen ein allgemeiner Reichsfriede. Ja, möge das deutsche Volk aus dem nun folgenden Wetteifer um die Güter des Friedens als Sieger hervorgehen.'* So hatte er es in den Jahren 1866 und 1870 vor Beginn des Krieges als seine Grundgesinnung ausgesprochen, 'man solle doch Gott bitten, daß Er durch Seines Geistes Kraft und Gnade das Herz der Feinde zur Versöhnung neige und uns bald einen redlichen, gesegneten und dauernden Frieden verschaffe.' Diese Worte lauten nicht darnach, als ob er ein Mann gewesen wäre, der in eitler kriegerischer Leidenschaft eine Freude an der männermorden-

293 Proklamation Kaiser Wilhelms I. an das deutsche Volk, 18. Januar 1871, in: Peter Longerich (Hrsg.): Was ist des Deutschen Vaterland? Dokumente zur Frage der deutschen Einheit 1800–1990 (Serie Piper Dokumentation), München/Zürich 1990, S. 98.

294 Herfried Münkler: Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung, Weinheim 1996, S. 21 ff.

den Schlacht und dem Blutvergießen, nein, sondern sie zeigen, daß er eher zu denen gehört, auf welche die Seligpreisung Anwendung findet: 'Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.'

Hier fand der Haller Dekan eine Gelegenheit, den Kritikern des neuen Reiches zu antworten. Anhand der Worte des Geistlichen kann man verstehen, welchen innenpolitischen Gewinn die Hohenzollern aus solchen Lobreden zogen. Der Friedenswille des Kaisers nach außen wurde als untrennbar von demselben Willen nach innen hingestellt. Schwarzkopf fuhr nämlich fort: *Siebzehn Jahre nun hat er in erfolgreicher Weise, unterstützt von seinem großen, geistesgewaltigen Kanzler, sich bemüht, alle unruhigen und zügellosen Elemente in Deutschland und Europa zurückzudämmen und in Schranken zu halten, emporragend als ein Fels, an dem die brandenden Wogen sich brechen. Ja, er hat es auch versucht, aufbauende Werke des Friedens zu treiben, die allein schon genügen würden, ihm den Namen eines Wohltäters der Menschheit zu verschaffen*²⁹⁵. Hiermit wandte sich der Redner hauptsächlich an die Sozialdemokraten.

Wie Friedrich III. einige Tage zuvor in seiner Proklamation erklärt hatte, hatte die Friedensarbeit des verstorbenen Kaisers Deutschland international allgemeine Anerkennung zugezogen²⁹⁶. Die Worte des Thronerben brachte die in Deutschland allgemein vorherrschende Meinung zum Ausdruck, Kaiser Wilhelm habe sich um die Erhaltung des Friedens verdient gemacht. Das betonte z. B. Professor Fehleisen, der stellvertretende Vorsitzende des Haller Historischen Vereins, in der Rede, die er bei der monatlichen Versammlung kurz nach dem Tod des Kaisers hielt²⁹⁷. Das war offensichtlich auch der Standpunkt des „Haller Tagblatts“. Dieses veröffentlichte eine Reihe von Urteilen aus dem Ausland, die die *segensreiche* Politik der deutschen Regierung begrüßten, unter anderen das der „Thurgauer Zeitung“, in dem auch Bismarck gelobt wurde. In der schweizerischen Zeitung hieß es: *Und sollte endlich unsere Anerkennung nicht auch der Sorge gebühren, mit welcher Bismarck für die Erhaltung des Friedens wacht? Ohne seine unvergleichliche Staatskunst wäre das Elend des europäischen Krieges schon längst über uns hereingebrochen*²⁹⁸.

Wir finden im „Haller Tagblatt“ ein Beispiel für die Art und Weise, wie die Presse damals in der öffentlichen Meinung die Idee verankerte, daß die deutsche Regierung in der außenpolitischen Praxis ihre „Friedensliebe“ in manchen Angelegenheiten an den Tag gelegt habe. Das 25. Jubiläum der Reichsgründung im Jahre

295 Predigt des Herrn Dekan Schwarzkopf bei der Trauerfeier in Sankt Michael, in: HT Nr. 66a, 18. 3. 1888, S. 1

296 Friedrich III. hatte gesagt: *Was er [Kaiser Wilhelm] in heißem opfervollem Kampfe seinem Volke errungen, das war ihm beschieden durch lange Friedensarbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern. Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rate der Völker und begehrt nun des Gewonnenen in friedlicher Entwicklung froh zu werden.* Vgl. Proklamation des Kaisers, in: HT Nr. 63, 15. 3. 1888, S. 1.

297 Monatliche Versammlung des Historischen Vereins, in: HT Nr. 71, 24. 3. 1888, S. 1.

298 Ein schweizerisches Urteil über den deutschen Reichskanzler, in: HT Nr. 68, 21. 3. 1888, S. 1.

1895, dessen triumphale Züge in demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen kritisch betrachtet wurden, war für diejenigen, die dem kaiserlichen Deutschland freundlich gesinnt waren, der Anlaß, die Friedenspolitik Deutschlands lobend hervorzuheben. Andere taten es aber auch, mit größter Objektivität; unter anderen die „Vossische Zeitung“, wie das „Berliner Tageblatt“ oder die „Frankfurter Zeitung“ ein Organ des gebildeten linksstehenden Bügertums, das sich den Ruf erworben hatte, für den Abbau der internationalen Spannungen zu wirken²⁹⁹. Das „Haller Tagblatt“ stützte sich 1895 auf sehr gemäßigte Betrachtungen der „Vossischen Zeitung“, um seinerseits auch die Ansicht zu vertreten, daß die deutsche Regierung seit 1870 ihre Friedensliebe bewiesen habe und daß die Bündnisse, die sie geschlossen hatte, nicht auf den Angriff, sondern ausschließlich auf Verteidigung eingerichtet seien. Es teilte die Meinung des Berliner Blattes, Frankreich habe von einem Kriege *wenig zu hoffen, aber alles zu fürchten*. Betrachtete man die Entwicklung der internationalen Beziehungen, die Verflechtungen in den Interessen der Großmächte, der alten europäischen, aber auch der aufsteigenden wie Japan, sowie die Millionenheere, so konnte man mit der „Vossischen Zeitung“ mit Sicherheit behaupten: *Der Krieg, wenn er einmal ausbricht, wird ein Weltkrieg*. Man wollte aber hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Hier hieß es nämlich weiter: *Wer will heute die Verantwortung übernehmen, ein Unheil über die Menschheit zu bringen, wie es dieser Weltkrieg wäre, wer will es wagen, das Zeichen zu geben? [...] In der Größe dieser Verantwortung liegt in der Tat eine gewisse Gewähr für den Frieden. Aber auch die Stärke Deutschlands und seiner Verbündeten berechtigt zu der vollen Zuversicht, daß trotz mancher dunklen Punkte am Horizont eine Katastrophe noch in weiter Ferne sei. Dieser Glaube, diese auf Tatsache gegründete Überzeugung kann nicht leicht erschüttert werden. Das ist die Genugtuung, mit der der Rückblick auf das letzte Vierteljahrhundert erfüllt. Wiederholt in diesem Zeitraum schien der europäische Friede schlimmer gefährdet als heute, und immer ist er, soweit Deutschland in Betracht kommt, erhalten geblieben, immer wieder haben sich die düsteren Wolken zerstreut. Eine Politik, die Kraft mit Mäßigung verband, hat Deutschland zu einem Bollwerk des Friedens gemacht. Die deutsche Nation wird willens sein, dieser Aufgabe so wirksam, wie in ihren Kräften steht, auch im nächsten Vierteljahrhundert zu dienen*³⁰⁰.

Diese Zuversicht gründete sich auch auf einen gewissen Fortschrittsglauben, den nicht nur die allgemeine Kulturentwicklung, die Friedenskonferenzen und -organisationen, sondern auch die sich intensivierenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern zu rechtfertigen schienen. Diese galten als eine treibende Kraft auf dem Weg zum Weltfrieden. Kurz nach der Jahrhundertwende las man im „Haller Tagblatt“: *Die internationalen Verträge auf wirtschaftlichem Gebiete dienen nur zum kleinsten Teile ethischen und humanitären Zwecken, sondern stehen zumeist im Dienste des Verkehrs und des Handels. Trotzdem üben auch sie indirekt*

299 Kurt Koszyk: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966, S. 264 f.

300 HT Nr. 176, 30. 7. 1895, S. 1.

einen humanisierenden Einfluß aus, indem sie die Völker einander näher bringen und immer mehr eine der Hauptursachen des Völkerstreits, die wirtschaftliche Differenz, aus der Welt schaffen. Der durch diese Verträge erleichterte Verkehr ist ein wirksamer Faktor der allgemeinen Bildung, er wirkt dem Chauvinismus und Partikularismus entgegen, bekämpft den Egoismus, erweitert den Gesichtskreis und läutert unsere allgemeinen menschlichen Regungen. Insofern bildet er ein wertvolles Agens der Erziehung, er zerstört unsere Vorurteile und klärt unser Urteil durch die Erfahrung. Hieher gehören außer den Reisen und internationalen Verkehrsbeziehungen, insbesondere internationale Veranstaltungen jeder Art, Kongresse, Ausstellungen, Schauspiele usw.³⁰¹.

Diese Hoffnung verband sich aber meistens mit einer realistischen Betrachtungsweise der bestehenden internationalen Zustände. In dem Leitartikel vom Neujahr 1898 schrieb der Redakteur des „Haller Tagblatts“: *Das Wort, daß ganz Europa in Waffen starre, ist nur ein allzu richtiges, und solange diese Tatsache besteht, müssen auch wir den Forderungen gerecht werden, die da nötig sind, um unser Heer und unsere Marine schlagfertig zu erhalten und an unserem Ansehen in Europa und in den ferneren überseeischen Ländern, wo deutsche Interessen zu vertreten sind, nichts einzubüßen. Davon, daß eine Macht, wie z. B. Deutschland, mit der Abrüstung den Anfang machen solle, wie es einige Schwärmer verlangen, kann gar keine Rede sein; aber immer lauter und zahlreicher werden doch schon die Stimmen, daß die gestörte Welt den Krieg aus dem Organismus ausscheiden muß, daß die trennenden Schranken innerhalb der Kulturwelt fallen. Auch auf diesem Gebiete spürt man schon das Wehen einer neuen Zeit, in der andere Gedanken mächtig sein werden. Wie die Dinge augenblicklich liegen, können wir in absehbarer Zeit noch auf die Wahrung des Friedens rechnen*³⁰².

Der Realismus war schließlich die vorherrschende Haltung gegenüber dem Problem des Friedens. Typisch war die Reaktion des Vorsitzenden des Haller Stadtrates auf die 1898 von Rußland ausgegangene Idee einer Friedens- und Abrüstungskonferenz. Bei einer Versammlung des Rates erklärte er nüchtern: *Gewiß wäre es etwas Schönes, wenn es einmal so weit käme, daß alle Staaten sich zusammen täten zu einem Friedensbund. Aber es ist wohl noch weit bis zu diesem Ziel, und solange es noch nicht erreicht ist, haben wir Grund, unser Schwert scharf zu halten und durch unsere Macht den Frieden zu wahren. Wir hören neue, ungewohnte Töne von einer Annäherung sogar herüberdringen über die Vogesen; das geschieht doch nur, weil wir ein mächtiges einiges Volk geworden sind, weil wir ein deutsches Reich haben. So haben wir gewiß allen Grund, dankbar zu sein dafür, daß wir ein deutsches Reich besitzen. Wir heißen uns mit Stolz Schwaben und wol-*

301 Das 19. Jahrhundert. XX. Allgemeine Kulturentwicklung – Ausblick in die Zukunft, in: HT Nr. 82, 8.4.1900, S. 1.

302 HT Nr. 1, 1.1.1898, S. 1.

*len gute Schwaben und Württemberger sein und bleiben, aber auch gute Deutsche*³⁰³.

Das war auch der von den offiziellen Kreisen vertretene und verbreitete Standpunkt. Bei dem Bankett, das 1910 wie jedes Jahr am Tage des Geburtstags des Kaisers in Hall stattfand, erklärte der Vorsitzende: *Wir verehren in unserem Kaiser den kraftvollen Herrscher, der seine reichen Geistesgaben in unermüdlichem Eifer in den Dienst des Wohls des Reiches und seines Volkes, des Allgemeinwohls gestellt hat, der die großen Machtmittel, die in seine Hand gelegt sind, nicht zu eigensüchtigen Zwecken benützt, sondern der mit diesen Mitteln bis jetzt uns den Frieden, dieses hohe Gut bewahrt hat und auch, wie wir hoffen, in Zukunft bewahren wird, und unter dessen Regierung die deutsche Nation den großen Aufschwung namentlich in wirtschaftlicher Beziehung genommen und dadurch ihre Macht und ihr Ansehen in der Welt nicht nur erhalten, sondern bedeutend vermehrt und gesteigert hat*³⁰⁴.

Wenn man bedenkt, daß diese Vorstellung allgemein verbreitet war, so kann man es nicht weiter verwunderlich finden, daß die Pazifisten im wilhelminischen Deutschland, wie übrigens auch im revanchebedürftigen Frankreich, als „schwarze Schafe“ betrachtet wurden.

Fazit: „Schwarze Schafe“ im wilhelminischen Deutschland

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges sollte zeigen, daß die Pazifisten die Macht der Friedensbewegung überschätzt hatten. Das Wirken und Zusammenwirken der vielen Friedensorganisationen, die im Laufe des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden waren, genügten nicht, um die Menschheit vor dem Weltkrieg zu bewahren. Viele deutsche Pazifisten mußten nun im Ausland den Frieden predigen. Otto Umfrid fragte 1914 in einem Vortrag, den er mitten in der Kriegspsychose in Stuttgart hielt³⁰⁵: *Sind wir noch Christen?*

Der Kontext der wilhelminischen Ära war durchaus nicht günstig für die Entwicklung und die Verbreitung der Friedensidee auf der Grundlage einer Völkerverständigung, internationaler Instanzen zur Schlichtung der Konflikte zwischen den Staaten, einer allgemeinen Abrüstung und eines Völkerbundes. Die bürgerlichen Friedensfreunde, die solche Gedanken verfochten, galten als Utopisten und als vaterlandslose Gesellen. Ja, sie wurden in einer Zeit, in der der Imperialismus von einer immer breiteren Schicht der Bevölkerung als eine unabwendbare Entwicklung betrachtet wurde, als „schwarze Schafe“ abgestempelt. Die verbreitete Meinung war, daß der Staat seine Lebensinteressen verteidigen müsse, indem er im-

303 HT Nr. 25, 31. 1. 1898.

304 HT Nr. 22, 28. 1. 1910, S. 1. Als 1900 das 30jährige Jubiläum der Reichsgründung gefeiert wurde, erinnerte das Haller Tagblatt daran, daß es seit 1870 das Ziel Deutschlands gewesen sei, *den Frieden Europas dauernd zu sichern*. Vgl. HT Nr. 167, 21. 7. 1900, S. 1.

305 Schmid (wie Anm. 16), S. 330 f.

- Deutsche Friedensgesellschaft
- Verband für internationale Verständigung
- Deutsch-englisches Verständigungskomitee
- Kirchliches Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland
- Comité d'entente franco-allemand
- Deutsch-französischer Wirtschaftsverein
- "Pour mieux se connaître" (deutsch-französisches Komitee für intellektuelle Annäherung)
- Deutsch-französische Liga
- Délégation permanente des Sociétés françaises de la Paix
- Association de la Paix par le Droit
- Ligue internationale de la Paix et de la Liberté
- Société française pour l'arbitrage entre les nations
- Société d'échange international des enfants et jeunes gens pour l'étude des langues étrangères
- National Peace Council (England)
- International Arbitration League
- International Arbitration and Peace Association
- The Peace Society
- Federazione delle società italiane della Pace (Italien)
- Österreichische Friedensgesellschaft
- Amerikanische Friedensgesellschaft
- World Peace Foundation

Tabelle 4 Liste der Friedensgesellschaften 1913 (aus: Friedensjahrbuch, Stuttgart 1913, S. 40 f.).

mer stärker wird, d. h. indem er sich Kolonialgebiete erobert, eine Handelsflotte baut, die er mit einer Kriegsmarine schützen kann.

In den 90er Jahren setzte sich selbst in der Deutschen Volkspartei ein Wandel durch, der ihre weitere politisch-ideologische Entwicklung bestimmte und zur Fusion mit den anderen linksliberalen Parteien im Jahre 1910 führte. Dieser Wandel spiegelte sich in realpolitischen Zugeständnissen an die Entwicklung des Deutschen Reiches, die sie bisher abgelehnt hatte, und zwar sowohl in der Kolonial- und Expansionspolitik als auch gegenüber der Aufrüstung und der Militarisierung Deutschlands³⁰⁶. Die organisierte Friedensbewegung verlor also einigermaßen in der sogenannten „neuen Demokratie“ die überzeugte Verbündete, die sie früher in der älteren Generation der Achtundvierziger gehabt hatte. Mit der Jahrhundert-

306 Fricke (wie Anm. 51), S. 638 ff.

wende endete übrigens die Dominanz der Deutschen Volkspartei im 11. württembergischen Reichstagswahlkreis. Hier setzte sich der 1893 gegründete Bund der Landwirte allmählich durch, der sich zu einer Massenbewegung auf der Grundlage eines reaktionären und nationalistisch ausgerichteten Programms entwickelte³⁰⁷. Friedensfreunde paßten also nicht in das Zeitbild. Man stellt fest, daß im „Adreß- und Geschäftshandbuch“ von Hall der Friedensverein nicht in der Liste der lokalen Vereine verzeichnet ist. Ein aufschlußreiches Detail! Eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft durfte nicht in einer amtlichen Publikation anzutreffen sein; das hätten die Behörden des Oberamtes nicht geduldet. Als Johannes Berger 1910 starb, mochte er in den Nachrufen und den Nekrologen als ausgezeichnete Bürger und *Vorbild eines Christen* gepriesen werden; sein früheres Engagement für die Sache des Friedens wurde nicht erwähnt. Als Bayerdörfer und Blezinger starben, bewahrte man dasselbe Schweigen über ihre frühere Betätigung im Haller Friedensverein. Es war in den 20er Jahren. Doch gab es damals in Württemberg wie in Deutschland Menschen, die an die Möglichkeit eines „ewigen Friedens“ glauben wollten³⁰⁸. Solche Menschen waren nicht nur unter den linken Intellektuellen anzutreffen, wie in den expressionistischen Kreisen, oder unter den Sozialisten und Kommunisten³⁰⁹. Die Notwendigkeit, eine neue Weltordnung zu schaffen, wurde von verantwortlichen Politikern anerkannt, so daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Völkerbund ins Leben gerufen wurde. Verdient haben sich auch Gustav Stresemann (1878–1929) und Aristide Briand (1862–1932) um die deutsch-französische Annäherung gemacht, ein Ziel, das jeder von ihnen freilich aus realpolitischen Motiven erreichen wollte. Diese Motive sind keinesfalls mit dem Idealismus zu verwechseln, der die meisten Pazifisten beseelte. Der Reichskanzler Stresemann und der französische Außenminister Briand erhielten zusammen angesichts ihrer Leistungen für den Frieden den Friedensnobelpreis im Jahre 1926³¹⁰. Den Friedensnobelpreis erhielten im Jahre 1927 Ludwig Quidde und der französische Pädagoge Ferdinand Buisson (1841–1932), ebenfalls zusammen. Staatsmänner waren in der Lage, viel zu erreichen. Aber selbst was diese erreichten, konnte jeden Augenblick in Frage gestellt werden, wie die Entwicklung in den späten 20er Jahren zeigen sollte. Die Wirkungsmöglichkeiten der Deutschen Friedensgesellschaft blieben außerdem beschränkt. Das stellt man am Beispiel ihrer Schwäbisch Haller Ortsgruppe eindeutig fest. Die Lokalpresse war schließlich das wirksamste Mittel, auf das sie sich stützen konnte, soweit sie über genug Raum verfügte oder sich dazu bereit war, sich für dieses Anliegen zu öffnen. Eine Zeitung wie das „Haller Tagblatt“ hatte aber als Oberamtsblatt eine begrenzte Ausstrahlung, da sein Wirkungskreis kaum über die Grenzen des Oberamtes hinaus

307 Müller: Parteien und Politik (wie Anm. 17), S. 33.

308 Riesenberger (wie Anm. 12), S. 143 ff.: Die Friedensbewegung in der Weimarer Republik; Schmid (wie Anm. 16), S. 331 ff.

309 Riesenberger (wie Anm. 12), S. 133 ff.: „Nie-Wieder-Krieg!“-Bewegung.

310 Jacques Chabannes: Aristide Briand. Le Père de l'Europe (Présence de l'Histoire), Paris 1973, 362 S.

ging. Berichte über den Haller Friedensverein sucht man in den Zeitungen der Nachbarstädte wie Crailsheim oder Gaildorf vergeblich. Die Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft blieben auf profilierte Wanderredner angewiesen. Allein Persönlichkeiten wie der Stadtpfarrer Otto Umfrid oder der Schauspieler Richard Feldhaus konnten viele Zuhörer anziehen und einige zum Beitritt in den lokalen Friedensverein bewegen. Aber diese Tätigkeit blieb eine Sisyphusarbeit, und die Begeisterung, die ein erfolgreicher Vortragsabend hervorrufen konnte, flaute bald ab.

Der Fortgang seines ersten Vorsitzenden im Sommer 1908 und der Tod Johannes Bergers Anfang August 1910 waren zweifelsohne für den Haller Friedensverein schwere Verluste, die er anscheinend nicht zu überwinden vermochte. Man kann vermuten, daß der Verein um 1910 seine Tätigkeit einstellte oder wenigstens stark reduzierte, denn Berichte über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen sind von 1909 bis zum Ersten Weltkrieg im „Haller Tagblatt“ nicht mehr zu finden. Die Friedensvereine waren zwar die Triebkraft, mit der die Pazifisten die öffentliche Meinung für die Friedensidee zu gewinnen hofften. Die Entwicklung des Haller Friedensvereins zeigt deutlich, wie schwer es war, dieses Ziel zu erreichen. Im „Friedensjahrbuch“, das 1913 in Stuttgart erschien, steht er noch in der Liste der Deutschen Friedensgesellschaft, was bedeuten könnte, daß er, wie andere Ortsgruppen, nur noch auf dem Papier existierte³¹¹.

1933 wurden alle Friedensorganisationen in Deutschland verboten. Einige wurden aber 1946 neubegründet³¹². Am 1. Mai 1947 freute sich das „Württembergische Zeit-Echo“, die damals in Hall erscheinende Zeitung, seinen Lesern mitteilen zu können, daß nunmehr neben dem Landesverband Nordwürttemberg-Baden die Deutsche Friedensgesellschaft auch für Südwürttemberg und Südbaden genehmigt worden war³¹³.

Anhang: Krieg oder Frieden? Schreiben an Herrn Leon Gambetta, Präsident der Französischen Kammer der Abgeordneten von v. Bühler, Mitglied des Deutschen Reichstags³¹⁴

Hochgeehrter Herr!

Da die Parlamente mit einander nicht zu verkehren pflegen und die Diplomatie ihre eigenen, Andern verschlossenen Wege geht, unternehme ich es, das einzelne

311 *Riesenberger* (wie Anm. 12), S. 68.

312 Ihre Neubegründung erlebten 1946 außer der Deutschen Friedensgesellschaft: die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Friedensbund Deutscher Katholiken, der Deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Im folgenden Jahr kam auch die Neugründung der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) als deutscher Zweig der War Resisters International (WRI) hinzu. *Holl* (wie Anm. 1), S. 220 ff.

313 *Württembergisches Zeit-Echo*, 1.5.1947.

314 Genauer Titel s. Anm. 100.

Mitglied des deutschen Reichstages, ohne alle offizielle oder geheime Mission, auch allem Parteiwesen ferne stehend, mich an Sie, das hervorragende und einflußreiche Mitglied der Kammer der französischen Abgeordneten zu wenden, um im Lichte der Vernunft, wie auf dem Boden realer Politik den Versuch zur Lösung einer der dringendsten und wichtigsten Aufgaben der Menschheit zu machen.

Es ist die große Frage vom Kriege und Frieden.

Von Scham und Unwillen über die ebenso traurige als lächerliche Torheit erfüllt, daß das mit Vernunft begabte Wesen, der Mensch, seines mehrtausendjährigen Daseins auf Gottes schöner Erde unerachtet, sich auf derselben nicht besser einzurichten und zu leben gelernt hat, von diesem Dasein bis zum heutigen Tage keinen nützlicheren und weiseren Gebrauch zu machen versteht, als von Zeit zu Zeit sich selbst und seine Werke zu vernichten; angetrieben ferner von dem unmittelbaren Eindrücke des selbsterlebten Anblickes des gegenseitigen gräßlichen Ringens und Würgens zweier großer gebildeter Nationen; angesichts endlich der unermeßlichen Lasten, welche die verblendeten Völker durch die unaufhörliche Steigerung nutzlosen Militäraufwandes sich aufwälzen, drängte sich meinem Geiste unwiderstehlich der Gedanke auf, ob es nicht an der Zeit wäre, an den Verstand der Völker zu appellieren und sie zum gemeinsamen Nachdenken über die Mittel und Wege zur Eintracht und zur Beseitigung der Geißel der Kriege aufzufordern.

Wenn auch die arme, von so vielen Kriegen heimgesuchte Menschenkreatur ihre Hände zu alten Zeiten hilfeflehend zum Himmel erhoben haben wird und wenn auch die Geschichte nachweist, daß in der alten Welt wie im Mittelalter Herrscher und Gesetzgeber Versuche machten, sei es auf dem Wege der Gründung von Universalreichen oder durch Schließung von Bündnissen der Welt dauernden Frieden zu geben, so kann von den angeblichen Weltfriedensplänen Heinrichs IV. und seines Ministers Sully und von humanen Bestrebungen edler Geister der jüngsten zwei Jahrhunderte, wie Grotius, Leibnitz, Montesquieu, Rousseau, Voltaire, Bentham, Kant, Herder, Abbé de Saint-Pierre und Anderer abgesehen, doch erst der neuesten Zeit das Verdienst zugesprochen werden, unter geläuterten völkerrechtlichen Anschauungen und auf dem Wege parlamentarischer Institutionen dem allgemeinen Friedensverlangen bestimmteren Ausdruck gegeben und durch Beschreitung des Weges internationaler Verständigung die Bahn zu friedlicher Vermittelung der Völkerstreitigkeiten erschlossen zu haben.

Staatsmänner und Schriftsteller ersten Ranges gingen auf dieser Bahn leuchtend voran oder folgten dem Drängen des Zeitgeistes. Robert Peel, Buckle, Palmerston, Clarendon, Gladstone, Robert Mohl, Lamartine, Bluntschli und viele Andere haben sich mit der ganzen Kraft ihres Geistes zu Gunsten internationaler Schiedsgerichte und allgemeiner Entwaffnung ausgesprochen und mächtige Staaten haben sich schon der Entscheidung solcher Gerichte unterworfen.

In dem Pariser Frieden vom Jahre 1856 stellte die versammelte Diplomatie Europas ausdrücklich den völkerrechtlichen Grundsatz auf, daß die Staaten, bevor sie zu den Waffen greifen, die friedliche Vermittelung anderer Staaten anrufen sollen. Von den Friedens-Congreß-Ideen Napoleons III. glaube ich schweigen zu dürfen.

Auf Anregung hochherziger Männer haben in den meisten Versammlungen gesetzgebender Körper wiederholte Erörterungen über Ergreifung von Maßregeln zum Zwecke der Verhütung von Kriegen und der Verminderung der den Volkswohlstand erschöpfenden Heereslasten stattgefunden.

Im englischen Parlamente war es Cobden, der die ersten auf diesen Zweck zielenden Anträge stellte. Waren dieselben zunächst erfolglos, so wurde dem in Cobdens Fußstapfen tretenden, aufopfernd und unermüdlich wirkenden Parlamentsmitgliede H. Richard die hohe Befriedigung zu Teil, daß das Haus der Gemeinen seinem Antrage zustimmte.

Der Senat und das Repräsentanten-Haus der Vereinigten Staaten in Amerika nahmen mit Stimmeneinhelligkeit eine in demselben Geiste abgefaßte Resolution an.

Ebenfalls mit Stimmeneinheit wurde in dem italienischen Parlamente eine von edlem Sinne getragene, dasselbe hohe Ziel verfolgende Motion des Abgeordneten Mancini – gegenwärtig Minister des Auswärtigen – angenommen.

Die schwedische Volksvertretung sprach sich mit Stimmenmehrheit zu Gunsten der Friedenssache aus; ebenso entschieden sich die Kammern in Holland und in Belgien.

In der Volksvertretung Österreich-Ungarns kämpften entschlossene Männer, worunter namentlich der Abgeordnete Fischhof, mit Energie und Ausdauer für die Verwirklichung der Friedensidee.

Auch die Regierungen verhalten sich nicht mehr absolut ablehnend. Ohne auf die allgemeinen Verheißungen der Befolgung einer Friedenspolitik von Seiten der Königin von England und der Staatsoberhäupter des Kontinents einen besonderen Wert zu legen, ist rühmend hervorzuheben, daß die Regierung von Österreich-Ungarn der Volksvertretung die ausdrückliche Erklärung gemacht hat, daß, wenn unter den Mächten die „allseitig ersehnte Verständigung“ über eine Verminderung der Heere erzielt würde, sie dieser Maßregel bereitwillig beitreten werde.

Im deutschen Reichstage und im Preußischen Landtage haben hervorragende Abgeordnete, Virchow, Lasker, Reichensperger und Andere wiederholt auf die Idee einer allgemeinen Abrüstung hingewiesen.

Von derselben Idee erfaßt und von der Erwägung ausgehend, daß es nicht auf Phrasen, Wünsche und Worte, sondern vor allem auf tatsächliche Beweise der Friedensliebe ankomme, stellte ich in den Jahren 1879 und 1880 im deutschen Reichstage wiederholt den förmlichen Antrag: es solle der deutsche Reichskanzler ersucht werden, einen Staatenkongreß zum Zwecke der Herbeiführung einer allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von zunächst zehn bis fünfzehn Jahren zu veranlassen.

Zur Begründung dieses Antrages, mit dem ich die Konstituierung eines internationalen Schiedsgerichts untrennbar verbunden erachtete, wies ich auf die vorerwähnten übereinstimmenden Aussprüche der ausgezeichnetesten Geister aller Nationen über die Barbarei und Vernunftwidrigkeit der Kriege und über die Ausführbarkeit der zu ihrer Verhütung vorgeschlagenen Maßregeln hin.

Der deutsche Reichstag zeigte sich für diesen Gedanken nicht empfänglich. Von Motiven untergeordneter Bedeutung absehend, suche ich einen erheblichen Grund der Ablehnung in dem Umstande, daß in gewohnter oberflächlicher und wegwerfender Beurteilung aller Ideale Viele der Meinung sind, es bezwecke mein Antrag buchstäblich den sogenannten „ewigen“ Frieden.

Diesem Weltverbesserungsplan jage ich aber nicht nach, wenn ich auch die für einen immerwährenden Friedenszustand sprechenden Vernunft- und Humanitätsgründe mit jeglichem Nachdruck hervorhebe, kann ich der Zeit, die solchen Zustand allgemeiner Völkereintracht zur Reife bringen mag, nicht vorausseilen und verlange nur Verständigung über eine kurze, aber gesicherte Friedenszeit an Stelle des jetzigen trügerischen Halb- und Scheinfriedens, sagen wir über einen festen Waffenstillstand, über eine Frist zur Erholung der erschöpften Völker von beständiger Kriegsbereitschaft.

Der eigentlich durchschlagende Grund der Ablehnung beruht unstreitig in dem in Deutschland in Folge der schmerzlichen Erfahrung alter und neuer Zeit tiefeingewurzelten, schwer auszurottenden Glauben, daß Deutschland von Frankreich her mit immerwährender Kriegsgefahr bedroht und jede Liebesmühe zur Herstellung einer friedlichen Nachbarschaft töricht und vergeblich sei.

Derselbe allverbreitete Glaube ist auch der leitende Grundgedanke eines in Veranlassung meines Antrages von dem Fürsten Bismarck an mich gerichteten Schreibens. „Erst“, sagt derselbe, „nachdem es Ihnen gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen.“

Die in diesen Worten enthaltene Beigabe von Ironie unbeachtet lassend, glaube ich das Kanzlerschreiben im höheren Interesse der Sache von der ernsteren Seite auffassen zu sollen, und wendete mich auf den mir zugänglich scheinenden Wegen zunächst an die beiden mächtigen Nachbarn Deutschlands, an Rußland und an Frankreich.

Von einem für alle humanen Bestrebungen empfänglichen, in jüngster Zeit leider hingeschiedenen Mitgliede des russischen Kaiserhauses, dem Prinzen Peter von Oldenburg, ferner von einem einflußreichen, jetzt bedauerlicherweise zurückgetretenen Minister Rußlands, dem Finanzminister Abasa, erhielt ich ehrende und erfreuliche Beweise der Zustimmung und die Versicherung und der Schiedsgerichte in das praktische Leben überzuführen.

Durch wiederholte beifallspendende Zuschriften von seiten der großen Friedensgesellschaften „Ligue Internationale de la Paix et de la Liberté“ und der „Société Française des Amis de la Paix“ angespornt, richtete ich an dieselben die Aufforderung, den deutschen Reichstag und Kanzler in der an den Tag gelegten Engherzigkeit zu beschämen und eine solenne Friedensmanifestation der französischen Nation hervorzurufen.

Das Ergebnis eines umfassenden Meinungs austausches war die wiederholte Versicherung unerschütterlicher Friedensliebe und die Erklärung, daß, wenn Frank-

reich auch nicht aufhören werde, an der Freigebung oder Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zu arbeiten, man diese Revindikation nicht auf dem Wege der Waffengewalt, sondern durch den Sieg der Geister erringen werde. Die Initiative, ja selbst die Mitwirkung zur „Abrüstung“ wurde gleichwohl abgelehnt.

In fast wörtlicher Übereinstimmung mit den Kundgebungen der Friedensgesellschaften äußerten Sie, hochgeehrter Herr, in einer im April d[ieses] J[ahres] bei einem Bankett der Unterrichtsliga in Paris gehaltenen Rede: „man solle in Ihren Worten nichts weiter suchen als das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, nichts als was an Frankreich zurückkommen müsse, durch den höheren Aufschwung des Geistes und des Talentes und nicht durch die materielle und brutale Gewalt, die stets launisch und wandelbar sei.“

Von genauen Kennern beider Nationen – der deutschen und der französischen - ist schon häufig die Bemerkung gemacht worden, daß, obschon es an und für sich nur eine Logik, eine Wahrheit geben kann, den Franzosen in manchen Dingen ein mit dem Denksystem der Deutschen völlig unvereinbarer, wohl auf dem Gegensatz der romanischen und germanischen Volksnatur beruhender Gedankengang eigen sei.

Uns Deutschen ist und bleibt es nach unseren Begriffen von Völkerrecht und Staatsmoral absolut unfaçbar, wie, wenn man des Ursprungs des Besitzes Frankreichs von Elsaß-Lothringen gedenkt, man an die Brust schlagen und von „Recht und Gerechtigkeit“ sprechen kann. Haben die nachgefolgten Friedensbeschlüsse dem von Frankreich an Deutschland Jahrhunderte hindurch fortgesetzten Länderraub den Titel eines rechtmäßigen Besitzes verliehen, so hat Frankreich diese Verträge wiederholt zerrissen, wie es ja auch den neuesten mit Deutschland geschlossenen Friedensvertrag als einen „erzwungenen“ annulliert wissen will. Der Natur der Sache nach ist jeder nach einem Kriege geschlossene Friede erzwungen und nur das als zu Recht bestehend gelten zu lassen, was der Begehrlichkeit und dem Eigenwillen einer Nation konveniert, ist weder Rechtssinn noch berechtigter Nationalstolz, sondern Nationalegoismus, Nationalwahn.

Mag indessen Frankreich seine Hoffnung und Ansprüche auf Elsaß-Lothringen für ewige Zeiten in derselben Weise im Geiste sich vorbehalten, wie Deutschland seine berechtigten Wünsche auf Wiedererlangung dieser Provinzen im Herzen niemals aufgegeben hat, seine Rechte auch fernerhin nicht aufgeben wird, ja, wofern Frankreich seinen Präntionen mit bewaffneter Hand Folge geben wollte, selbst stille Hoffnungen auf andere verlorene Reichsländer wieder aufleben lassen könnte.

Hauptsache von alles überwiegender Wichtigkeit ist, daß wir in dem Kardinalpunkte übereinstimmen, daß in den Völkerdifferenzen nur die Macht des Geistes und der Idee und nicht die rohe Gewalt, der Krieg entscheiden sollte.

Diese Grundlage ermöglicht eine freie Diskussion und läßt der Hoffnung auf Verständigung Raum. Und wenn, wie selbst der große Kriegsheld Wellington bekannte, die Macht der Idee und der öffentlichen Meinung siegreicher ist, als die der Heere und Kanonen, so wird es ja nicht ausbleiben, daß der Siegespreis derjenigen Nation zufällt, die der anderen im Wettstreit der Geister vorankommt.

Zur Entwicklung des Geistes und der Talente bedarf es indessen der Ruhe und des Friedens. Nur unter dem Schutze einer gesicherten Rechtsordnung können Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung der Völker reifen und gedeihen. Trachten wir darum vor allem nach dem Frieden.

Wollen wir uns in Erstrebung dieses hohen Zieles nicht ewig irrend im Kreise drehen, müssen wir (es ist dies ein Postulat der Natur der Dinge und der Vernunft) von einem festen Punkte ausgehen. Dieser Ausgangspunkt kann kein anderer sein, als der status quo, der gegenwärtige Stand der Dinge; er wäre dies selbstverständlich auch in dem Falle, wenn Elsaß-Lothringen noch heute Frankreich angehörte. Man liebt es neuerdings in Frankreich, sich auf den größten deutschen Philosophen, auf Kant, zu berufen. Nun, dieser Philosoph will vor allem den Besitzstand respektiert wissen.

Mit diesem Axiom stimmen alle Regierungen, alle Parlamente und Staatskundigen, überhaupt alle denkenden Politiker überein.

Und von welchem andern Standpunkte sollte denn der Ausgang genommen werden? Soll man in die Zeiten der Hohenstaufen, Ludwigs XIV., Napoleons I. zurückgreifen? Soll man die Länderkarte des Mittelalters wiederherstellen oder eine politische Zukunftskarte projektieren? Soll Tag für Tag um den Besitz von Elsaß-Lothringen gewürfelt werden?

Was heißt endlich Nationalität? Der Begriff ist nicht festzustellen. Weder Sprache noch Geschichte noch Religion noch Rasse und Abstammung entscheiden nach Lage der heutigen politischen Verhältnisse. Die Nationalität ist nirgends als Staatsprinzip anerkannt. Aber die Tatsache der alten Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland leugnen zu wollen, heißt nichts anderes, als Recht und Geschichte verleugnen.

Folgen wir also, wenn wir nicht die Heiligkeit der Verträge mißachten, das Völkerrecht mit Füßen treten und nicht den Kriegszunder beständig glühen lassen wollen, dem Ausspruch großer, über nationale Vorurteile hoch erhabener, der ganzen Menschheit angehörender Geister, folgen wir der unerbittlich zwingenden Logik geschichtlicher Tatsachen und stellen wir uns als nüchterne Denker auf den Boden der Wirklichkeit. Das mächtige Naturgesetz der Völker- und Staatenumgestaltung wird dadurch in seinem stillen Schaffen und Wirken seine Hemmung erleiden. Kann es doch im Wandel der Zeiten kommen, daß es kein Frankreich und kein Deutschland mehr gibt, und die Welt und die Menschen werden doch bestehen.

Erleichtern wir, indem wir die Lösung der Streitfrage über Elsaß-Lothringen jenem Naturgesetz und dem geistigen Wettkampf der Nationen überweisen, die Leiden und Lasten der Gegenwart.

Das größte aller Übel sind die Kriege; die schwerste aller Lasten die Heere.

Der Friede ist das Mittel, um die Völker mit einem Schlage von beiden Drangsalen zu befreien.

Heißt es dem menschlichen Verstande zuviel zumuten, die Anwendung dieses Mittels zu versuchen, dieses Mittels, welches keinen Aufwand verursacht und rasch und sicher wirkt?

Nur stumpfer Fatalismus, unstetiger Pessimismus, bodenlose Geistessträgheit, verblicher Unglaube an ein Fortschreiten des Menschengeschlechts zu besserem Dasein, können dazu führen, die Hände in den Schoß zu legen und die Pest der Kriege in Ewigkeit fortwuchern zulassen. Auf die niederste Stufe der Weltauffassung und Menschenwürdigung scheinen diejenigen herabgesunken zu sein, welche die Kriege als ein Zucht- und Reinigungsmittel der Menschheit gegen Erschlaffung und Verweichlichung, als Schule erfrischender Übung von Kraft und Mut und Sittlichkeit ansehen. „Kindisch“ nennt der Weltweise J.G. Fichte diejenigen, welche die Kriege gar der göttlichen Vorsehung unterlegen wollen. Nicht ein Werk Gottes, sondern des Teufels sind die Kriege, sagt Voltaire.

Vergeblich sucht der Freund der Humanität und Religiosität nach einer Erklärung, weshalb die Kirche, berufen, den Frieden und nur den Frieden zu predigen, sich fern von allen Friedenskundgebungen hält und statt dessen die mörderischen Waffen weiht und segnet. Hat doch freilich fanatischer Kirchenglaube des Blutes mehr fließen lassen, als wilde Eroberer je vergossen haben.

Der Daseinskampf des Menschen ist hart und schwer. Es gibt unzählbare Übel in der Welt, deren Behebung nicht in der Menschenmacht liegt, die in stummer Ergebung zu dulden, das allgemeine Erdenlos ist. Aber von selbstgeschaffenen, selbstverschuldeten Übeln sich zu befreien, muß die Menschheit aus eigener Kraft, aus eigenem Willen alle Zeit im Stande sein.

Wie einzig der menschliche Wille es ist, der die Armeen aufstellt und in den Krieg führt, so liegt es ganz nur in demselben Willen, die Kriege zu verhüten. Warum wollen die Regierungen sich nicht herbeilassen, eine jener außerordentlichen Anstrengungen, die sie so häufig mit Gefahr ihrer Existenz für Krieg und Kriegsbereitschaft machen, auch nur einmal zu Gunsten der Aufrichtung eines dauerhaften, ihre Existenz sichernden Friedens machen? Mit ängstlicher Sorge und Eifersucht wachen die Staaten über ihrer Souveränität und Unabhängigkeit, tragen aber kein Bedenken, sich in die kläglichste gegenseitige Abhängigkeit zu begeben, indem einer den andern zu Rüstungen ohne Ende, zur Erschöpfung seiner Finanzen nötigt und ihn auf diesem Wege jeder wahren Willensfreiheit und Selbständigkeit beraubt?

Kaum, daß irgendwo ein Krieg ausgebrochen, so drängen sich die sogenannten befreundeten Mächte geschäftig und übereifrig zur Friedensvermittlung heran. Warum verwendet man nicht zu rechten Zeit denselben Fleiß und Eifer auf Stiftung eines dauernden Friedenswerkes? Kaum, daß eine Kriegswolke am Horizont sich zeigt, wimmern Presse und Geschäftswelt unisono um Erhaltung des teuren Friedens. Mit dem Verschwinden der Gefahr denkt aber niemand weiter an Schaffung von festen Grundlagen zu einer Sicherung gegen deren Wiederkehr, und die darauf bedachten Friedensfreunde werden verlacht. Humanität und Idealismus gelten dann wieder als Schwäche, und fern vom Schusse erscheint es mannhaft, vom Donner der Kanonen zu reden.

Mit demselben Willensimpulse und nach demselben System, womit die Großstaaten ihre Heere vermehrt haben, können sie dieselben auch reduzieren. Wie man die

Heere vom Kriegsfuß auf den Friedensfuß setzen kann, läßt sich mit Hilfe einer vorurteilsfreien Militärtechnik, der Organisation und defensiven Wehrhaftigkeit unbeschadet, die Friedensstärke eines Heeres in sich herabsetzen. Das gegenseitige Machtverhältnis, insoweit es von der Zahl der Truppen abhängt, bleibt daselbe, ob jeder der Großstaaten 400 000 oder nur 200 000 Mann auf Beinen hat. Für die Steuerträger aber wird die Last effektiv, wenn nicht um die volle Hälfte, so doch um Millionen vermindert.

Mit den ersparten Millionen kann die soziale, materielle Not gehoben, können alle Bedürfnisse des Staats und der Gemeinden befriedigt werden, die eine mit Militärlast und Defizit ringende Staatsverwaltung jetzt karg verweigern muß. Weise Blicke öffnen sich dem wirtschaftlich spekulativen Geiste bei dem Gedanken an eine Verwirklichung der Reduktion der Heere. Hunderttausende von Händen werden der produktiven Arbeit zurückgegeben; die durch Militär und Steuerdruck zur Auswanderung getriebenen Familien werden mit Hab und Gut der Heimat erhalten bleiben; das jetzt nutzlos vergeudete Kapital strömt zu billigem Preise der Industrie und Landwirtschaft zu, und wahrlich, das von der übermächtigen Konkurrenz Amerikas hart bedrohte Europa hat allen Grund, auf Beschaffung billigen Kapitals und billiger Arbeitskraft zu sinnen. Der Staat erhält, wofern er deren denn überhaupt noch bedarf, Anleihen zu niedrigem Zinsfuß, und die Börse wird in raschen Umsätzen ihres Kapitals bei blühendem Handel und Gewerbe mehr Vorteil und Gewinn als bei dessen Festlegung in Kasernenbauten finden. Mit dem Aufhören der durch die Militärbudgets herbeigeführten widernatürlichen Blut- und Kräfteentziehung, mit der Wiederherstellung eines natürlichen Säfte-, das heißt Geld- und Güterumlaufs wird der ins Siechtum gebrachte Volkskörper in kurzer Zeit von selbst gesunden und es bedarf dann nicht jener Experimente, mit denen man auf bedenklichem Wege und mit gefährlichen Mitteln der arbeitenden Bevölkerung aufhelfen will.

Alle diese unermeßlichen, eine völlige Neugeburt der Nationen in sich schließenden Vorteile kann der Wille der Menschen schaffen.

Der Wille ist das Wirkende und Lebendige in der Welt.

Und indem es, wie ich in meinem Antwortschreiben an den Fürsten Bismarck sagte, vor allem auf Erforschung des Willens der Nationen in der Kriegs- und Friedensfrage ankommt, wende ich mich in Verfolg der oben geschilderten Schritte auch an Sie, hochgeehrter Herr, meinen Kollegen in der europäischen Volksvertretung.

Wohl weiß ich, daß dieser Schritt in den Augen der Mehrzahl meiner Landsleute als eine Torheit ohnegleichen erscheint.

Ihr Name ist in Deutschland mit Revanchegedanken identifiziert.

Das große Vertrauen indessen, welches Ihre Nation in gefahrvoller Lage Ihnen entgegenbrachte, die von Ihnen an den Tag gelegten Beweise des Opfermuts und der Vaterlandsliebe, die achtungsgebietende Stellung, die Sie in der französischen Kammer der Abgeordneten einnehmen, lassen Sie mir in einem anderen Lichte erscheinen, als eine chauvinistische Presse diesseits und jenseits der Vogesen Sie darzustellen für gut findet.

Die von Ihnen bei feierlichen Anlässen gegebene Erklärung, daß Friede das Fundament der Freiheit und der Ordnung sei, daß Frankreich den Frieden wolle und bedürfe, daß es ein Feind der brutalen Gewalt sei, muß meinen Schritt, auf diese Kundgebung hin den Versuch einer Verständigung zu machen, bei allen denkenden, von nationaler Voreingenommenheit freien Menschen rechtfertigen und das Erhabene des Zieles, wenn auch in dem Bewußtsein schwacher Kraft angestrebt, läßt in mir jede Scheu vor Hohn, verletzender Zurückweisung, Nichtbeachtung und Mißerfolg weit in den Hintergrund treten.

Eine förmliche Nötigung zu diesem Schritte erblicke ich in der von Ihnen jüngst in Cahors gehaltenen Rede. Sofort wurde dieselbe von preußischen, dem starren Militarismus huldigenden Journalen aufgegriffen, um die sogenannten „Volksbeglückker“ auf Sie, den republikanischen Verfechter „großer Heere“, als lehrreiches Vorbild hinzuweisen.

Ihre Rede ist in der Tat gleich sehr dazu angetan, die Hoffnungen der Friedensfreunde zu beleben, wie niederzuschlagen. Sie hat das doppelte Gesicht des Krieges und des Friedens.

Anpreisung des Friedens und Glorifikation kriegerischen Stolzes; Frieden auf die Spitze des Degens gestellt; Förderung der Arbeit und Unterhaltung großer Heere; Verwerfung der rohen Gewalt der Waffen und Organisation eines permanenten Heerlagers. Welche Gegensätze!

Oder soll es nur eine einfache Wiederholung des alten verbrauchten Satzes sein: Si vis pacem, para bellum?

Einen anderen Trost und Ersatz wüßte die moderne Staatskunst, deren Leiter und Verkünder in Frankreich Sie sind, der hoffenden Welt nicht zu bieten?

Wüßte die Republik nichts anderes zu tun, als blindlings das schlechte Beispiel der vielgeschmähten Monarchien in Vermehrung der Schrecknisse der Zerstörung nachzuahmen?

Bedarf es zum Aufschwung der Geister, zum Wettkampf der Intelligenz, zur Kräftigung des Nationalwohlstandes der Unterhaltung ungezählter Heeresmassen und des Opfers von Milliarden?

Wenn Sie ausrufen: „Nein, nein, keine Kriege, keine Politik des Abenteuers und Eroberungen“, frage ich und mit mir wohl jedermann: „Wozu die formidablen Heere und Kriegsrüstungen?“

Große Armeen sind eine permanente Gefahr für den Frieden; sie waren es zu allen Zeiten und werden es in alle Zukunft sein. „Stehende Heere“, erklärte Mirabeau, „sind nie zu etwas anderem gut als zur Willkür!“ - „Nur mit höchster Beängstigung“, erklärte der im Jahre 1875 von Männern aller Kulturstaaten besuchte Kongreß für Reform des Völkerrechts, „kann die Versammlung die immer steigenden Heeresrüstungen sehen, die Europa überfluten, indem sie die Völker mit Steuern und Militärdiensten überlasten, Millionen Menschen der produktiven Arbeit entziehen und indem sie die Nationen fortdauernd in einem Zustande des Mißtrauens, der Aufreizung und Unruhe erhalten. Sie erkennt es als Pflicht der Regierungen, sich im Interesse der Humanität und der Wohlfahrt ihrer Untertanen in Verbindung

zu setzen, um eine gegenseitige Reduktion der Heere herbeizuführen, die weit entfernt, eine Gewähr des Friedens zu sein, nichts als eine immer währende Kriegsbedrohung sind.“

Der von Ihnen aufgestellte Grundsatz ist das eiserne Axiom aller Despoten und Gwalthaber der Erde. Auch die Republiken haben ihren Cäsarismus.

Welche Garantien lassen Sie uns für den Frieden?

Sie sagen: den Willen der Nation. Die französische Nation ist ihr eigener Herr. Wird sie den Frieden wollen? Und soll Deutschland, soll Europa von diesem Willen beständig abhängig sein? Sie sind so gerecht, den Krieg vom Jahre 1870 nicht bloß einem Mann zur Last zu legen, sondern als die gemeinsame Verschuldung von ganz Frankreich anzuerkennen. Welche Bürgschaft gibt es, daß Frankreich von kriegerischem Ehrgeiz, von Revanchegelüsten aufgestachelt, eines Tages nicht in denselben Fehler zurückfalle? Ebenso wenig Sicherheit haben wir, daß nicht jede andere Nation, von leidenschaftlichen Führern angeschürt, zu irgendeiner Zeit zu den stets bereiten Waffen greife? „L'Empire, c'est la paix“ war das Losungswort Napoleons III., um bald darauf Europa in den Krieg zu stürzen. Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen wechselten die Herrscher von Preußen und Österreich, und im Jahre 1866 brach der Bruderkrieg in Deutschland aus. Den Schutz der Christenheit nahm Rußland zum Vorwand, um in der Türkei ein Blutbad anzurichten.

Friede ist auch die Devise Ihrer in Cahors gehaltenen Rede, doch Deutschland wird mit seinem Dichter sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, Allein mir fehlt der Glaube.“

Und in Wahrheit: durch alles, was sich in dem Zeitraum von zwei bis drei Dezenen in Europa, mit oder ohne Verschulden der Völker ereignet hat, ist eine Situation und Stimmung unter den Nationen geschaffen, daß, es gereicht dies unserer Zeit nicht zum Ruhme, kein Staat dem anderen einfaches Vertrauen schenken kann, daß es mehr als der Worte bedarf, um der Welt die Sicherheit des Friedens zu geben. Das Abschließen von Verträgen, die Abfassung eines Völkerrechtscodex, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes sind wichtige, aber nur äußere Garantien.

Es bedarf eines tatsächlichen Friedensunterpfandes.

Lassen sich die menschlichen Leidenschaften nicht ausrotten, so lassen sie sich doch bezähmen; es lassen sich die Werkzeuge, mit denen die Menschen sich Böses zufügen, aus der Hand nehmen.

Die Werkzeuge des Krieges sind die Heere. Ich sehe mit zu nüchternen Augen in die Welt, um heute in Europa für die Abschaffung der stehenden Heere sprechen zu wollen. Ich weiß, welch' verlockender Verführer der Nationalruhm ist; auch ich bin für die Macht und Größe meines Volks und die Taten seiner großen Heerführer begeistert; auch ich bin ein Bewunderer des furchtbar großen Schauspiels der höchsten Machtentfaltung einer Nation und zolle dem Todesmute der für ihr Vaterland in den Kampf ziehenden Männer den Tribut der höchsten Achtung und Anerkennung.

Fluchbeladen dagegen erscheinen mir eroberungssüchtige Herrscher und ehrgeizige Volksführer, die unter Anstachelung eines falschen Patriotismus das Blut der Nationen gewissenlos selbstsüchtigen Zwecken opfern und die betörte, von eitlen Kriegsruhm geblendete Jugend ihrer Länder kalt und grausam in den Tod treiben. „Sich zu vergrößern“ sagte Ludwig XIV. zum Marschall Villers, „ist die würdigste und angenehmste Beschäftigung eines Souveräns.“ - „Ehrgeiz und das Verlangen, die Welt von mir reden zu machen, trugen den Sieg davon und ich entschloß mich für den Krieg“, bekannte Friedrich der Große von Preußen. „Ich bin im Felde aufgewachsen und ein Mann wie ich schert sich wenig um das Leben einer Million Menschen“, sprach Napoleon I. zu Metternich. „Die berühmtesten Namen der Welt“, meinte Herder, wohl im Hinblick auf solche Äußerungen, „sind die Würger und Henker des Menschengeschlechts gewesen.“

Dulce et decorum est, pro patria mori! Doch was hat jene Ehrgeiz und Mordsucht, der Tod der dieser Leidenschaft Geopferten mit dem Schutze und der Verteidigung des Vaterlandes gemein?

Ein Anderes ist es, die Jugend in Waffen zu üben und die wehrfähigen Männer zur Landesverteidigung zu organisieren; ein Anderes, die gesamten Kräfte zu maßlos gesteigerter Machtenfaltung, zum stets bereiten Angriffskriege auszurüsten.

Die Völker entsetzen sich schon über die Last, welche die bloße Zurüstung zum Kriege auferlegt. Wie aber werden sie erzittern, welches „lauteste Hohngelächter der Hölle“ wird erschallen, wenn der furchtbare Zusammenstoß erfolgt!

Gibt es eine frivolere Anschauung von nationaler Ehre, als sie sich in einer unlängst in Paris erschienenen Schrift „Der nächste Krieg“ offenbart? „Unser Nationalstolz“, heißt es dort, „hat die Demütigung, von einem einzigen Feinde zu Boden geworfen zu sein, so tief empfunden, daß zwischen Deutschland und uns eine Art militärische Ehrensache ausgetragen werden muß!“

Welche kleinliche, armselige Aufopferung der Weltlage? Ein Vernichtungskrieg würde es werden, dieser „nächste Feldzug“; eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein der einen oder anderen Nation.

Frankreich hat, wofern es nur selbst nicht aggressiv sein will, von keinem Volke der Welt, am wenigsten von deutscher Seite her, einen Angriffskrieg zu befürchten. Mit Überzeugung schwöre ich in die Seele jedes Deutschen, auch in die des Fürsten Bismarck, daß ihm jeder Kriegsgedanke fern liegt.

Soll denn Ihr Appell an den Sieg und Aufschwung des Geistes nicht dem Siege kriegerischen Geistes, sondern dem Triumph des Reiches des Rechts, der Wahrheit und Freiheit gelten, so spannen Sie im Bunde mit allen Friedensfreunden die äußersten Kräfte Ihrer Nation an, rufen Sie alle Geister der Vernunft zu Hilfe, damit die furchtbare Katastrophe noch rechtzeitig abgewendet werde, daß nicht das Verhängnis zur Selbstvernichtung führe. Mögen die Friedensgesellschaften von dem ihnen nach allen Seiten gemachten Vorwurf, nach Utopien zu streben, sich frei machen und offen, aufrichtig und rückhaltslos, mit dem Aufgebote ihrer vollen moralischen Kraft nach dem praktischen und erreichbaren nächsten Ziele der Verminderung der Heere hinarbeiten...

Wenn die Stimmen der größten Geister selbst bei den Gebildeten wirkungslos verhallen, so begreife ich, daß ich als Alleinstehender vergebens mit der Torheit der Menge ringe. Ihre Stimme aber, der Sie das Vertrauen der Mehrheit einer großen Nation besitzen, wird vielleicht gehört werden.

„Wären die Sterblichen“, rief Leibnitz aus, „so glücklich, daß ein großer Monarch oder Staatsmann diese Dinge einmal für sein Werk ansähe: in zehn Jahren würde zur Ehre Gottes und zum Wohle des Menschengeschlechtes mehr bewirkt werden, als wir sonst in vielen Jahrhunderten ausrichten möchten. Wenn fünf oder sechs Personen in Europa nur wollten!“

„Der Friede“, meinte auch Kant, „ist sofort geschlossen, wofern man sich nur verstehen will.“ Und angesichts der oben angeführten einhelligen Friedensvoten der meisten Parlamente Europas sollte diese Verständigung wahrlich nicht von vornherein als eine Unmöglichkeit erklärt werden. Dieselbe mag für streitbare, rivalisierende Kanzler, für eifersüchtige Diplomaten ein *noli me tangere* sein, aber wahre nationale Ehre ist keineswegs so überreizt empfindlich, daß sie nicht einmal eine freie Erörterung über die wichtigste Angelegenheit des Weltteils ertragen könnte.

Wenn in den Konferenzen in Genf, Brüssel und anderen Orten unter Beteiligung aller Staaten wiederholt viele Monate lang über die Linderung der Leiden des Krieges verhandelt werden konnte, kann das Verlangen, auch einmal eine Konferenz über die Verhütung der Kriege zu sehen, nicht als unverständlich erscheinen. Es ist allerdings ein bequemes Faulkissen, die Menschen noch nicht reif für eine solche Verständigung zu deklarieren und den langsamen Schritt der Jahrhunderte in Entwicklung der Zivilisation abwarten zu wollen. Man muß die Welt, die Menschen mit ihren Fehlern und Leidenschaften nehmen, wie sie nun einmal sind, hört man Leute sprechen, als ob es nicht sittliche Aufgabe wäre, sich höheren Zielen zu nähern, als ob die Menschen nie aus der Tierheit heraustreten, ewig denselben Kreislauf gehen sollten! „Ich kann mir“, sagt Fichte, „die gegenwärtige Lage der Menschheit schlechthin nicht denken, als diejenige, bei der es nun bleiben könne, schlechthin nicht denken als ihre ganze und letzte Bestimmung. Dann wäre alles Traum und Täuschung und es wäre nicht der Mühe wert, gelebt zu haben.“

Man warte aber, wie man will, noch Jahrhunderte in Engelsgeduld auf den ewigen Frieden, auf den Eintritt des goldenen Zeitalters. Allein die gegenwärtig in Europa herrschende akute Krankheit des Größenwahns der Staaten, das Delirium der Heeressteigerung und Kriegsbedrohung erfordert rasch wirksame Heil- und Gegenmittel. Das sicherste, erfolgreichste Mittel ist sofortige Abrüstung. Es bedarf hiezu nur eines letzten Schrittes, nur der Vereinigung jener Friedensvoten der einzelnen Völker zu einem Gesamttwillen Europas. Darin liegt die Lösung unserer Aufgabe.

Ich rekapituliere: Kein unpraktischer Idealismus, keine doktrinäre Weltrechtsordnung, kein Preisgeben von Souveränitätsrechten, keine einseitige Niederlegung der Waffen, keine Schwächung der Wehrkraft, sondern freie Verständigung der Staaten lediglich zu dem Zwecke einer gleichzeitigen proportionalen Verminderung des Heerwesens während einer begrenzten Dauer von 10–15 Jahren und Bestellung ei-

nes Schiedsgerichts zur Schlichtung der innerhalb dieses Zeitraumes entstehenden Streitigkeiten.

Tiefe Beschämung müßte sich des jetzt lebenden Geschlechts bemächtigen, wenn es der vereinten Staatskunst Europas nicht gelingen sollte, die Bedingungen für eine solche Verständigung aufzufinden. „Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Dummheit“, möchte man mit Börne ausrufen.

Nehmen Sie an, dieser neue Friedensantrag werde, um mit J. Bentham³¹⁵ zu reden, offen von Nation zu Nation gemacht...

Seien, wenn die großen Monarchen zurückbleiben, Sie der große Staatsmann, der das verständige Zusammenleben der Völker ins Werk setzt. Werden Sie, statt die Trommel zu rühren und mit der Kriegsfahne in der Hand die alten Wege der Leiden-schaften zu gehen, zu einer leuchtenden Friedensfackel auf neuen Menschheitsbahnen. Schwingen Sie, wenn Sie Ihre Nation an der Spitze der Völkerentwicklung sehen wollen, Ihren Geist zu der Höhe kosmopolitischer Unparteilichkeit auf.

Oder wollen Sie, vor die Frage des Krieges oder Friedens gestellt, die furchtbare Verantwortung einer Zurückweisung der Friedenshand auf sich und Ihre Nation nehmen?

Europa verlangt zu wissen, woran es ist, und viele sind der Meinung, daß ein baldiger rascher Entscheidungskampf einer permanenten Kriegsbedrohung vorzuziehen sei. Von Ihrem Willen allein hängt Krieg und Frieden allerdings nicht ab. Aber Ihre Ansicht und Antwort, wie sie auch sein möge, wird wenigstens Klärung über die im Vordergrund stehende Frage, die Abrüstung, bringen. Möge die Geschichte der Nationen aller Orten in guter Hand liegen!

Am Schlusse noch ein Wort, ernster Beachtung wert.

Aus der unverhohlenen Friedenssehnsucht des deutschen Volkes ziehen manche den Schluß, daß es den auf ihm lastenden Druck der Heeresunterhaltung nicht länger zu ertragen im Stande sei und daß es sich für das reichere Frankreich nur darum handle, das nahe materielle Erliegen Deutschlands abzuwarten.

Es wird ferner geglaubt, die wie in jedem Staate, so auch da und dort in Deutschland sich zeigende Unzufriedenheit mit diesen oder jenen inneren Verhältnissen sei ein Zeichen baldigen Zerfalls der Einheit und Stärke.

Es wäre dies ein verhängnisvoller Irrtum.

Dem äußeren Feind gegenüber werden die Deutschen immer und überall einig sein, und was ihnen an materiellen Gütern abgeht, ersetzen sie in reichem Maße durch Kraft, Vaterlandsliebe, Zähigkeit und Ausdauer.

Lassen wir es auf keine weitere Probe ankommen und nehmen Sie, mein hochgeehrter Herr Kollege, die dargebotene Hand nachbarlichen Friedens mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung freundlich entgegen.

Berlin/Stuttgart, 15. Juni 1881.

Ihr sehr ergebener von Bühler, Mitglied des deutschen Reichstages

315 Jeremy Bentham (1748–1832), englischer Jurist und Philosoph, machte F. Hutchesons Prinzip des „größten Glücks der größten Zahl“ zur Grundlage eines Systems des Utilitarismus.